

Zg 62

LEIPZIGER HISTORISCHE ABHANDLUNGEN

HERAUSGEGEBEN

VON

E. BRANDENBURG G. SEELIGER U. WILCKEN

HEFT XV

DR. O. BANDMANN:

DIE DEUTSCHE PRESSE UND DIE ENTWICKLUNG
DER DEUTSCHEN FRAGE 1864—66



LEIPZIG
VERLAG VON QUELLE & MEYER
1910

1910. 1. Aufl.

DIE DEUTSCHE PRESSE UND DIE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN FRAGE 1864-66

VON


DR. OTTO BANDMANN



LEIPZIG
VERLAG VON QUELLE & MEYER
1910

(Zuventus A 371)

Herrn Privatdozenten
Dr. W. Ed. Biermann
aus Dankbarkeit gewidmet



Digitized by the Internet Archive
in 2012 with funding from
Brigham Young University



Vorwort

Eine Arbeit wie die vorliegende rechtfertigt sich selbst. Vor zwei Menschenaltern gab es in der öffentlichen Meinung Deutschlands nur ein Urteil über die Presse: sie war fast allein die Bewahrerin und Verteidigerin des Rechts, die Vorkämpferin neuer schöpferischer Gedanken. Seitdem ist die öffentliche Meinung, und mit ihr die Presse, unendlich viel stärker geworden; sie beherrschen das ganze politische, ja leider selbst das private Leben in ungeahntem Maße; ihr Fundament ruht heute sehr viel sicherer als zur Zeit unserer Väter und Großväter, aber mit dem Wachstum ist ihre Stellung auch umstrittener, vieldeutiger und unfreier geworden. Die Presse wird heute von niemand geliebt, von wenigen anerkannt und geachtet, von den meisten gefürchtet oder gar gehaßt. Und doch ist auf den ersten Blick klar, daß dies Urteil falsch, einseitig, ungerecht in hohem Grade ist. Will man zu einer freien Würdigung gelangen, so kann allein die Geschichte als Richterin entscheiden. Ihr fehlt es freilich noch fast an allem. Wie lange Zeit das Sammeln der Zeitungen mehr dem glücklichen Zufall als dem sorgenden Fleiß der Bibliothekare zu danken ist, in deren Regale die groß und größer werdenden Bände nicht hineinpaßten, so ist auch die Geschichte der Publizistik bis auf die unmittelbare Gegenwart ganz und gar vernachlässigt worden; erst in den letzten Jahren mehrten sich langsam, aber stetig die Vorarbeiten für eine umfassendere Würdigung, als Ludwig Salomon sie hat bieten können. Denn noch nicht einmal die methodologischen Grundlagen sind festgelegt; Spahns Aufsatz umschreibt nur in weitem Zirkel die Aufgaben, die der Lösung harren und die ihr nun auch durch die Gründung der Journalistischen Bibliothek in Heidelberg durch Prof. Adolf Koch näher geführt worden sind. Aber freilich sind jene Forderungen Spahns allzu theoretisch gehalten; an ihre Erfüllung ist vorderhand, ja vielleicht niemals zu denken. Spahn — dessen Urteil über Nirrnheims Arbeit daher auch viel zu hart und ungerecht geworden ist — selber hat in einem Brief an den Verfasser zugestehen müssen, daß die Verwirklichung seiner Wünsche bei einer Arbeit wie der vorliegenden unmöglich sei, und wer die großen Schwierigkeiten einer solchen,

Geist und Augen verderbenden Aufgabe vorurteilsfrei zu würdigen, d. h. praktisch zu erarbeiten imstande ist, wird sich Spahns einschränkendem Urteile freiwillig anschließen. Denn wenn eine Geschichte der Publizistik irgendwelchen Wert haben soll, so muß sie die ungeheuren Stoffmassen doppelt und dreifach sichten; mehr als jede andere historische Darstellung kann und darf sie nur einen Ausschnitt aus dem wirklichen Leben bieten. Soll sie nicht eine Sammlung gleichgültiger und nutzloser Notizen werden, so muß sie sich aufs energischste beschränken und sich konzentrieren auf einige oder wenige bedeutungsvolle Fragen; alles Unwesentliche, nur den Tag Interessierende muß erbarmungslos verschwinden. Die Geschichte der Presse im weitesten Sinne kann niemals einen völlig selbständigen Wert haben; immer erhält sie ihn nur durch die Verbindung mit der allgemeinen Geschichte. In diesem Punkte stimmen alle bisher erschienenen Werke überein; von ihm durfte die hier gebotene Darstellung unsoweniger abgehen, als sie gerade vor zwei der wichtigsten Angelegenheiten des 19. Jahrhunderts gestellt wurde: vor die schleswig-holsteinische und die deutsche Frage, die ihr jenen unentbehrlichen Mittelpunkt bereitwillig darboten und die der Teilnahme unseres Volkes sicher sind und stets sein werden.

Herrn Prof. Dr. Brandenburg bin ich nicht nur für die Anregung zu diesem speziellen Thema und für manchen Ratschlag dankbar, sondern vor allem für die große Freiheit, die er mir bei der Bearbeitung des Stoffes gelassen hat. Den zahlreichen Herren, die mich sonst durch Mitteilungen unterstützt haben, ist einzeln an den betr. Stellen der Beilage gedankt worden; hier gebührt nur noch meinem Freunde Herrn Franz Haarburger mein Dank für die vielfache und verschiedenartige Beihilfe, die er mir geleistet hat.

Hamburg, 6. November 1909.

Dr. Otto Bandmann.

Literatur

- Adler, G., Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland. 1885.
- Bamberger, L., Herr von Bismarck. 1868.
- Bandmann, O., Die Hamburger Zeitung 1862—66. (Erscheint 1910 in Mitt. oder Ztschr. d. V. f. hbg. Gesch.)
- Below, G. v., Das parlamentarische Wahlrecht in Deutschland. 1909.
- Benedetti, Ma mission en Prusse. 1871.
- Berger, L., Der alte Harkort. 3. Aufl. 1893.
- Berliner Presse, Die, im Mainzer Journal 1865 Nr. 12—15.
- Bernhardi, Aus dem Leben Theodors von B. Bd. 6. 1897.
- Bernoulli, C. A., Franz Overbeck und Friedrich Nietzsche I. 1908.
- Beust, F. F. Graf v., Aus drei Viertel-Jahrhunderten. 1887.
- Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. 1898.
- „ Anhang zu den G. und E. II. 1901.
- Bismarcks Briefe an den General Leopold von Gerlach. Herausg. von H. Kohl. 1896.
- „ , Die politischen Reden des Fürsten B. Herausg. von H. Kohl, Bd. II, III, VI und XIV. 1892/3.
- „ -Album des Kladderadatsch. 1890.
- Bluntschli, J. C., Denkwürdiges aus meinem Leben. Bd. III. 1884.
- Buchholz, A., Die Vossische Zeitung. 1904.
- Busch, M., Tagebuchblätter III. 1899.
- Dahms, G., Das literarische Berlin. Berlin o. J.
- Delbrück, R. von, Lebenserinnerungen. 2 Bd. 1905.
- Die innere Politik der preußischen Regierung 1862—66. 1866.
- Dieudonné, F., Die Kölnische Zeitung und ihre Wandlungen im Wandel der Zeiten. 1903.
- Dumont-Schauberg, Die Kölnische Zeitung. 1880.
- Eichhorn, C., Die Geschichte der St. Petersburger Zeitung 1727—1902. 1902.
- Elben, O., Geschichte des Schwäbischen Merkurs 1785—1885. 1885.
- Ernst II., Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. 1889.
- Faber, A., Die Fabersche Buchdruckerei. 1897.
- Frantz, C., Die Wiederherstellung Deutschlands. 1865.
- Freytag-Treitschke, Gustav F. und Heinrich von T. im Briefwechsel. 1900.
- Freytag, G., Erinnerungen aus meinem Leben. 1887.
- Friedjung, H., Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866. I. 1897.
- Frankf. Zeitung, s. Geschichte.
- Fünffzig Jahre! Grenzboten 1891. 50. Jgg. Nr. 40. Sonderheft.
- Gerlach, E. L. v., Aufzeichnungen. 1903.
- „ Leop. v., Denkwürdigkeiten. 2 Bd. 1891/92.
- Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856—1906. 1906.
- Giehne s. „Zwei.“

- Hackenberg, H., Der rote Becker. Leipzig o. J.
 Hahn, L., Zwanzig Jahre 1862—82. 1882.
 „ „ Fürst Bismarck. I. 1878.
 Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 2. Aufl. Bd. 5.
 Haym, R., Aus meinem Leben. 1902.
 „ „ Das Leben Max Dunckers. 1891.
 Heyck, E., Die Allgemeine Zeitung 1798—1898. 1898.
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten. 1906.
 Hopf, W., Die deutsche Krisis des Jahres 1866. 3. Aufl. 1906.
 Jäger-Moldenhauer, Auswahl wichtiger Aktenstücke zur Geschichte des
 19. Jhdts. 1893.
 Jansen-Samwer, Schleswig Holsteins Befreiung. 1897.
 Kladderadatsch, Der Kl. und seine Leute 1848—98. 1898.
 Kohl, H., Bismarck-Jahrbuch 1—6. 1894—99.
 Kuhn, H., s. Berliner Presse.
 Lang, W., Die deutsche Partei in Württemberg. 1891.
 Lassalle, F., Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag.
 1892.
 Lenz, M., Geschichte Bismarcks. 2. A. 1902.
 Lindau, H., Gustav Freytag. 1907.
 Lüttke, G., Die politischen Anschauungen des Generals und des Präsidenten
 von Gerlach. Diss. Leipzig. 1907.
 Lukas, J., Die Presse, ein Stück moderner Versimpelung. Regensburg
 1887.
 Marcks, E., Kaiser Wilhelm I. 3. A. 1899.
 Mehring, F., Die Geschichte einer Zeitung, s. „Die neue Zeit“ 22. Jgg.
 (1904) II. 193—97.
 Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck. 1904.
 Mohl, R. von, Lebenserinnerungen. II. 1902.
 Moltke, H. von, Geschichte des deutsch-französischen Krieges von 1870/71.
 1891.
 Mommsen, Die Annexion Schleswig-Holsteins. 1865.
 Müller, L., Die Breslauer politische Presse von 1742—1871. 1908.
 Nirnheim, O., Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck in der öffent-
 lichen Meinung. 1908.
 Obst, A., Geschichte des Hamburger Fremdenblattes. 1907.
 Oppenheim, H. B., Waldeck. 1873.
 Parisius, L., Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bis-
 marck. I. 1878.
 „ „ Die deutsche Fortschrittspartei von 1861—78. 1879.
 Penzler, J., Bismarck und die Hamburger Nachrichten. I. 1907.
 Pfülf, O., Hermann von Mallinckrodt. 1892.
 Politik, Die innere P. siehe Die.
 Poschinger, H. v., Fürst Bismarck und die Parlamentarier. I. 1894
 Presse, Die P. in Schleswig-Holstein. In Grzb. 1865 II 46—59.
 Rapp, A., Die öffentliche Meinung in Württemberg 1866. In Württ.
 Vierteljahrshefte für Landesgeschichte. Neue Folge XVI 1907
 II u. III. S. 157 ff. (Diss. Tübingen 1907.)
 Richter, s. Wien.
 Rommel, O., Aus dem politischen Tagebuch eines Süddeutschen 1863—84.
 1885.
 Roon, Graf v., Denkwürdigkeiten. 2 Bd. 1892.
 Salomon, F., Die deutschen Parteiprogramme. Heft I. 1907.
 „ L., Geschichte des deutschen Zeitungswesens. 3 Bd. 1900/06.
 Schäffle, A., Aus meinem Leben. 2 Bd. 1905.
 Schieman, Th., Heinrich von Treitschkes Lehr- und Wanderjahre 1834 bis
 1866. 1896.

- Schmidt-Buhl, K., Schwäbische Volksmänner. Vaihingen o. J.
Schneider, L., Aus dem Leben Kaiser Wilhelms I. 1888.
Schröder, Lexikon der hamb. Schriftsteller bis auf die Gegenwart. 8 Bd. 1851—83.
Schwab, Rud., Der deutsche Nationalverein, seine Entstehung und sein Wirken. 1902.
Spahn, M., Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte und ihre gegenwärtigen Benutzungsmöglichkeiten. Intern. Wochenschr. für Wiss., Kunst und Technik 1908 Nr. 37/38.
Sybel, H. v., Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. II—IV 1889—90.
" " Vorträge und Abhandlungen. 1897.
Treitschke, H. v., Zehn Jahre deutscher Kämpfe. 2. A. 1879.
" " Deutsche Geschichte im 19. Jhdt. V. 4. A. 1890.
Varrentrapp, C., s. Sybel, Vorträge.
Wagener, H., Erlebtes. Berlin 1884. Anhang: Die kleine aber mächtige Partei. 1885.
Wien 1848—88. Denkschrift zum 2. Dezember 1888. II. 1888.
Winckler, J., Die periodische Presse Österreichs. 1875.
Wohlwill, A., Die hamburgischen Bürgermeister Kirchenpauer, Petersen, Versmann. 1903.
Wuttke, H., Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. 2. A. 1875.
Zeitschrift des K. sächs. statist. Bureau. XIII. 1—4. 1867.
Zwei Jahre österreichischer Politik. I. Aus einem Tagebuch. Her. v. Fr. Giehne. 1868.
-

Inhaltsangabe

	Seite
Vorwort	VII
Literatur	IX
Einleitung	1
I. Schleswig-Holstein	
A. Friede und Ergebnis des Krieges im Urteil der Presse . .	9
B. Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in der Presse	22
II. Die deutschen Großmächte	
A. Das preußisch-österreichische Verhältnis	41
B. Die Beurteilung der Gasteiner Konvention	50
III. Die Krisis	
A. Der drohende Krieg	82
B. Die Kritik des Bismarckschen Reformprojekts	122
Ergebnisse	162
Anhang:	
1. Bismarck	168
2. Beilage (Notizen über Zeitungen, Redakteure usw.) . . .	182
3. Register der Presse	192

Einleitung.

Die überquellende Sehnsucht eines ganzen Volkes, das Streben und die Hoffnung zweier Generationen, harte zukunftsreiche Entscheidungen drängen sich in der Zeit zweier Jahre zusammen, geben ihnen ihr Gepräge und ihre Bedeutung. Das ist der Inhalt der Jahre 1864--66.

Mächtiger, herrlicher nach außen in die Erscheinung tretend, waren gewiß die Jahre endgültiger Abrechnung mit dem französischen Gegner, deutlicher prägten sie sich für immer dem Gedächtnis zweier Völker ein; wichtiger ist doch die Zeit, in der eine Nation, die nach lang dahin dämmernder Tatenlosigkeit ihrer ungebrochenen Jugendkraft inne wird, sich auseinandersetzt mit den Gewalten, die um die Führerschaft streiten in dem neuen Staate, den jedes lebende Auge noch zu erblicken wünscht, und der, zum Greifen nahe, trotzdem noch in weiter Ferne, unerreichbar fast, zu schweben scheint.

Kampf, heißer, hartnäckiger Kampf im Innern, Kampf aller gegen alle, ist der voll erschöpfende Inhalt solcher Jahre. Allen, Herrschern, Regierungen und Regierten, kommt zum Bewußtsein, daß es Entscheidungen gilt, die für ein Jahrhundert und mehr die Geschicke des eignen Volkes in der Hauptsache bestimmen werden; sie alle wissen, daß die Möglichkeit besteht, die Ideale ihrer Jugend, die Überzeugung reifen Mannesalters in die Wirklichkeit umzusetzen, wenn sie nur den Mut der Meinung hegen, sich vor Verantwortung nicht feige im finstern Winkel verkriechen. Und große Zeiten haben ein Volk, haben die Menschheit von je im Innersten aufgerüttelt, alle ihre Kräfte ans Licht gebracht, dem Angefeindeten Hoffnung auf Sieg, dem Schwachen Kraft zum Widerstande eingefloßt, allen aber gemeinsam die Erkenntnis gegeben, daß nur der Kampf zum Siege führen kann.

Und darum hat der Nachgeborene, der sich in die Geschichte so bedeutungsvoller Jahre versenkt, zunächst die Empfindung des Verworrenen, des Kleinlichen, wohl auch des Abstoßenden, und das besonders, wenn er die toten und doch lebendigsten Zeugen der Vergangenheit, die periodische Presse, aufruft, um von ihnen zu erfahren, wie gerungen worden ist um jeden Schritt heiß bestrittenen Bodens. Im einzelnen klein, oft unwürdig, wohl gar kindisch erscheint da manches, im ganzen ergibt es doch ein Bild von imposanter Größe,

wenn man sich mit dem Herzen hineinversetzt in diese Zeit, in ihre Nöte, ihre Hoffnungen, ihre Befürchtungen und ihre Ziele. Denn das wird niemand den Jahren zwischen den beiden Kriegen abstreiten können, daß sie erfüllt sind von ehrlichem, darum erhabenem Streben nach Befreiung der Nation aus den Fesseln einer schon bei ihrer Schöpfung greisenhaften Verfassung, nach Erlösung von ständigem Zwiespalt der beiden mächtigsten Staaten, nach Abwerfung einer innerlich tief empfundenen Abhängigkeit von einem fremden Volke.

Das alles spiegelt sich in den Zeitungen, den vergessenen Erzeugnissen flüchtiger Augenblicke. Tiefe Schatten fehlen nicht. Nicht überall tritt uns in diesen Blättern die wahre Meinung, die unbestochene Liebe gegenüber; nicht immer geben sie den Resultaten eignen Denkens, freier Ueberzeugung mutigen Ausdruck. Das Offiziosentum wirkt in der Vergangenheit noch schädlicher als in der Gegenwart, weil nicht mehr die allgemeine Kenntnis solcher Beziehungen vorhanden ist, weil sich die Regierungen einiger Blätter nur gelegentlich und oft gar ohne deren Wissen bedienen, und doch so die übrigen gleich verkünden, daß nun auch diese oder jene ihrer Kolleginnen den Einflüssen und der Macht der Regierung die eigene Meinung geopfert habe. Das ist durchaus nicht immer wörtlich zu nehmen, hat doch z. B. die Kölnische Zeitung zweifellos offiziöse Mitteilungen, Berichte von solchen, die an der Politik mehr oder minder aktiv, mehr oder minder offen mitarbeiteten, erhalten, trotzdem aber hat sie die Regierung bekämpft, wenn sie auch schließlich in der Einsicht von der Nutzlosigkeit der Opposition gegen Bismarcks innere Politik, den besseren Teil der Tapferkeit erwählend, geschwiegen hat. Man darf hierbei nicht vergessen, daß die Verhältnisse für die Regierungen damals viel günstiger lagen als heute — ganz abgesehen von den verbesserten rechtlichen Zuständen. Zu jener Zeit waren andere Faktoren als gegenwärtig maßgebend; ein einziger Blick in die Presse der 60er Jahre überzeugt davon, wie sehr die Korrespondenzen alles andere überwogen; Blätter mit täglichen Leitartikeln gab es erst wenige. Mit Hilfe jener Korrespondenzartikel, über deren Ursprung der Herausgeber eines Blattes sich häufig genug keine Sorgen machte, wenn nur Neues darin enthalten war, übten aber die Regierungen einen unermesslichen, gar nicht abwägbaren Einfluß auf die öffentliche Meinung aus. Schlimmer aber als dies ist deren systematische Beeinflussung mittels der Preßbureaus der verschiedenen Staaten.

„Wir wissen“, sagt Heinrich von Treitschke in den Preuß. Jahrbüchern (65 S. 180), „daß ein augustenburgisches Preßbureau besteht und über der holsteinischen und einem Teil der schleswigschen Presse, wie der Geist Gottes über dem Wasser, schwebt; die holsteinischen Zeitungen lassen wir also nicht kurzweg als den unverfälschten Ausdruck der öffentlichen Meinung gelten.“ Und über eben dieses Preß-

bureau¹⁾ meldet die Magdeburgische Zeitung, daß es gegen 12 reichlich besoldete Schreiber beschäftige, und daß z. B. der Hamb. Correspondent, die Schleswig-Holsteinische, die Kieler, die Hamburger und die Zeitung für Norddeutschland (Hannover) entweder bare Unterstützung oder unbezahlte Korrespondenzen erhielten oder durch Zuführung von Abonnements belohnt würden. Indes hatte dies Bureau durchaus nicht die Bedeutung, die Treitschke und die Magd. Zeitung ihm zuschrieben, denn ihm lag lediglich ob, die Zeitungen durchzusehen und Artikel, die Schleswig-Holstein betrafen, dem Herzoge vorzulegen. Die eigentliche Beeinflussung, die, soweit es die Landesblätter anging, sehr gering war, weil diese einzig waren in der Verteidigung des Kieler Hofes, ging in Wirklichkeit von der „Abteilung des Innern“ in der augustenburgischen Nebenregierung aus und auch dann häufig noch auf privatem Wege durch Lorentzen, Samwer usw. Nicht der Prätendent, wohl aber der alte Herzog Christian August war publizistisch tätig, z. B. für die extrem augustenburgische Hamburger Zeitung, doch stand er viel weiter rechts als sein Sohn und hat kaum einen Einfluß errungen. Die Bedeutung der Kieler Behörden scheint sehr überschätzt worden zu sein, jedenfalls besaßen sie lange nicht die Macht des Wiener Bureaus.

Chef der Preßleitung²⁾ war hier Hofrat Fidler bis Mitte September 1865, sein Nachfolger Ritter von Grüner, der aber schon 1865 um andere Verwendung bat, da die ihm „zur Verfügung gestellten geistigen und materiellen Mittel durchaus ungenügend seien.“ (Sch. M. 24. Nov. 65). Er wurde durch Hofrat von Hell ersetzt. — Dem Ministerium stand 1864 die Summe von 450 000 fl. für die offiziöse Presse zur Verfügung³⁾, außerdem noch 320 000 fl. für die amtlichen Zeitungen.⁴⁾ Konnte mit Gold nichts erreicht werden, so half man sich gegen widerpenstige Blätter mit Drohungen und Bestrafungen. Insgesamt 50 Jahre Kerkerstrafe sind unter dem Ministerium Schmerling

¹⁾ In Kiel, gegründet von Samwer; Leiter seit April 1864 Dr. Bernhard Endrulat, neben ihm bis Februar 1865 Dr. Moritz Busch. Ein Preßkomitee bestand in Hamburg und besorgte vorzugsweise Einschmuggelung verbotener Zeitungen nach Schleswig (vgl. Busch, Tagebuchbl. III S. 430 bis 444, Schieman S. 230). Eine lithographierte Korrespondenz wurde seit dem 1. Dezember 63 von Gustav Freytag versandt. Cf. Wuttke S. 123. — Ein sehr ungünstiges Urteil über das Preßbureau fällt die Weser-Z. Mitte Oktober 64, ebenso Haym, Duncker S. 367f. Vgl. Sybel 4, 136f. Zu Treitschkes Vorwürfen vgl. Jansen-Samwer 460 u. 772, der alles ablehnet. — Die obigen Erläuterungen nach Mitteilungen des Herrn Chefred. A. Niepa, der damals Geh. Sekretär des Herzogs war.

²⁾ Es bestanden 2 Preßbureaus, eins im Ministerium des Auswärtigen unter Max v. Gagern (bis 1865) und eins, das vom Staatsminister des Innern abhing. Sie wurden am 11. Juli 1865 im Auswärtigen Amt vereinigt. Cf. Wuttke S. 151 ff. und Jansen-Samwer S. 438 f.

³⁾ 1865 wurden nur 200 000 fl. bewilligt.

⁴⁾ Nach Winckler S. 131 betrug 1866 die Kosten 363 431 fl., die Einnahmen nur 339 334 fl.

innerhalb fünf Jahre — und zwar ungeachtet der Geldstrafen — über die oppositionelle Presse verhängt worden.¹⁾

Wie es aber in der Redaktion einer „guten“ Zeitung herging, schildert Bismarck, allerdings 1859, in einem Briefe an den Unterstaatssekretär von Gruner²⁾: „Die Postzeitung und das Journal de Francfort gehören der österreichischen Regierung und werden auf der Präsidialgesandtschaft redigiert. Die erstere hat kaum einen anderen Zweck als den, am Ansehen Preußens zu nagen, sie tut es mit Geschick und hat dazu außer drei oder vier untergeordneten Literaten zwei recht tüchtige Publizisten, die Herren von Linde und Braun (den hiesigen Residenten). Bei letzterem findet der tägliche Vortrag aller im Solde Oesterreichs stehenden Korrespondenten statt, sowohl in betreff des Inhaltes der Postzeitung als der Korrespondenzen, welche an fast alle süddeutschen und rheinischen Blätter, auf Grund der von Wien an die Gesandtschaft gelangenden generellen Inspiration, täglich abgefertigt werden. Es gibt kaum ein erhebliches preußisches Blatt am Rhein und in Berlin, zu welchem nicht wenigstens ein im Solde Österreichs stehender, von dort inspirierter Korrespondent Zutritt hätte.“

Diese Verhältnisse änderten sich in der folgenden Zeit nicht wesentlich.

Natürlich bediente sich die österreichische Regierung (seit 1862) auch einer Korrespondenz — der „Generalkorrespondenz“ —, deren Leiter zuerst Dr. Otto von Müller, später Dr. G. E. Haas waren. Die Tätigkeit und Wirksamkeit einer solchen Korrespondenz sind zu sehr bekannt, als daß näher darauf eingegangen zu werden braucht.

Zu diesen eignen und den mitunter sehr unwilligen Mitteln der Regierung trat dann noch als freiwillige Hilfsstruppe die „Allgemeine Zeitung“, „eines der wenigen geistigen Bänder, durch welche Oesterreich und Deutschland zusammen hängen“; über sie werden weiter unten Nachrichten gegeben.

Nicht viel anders stand es natürlich in Preußen, wo der Regierung 1864 ein Dispositionsfonds von 31 000 Talern für allgemeine politische Zwecke und 35 000 Taler für Zwecke der höheren Polizei zur Verfügung standen.³⁾ Auch hier eine enorme Beeinflussung der öffentlichen Meinung auf allen möglichen Wegen. Für die in Preußen selbst erscheinenden Blätter galt der einfache, nützliche Grundsatz: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ Sind doch im Jahre 1864 allein in Berlin 175 Preßprozesse in der ersten Instanz verhandelt worden! 1865 waren es „nur“ 58 Prozesse gegen 102, darunter 53 ausländische Preßorgane (K. Bl. 30. Dezember 65). Kon-

¹⁾ Bericht Dr. Tomans im österreichischen Reichsrat am 29. April 65; siehe auch „Presse“ 27., 28., 30. April 65.

²⁾ Deutsche Revue Dez. 1898.

³⁾ N. F. Z. 8. März 65. — Über einen Bestechungsversuch vgl. Jansen-Samwer S. 476.

fiskationen wurden täglich gemeldet. Mit Verboten war man gleichfalls sehr freigebig. So waren Ende April 1866 nicht weniger als 12 Zeitungen verboten, nämlich die „Presse“ und die „Neue Freie Presse“ in Wien, die „Ztg. für Norddeutschland“ (Hannover), die „Reform“ (Hamburg), das „Wochenblatt des Nationalvereins“, die „Frankfurter Laterne“ und die „Neue Frankfurter Zeitung“, der „Bund“ (Bern), die „Gartenlaube“, das „Wochenblatt der New Yorker Staatszeitung“, „Herman“ und „Kolokol“ in London. — Auf seine Weise geißelte der Kladderadatsch diese Verhältnisse (1863 Nr. 37):

Müller: Also Sonntag sind sie alle konfisziert worden?

Schultze: Das wäre doch mal nett, wenn mal jarkeene mehr erscheinen dürften.

Müller: Und man ginge vors Tor und träfe einen Österreicher oder Franzosen —

Schultze: Und man fragte ihm: Wo so? und er sagte: Krieg!

Müller: Dem könnte man ruhig antworten: Ich weiß von nischt, lassen Sie mir ungeschoren!

Schultze: So is es! Keene Zeitungen mehr — und der Friede ist jesichert! —

Zu diesen negativen Maßnahmen kamen nun noch die positiven hinzu. Das Berliner Preßbureau, vortrefflich organisiert wie alles in Preußen, war 1849 von Dr. Rhino Quehl¹⁾ eingerichtet worden und stand jetzt unter der Leitung des Geheimrats Zitelmann, der die auswärtigen Angelegenheiten bearbeitete. Filialen wurden in Frankfurt und Kiel (Leiter: Cajus Möller) gegründet. Aus diesen Bureaus speiste man z. B. die Hamb. Börsenhalle und die Nachrichten, das Frankfurter Journal, die Hannoversche und die Weserzeitung und gewiß noch viele andere Blätter.²⁾

Ferner bediente man sich der im Ministerium des Innern hergestellten „Provinzialkorrespondenz“, die seit 1863 unter der Redaktion von Dr. Hahn erschien.³⁾ Welchen Grad die Beeinflussung erreichte, ersieht man am besten aus einer zeitgenössischen Quelle selbst. Die „Militärischen Blätter“ berichteten im März 1866 folgendes⁴⁾: „Die deutschen Zeitungen sind nur ausnahmsweise in der Lage — in Berlin ist es die Kreuzzeitung vielleicht allein —, selbständige Verbindungen zu haben, welche zu der Höhe der Ereignisse heranreichen; die andern sprechen von der Tagespolitik wie der Blinde

¹⁾ Von seiner etwas geheimnisvollen Tätigkeit, die noch unerforscht zu sein scheint, spricht Bismarck in den G. und E. I 151—59, im Anhang zu G. und E. und in den Briefen an Gerlach. S. Register.

²⁾ Wuttke S. 136 ff.

³⁾ Manche Artikel daraus abgedruckt in „Politik“. — Über Hahn cf. Allgemeine Deutsche Biographie 49, 709 ff.

⁴⁾ Wuttke S. 157.

von der Farbe oder nähren sich von dem, was ihren Korrespondenten durch die zweite, dritte Hand amtlich insinuiert wird. Indessen — „das Beste, was man weiß, darf man den Herren doch nicht sagen“, und dasjenige, was durch derartig inspirierte Korrespondenten verbreitet wird, ist genau dasjenige, was verbreitet werden soll, aber doch nicht immer dasjenige, was wirklich vorgeht.“ —

Eine wichtige Rolle spielten auch die Amtsblätter, die von Bismarcks Scharfblick als ein vorzügliches Mittel zur Bekämpfung seiner Gegner erkannt wurden.¹⁾ Mit welcher Rücksichtslosigkeit man hier vorging, beweist der Erlaß Salice Contefas, Landrats zu Namslau i. Schl.²⁾:

„Die Amtsblätter enthalten seit Anfang d. M. politische Artikel, in denen das Ministerium die Prinzipien, die dasselbe verfolgt, dem Lande offen darlegt. Da der Zweck, der damit verfolgt wird, nur dann erreicht werden kann, wenn diese Darlegungen allgemein bekannt werden, so ordne ich hiermit ausdrücklich an, daß diese Artikel des Amtsblattes stets in den Geboten vorgelesen werden, und wo dieses nicht geschehen sein sollte, nachträglich noch vorgelesen werden. Jede Nichtbefolgung dieser meiner Anordnung würde ich mich genötigt sehen, mit Ordnungsstrafen von 1—3 Talern zu ahnden. Die Ortspolizei-Verwaltungen verpflichte ich daher, meine Anordnung auf das Strengste zu überwachen.“

Auch wurden die Amtsvorsteher angehalten und verurteilt, auf die Amtsblätter, die nur durch Zwang eine irgend bedeutende Auflage erreichen konnten, zu abonnieren, nach unkontrollierbaren Nachrichten sogar auf die Prov.-Korrespondenz.³⁾

Auf der anderen Seite — und das darf nicht vergessen werden, denn es trägt wesentlich zur Korrektur des Bildes bei — eine Offenheit in der Erörterung der schwebenden Fragen, die uns Heutige vollkommen in Erstaunen setzen muß. Wohl jede der zwischen den beiden deutschen Großmächten in der Zeit der Entscheidung gewechselten Noten wurde alsbald veröffentlicht, meistens von der eigenen Seite, zuweilen auch vom Gegner. Ebenso wurden die englischen und französischen Depeschen schnell und zwar nicht inhaltlich, sondern wörtlich der Leserswelt mitgeteilt. Das Gleiche geschah bekanntlich auch mit den Aufzeichnungen Bismarcks über seine Unterredung mit dem Erbprinzen von Augustenburg.⁴⁾ — So mildert sich doch

¹⁾ S. Artikel der Prov.-Korr. über „Benutzung der Amtsblätter zu Belehrungen über öffentliche Angelegenheiten“ in „Politik“ S. 377 und 532 ff.

²⁾ Dieser Erlaß erfolgte am 17. Februar 1865 im Anschluß an eine Anordnung der kgl. Regierung zu Breslau vom 16. Januar 1865 (Amtsblatt S. 31.) — Mitteilung des Herrn v. Marées, z. Z. Landrat von Namslau. Der Text nach der N. F. Z. 24. Februar 65.

³⁾ Wuttke S. 139 f.

⁴⁾ Preuß. Staatsanzeiger 2. Juli, N. A. Z. und N. P. Z. 4. Juli 65. Zur Kritik vgl. „Presse“ 11. und 22. Juli 65 und Haym, Duncker S. 359.

wieder der Gesamteindruck, und man kann sich der notwendigen Folgerung nicht entziehen, daß eben diese Offenheit dazu beitrug, den Kampf der Parteien auf einer gewissen Höhe und jedenfalls das Interesse allen politischen Vorgängen zu erhalten. Vielleicht liegt im Abweichen von dieser Gewohnheit ein Grund, warum die Anteilnahme an der Politik und damit auch die Erfolge in den letzten Jahrzehnten so erschreckend abgenommen haben. —

Aus der ungeheuren Menge der journalistischen Erzeugnisse gilt es nun, die Strömungen aufzudecken, die sich mehr oder minder deutlich bemerkbar machen, die Entwicklungslinien zu verfolgen und das Ganze zu einem übersichtlichen, einheitlichen Bilde zu vereinigen. Aber, das muß hervorgehoben werden, die Komposition dieses Bildes hat doch nicht ganz das vorgesetzte Ziel erreichen können, weil die Wahl der Farben nicht frei von Willkür war. Die österreichischen Blätter haben nicht in dem Maße berücksichtigt werden können, wie es zweifellos nötig gewesen wäre — muß doch das Wort „deutsch“ im Titel unweigerlich im Sinne von großdeutsch aufgefaßt werden —; denn nur die „Presse“ (aus Bonn) stand mir zur Verfügung; in Deutschland scheinen sonst keine Zeitungen unseres Nachbarstaates vorhanden zu sein, und aus Wien konnte ich die „Neue Freie Presse“ und den „Botschafter“ nicht erhalten, weil deren Umfang gar so groß ist. — Aber auch sonst bin ich nicht ganz gerecht verfahren. Natürlich fehlt keines der großen Journale jener Jahre, aber unter denen, die in zweiter Reihe standen und doch keineswegs übersehen werden durften, habe ich besonders diejenigen berücksichtigt, die mir Interessantes zu bieten schienen, auch wenn sie nicht durch hohe Auflageziffern besondere Rücksichtnahme erheischten. Mir kam es vor allem darauf an, den Kampf jener Jahre, soweit er sich auf die schleswig-holsteinische und auf die deutsche Frage bezieht, in seiner ganzen Ausdehnung, in möglichst vielen Nuancen noch einmal aufleben zu lassen.

So habe ich mich auch bemüht, an Nachrichten über Redakteure und Mitarbeiter zu geben, was ich irgend erlangen konnte. Gerne hätte ich etwas aus den Zeitungsarchiven geboten, aber wo solche überhaupt vorhanden, ist mir die Einsicht verwehrt worden; nur die Kölnischen Blätter und die Kieler Zeitung machen rühmliche Ausnahmen, doch entsprachen die Ergebnisse nicht meinen Erwartungen. Gern aber betone ich, daß manche Redaktionen mich sehr bereitwillig unterstützt und andere wenigstens den guten Willen dazu gehabt haben. —

Natürlich war die oben bezeichnete Beschränkung erforderlich. Weder konnten die Zollvertrags-Verhandlungen noch der Verfassungskonflikt, der 1864—66 gegenüber 1862/63 wenig Neues mehr bot, weder die Beziehungen Deutschlands zu den fremden Mächten noch deren Verhältnis zu einander, soweit sich dies alles in den Zeitungen spiegelt, eingehender berücksichtigt werden. Am wichtigsten ist für

uns Deutsche eben doch nur die Entwicklung und Lösung der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage, und sie sollen hier verfolgt werden vom Tage des Abschlusses der Friedenspräliminarien mit Dänemark bis zu jenem Junitage, da des alten Bundes Ende für immer besiegelt wurde — zum Heile Deutschlands.

Ich aber darf wohl Riehls Worte für mich in Anspruch nehmen: „Zeitungen lesen ist leicht, die Presse lesen schwer; vollends aber die Presse zu wägen oft schwerer als in der Presse zu glänzen.“

I. Schleswig-Holstein.

A. Friede und Ergebnis des Krieges im Urteil der Presse.

„Die Schmach ist aus: der eh'rne Würfel fällt!
Jetzt oder nie! Erfüllet sind die Zeiten,
Des Dänenkönigs Totenglocke gellt,
Mir klinget es wie Osterglockenläuten!

Die Erde dröhnt: von Deutschland weht es her,
Mir ist, ich hör ein Lied im Winde klingen,
Es kommt heran schon wie ein brausend Meer,
Um endlich alle Schande zu verschlingen!“

So hatte Theodor Storm, der Sohn der grauen Stadt am Meer, König Friedrichs Tod und die Morgenröte einer besseren Zukunft begrüßt. Nun war durch die Waffen der deutschen Großmächte und durch die alles erfassende Diplomatie Bismarcks der Sieg errungen, der dänische Bedrucker niedergeworfen worden, und die frohe Kunde vom Abschluß der Friedenspräliminarien verbreitete sich am 1. August 1864 schnell in alle Winkel deutschen Landes. „Schleswig-Holstein frei bis zur Königsau!“ oder wie es im ledernen Diplomatenstil hieß: „Der König von Dänemark entsagt allen seinen Rechten auf die Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg zugunsten des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen und verpflichtet sich, die Verfügungen anzuerkennen, die genannte Majestäten bezüglich dieser Herzogtümer treffen werden“ — das war der Hauptinhalt der Präliminarien. Drei Monate später, am 30. Oktober 1864, wurde diese Bestimmung als dritter Artikel in den Wiener Friedensvertrag aufgenommen neben einigen — für diese Arbeit im ganzen unwesentlichen — Stipulationen über Festlegung der Grenze und über finanzielle Auseinandersetzung.

Aber trotzdem die Wiedergewinnung Nordalbingiens der erste positive nationale Erfolg seit fünfzig Jahren war, herrschte doch fast

nirgendwo jubelnde Freude, hörte man kaum frohen Dank — es sei denn in durchsichtigen Phrasen — oder neues Gelöbniß für künftige Kriegeszeit.

„Nun ist geworden, was du wolltest!
 Warum denn schweigst du jetztund?
 — Berichten mag es die Geschichte:
 Doch keines Dichters froher Mund.“

Dem „Mann auf der Straße“, der sich um hohe Politik nicht sonderlich kümmerte, war der Ausgang des Kampfes nie zweifelhaft gewesen; daß die neue Generation den Vätern von 1813 und 15 keine Schande machen würde, selbstverständlich. Dazu die heillose Verwirrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Nicht der Volksgeist hatte den Ausschlag gegeben beim Kampfe um Schleswig-Holstein — dieses Ziel der Liberalen war von einem „reaktionären“ Minister auf anderem Wege und noch dazu vollständiger, als man je erhofft, erreicht worden. Aber während in ruhigen Zeiten der im Streben nach gleichem Ziel Unterlegene neidlos dem Sieger Dank und Anerkennung gewähren kann, war eine solche Überwindung denen nicht möglich, ja vielleicht nicht erlaubt, die, mit dem glücklicheren Gegner im Streit um ein hohes Ziel, ihm nicht aus Eigennutz oder Böswilligkeit, sondern in idealistischem Glauben an die überwindende Kraft des Liberalismus, die Fähigkeit absprachen, die nationale Sehnsucht zu erfüllen.

Andere Gründe waren es, die die stets von Haß und Neid erfüllte Bevölkerung der Mittel- und Kleinstaaten zu keinem Genuß des Sieges kommen ließ. Sie waren in diesem Kampfe matt gesetzt, ja zum Teil brüskiert worden, und die geheime Hoffnung schwand täglich mehr, je wieder Einfluß auf das Schicksal der befreiten Länder zu gewinnen. Und in Österreich gar, wo das Bündnis mit Preußen wohl nur Parteigänger am Hofe und in der bezahlten Presse, nicht aber im Volke gefunden zu haben scheint, konnte die Bitternis der deutlich erkennbaren Abhängigkeit von Berlin nicht gemildert werden durch die Süße der wenigen kleinen Siege.

So ging das bedeutende Ereignis ruhig vorüber; in schlichter Freude, in stillem Gedenken der Toten und ruhiger Erwartung wurde es in Preußen gefeiert; mit äußerlichem Jubel in der befreiten Nordmark; einfach, Erreichtes und Erreichbares vergleichend, in den übrigen Gebieten des deutschen Bundes. Und zu himmelhoch jauchzender Begeisterung war ja eigentlich kein Grund vorhanden, denn nun, nach Beendigung des Krieges, trat dunkel und drohend die unausbleibliche Frage an alle heran: Was weiter?

Diese ruhige, gedämpfte Stimmung geben auch die Zeitungen wieder, mannigfach verschieden natürlich nach Land, Partei und Charakter. Ganz allein von allen hatten Grund zur Freude die konservativen Organe Preußens, denn nun war doch seit Beginn des Kampfes ums Heer der erste unzweifelhafte Erfolg aufzuweisen. Der konservativen

Partei waren allerdings die Herzogtümer, die ihre demokratische Verfassung von 1848 zurückwünschten, ein Dorn im Auge gewesen, die ganze Sache hatte sie anfangs kalt gelassen¹⁾; daß von Schleswig-Holstein gar leicht der Anstoß zur Lösung der deutschen Frage ausgehen konnte, ahnten sie wohl; es machte ihnen den Entschluß, dem leitenden Minister zu folgen, nicht leichter. Aber auf ihn waren sie eingeschworen, ihn hielten sie für einen der Ihren; vielleicht auch fürchteten sie, daß er sich einmal gegen sie wenden könnte. Zudem war es ein Trost, daß den Mittelstaaten, den Pflegestätten des Liberalismus, ein Dämpfer aufgesetzt wurde; wie prachtvoll ließ sich zugleich der „Kampf gegen die Revolution“ in die Herzogtümer verpflanzen! Man wird sich nicht wundern, solcherlei Erwägungen in der Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung zu finden. Wohl entdeckt ein aufmerksames Auge Differenzen in ihren Anschauungen; sie mögen aber von dem nie ausbleibenden Gegensatz zwischen Gouvernements- und Parteikonservativen herrühren; im ganzen sind die Grundsätze der Partei — der „Kreuzzeitungspartei“, wie sie bezeichnender Weise noch immer mit Recht genannt wurde — durchaus gewahrt.

Energische Ausnutzung des Sieges über Dänemark für die innere Politik wird verlangt (9. Sept.). „Das innere Düppel“ ist das Schlagwort des Tages, wie denn überhaupt die Zeitung eher antidemokratisch als konservativ genannt werden kann; die Taten ihres Ministeriums streicht die N. P. Z. gehörig heraus. Der Konflikt, von dem die Partei ihren Lebensodem empfängt, wird eifrig geschürt²⁾; man darf hier wohl den Einfluß Gerlachs und seiner nächsten Gesinnungsgenossen vermuten. Der Bund, insbesondere Herr v. Beust, erhalten tüchtig Nackenschläge.³⁾ Jede Einmischung des Bundes wird unter Drohungen für unberechtigt erklärt. Daß ein unbedingtes Einverständnis der beiden Großmächte nötig und jede einseitige Veränderung des durch den Friedensvertrag begründeten Rechtes und Besitzstandes unmöglich sei, ist der N. P. Z. ganz nach Wunsch, denn von Anfang an war sie für ein Zusammengehen mit Österreich⁴⁾, und sie befindet sich nun auf dem Höhepunkt ihrer Liebe zum Kaiserstaat (11. Aug.). Auch dem blödesten Auge sei klar geworden, „daß die Zukunft Deutschlands in der Einigkeit Preußens und Österreichs beruht“ (19. Aug.). Darum kämpft sie auch heftig gegen die von der Augsburger Allgemeinen Zeitung empfohlene Triasidee und meint drohend, daß es gegenwärtig keinen Rheinbund mehr geben könne.⁵⁾

¹⁾ Nirrnheim S. 398.

²⁾ S. Nirrnheim S. 37, doch sprachen die Amtsblätter und die Prov.-Corr. die Hoffnung auf Versöhnung aus, wenn auch vorsichtig. S. Politik 322 f., ferner 320 ff., 324—331, 335 ff., 475 ff., Hahn I 262 ff.

³⁾ 6. August, ebenso N. A. Z. 9. August.

⁴⁾ Nirrnheim S. 397 f. N. P. Z. 9. November 64.

⁵⁾ N. P. Z. 11. u. 12. Oktober, ähnlich Magd. u. Schles. Z., die die Trias eine „phantastische Assekuranzgesellschaft des Partikularismus“ nennt. Auch Kladderadatsch ist gleicher Gesinnung. „Denn gäbe es 30 Majestäten

Wesentlich in dieselbe Kerbe haut die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Man solle nicht austifteln wollen, wem das meiste Verdienst bei diesem glücklichen Ausgang zufalle; „nur das Verdienst bleibt der „Bismarckschen Politik“ unbestritten, daß sie es möglich gemacht hat, jene nationalen Resultate mit Österreich zu teilen.“ Ja diese erste deutsch-nationale Tat seit fünfzig Jahren sei nur deshalb so schnell, so glücklich durchgeführt worden, weil die preußischen und österreichischen Fahnen brüderlich nebeneinander geweht haben (9. Aug.). — Die N. A. Z. ist ein ganz willenloses Organ der Regierung, wenn sie auch gelegentlich (z. B. am 21. Nov. 64) vom Staatsanzeiger desavouiert wird, und unterscheidet sich von der N. Pr. Z. höchstens in einer sanfteren Sprache gegenüber den Blättern der Opposition, während die Gedankengänge sich ganz in der gleichen Richtung bewegen. Ihre Taktik ist natürlich durchaus von Rücksichten auf die äußere Politik bestimmt.

So etwas kennt die Berliner Revue ganz und gar nicht. Sie spricht stets frisch von der Leber weg, aber der Gesamteindruck ist trotzdem nicht angenehm, weil sich die Höflingsnatur nun einmal nicht verleugnen läßt. „Das Höchste, was überhaupt zu erlangen war, ist erreicht“ (64 III 193). Die Philippika gegen den bundesstaatlichen Partikularismus, dessen Niederlage das Charakteristikum dieses Krieges bilde, fehlt hier selbstverständlich ebensowenig wie bei den vorher genannten Blättern (196); auch sonst urteilt sie in der Sache genau wie die Neue Preußische Zeitung und Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Fast nur in der Freude über die wiedergewonnenen Länder sind die liberalen Organe einig mit den konservativen — wir brauchen dies daher nicht im einzelnen zu belegen —, sonst scheiden sich naturgemäß die Wege weit voneinander. Der Regierung am nächsten standen die Altliberalen, die denn auch in ihren Organen mit offener Anerkennung nicht kargten.¹⁾ In dieser Partei überwog selbst in den heißesten Augenblicken des Kampfes gegen die gesetzverachtende Regierung der Gedanke an das Vaterland; persönliche Verbissenheit oder Eigensinn kann man ihr nicht nachsagen. Obgleich die Preußischen Jahrbücher anfangs für selbständiges Vorgehen Preußens gewesen, gestehen sie doch nun zu (XIV, 457), daß die österreichische Allianz immerhin eine Deckung war. Offen erkennen sie wie ihre Partei das Verdienst Bismarcks an: „... er war die Kraft des preußischen Staates, des Souveräns, der Armee, der Diplomatie, durch welche dem widerwilligen Europa ein Resultat abgezwungen wurde, das mit den Forderungen des heißesten Patriotismus zusammenfiel.“ Das Schicksal

in Deutschland weniger, so gäbe es auch 30 mal weniger Gelegenheit zu Majestätsbeleidigungen, und ich hätte um so viel weniger Gelegenheit, eingesperrt zu werden.“ — Vergl. im übrigen Bismarck-Album des Kl. S. 20—26.

¹⁾ Z. B. Pr. Jb. 14 S. 688f, ähnlich die weiter links stehende Schles. Z. (24. August) und die Bresl. Z. S. Müller S. 243.

habe freilich „die Ausführung unseres nationalen Programms in die Hände einer anderen Partei“ gelegt; doch „wir wollen mit Freuden es bekennen — die Präliminarien vom 1. August erfüllen jede gerechte Erwartung.“

Freilich fürchten sie, daß statt der erhofften Einheit aus der schleswig-holsteinischen Sache nur neuer Haß und Zwietracht hervorgehen werde, und ebenso urteilt (11. Sept.) die weiter links stehende Nationalzeitung, die überhaupt mit den Preußischen Jahrbüchern viele Berührungspunkte hat. In ihr ist deutlicher als dort das Gefühl der Ohnmacht oder besser des Nichtweiterwissens ausgeprägt; der Beschluß vom 22. Januar 1864, durch den das Abgeordnetenhaus mit 275 gegen 51 Stimmen die Kriegsanleihe verworfen hatte, lähmte die ganze Opposition und ihre Presse, nicht nur die der Fortschrittspartei, in verhängnisvoller Weise. Dadurch hatte sie tatsächlich abdiziert und sah sich nun ziemlich schutzlos den Angriffen der konservativen Organe ausgesetzt, die natürlich nicht ermangelten, immer wieder auf diesen Punkt hinzuweisen. Daher sind wenigstens die altliberalen Organe sehr geneigt der Regierung möglichst weit in ihren Äußerungen über den Frieden entgegenzukommen. So macht die National-Zeitung darauf aufmerksam, daß der gegenwärtige Friedensschluß keine Wiederherstellung eines alten Rechts, sondern die Schaffung eines völlig neuen sei, „denn noch niemals hat es ein von Dänemark freies Schleswig-Holstein in der heutigen Form und dem heutigen Umfang gegeben . . .“ (4. 8.), doch fügt sie hinzu, daß es ohne Beispiel in der Geschichte wäre, wenn der neue Staat „die Bedingungen vergessen lassen würde, unter denen er geboren“. Bedeutet schon diese Äußerung eine gewisse Annäherung, so geschieht dies noch viel mehr durch die immer wiederholten Mahnungen an die Regierung, den Augenblick zu ergreifen und den Konflikt zu beseitigen¹⁾, damit Preußen imstande sei, seine weiteren Aufgaben zu erfüllen. Dabei geht die Polemik gegen die Regierungsorgane weiter, weil diese von einem friedlichen Ende des Konflikts nichts wissen wollen.

Aber trotz alledem gewährt die National-Zeitung keiner der Großmächte einen wirklichen Anspruch auf Schleswig-Holstein; besonders aber für Preußen bezeichnet sie es als erniedrigend, wenn es seinen deutschen Beruf durch eine solche Auffassung entwürdigen und sich zugleich unabsehbaren Verwicklungen aussetzen wolle. Wir sehen hier also noch immer die alte idealistische Theorie von den „moralischen Eroberungen“; zu wirklich energischer politischer Anschauung hat sich die National-Zeitung, ungleich den Preußischen Jahrbüchern, nicht durchgerungen. Auch verrät sich eine gewisse Besorgnis in den Worten, daß man vom Frieden wohl ein klares Ergebnis nach außen erwarten mag, daß er aber zugleich reich an

¹⁾ Ebenso Kladd: „Ja — eins noch fehlet zu des Werkes Krönung,
„Und du hast Recht — die innere Versöhnung!“

Keimen inneren Haders für Deutschland sein wird (11. September), eine Befürchtung, die nicht nur von der N. Zeitung, sondern z. B. auch von der Leipziger Zeitung gehegt wurde.

In dem Wunsche nach innerem Frieden ist mit ihr die Vossische Zeitung einig, die als Organ der Fortschrittspartei, des Kerns der Opposition, keine so günstige Stellung hat wie die N. Zeitung.¹⁾ Aber sie ist trotzdem, wie die Partei selbst, noch unverzagt oder gibt sich doch den Anschein, es zu sein. Sie warnt vor der Auffassung, als ob nun auch ein absolutistischer Sieg im Innern errungen sei — „gerade der siegreichen Regierung ist es am leichtesten gegeben, ein echtes verfassungsmäßiges Leben, ein wahrhaft parlamentarisches Regiment herzustellen“ (14. August). Hier ist also schon klar die Forderung der Vorlage eines Indemnitätsgesetzes ausgesprochen, ein Beweis, daß die Partei wohl Bismarck als Sieger, sich selbst aber noch nicht als Besiegte betrachtete. Vielleicht dachte die Vossische Z. immer noch an eine Parlamentsherrschaft, jedenfalls blieb der Kampf gegen den Ministerpräsidenten der Partei und der Zeitung gemeinsame Lösung.

Die Vossische Ztg. teilt mit den Hist. Pol. Bl. den Ruhm, zum ersten Male auf die Wiedererwerbung der heutigen Reichslande das Augenmerk gerichtet zu haben. Die natürliche Grenze zwischen Deutschland und Frankreich sei nicht der Rhein, sondern die Vogesen. Wenn Deutschland sich einheitlicher, mächtiger und politisch freier entwickelt, dann werden die französischen Absichten auf den Rhein verschwinden — ohnehin kann nur eigene Stärke vor Frankreich sichern —; dadurch aber wird die Anziehungskraft Deutschlands wachsen für Elsaß und Lothringen. Freilich schließt die Vossische Z. an diese Worte gleich die wehmütige Betrachtung, daß die Vereinigung vielleicht nie mehr möglich sei, aber eine Vergrößerung Frankreichs auf deutsche Kosten sicherlich ebensowenig, wenn Preußen Preußen die gegenwärtige weltgeschichtliche Stellung Deutschlands zu begreifen und zu verwirklichen versteht (28. August).

Diese Äußerung ist wohl eine der wichtigsten und inhaltreichsten, die überhaupt bei der Diskussion über den Friedensschluß gefallen sind; ihr darf die gebührende Beachtung nicht versagt werden.

Schärfer kommt die Opposition zum Ausdruck in vier weiteren Vertretern der liberalen preußischen Presse, in der Berliner „Volkszeitung“, in der „Kölnischen“, in der „Magdeburgischen“ und in der „Schlesischen Zeitung“. Der Ton in diesen Blättern und selbst ihre Richtung sind nicht kongruent, aber sie bedauern doch alle, daß das Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins unbeachtet geblieben ist.²⁾ Sie sind alle vier gut preußisch; aber während

¹⁾ Voss. 12. und 14. August. Ebenso die Schles. Z. Müller S. 176.

²⁾ K. Z. 5. August und 12. Dezember; M. Z. 5. August, V. Z. 6. August, Schl. Z. 9. November 64, ebenso Freischütz 6. August und Grzb. 64.

die Magdeburgische und die Schlesische Zeitung mit dem Frieden immerhin leidlich zufrieden sind, gebärdet sich die Volkszeitung sehr unwirsch wegen des ersten Artikels der Präliminarien. Sie, die die demokratische Gruppe der preußischen Abgeordneten vertritt, bestreitet gemäß den Parteianschauungen und der (zeitweise) allgemeinen Überzeugung dem Könige Christian das Recht, Holstein abzutreten¹⁾, sieht keinen Gewinn für Preußen in der Gemeinsamkeit mit Österreich und schwingt sich zu der seltsamen Behauptung auf, daß beide Großmächte im ersten Artikel bekennen, Christian IX. besitze die Herzogtümer noch so lange, „bis Preußen und Österreich ihm den Nachweis führen, daß sie sich über die Dispositionen vereinigt haben“, und nun die Reihe am König sei, „die versprochene Anerkennung zu erteilen, durch die erst die sog. Entsagung verwirklicht wird“!²⁾

Wie die V. Z. sich durch diese Theorie vor allen anderen deutschen Blättern „auszeichnet“, so die Kölnische Z. durch eine davon gänzlich verschiedene, aber auch nicht viel bessere. In ihr spukt das Nationalitätsprinzip so lebhaft, daß sie allen Ernstes auf Grund des Selbstbestimmungsrechts die Rückgabe Nordschleswigs empfiehlt (5. Aug.), „denn so hochherzig, Leute, die nicht zu uns gehören wollen, willig laufen zu lassen, so hochherzig kann doch am Ende das große Deutschland noch leichter sein als das kleine Dänemark“. Wenn auch die Frage damals — Anfang August 1864 — noch nicht endgültig entschieden war, so hatte sich doch Dänemark durch sein Verhalten auf der Londoner Konferenz jeden Anspruchs auf Milde selbst beraubt. Übrigens wiederholte die K. Z. ihren Vorschlag auch noch nach dem Friedensschluß (z. B. am 24. Dez.); sie sah eben im Nationalitätsprinzip „die Grundlage für eine wirkliche Einigung Deutschlands und stellte es deshalb so hoch, daß sie ihm, wenigstens de lege ferenda, allgemeine Geltung zuerkannte. Der damalige Chefredakteur Kruse vertrat diese Ansicht aufs wärmste, und es war „ganz Kruse“, daß er seinen Grundsatz hartnäckig durchführte“.³⁾

Diese Anschauungen, die uns in dieser ausgeprägten Schärfe schon ganz antiquiert erscheinen, lagen doch damals durchaus im Geiste der Zeit. Selbst Bismarck hat ihnen noch im § 5 des Prager Friedens eine Konzession gemacht, allerdings nicht aus Hochherzigkeit, sondern lediglich den Anforderungen der realen Politik entsprechend.

Es ist fast überflüssig zu bemerken, daß der Vorschlag der K. Z. von der ganzen deutschen Presse bekämpft wurde, am heftigsten natürlich von der augustenburgischen.

Eine viel freiere Haltung sowohl in ihren Äußerungen als auch

¹⁾ Ebenso die L. Z. (25. November 64) und viele andere Blätter.

²⁾ Mitteilungen des Herrn Dr. Schmits, eines damaligen Redakteurs der K. Z.

³⁾ V. Z. 9., 10., 11. und 13. August. Dafür wurde sie von der Hamb. Ztg. tüchtig verspottet (17. November), die ihr rät, sich genügende Kenntniss in der französischen Sprache anzueignen.

in ihren Anschauungen verraten die hamburgischen Blätter. Sie stehen nicht unter dem Einflusse des alles beherrschenden Konflikts; das Damoklesschwert der Verfolgung und Konfiskation hängt nicht drohend über ihren Häuptern. Gerade sie aber nehmen eine besondere Beachtung in Anspruch, weil sie nicht nur in ganz Deutschland, sondern vor allem in Schleswig-Holstein weit verbreitet waren. Und da ist es bemerkenswert, daß, obgleich die politischen und wirtschaftlichen Interessen Hamburgs ganz unzweifelhaft antipreußisch waren, obgleich hier die stärksten Sympathien für die benachbarten Herzogtümer herrschten¹⁾, außer der Hamburger Zeitung, die, vom Erbprinzen erhalten und vom Herzog Christian August publizistisch unterstützt, „den starrsten Partikularismus auf ihre Fahne geschrieben“ hatte²⁾, doch nicht ein einziges Blatt sich dadurch veranlaßt fühlte, die Friedensbedingungen parteiisch zu beurteilen. Nicht die engen Sorgen mittelstaatlicher und teilweise auch preußischer Politiker treten uns hier entgegen, sondern wirklich große Gesichtspunkte, die in dieser Seestadt trotz mancher Engherzigkeit nie außer acht gelassen wurden. So tadelt mit Recht der „Correspondent“ „die partikuläre Borniertheit, radikale Agitation und spitzfindigen Intrigen, die die Unfähigkeit gewisser Parteien und Bestrebungen, in wahrhaft deutschem Geiste zu handeln, so deutlich darlegen, daß man sich in Paris und London gewiß herzlich darüber freut. In England wäre z. B. bei dieser ganzen Sache die erste Frage aufgeworfen worden sein — hier ist Gelegenheit, Ost- und Nordsee zu beherrschen, eine große Flotte zu schaffen; wer hat die Energie, wer die Kraft, dergleichen zu leisten?“ Im übrigen ist der Correspondent der Ansicht, daß die Fortschrittspartei eine Bataille verloren und dem „Überge wicht der Tat über das Wort Rechnung“ zu tragen habe.

In seiner Bekämpfung des Partikularismus stimmt er mit dem Hamburger Fremdenblatt überein, beide vom deutschen, nicht vom preußischen Standpunkte aus urteilend.³⁾ Dieses Deutschbewußtsein, die Sehnsucht nach der endlichen Einigung, tritt gerade bei dieser Zeitung als Leitmotiv scharf hervor, wenngleich es natürlich bei den preußisch-liberalen Organen durchaus nicht fehlt. Das Frdbl. hält sich weit entfernt von den Anschauungen des Nationalvereins; es ist geradezu antidoktrinär. Die Verdienste beider Großmächte, ohne die die Länder nicht erobert worden wären, erkennt es freudig an und gemahnt gleich nach Abschluß der Präliminarien Schleswig-Holstein an seine deutsche Pflicht. — Auch der Freischütz urteilt von höherer Warte aus, wenn er sich, wie allerdings noch einige andere Zeitungen, angesichts des Sieges über die Nichteinmischung

¹⁾ Wohlwill S. 92.

²⁾ Grzb. 65 II 48. — Die H. Z. hegte die Besorgnis, das dänische Kabinett werde die Präliminarien wieder hinfällig machen (6. August).

³⁾ Ebenso Grzb. 64 IV 446.

des Auslandes freut. Graf Russel erleide jetzt erst die rechte Niederlage und die gerechte Buße für seine Politik.¹⁾

Wenden wir uns von der norddeutschen zur süddeutschen Reichsstadt, so finden wir hier das direkte Widerspiel. Freuten sich jene Organe des endlich hergestellten Friedens, so begegnen uns in der Neuen Frankfurter Zeitung fast nur Äußerungen des Tadels. Sie stand mit der „Rheinischen Zeitung“ und dem „Beobachter“ in Stuttgart gewissermaßen in einem demokratisch-antipreußischen Kartell, in dem die N. Fr. Z. die geistige Führerin war. Alle drei betonten ständig den Gegensatz von Volk und Regierung; weder die N. Fr. Z. noch der Beob. haben etwas für die Kleinstaaten übrig, noch viel weniger aber für die deutschen Großmächte. Ihnen werfen sie vor, daß sie „vergessen“ hätten, die Frage des Aktivvermögens zu regeln²⁾, ja daß sie überhaupt kein Recht besäßen, über Dritte Verpflichtungen zu verhängen; und der Beob. droht, daß schon mehr als ein Traktat zerrissen worden sei. Die Völker müßten „eine Politik der eigenen Hand“ treiben, nicht aber ihre Angelegenheiten einem geheimen Konventikel überlassen, das ihr Gut und Blut in majorem regis gloriam und zu Nutz und Frommen gewissen- und wissenloser Faiseurs vergeude. Selbstverständlich bestreiten sie dem Könige von Dänemark das Recht, die Herzogtümer abzutreten, und fordern die unbedingte Selbstbestimmung genau wie die V. Z.³⁾ Die Unzufriedenheit der N. F. Z. gibt sich auch darin kund, daß sie sich über die Formeln im Friedensvertrage lustig macht (8. November).

Die N. F. Z., die Bismarck unter anderem zutraut, er könne die Herzogtümer wieder eintauschen⁴⁾, beschäftigt sich auch mit dem Schicksale Dänemarks, dem sie empfiehlt, statt des stehenden Heeres die Miliz einzuführen wie in der Schweiz; dadurch werde die Wehrhaftigkeit des kleinen Staates zunehmen und Deutschland zugleich ein Beispiel gegeben, das nicht verloren sei (4. September), — wobei aber Deutschland gewiß verloren gewesen wäre!

Sehr viel ruhiger als der radikale Beob. urteilt sein Kollege, der Schwäbische Merkur, der gleichfalls bedauert, daß die Schleswig-Holsteiner nicht zur Beratung über den Frieden hinzugezogen worden seien. Ihm sind aber doch die Bedingungen günstig genug, um den Wunsch zu rechtfertigen, die Präliminarien gleich in einen festen Frieden verwandelt zu sehen. Später, nach Abschluß des endgültigen Vertrages, urteilt der M. ungünstiger. „Ein schneidiger Krieg und ein ängstlicher Friede“, meint ein holsteinischer Korrespondent

¹⁾ 6. August. — S. auch Jansen-Samwer 136 f.

²⁾ N. Fr. Z. 5., 6. und 8. August. Beob. 10. August; Lpz. Z. 25. Nov.

³⁾ N. Fr. Z. 6. und 8. August; B. 23. Oktober; Lpz. Z. No. 193 Beil. und 25. November.

⁴⁾ N. Fr. Z. 30. August und 10. September. — Sie hält ihn auch der Abtretung rheinischen Landes an Frankreich für fähig, 9. Dezember 64. S. ferner 2. Mai 66.

(11. November); die Abtretung wird als „falsch, widersinnig und wider das deutsche Rechtsgefühl“ hingestellt.

Die Sehnsucht nach Ruhe ist beim M. deutlich zu erkennen. Überhaupt liegt gerade über diesem Blatte eine stumme und doch beredte Resignation.¹⁾ Es mag nicht sich und seinen Lesern vorlügen, daß die Mittelstaaten noch irgendwelchen Einfluß haben, aber es kann auch nicht den Weg zu Preußen finden, wenngleich es sich seiner gelegentlich annimmt. Der Weg zu Österreich ist ihm durch sein freilich latentes, aber doch wirksames und erkennbares protestantisches Bewußtsein versperrt.

Bedeutend kühler ist der Ton dann wieder in der Wochenschrift des Nationalvereins, die aus einer negativen Haltung gar nicht herauskommt. Sie hat natürlich — in größerem Maße als die gesamte übrige Presse — gebundene Marschroute; die Resolutionen des täglich unfruchtbarer werdenden Nationalvereins sind die unfehlbaren Leitsterne ihrer Politik. Dieser aber hatte am 1. November 1864 die Annexion der Herzogtümer „aufs entschiedenste“ verworfen und war vielmehr rückhaltlos für das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner eingetreten. So meinte denn die N. V. W., weder Über- noch Unterschätzung wäre richtig, da der Sieg erst halb gewonnen sei, natürlich in erster Linie durch die einmütige Haltung des Volkes; nicht etwa, wie „die gedankenlosen Anbeter des Erfolgs jetzt wissen wollen, die überlegene Schlaueit des Herrn von Bismarck sei es gewesen, die Österreich zusammen mit Preußen in Krieg und Sieg getrieben“ habe.

Auf den gleichen Grundanschauungen wie die N. V. W. fußte auch die Kieler Zeitung, aber sie ließ sich nie zu solchen raschen und ungerechtfertigten Worten hinreißen. Sie vertrat im Gegenteil stets eine ruhige, etwas zurückhaltende, durchaus gemäßigte Politik und hielt sich ganz und gar von hohlen Phrasen fern; ihr Sinn war mehr aufs Praktische gerichtet. Das erkennen wir, wenn sie kurz vor Abschluß der Präliminarien (28. Juli) frischweg die Hälfte der dänischen Flotte forderte und späterhin (9. August) beklagte, daß nicht auch die Aktiva zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein geteilt worden wären, die Herzogtümer mithin die ganzen Kriegskosten tragen müßten. Derselbe Wirklichkeitssinn führte sie auch zu dem Geständnis, daß eine sofortige Anerkennung des Herzogs, die sie von ganzem Herzen wünschte, nicht viel Wahrscheinlichkeit für sich hätte. Aber durch diese schmerzliche Einsicht ließ sich die Kieler Zeitung nicht einschüchtern oder verbittern; sie wies zwar, getreu der augustin-burgischen Auffassung, das Wort „Abtretung“ zurück (10. August und 9. November), aber sie war doch von Dank erfüllt gegen die großmächtlichen Befreier und bedauerte nur, daß nicht die Schleswig-Holsteiner selbst mitkämpfen durften; die „Freiheit von dem Jahr-

¹⁾ Elben S. 98.

hunderte alten Joche des Erbfeindes“ (!) sei mit den schwersten Opfern nicht zu teuer erkaufte (2. und 9. November). Höher als allen materiellen Gewinn schätzt die Kieler Z. die Tatsache, daß Europa wieder einmal Respekt vor „deutschen Hieben“ gefühlt und sich überzeugt habe, daß keine Macht der Erde Deutschland gefährlich werden könne, wenn es eins sei. Vielleicht, um an der deutschen Einheit mitzubauen, vielleicht aber auch aus partikularistischen Motiven, die gelegentlich auftauchen, macht das Blatt den Vorschlag, den Bund zu den Friedensverhandlungen wie zur interimistischen Verwaltung der Herzogtümer heranzuziehen (10. August), trotzdem es vier Tage vorher ein Interim überhaupt abgelehnt hatte. Lebhaft bedauert es (9. November), daß nicht Deutschland als Ganzes, sondern nur in zwei seiner Faktoren das große Ziel erreicht habe, und wünscht daher umso dringender baldige definitive Regelung (3. November).

Klar sehen wir, wie weit die Kieler Zeitung von dem ohnmächtigen Geschwätze der N. V. W. entfernt ist, und das, obgleich sie, in der Zeit der Befreiung entstanden, in der umstrittenen Nordmark selbst erschien und dieselbe Auffassung beide Blätter verband.

Das schloß nicht aus, daß auch sie ein wenig Prinzipienreiterei trieb, genau wie der preußische Vertreter der katholisch-großdeutschen Organe, die alle Dänemark jedes Recht auf die befreiten Länder absprachen. Die Kölnischen Blätter, stets mehr Liebe für Oesterreich verratend als für ihren heimatlichen Bundesstaat, wehren sich diesmal — notgedrungen — gegen beide Großmächte (7. August). Ein Recht der Eroberung gibt es für sie nicht, „denn es kann niemals vom Feinde erobert werden, was dem Feinde nicht gehört. . . Alles, was Dänemark wirklich abtreten kann, ist nur — die böse Lust zu sündigen.“ Mit dieser fundamentalen Erkenntnis verbinden die K. Bl. den Appell an den Bund um schleunige Konstituierung Schleswig-Holsteins. Aber bei der Energielosigkeit der Mittelstaaten fürchten sie, daß nun gerade das demokratische Ideal der Neugestaltung Deutschlands immer mehr Anhänger gewinnen werde (10. August). Auch können sie sich, wie alle preußischen Blätter, der Einsicht nicht verschließen, daß der Sieg Österreichs und Preußens hart an eine Niederlage des Bundes grenze und viel Weisheit und Selbstverleugnung dazu gehören werde, ihn auf die rechte Weise zu benutzen. Aber ein Trost ist es den K. Bl., daß das deutsche Nationalgefühl kräftig genug entwickelt ist, um jeden Gedanken, das Ausland (d. h. Frankreich) „zur Wahrung der deutschen Libertät“ herbeizurufen, mit Abscheu zu verdammen. Recht froh sind sie anscheinend darüber, daß Bismarck sich durch sein Auftreten im Parlament selbst darum gebracht hat, der Held des Tages, der Herr der Situation in Deutschland zu sein. Niemand stehe seiner Allmacht mehr im Wege als er selbst. In dem Versuche, geistreich zu sein, fügen sie hinzu: „Da er indes schon über so vieles hinweggeschritten, so wird er vermutlich auch — über sich selbst wegschreiten oder

wenigstens hinwegzuschreiten versuchen.“ — Auch ohne Reorganisation würde übrigens das preußische Heer Dänemark geschlagen haben (9. November), das man nun aber an die deutsche Politik anschließen müsse, um die Bildung einer skandinavischen Union zu verhindern.¹⁾

Damit im Widerspruch sind die K. Bl. dann ein andermal (11. November) der Ansicht, daß der Skandinavismus Deutschland eher nützen als schaden könne, weil die Nordstaaten vereint der Eroberungspolitik gegen Deutschland gern und leicht entsagen würden, während sie sonst unter englischem und russischem Einflusse stünden und ihre Unselbständigkeit den Verlust ihrer deutschen Besitzungen nicht verschmerzen ließe.

Die Augsburger Allgemeine Zeitung hat keinen eigentlichen Friedensartikel — möglicher Weise haben verschiedene Einflüsse einander gekreuzt und aufgehoben —, sondern einfache Berichte aus Schleswig-Holstein, die gegen Preußen gefärbt sind. Aus Berlin bringt sie im wesentlichen nur Zeitungsausschnitte, dagegen aus Wien zahlreiche verschiedene Korrespondenzen; Sybel hatte immer noch recht mit seinen einst geschriebenen Worten: „Das stets unbequeme, stets widerwärtige Preußen wurde soweit wie möglich in den Hintergrund gerückt.“ Aber auch die A. Z. kann sich der allgemeinen Ansicht nicht entziehen, daß die Kraft der Mittelstaaten gebrochen sei (15. Sept.), ihre alte Triasidee jedoch hat sie darum nie aufgegeben.

Ganz wie die K. Bl. äußert sich, nur mit starkem österreichischen Einschlag, die liberale Wiener „Presse“ über den Besitz der Herzogtümer, die nicht den Großmächten gehören dürfen, sondern die möglichst bald dem rechtmäßigen Fürsten übergeben werden müssen (2. August). Die Pr. ist recht froh über den Abschluß, denn sie hatte die Abhängigkeit Österreichs von Preußen mit wachsender Ungeduld gesehen und freute sich nun der wiedergewonnenen Freiheit der Bewegung. Der Friede müsse für die Auffrischung der stagnierenden inneren Politik und für die Emanzipierung der äußeren „von lähmenden und hemmenden Einflüssen aller Art“ nutzbar gemacht werden (3. August). Seltsamer Weise wendet sich die Pr. am nächsten Tage an — Bismarck, jenen energischen Staatsmann, dessen konstitutionelle Gebrechen sie gern ignorieren will, wenn er nur die Hand dazu biete, endlich die deutsche Einheit herzustellen, denn es sei ihr schrecklich, diese Frage ungelöst einem nachfolgenden Geschlechte hinterlassen zu müssen. Eile aber täte not! Eine solche Äußerung wäre selbst in einem reichsdeutschen Blatte sehr bemerkenswert gewesen; um wieviel mehr aber in einem österreichischen, das noch dazu liberale Anschauungen hegte!

¹⁾ K. Bl. 10. August. Die H. P. Bl. sind für den Eintritt Dänemarks in den deutschen Bund, den es selbst 1815 beantragt hatte. Zur Stütze dieses Vorschlags erinnern sie daran, daß er 1850 von der offiziellen N. Münch. Z. und von der A. A. Z. vertreten wurde.

Der Botschafter¹⁾, Schmerlings Organ, pries sein Land glücklich, daß es nicht dem betrügerischen Nationalitätsprinzip gehuldigt und damit ein Präjudiz gegen sich selbst ausgesprochen habe.

Schließen wir mit der offiziellen Wiener Abendpost, die betont (2. August), daß der Bund nichts mitzureden habe und daß nun „ein freies bundesgenössisches Verständnis unter den Regierungen Deutschlands folgen“ werde, „zur Sicherung der Rechtszustände der Herzogtümer, zur Verstärkung der Sicherheit und des Ansehens Deutschlands, zur frohen Befriedigung des Gesamtvaterlandes“; wozu die N. A. Z. „aus vollem Herzen Amen“ sagt (4. August).

Der Kreis ist geschlossen. In der ganzen deutschen Presse finden wir Äußerungen der Freude über die wieder gewonnene Nordmark, insbesondere über Lauenburg, an das vorher niemand gedacht hatte; überall auch ehrliche Anerkennung des tapferen Heeres. Grund zum Jubel haben nur die konservativen Organe Preußens, die den Sieg für die innere Politik auszunutzen empfehlen. Die liberalen und demokratischen preußischen Zeitungen sind gespalten; bei Besprechung des Resultats des Krieges haben sie stets ihre eigene Lage im Auge; trotzdem findet sich wenigstens in den gemäßigten Organen Anerkennung und Lob für die preußische Regierung, wenn auch ohne Überschwang. Die hamburgischen Blätter sehen aufs Ganze; das gesamtdeutsche Interesse ist für sie maßgebend. Dasselbe gilt von den übrigen mittel- oder kleinstaatlichen Zeitungen, aber ihre Voreingenommenheit gegen Preußen läßt sie nicht zu gerechter Wertschätzung des Errungenen gelangen. Die katholisch-großdeutsche Gruppe endlich fürchtet offenbar Preußen und erklärt infolgedessen großmütig und mit verdächtiger Eile, daß sie für sich nichts beanspruche, sondern das Recht und nur das Recht walten lassen wolle.

Angesichts aller dieser Meinungsverschiedenheiten durften die Grenzboten mit Recht behaupten (64 III 368): „Wahrlich, wer einmal in der Zukunft die Geschichte dieser Jahre schreiben und die öffentliche Meinung in der Tagespresse und den Versammlungen patriotischer Männer oder in den Verhandlungen der Landeskammern suchen wird, der wird erschrecken vor der Zerfahrenheit und der tiefen Verstimmung, die alles entzweit.“

¹⁾ Erschienen 1862/65. Herausgeber und Redakteur war Julius Fröbel, der 1866 den Württ. Staatsanz. leitete. Der Botsch. hatte 580 Provinzialabonnenten. (N. P. Z. 64 No. 181.) S. Treitschke V S. 212.

B. Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in der Presse.

Kein Ausspruch konnte wahrer sein! Denn nun begann der eigentliche Kampf zwischen den Parteien, den Zeitungen, vor allem zwischen den Großmächten untereinander und mit dem Bunde. Schnell genug war die Siegesfreude verschwunden, traten Alltagsgedanken und Werkeltagsorgen wieder in ihr ewiges Recht. Bismarcks diplomatisches Spiel zu durchschauen, ist trotz seiner gepriesenen Offenheit keinem der Zeitgenossen gelungen. Auch in der Presse werden nur allzu häufig neue Mittel, die er anwandte, als neue Ziele bezeichnet und bekämpft. Ihm lag daran, das Interim in den Herzogtümern möglichst zu verlängern und dort festen Fuß zu fassen; Österreich aber, der deutsche Bund, die Nordmark selber und die gesamte öffentliche Meinung, mindestens außerhalb Preußens, verlangten täglich dringender die endliche Regelung der verfahrenen Angelegenheit. So legte denn Preußen am 22. Februar 1865 dem Mitbesitzer die Bedingungen vor, unter denen es sich mit der Konstituierung Schleswig-Holsteins einverstanden erklären wollte.¹⁾

Zwischen Preußen und Schleswig-Holstein sollte ein ewiges Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, die Dienstpflicht und Zahl der Rekruten und Matrosen, sowie ihre Aushebung nach den in Preußen geltenden Grundsätzen vollzogen werden. Dem Könige, dem auch der Fahneneid geleistet werden müsse, sollte freies Verfügungsrecht über die Truppen zustehen, die Herzogtümer aber einen angemessenen Beitrag zahlen; Rendsburg sollte Bundesfestung werden. Ferner wurden beantragt einige Territorialabtretungen, das Oberaufsichtsrecht über den zu erbauenden Nord-Ostseekanal, der Beitritt der Herzogtümer zum preußischen Zollverein und Zollsystem, sowie endlich Verschmelzung beider Post- und Telegraphenwesen. Österreich aber war nicht geneigt, solch umfangreiche Forderungen zu genehmigen; es lehnte sie unter Berufung auf die Bundesverträge am 5. März 1865 ab. Darauf — am 17. April — machte Bismarck den Vorschlag, die schleswig-holsteinischen Stände zu berufen, aber nach vielem Hin und Her wurde auch daraus nichts; das Bündnis der beiden Großmächte lockerte sich zusehends.

¹⁾ Sybel 4, 63 ff. „Die innere Politik“ S. 516—525; N. A. Z. 14. und 16. Mai.

Allen diesen Verhandlungen, dem Schicksale des Sorgenkinds Schleswig-Holstein, galt die regste Teilnahme der Presse, die sich fast in allen Lagen mit positiven Vorschlägen hervortat. Aber während ich mich im ersten Teile darauf beschränken mußte, den Umfang, den die Friedensbesprechungen angenommen, zu erörtern, um dadurch endlose Wiederholungen zu vermeiden, kann ich nun den eigentlichen Inhalt der ausgesprochenen Hoffnungen, Wünsche und Befürchtungen darlegen. Hier könnte es wohl verlocken, die Blätter einzuteilen in solche, die für Annexion, für Anschluß oder für „bundesgemäße“ Lösung sprachen, aber auch dann würden sich bei der Frage des Verhältnisses der Parteien zu ihrer Presse Wiederholungen nicht umgehen lassen; am meisten wird sich doch der geographische Kreisgang empfehlen, den ich schon im ersten Teil besprochen habe.

Verhältnismäßig selten äußert sich, ihrem offiziösen Charakter gemäß, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zur Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, denn während fast alle anderen Blätter von dieser einen Angelegenheit beherrscht werden, scheint sie, der Politik Bismarcks entsprechend, jede entscheidende Erörterung zu vermeiden. Es hat recht wenig Wert, sie hier des genaueren zu verfolgen, da sie doch nur für das Bedürfnis des Augenblicks schreibt und stets mit dem Seitenblick auf den Bundesgenossen. Recht von oben herab, aber mit ihrer konservativen Gesinnung durchaus übereinstimmend, meint sie (21. u. 24. August), daß der Abschluß bei der bestehenden schleswig-holsteinischen Verfassung gar keinen Wert für Preußen habe, alle Vorteile seien dabei auf seiten der befreiten Stämme.¹⁾ Auch weist sie auf die Schwierigkeiten hin, mit wem der Vertrag abzuschließen sei (5. Oktober); an das *faciteische* Wort erinnernd: „*duces ex virtute sumunt*“, fragt sie, ob die einzige Tat des Erbprinzen, die Ausschreibung einer Anleihe, zu jenen für einen Herzog notwendigen Tugenden gehöre (2. August). Trotz alledem fordert sie die Annexion, die sie zweifellos wünscht, wenigstens nie direkt! Sie mußte eben Rücksicht auf die Stimmung der höfischen Kreise gegenüber Österreich und Augustenburg nehmen; aber mit sichtlicher Vorliebe führt sie annexionistische Stimmen aus anderen Blättern an.

Eine vorsichtige Haltung nimmt auch die Kreuzzeitung ein. Ganz wie Bismarck empfiehlt sie zunächst ein Interim zur Lösung der rechtlichen Fragen (26. u. 27. August). Wie die konservative Partei verlangt sie möglichste Anlehnung, d. h. Unterwerfung aller Klein- und Mittelstaaten unter Preußen²⁾ und macht natürlich mit dem verhaßten liberalen Augustenburger keine Ausnahme, denn ihr ist die

¹⁾ N. A. Z. 2. Okt. Die annexionistische Flensburger „Norddeutsche Z.“ sagte Anfang Oktober 1864: „Daß die engere Verbindung hier zu Lande überhaupt noch Gegner findet, wird wesentlich mit verschuldet durch die Nordd. Allg. Z. nebst Konsorten.“ (V. Z. 7. Okt.)

²⁾ 16. August: Es fragt sich nicht, „ob sie sich an eine größere Macht anlehnen, sondern nur, an welche sie sich anlehnen wollen.“

Lösung die liebste, die der Fortschrittspartei mißfällt (14. August). Man wird nicht sagen dürfen, daß sie genau das Programm des preußischen Volksvereins vom 20. September 1861 einhält, das die „Einigkeit des deutschen Vaterlandes . . . in der Einigkeit seiner Fürsten und Völker und in Festhaltung an Obrigkeit und Recht“¹⁾ verlangt, denn was sie fordert, ist einfach fester Anschluß an Preußen, damit nicht die kleinstaatliche Misere in die Herzogtümer verpflanzt werde (9. November); von einer Zustimmung des Erbprinzen oder des Volkes ist nicht die Rede. Natürlich müsse ein Vertrag darüber vor der Einsetzung des Herzogs abgeschlossen werden, denn die erworbenen Rechte können nicht irgendwelcher zukünftigen Gnade anheimgegeben werden (1. Februar 65). Das konservative Machtbewußtsein, der Stolz der Sieger und die Gegnerschaft zur Revolution geben sich auch in den Worten kund, daß die Hand, die die Herzogtümer von den dänischen Fesseln befreit, dafür Sorge tragen werde, die Länder nicht in die Knechtschaft der europäischen Revolution geraten zu lassen (9. November). Die Personenfrage ist der N. P. Z. ganz gleichgültig, wohl weil sie gar nicht an eine Einsetzung des Erbprinzen glaubt; einmal erhebt sie den Großherzog von Oldenburg auf den Schild (11. August); ein andermal winkt sie wieder stark ab, warnt auch gelegentlich vor den „Annexions-Sanguinikern“, obgleich sie wie die N. A. Z. alle Annexionsartikel, deren sie habhaft werden kann, mit großer Freude abdruckt. Sie ignoriert indessen den Mitbesitzer selten so, wie dies der (abgelehnte) konservative Antrag anläßlich der Beratung des Gesetzes über die Kriegsausgaben im Abgeordnetenhaus (13. Juni 1865) tat, der die Erwartung aussprach, „daß die kgl. Staatsregierung anstreben werde, nötigenfalls unter Abfindung etwa berechtigter Erbprätendenten, die Elbherzogtümer der preußischen Monarchie zu erwerben“.²⁾ Dafür ist hinwiederum von einer Entschädigung des Erbprinzen nie die Rede.³⁾

Nicht auf so festem Boden wie die genannten Blätter stehen die Preußischen Jahrbücher, die zugegeben hatten, daß ihre Ziele durch eine andere Partei erreicht worden seien. Trotzdem aber verzichten sie keineswegs darauf, ihr lebhaftestes Interesse an der schleswig-holsteinischen Sache kundzugeben und mit ihrem Rat an einer gedeihlichen Lösung teilzunehmen, waren sie doch von Anfang an

¹⁾ F. Salomon S. 50. Indessen steht Gerlach ganz auf dem Boden dieses Programms; er fordert eine rechtliche Untersuchung und eifert gegen sündlichen Eigennutz; Preußen dürfe nicht Deutsch-Piemont werden, weil das der Weg zum Bruche mit Österreich sei. N. P. Z. 28. Januar 65. Petersdorff S. 366f.

²⁾ Bismarck, Reden II 377.

³⁾ Die feudale Berl. Revue ist erst für Anschluß (64 III 388f.), erklärt ihn dann gleich der N. A. Z. für ein Danaergeschenk (IV 194), tritt darauf für Annexion (65 I 165, 197 und 231) und schließlich energisch für die Februar-Forderungen ein. — Die hierher gehörenden Artikel der Prov.-Corr. finden sich in Politik S. 341ff., 353ff., 378f.

energisch für die bedrückten Brüder eingetreten. Selbst die härtesten Prüfungen konnten ihnen den Glauben an Preußens Beruf nicht nehmen; er war ihr Leitstern, dem sie willig folgten. Die Pr. Jb. sind durchaus eins mit dem Programm der altliberalen Partei, die „die Herstellung des Bundesstaates im weiteren Bunde mit parlamentarischer Vertretung sich zur Aufgabe“ setzte — „unter Wahrung der inneren Selbständigkeit der Einzelstaaten, mit preußischer Führung in den militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Angelegenheiten“. ¹⁾ Demgemäß erklären sich die Pr. Jb. für engsten Anschluß in der Voraussetzung, daß die Schleswig-Holsteiner, deren Selbstbestimmungsrecht sie achten, dafür zu gewinnen seien. ²⁾ Sie sind der Meinung, daß ein wichtigerer Gegner als das schwache Österreich die Rechtsüberzeugung des schleswig-holsteinischen Volkes sei. Noch also treten uns hier die liberalen Theorien unberührt von realer Anschauung entgegen; auch für den Erbprinzen verwenden sie sich, empfehlen ihm freilich schnellen Abschluß mit Preußen und tadeln ihn, als er in der Zögerung sein Heil sucht. ³⁾ — Aber mit einem Schlage ändert sich die Haltung der Pr. Jb., als Treitschke von neuem mit ihnen in Verbindung tritt. ⁴⁾ Ist es schon an sich schwer, Artikel einer Zeitschrift zu analysieren, so wird dies fast zur Unmöglichkeit, wenn man diese Aufgabe an einem Essay Treitschkes zu lösen hat. Gedankenreichtum, Ausdrucksform, lebendige Anschauung gehen verloren, und zurück bleibt nur ein dürres Gerippe. — Sowohl durch den Anschluß wie durch die Annexion, meint Treitschke, wird der Rechtsboden verlassen — eine rein rechtliche Lösung aber ist unmöglich; daher empfiehlt sich am meisten die Annexion, damit eine dauerhafte, für das Vaterland heilsame Ordnung begründet werde, denn durch den sogenannten Anschluß werde Schleswig-Holstein nur zum Vasallenstaate Preußens. Die Forderung der Selbstbestimmung lediglich für einen Teil des Vaterlandes weist er als unerfüllbar zurück mit dem Satze: „Eine Partei, die nicht verzichten will auf jeden Anteil an der praktischen Politik, darf nicht das Unmögliche verlangen.“ ⁵⁾ Hier wie später lehnte Treitschke das demokratische Feldgeschrei: erst Freiheit, dann Einheit, als Unsinn ab, denn es bedeute: erst staatliche Rechte, dann ein Staat; er aber opfert „der Einheit Deutschlands jedes andere politische Gut“.

So also nähern sich die Pr. Jb. der Regierung bedeutend, ohne es genau zu wissen, und nur der Konflikt, dessen Beseitigung sie mittels einer Indemnitätsvorlage wünschen (XV, 213 — 18), steht noch zwischen beiden, denn auch in der Frage der Kompensation sprechen sie sich

¹⁾ F. Salomon S. 55.

²⁾ XIV, S. 125 ff., 345 ff., XV, 84.

³⁾ XIV, 126 ff. und 262; 349 und 458.

⁴⁾ Sein erster Aufsatz „Lösung der schl.-holst. Frage“ (Pr. J. 15, 169 ff.) ist im Februar 1865 erschienen, auch in den „10 Jahren“ abgedruckt.

⁵⁾ Auch Pr. J. XV, 470.

gegen eine Landabtretung aus (220) und hoffen, daß Preußen von den Februar-Bedingungen nicht zurückweichen werde.¹⁾

Den Pr. J. ganz nahe steht die National-Zeitung, aber den entscheidenden Schritt zur Annexion hin hat sie nicht getan. Sie bildet die Vertretung der älteren Mitglieder der altliberalen Partei, die nichts von einer Verletzung des Rechts, insbesondere der Selbstbestimmung, wissen wollten und die den deutschen Beruf Preußens zu hoch hielten, als daß sie sich auf Tauschgeschäfte mit Österreich einlassen mochten.²⁾ Aber allerdings, den engsten Anschluß und dann die Erfüllung der Februar-Forderungen verlangt auch die N.-Z.³⁾, nicht aus Eigennutz wie die N. Pr. Z., sondern im Interesse der Zukunft Deutschlands.⁴⁾ Einen großen Erfolg sieht sie — und mit ihr die Kieler Z. (19. Okt.) — darin, daß im ersten Beispiel eines Bundesstaates dem übrigen Deutschland das Vorbild für die Gestaltung seiner Einheit geboten werde (7. Nov.). Gegen die Annexion erklärt sie sich auch deshalb, weil Schleswig-Holstein „von dem deutschen Volksgeist und der staatlichen Kraft Preußens“ zugleich befreit worden sei (7. August). Zu diesen beiden, nicht zum Bunde von 1815, müsse es in ein inniges Bündnis treten; nur die moralische Eroberung des deutschen Volkes könne „eine sichere Grundlage für die dauernde Größe des preußischen Staates“ schaffen (1. Dez.). Gern erklärt die N. Z. sich für die Berufung der schleswig-holsteinischen Stände, die sie schon früh gefordert hatte, aber dem Erbprinzen steht sie, im Gegensatz zu den Pr. J., sehr kühl gegenüber und erwähnt ihn kaum; dagegen stimmen beide Organe der altliberalen Partei überein, wenn sie empfehlen, daß man sich resolvire; gar zu gern möchte die N. Z., genau wie der Abgeordnete v. Bunsen, Bismarcks Absichten kennen.⁵⁾

¹⁾ Pr. Jb. 15, 689. Ganz in derselben Richtung wie bei den Pr. J., nur nicht so sprunghaft, vollzieht sich der Wechsel der Anschauungen bei Max Duncker, Bernhardt, Mathy, Droysen u. a.

²⁾ 9. März 65.

³⁾ 10., 14. und 18. August 64 und 19. Januar 65. S. auch 11. Dez. 64. Dafür wird sie vom ultramontanen Nürnbg. Korrr. als „der fortschrittliche Schweif der journalistischen Schwefelbände der N. A. Z.“ bezeichnet, und nach der N. Fr. Z. (31. Juli 64) überstreicht sie ihren Liberalismus möglichst dick mit den schwarz-weißen hohenzollernschen Hausfarben.

⁴⁾ Mit dem Wunsche nach einer deutschen Marine verbindet sie auch den nach einer gemeinsamen Volksvertretung für Flottenangelegenheiten (17. August.)

⁵⁾ N. Z. 5. Okt. und 30. Nov. — Nicht viel anders ist im ganzen genommen die Entwicklung der Magd. Ztg., die freilich bis zur Entlassung Hoppes (Nov. 64) in oppositionellem und augustenburgischem Sinne geleitet wurde, die dann aber eine Schwenkung vollzog und für die Annexion eintrat. (1. und 9. Nov. 64, 7. und 15. Febr. 65). Aus dem Verlauf der schlesw.-holst. Angelegenheit folgerte sie die Notwendigkeit der Bundesreform oder des Bundesbruchs (14. Jan. 65). Von der Einberufung der Stände war sie sehr begeistert, wies aber bald

Schon anders tönt es aus den Spalten der Kölnischen Z. Sie möchte wohl die Annexion, aber nicht ohne Zustimmung der Schleswig-Holsteiner selbst und ihres rechtmäßigen Herzogs (!) (10. Nov.), doch glaubt sie sich wegen der unüberwindlichen Hindernisse mit dem Anschluß zufrieden geben zu müssen¹⁾; immer von neuem aber reitet sie ihr altes Steckenpferd, die Rückgabe Nordschleswigs, um eventuell dadurch die Annexion zu erlangen.²⁾ Gegen diesen Vorschlag aber wenden sich alle deutschen Blätter; erklärlich ist er trotzdem. Denn da man nach den oben (S. 15) angeführten Worten von der Hypothese einer offiziellen Lockung für Napoleon absehen muß, die an sich nicht unberechtigt wäre — der von Frankreich importierte Glaube an die Kraft der Nationalitätstheorie, die hier im Extrem verfochten wurde, bleibt immerhin übrig; daß er in den nahen Rheinlanden mit ihrer süddeutsch-demokratischen Bevölkerung Wurzel gefaßt und von dem bedeutendsten Blatte verfochten wurde, ist jedenfalls nicht verwunderlich, wenn auch die K. Z. mehr die preußisch-deutsche Gesinnung vertrat. Man darf aber nicht behaupten, daß diese Idee der K. Z. etwas Unerhörtes sei; sie steht durchaus in einer Linie mit der von allen liberalen und demokratischen Blättern erhobenen Forderung der Selbstbestimmung; sie ist nur deren äußerster Ausläufer und freilich höchst verwunderlich, nachdem der Friede einmal endgültig geschlossen. — Den Geist der K. Z. erkennt man auch daraus, daß sie gleich nach dem Abschluß der Präliminarien die Berufung der schleswig-holsteinischen Landesvertretung nach der Verfassung von 1848 verlangt. Ohnehin könne die Erbfolgefrage auf anderem Wege niemals rechtlich gelöst werden. Der Erbprinz ist ihr allerdings immer gleichgültiger geworden³⁾, er wird nur noch sehr

darauf hin, daß es nicht anginge, jenen zu sagen: „wir möchten eure Stimme hören, aber glaubt ja nicht, daß wir uns auf alle Fälle daran kehren werden.“

¹⁾ K. Z. 28. Okt. Eine Politik der Gewalt verabscheut sie (11. Mai 65) wie alle Liberalen; Grzb. 65 I 78: „... in dem Respekt vor dem Volkswillen liegt das letzte Geheimnis unserer Stärke; diese Rücksicht bestimmt und beschränkt auch gebieterisch Mittel und Wege unserer Politik.“

²⁾ 24. Dez. N. V. W. 16. März 65: Man mag den Frevelmut des Bismarckschen Regiments noch so hoch anschlagen — an diesen Gipfelpunkt der Nichtswürdigkeit und der Unvernunft reicht er nimmermehr hinan. Von der K. Z. aber, die der preußischen Regierung und dem preußischen Staate tagtäglich den moralischen und politischen Selbstmord als Stärkungsmittel anrät, läßt sich nur sagen, daß sie in überschnappernder Rechthaberei und Dünkelhaftigkeit dem Spital sichtlich entgegenreift.“ — Man erkennt daraus den Haß der Augustenburger wegen der zugedachten Schmälerung des Erbes und der Haltung der K. Z. dem Präidenten gegenüber. Die Kieler Z. äußert sich dem Sinne, nicht dem Tone nach, gleich, z. B. 21. Sept. 65.

³⁾ Schon nach der obigen Äußerung ist Sybel (4, 225) zu berichtigen; vgl. außerdem Nirrnheim S. 400, Schles. Z. 29. November und 10. Dezember 65 und K. Bl. 3. Dezember 65. (1. und 2. Ausg.) Die K. Z. will ihn aber doch entschädigen (22. März 65), ebenso Österreich durch kleine Streifen Oberschlesiens oder durch Geld.

selten erwähnt. Nach Bekanntwerden der Februar-Bedingungen tritt sie für diese¹⁾ und überhaupt für Deutschlands Einheit unter preußischer Führung ein. Besonders auffallend ist bei ihr, wenn nicht eine Unterschätzung der Kräfte Preußens, so doch eine Überschätzung der Stärke der anderen Mächte.

Ein Schritt weiter führt uns zu den Blättern der Opposition, der Fortschrittspartei. Ihr Schiff war infolge der Verweigerung der Kriegsanleihe auf Grund geraten; daraus erklärt sich ihre parlamentarische Untätigkeit²⁾ und die bald nach dem deutschen Kriege erfolgende Spaltung. Wie unter den Mitgliedern der Partei gleich nach dem Frieden Meinungsverschiedenheiten auftraten, so auch unter ihren Vertretern in der Presse. Die annexionistische Gruppe wurde vor allem durch die Vossische Zeitung vertreten. Sie hatte sich das Programm der Fortschrittspartei wörtlich zu eigen gemacht und verfocht nun mit Energie und Geschick die Meinung, daß die Existenz und die Größe Preußens von einer festen Einigung Deutschlands abhängen, die ohne eine starke Zentralgewalt in den Händen Preußens und ohne gemeinsame deutsche Volksvertretung nicht gedacht werden könne.³⁾ Aber die Voss. Z. war, entsprechend der Gesinnung des Berliner Bürgertums, annexionslustig, und eben darin unterscheidet sie sich von den parlamentarischen Anhängern ihrer Ansicht, die, wie z. B. Mommsen, sich nur schweren Herzens für die Einverleibung Schleswig-Holsteins erklärten. Vielleicht ist es zu viel gesagt, daß in der Voss. Z. mehr das partikularistische, in den Abgeordneten mehr das deutsche Interesse zur Geltung kommt, aber ein wahrer Kern liegt unzweifelhaft in dieser Beobachtung. Unter den fortschrittlichen Organen ist es eigentlich nur die Voss. Z., die die Sätze des ersten Wahlaufrufs der Partei nicht vergessen hat, daß nicht länger gezögert werden dürfe, den Bestrebungen nach einer Einigung Deutschlands unter preußischer Führung (in Verbindung mit einer deutschen Volksvertretung) tatsächliche Resultate abzugewinnen. Jetzt scheint ihr die Gelegenheit gekommen, und sie wird mutig beim Schopfe ergriffen. Zunächst freilich erklärt die Zeitung sich nur für engsten Anschluß (7. u. 14. September); den Gedanken, daß Preußen jeder Erweiterung entsagen solle, konstatiert sie nur als politische Sinnlosigkeit (2. September). Preußens Wünschen opfert sie, eine auf richtig liberale Zeitung, ohne Gewissensbisse die nötigen Abänderungen des schleswig-holsteinischen Staatsgrundgesetzes, doch soll der inneren Selbständigkeit kein Eintrag geschehen (10. u. 22. September). Aber immer wieder (28. Oktober u. 18. Dezember) weist sie darauf hin, daß der Unterschied zwischen Anschluß und Annexion nur ein schein-

¹⁾ Damit ist sie auch den Alp der Personalunion los, der sie die gefährliche Annexion vorzieht (19. Februar 64 und Nr. 45, 66).

²⁾ Die konservativen Organe unterließen natürlich nicht, hierauf möglichst oft spottend hinzuweisen. Vgl. Parisius, Fortschrittsp. S. 15.

³⁾ F. Salomon S. 45 und Buchholz S. 156. — F. Salomon S. 47.

barer sei; für die „legitimen Rechte“ und „unsern Herzog“ habe sie nie etwas übrig gehabt. An den Erbprinzen richtet sie unter dem Einflusse Treitschkes einen Monat später die Aufforderung, er möge auf „sein Recht“ verzichten und dadurch seine Vaterlandsliebe erweisen.¹⁾ Auch nach Bekanntwerden der preußischen Bedingungen wünscht sie die Annexion, unter nochmaliger Darlegung der oben erwähnten Argumentation²⁾; dem Erbprinzen — dem „Gratulationsherzog“, wie sie ihn nennt —, den sie als das Haupthindernis ansieht, wird sie spinnefeind.³⁾

Den demokratischen Flügel der Partei vertritt die Volkszeitung mit ganz anderen Forderungen. Sie kann den Sprung über das doch schon hundertfach verletzte Recht nicht wagen. Ebenso wie Löwe-Calbe, Schulze-Delitzsch und Franz Duncker, dessen Besitztum sie ist, steht der V. Z. das Selbstbestimmungsrecht zu hoch, als daß sie einer Vergewaltigung das Wort reden darf; sie empfiehlt daher Volksabstimmung. Mit innerlichem Widerstreben erklärt sie sich für den Anschluß, ohne freilich zu verstehen, wie das durchzusetzen sei, wenn man nicht Österreich einen Ersatz liefere (7. u. 17. August), den sie aber höchstens in der Form einer Geldkompensation bewilligen will (13. Januar u. 3. Mai 1865). Das ist immerhin schon ein gewaltiger Fortschritt gegenüber der einst von der Kammer an den König gerichteten Adresse, wonach „Preußen und Deutschland verpflichtet seien, das Erbrecht Friedrichs VIII. anzuerkennen . . . und die Zusammengehörigkeit und Unabhängigkeit der Herzogtümer herzustellen.“⁴⁾ Man erkennt den Widerspruch, in den sich die Opposition zu ihrem Organ gebracht hatte, auch daran, daß sie noch im Juni 1865 aus verfassungsrechtlichen Gründen den Michaelisschen Antrag ablehnte, der die unlösbare Verbindung zwischen Preußen und den Herzogtümern

¹⁾ Voss. 27. und 28. Januar 65. Sie meint damit wohl nichts anderes als die Grenzb. (65 II 37), nach deren Ansicht das Recht des Herzogs im Notfalle dem Gemeinwohl weichen muß. Hier sei bemerkt, daß die grünen Hefte gleichfalls den preußischen Bedingungen günstig gesinnt sind (37 und 41) und das Abg.-Haus sowie den Nationalverein tadeln, weil jenes die Genehmigung zur Kriegsanleihe verweigert habe (159), dieser aber es an der Unterordnung unter die deutsche Politik Preußens fehlen lasse (IV 235). Festes Vertrauen auf Preußen zeichnet die Grzb. aus. S. auch Freytag-Treitschke S. 46ff. und Lindau S. 421. Auch die K. Z. fordert den Verzicht des Erbprinzen gegen Entschädigung (22. März 65). Wie gleichgültig Friedrich der liberalen Mehrheit des Abg.-Hauses geworden, zeigen dessen Verhandlungen deutlich. Die Parallele zwischen Partei und Presse ist hier leicht erkennbar.

²⁾ 10., 12. Februar, 11. März 65.

³⁾ 22. Februar und 14. Juni 65. Zwischen Voss. und V. Z. steht etwa die Schles. Z., die anfangs für den Augustenburger eintritt (3., 7., 17. August und 9. September), ihn später aber verläßt (4. März 65); doch erklärt sie sich auch weiterhin gegen die Annexion (Nr. 603), während die Bresl. Z. dafür stimmt. Müller S. 165, 177f., 243ff.

⁴⁾ Bismarck, Reden II 379.

und die Entwicklung einer Achtung gebietenden Marine forderte.¹⁾ In dieser Schärfe hat sich die V. Z., die freilich nicht mit Ja oder Nein zu antworten brauchte, kaum ausgesprochen, aber das Liebste wäre ihr doch ohne Zweifel, wenn die Regierung keine äußerliche Gebietsvergrößerung, sondern innere Erstarkung Deutschlands durch die verstärkte Macht Preußens fordern würde; sollte sie aber gar die sofortige Konstituierung der Herzogtümer und die Einsetzung Friedrichs bewilligen, so sei „der Konflikt bis auf jeden Schatten vernichtet, und Deutschland feiert den Befreiungstag Schleswig-Holsteins einmütig als großen Freudentag“; Preußen aber werde, moralisch erstarkt, seinen natürlichen Beruf viel leichter gewinnen als durch kleine Machtgelüste, die ihm nur Feinde schüfen (4. August). — Schon mit diesen Wünschen, die dem gesund-egoistischen Sinn des Volkes widersprachen, steht sie im Gegensatz zu allen anderen preußischen Blättern: auch darin dokumentiert sich dies, daß die V. Z. erst die Einsetzung des Herzogs, dann die Regelung des Verhältnisses zu Preußen verlangt wegen der Unmöglichkeit, mit Österreich ins Reine zu kommen.²⁾ Schließlich tritt auch sie für die Februarbedingungen ein³⁾, betont aber, daß das herrschende Regierungssystem das schwerste Hindernis sei und fordert vollständigen System- und Personenwechsel.⁴⁾

Klare Einsicht in die Verhältnisse und die Nöte der Zeit verraten die Anschauungen der hamburgischen Blätter. Zwar erklärt sich nur eins unter ihnen für die Annexion, aber die übrigen, mit Ausnahme der Hamb. Z.⁵⁾, doch wenigstens für den Anschluß. Der „Corre-

¹⁾ Ebenda S. 377, Oppenheim S. 201ff. Die Bresl. Z. hegte große Sympathie für die Marine-Vorlage, aber sie verwarf sie schließlich wegen des budgetlosen Zustandes. Müller S. 243ff.

²⁾ V. Z. 13. und 14. September. Im entgegengesetzten Sinne z. B. Voss. Z. 10. September und Bresl. Z. bei Müller S. 243.

³⁾ 30. März und 2. April 65. Kladd. glossiert die Forderungen auf folgende Weise: „Das Gerücht, daß Viktor Emanuel den ganzen Kirchenstaat zu annektieren gedenke, ist durchaus erfunden. Er verlangt nur die Territorial-Oberhoheit über Perugia, Viterbo, Velletri und Rom; das Recht, eine Besatzung nach Civita Vecchia zu legen, die oberste Leitung der Armee und Marine und die ausschließliche Benutzung aller Häfen und der Schifffahrt auf der Tiber. Unter solchen Bedingungen will er sich gern bereit finden lassen, mit dem Papst wegen Abtretung des linken Flügels des Vatikans und einer Parzelle der Engelsburg in weitere Verhandlungen einzutreten.“ (Nach Pr. 7. März 65).

⁴⁾ V. Z. 18. August 64, 25., 27. April und 28. Juli 65. Allmählich geht auch mit ihr eine gelinde Wandlung vor sich, denn am 8. Februar 66 ist sie für Personalunion, wenn die Schlesw.-Holst. sie in freier Selbstbestimmung wünschen, und wenn man ihnen für innere Angelegenheiten dieselbe freie Entscheidung läßt wie den Lauenburgern.

⁵⁾ Sie verwirft den Ausschluß ganz und gar, überläßt aber die Entscheidung „den gesetzmäßigen Vertretern des gesamten Volkes der Herzogtümer in Gemeinsamkeit mit dem (vorher eingesetzten) Landesherrn“ (23. August 64, 25. März 65), was natürlich Ablehnung bedeutete. Gegen eine Volksabstimmung in Nordschleswig wehrt sie sich heftig (20. Sep-

spondent“ freilich wird mit der Zeit eher augustenburgischer, und die Reform will lediglich den Willen des Volkes entscheiden lassen¹⁾, aber das Fremdenblatt mahnt die Schleswig-Holsteiner zur Eile, damit nicht die listige Schlange des Junkertums ihnen die ganze Zukunft zerstöre (16. Oktober u. 1. November), fordert aber auch Volksabstimmung (4. November). Als jedoch die befreiten Stämme dieser Aufforderung nicht entsprachen, da brach der Unmut darüber und der Wunsch nach einer Tat zur Einigung in die bedeutenden Worte aus: wir würden gemeinschaftliche Sache mit den Gläubigen des Ministeriums Bismarck machen, wenn sie, bei allem Respekt vor dem schleswig-holsteinischen Volkswillen, die politische Notwendigkeit in den Vordergrund stellen wollten. Dadurch würde alsbald eine vollständige Umwandlung der bisher entschieden feindlichen Denkweise der Schleswig-Holsteiner erzeugt werden, denn sie wüßten so gut wie alle anderen vernünftigen Deutschen, daß die Elbherzogtümer des starken preußischen Armes bedürftig wären (4. Februar 1865). Hier ist also ein eminent politisches Verständnis für die Lage der Dinge vorhanden, wenngleich die Hoffnung auf einen Umschwung der Meinungen wohl eitel war.

Während die Hamburger Nachrichten allmählich ins preußische Lager hinübertücken, tritt von Anfang an für die Annexion die Nessel ein, das originellste Blatt jener Epoche. Sie, die einst (30. April 1864) den freiwilligen Verzicht Christians IX. gefordert, der den Anschluß Dänemarks an Schweden für eine historische Notwendigkeit erklären solle, meint nun drastisch (20. August): „Mit dem zerschossenen Fell einer preußischen Trommel ist der Thron eines „Herzogs Friedrich“ noch viel zu teuer erkaufte,“ denn Deutschland brauche Schutz im Norden, ob's ein Löwe oder Tiger sei, der es schütze, gelte gleich; ein Zaunkönig könne es niemals schützen. „Punktum!“ Überhaupt habe das deutsche Volk Herzöge im Überfluß und könne den Samojeden und Eskimos damit aushelfen, wenn es sie danach gelüsten sollte (17. Jan.). Der Ton des Blattes war nicht immer salonfähig, der Redakteur Marr ein literarischer Klopffechter ohne Charakter; aber seine Artikel wie seine Broschüren waren stets frisch und lebendig geschrieben, voller Ideen und Einfälle, die freilich selten tiefgründige

tember). Die Februarbedingungen wurden natürlich gleichfalls abgelehnt (4., 9., 20. und 27.-März). Am häßlichsten zeigte sich der Parteiegoismus an den Tagen, wo die H. Z. gegen den „Flottenschwindel“ eiferte (22. Febr. und 15. März); dabei hatte sie 1863 (3. November) selbst Ankauf und Bau von Kriegsschiffen verlangt, um dem dänischen Übermut ein Ende zu machen. Jetzt, wo diese Forderungen der Erfüllung nahten, wollte sie nichts mehr davon wissen, denn der Thron war — nach ihrer Meinung — dem Erbprinzen sicher, also galt es, die Lasten vom Lande fernzuhalten, denn was ging Deutschland die Partei an!

¹⁾ Corr. 2. August 64 — 4. u. 6. Mai; Ref. 9. August 65. Ebenso Grzb. 65 I 78. Ref. v. 1. Januar 65.

Weisheit, niemals historischen Sinn verrieten; aber schon der Haß der augustenburgischen Blätter bewies, daß die Nessel brennen konnte.

Einer ihrer schärfsten Gegner war naturgemäß die Kieler Z., deren oberstes Ziel die Einsetzung des „rechtmäßig angestammten Landesheerrn“ war, wie sie schon in ihrer Probenummer vom 19. Juni 1864 hervorhob. Daneben aber kämpfte sie mit gleich großem Eifer für innigen Anschluß an das geeinigte Deutschland und vor allem an dessen norddeutsche Vormacht Preußen, da von ihr hauptsächlich die Anerkennung des Erbprinzen abhinge; die Annexion dagegen verwarf sie aufs entschiedenste (4. Januar), doch machte sie sich beispielsweise den Kampf gegen Treitschke sehr leicht (10. u. 11. Februar). Ganz falsch wäre es also, der Kieler Z. eine partikularistische Gesinnung nachsagen zu wollen, wie das unter offener Verdrehung der Tatsachen in der N. A. Z. und der N. P. Z. geschah. Ihnen lag — sicherlich auf höhere Weisung — daran, die Einigung mit dem verhaßten Herzoge zu hintertreiben; aus beiden Blättern gewinnt man ein durchaus falsches Bild von der Haltung der Kieler Z. Ja diese war so weit von engherzigen Anschauungen entfernt, daß sie — ganz das Gegenteil der Hamb. Z. — auf ein unbedingtes Selbstbestimmungsrecht verzichtete und sogar offen die Hoffnung aussprach, eine Vereinbarung des Prinzen mit Berlin werde den wilden Preußenhaß der süddeutschen Demokraten dämpfen und eine gewisse niederschlagende Wirkung erzeugen (23. November). Freilich kann man hinter der Aufforderung an Bismarck, seine Wünsche möglichst präzise zu formulieren, die Absicht der Zeitung vermuten, sich selbst in die vorteilhaftere Lage des Gebers zu setzen, aber der dringende Wunsch nach einer Verständigung wird so häufig, so überzeugend ausgesprochen, daß an der Aufrichtigkeit des Blattes nicht gezweifelt werden darf, warnt es doch selbst vor allzu einseitiger Betonung des Rechts.¹⁾ Der Herausgeber Ahlmann stand Hänel und Samwer nahe, die am Kieler Hofe die Anschlußpolitik verfochten. — Daß die Zeitung nicht sehr tief in die Geheimnisse des Augustenburgers eingeweiht war, ergibt sich aus verschiedenen Äußerungen, vor allem auch daraus, daß sie Preußen für berechtigt erklärt, alle diejenigen Rechte für sich zu fordern, die der deutschen Zentralgewalt durch die Reichsverfassung von 1849 übertragen werden sollten. Gegenüber den Februar-Bedingungen hält sich das Blatt sehr zurück, dagegen äußert es laut seine Freude über die angekündigte Berufung der Stände (27. April), die es schon am 11. August 1864 verlangt hatte, damals auf Grund des Wahlrechts von 1848, doch sprach sie sich 1865 (23. Februar) gegen das allgemeine Wahlrecht, vielmehr für eine Zusammensetzung der Landesversammlung aus Vertretern der Gemeinden aus. Das Scheitern dieser Hoffnungen und besonders das Verlangen nach Aus-

¹⁾ Kieler Z. 24. August, 21. und 28. September, 11. und 19. Oktober 64, 1, 4., 12., 15. Januar, 10. und 11. Februar, 4., 5., 6. April, 17. Mai 65.

weisung des Herzogs stimmte die Kieler Z. gegenüber Preußen nicht freundlicher (15. Juni), doch hielt sie sich von feindseligen Äußerungen immer fern; ein leises Abrücken ist jedoch bemerkbar.

Wie sich die norddeutsche Presse im Bannkreise Preußens einheitlich, wenn auch im Eifer verschieden, für Anschluß oder Annexion erklärte, so die süddeutsche dagegen. Hier im Süden unseres Vaterlandes waren ja die Wogen der Begeisterung für die unterdrückten Länder allzeit höher gegangen als im ernsteren Norden; wiederholt wurden Interpellationen in den süddeutschen Kammern eingebracht und Verwahrung gegen das Vorgehen der Großmächte eingelegt; mit Emphase hatte man geschworen, für das „sonnenklare“ Recht des augustenburgischen „Herzogs“ einzutreten; an hundertfach wiederholten Beschlüssen mutig festzuhalten, dünkte jeden Ehrenpflicht; Verräter an der heiligen Sache wollte niemand werden. Als dann die Mittelstaaten beiseite geschoben wurden, da flammte der still schwelende Haß gegen Preußen zu heller Glut empor. Man darf ihn nicht zu tragisch nehmen; ihm war eine nicht geringe Portion Idealismus beigemischt. Wenigstens im Beobachter, gelegentlich auch in der N. Fr. Z., erkennt man deutlich die Phraseologie der vierziger Jahre; die Schlagwörter jener Zeit sind das unveräußerliche, ewig wiederkehrende Repertoire des Stuttgarter Volksblattes, für das das orphische Urwort galt: „Wie an dem Tag, der dich der Welt verliehen, die Sonne stand zum Gruße der Planeten, bist also fort und immer fort gediehen, nach dem Gesetz, nach dem du angetreten.“ Für den Redakteur war das rote Jahr der geistige Geburtstag; wie in der Sprache, so auch im politischen Denken sind er und seine Zeitung nicht wesentlich über 1848 hinausgekommen. Das zeigt sich auf jeder Seite und wird sich auch weiter unten ergeben. Rottecks gedankenlose Forderung: erst Freiheit, dann Einheit! war Carl Mayers Dogma. Charakteristisch für den Beob. ist schon das ständige Spielen mit der Revolution und der allgemeinen Volksbewaffnung. — Parteien gab es im Süden noch kaum; so bildete sich z. B. in Württemberg erst 1864/66 die Volks-, 1866 nach dem Kriege die deutsche Partei; eine ultramontane aber bestand nur unter den Adligen und hatte noch gar keinen Einfluß. Die Mehrzahl der Bevölkerung stand dem Parteileben fern; „Demokraten sind wir halt alle.“

So ist es kein Wunder, wenn wir wieder die Neue Frankfurter Zeitung, den Beobachter und den Schwäbischen Merkur zusammen behandeln können, wenngleich sich dieser von jenen im Tone vollkommen scheidet, ja geradezu durch den Beob. zur Zurückhaltung bewogen wird. Alle drei verlangen Einsetzung des „Herzogs“ unter Hinweis auf die Erklärung der deutschen Großmächte auf der Londoner Konferenz vom 28. Mai 1864, worin sie den Erbprinzen als den bestberechtigten Prätendenten bezeichnet hatten.¹⁾ Aber dem

¹⁾ N. Fr. Z. 6. August, B. 14. Mai 65, Sch. M. 28. Juli und 18. August; auf die Nachricht von einer „Anlehnung“ des Herzogs an das Ausland verlangt indessen der Sch. M. (14. Februar 65) bündiges Dementi.

Beob. und der N. Fr. Z. ist er doch nur die Schachfigur, die sie gegen Preußen vorschieben können. Bei ihren radikalen Anschauungen kann das kein Wunder nehmen. Von Konzessionen an Preußen wollen sie natürlich nichts wissen, höchstens einer deutschen Zentralgewalt sollen Opfer gebracht werden¹⁾, aber da diese einstweilen nur in einer gefälligen Phrase bestand, so hieß das eben Verweigerung. Indessen machte wenigstens der Sch. M. auf militärischem Gebiete Zugeständnisse (18. August), während das Ideal der beiden anderen die Volksbewaffnung war, und sie schon deshalb nicht gut für eine Stärkung des Militärstaates plädieren konnten.²⁾ — Schleunige definitive Konstituierung Schleswig-Holsteins wird verlangt, ebenso Einsetzung der Landesvertretung.³⁾ Den Bund fordern die süddeutschen Zeitungen einmal zur Hilfeleistung für die Nordmark auf, ein andermal aber erklären sie ihn für reif zur Mediatisierung. Jedenfalls halten sie von ihm, auf den sie doch angewiesen sind, recht wenig⁴⁾, und der Beob. meint gar, die einzige Rettung der Ehre und Existenz, die den kleineren Staaten noch bleibe, sei der Entschluß, ohne Zögern zur allgemeinen Volksbewaffnung zu schreiten.⁵⁾ — Die Februar-Bedingungen erregen Entsetzen⁶⁾; nicht einen Deut! will der Beob. bewilligen. Und Otto Rommel meint im Sch. M., daß die Forderungen zweifellos die Voraussetzungen auch solcher übersteigen, die „von der Bescheidenheit eines Bismarck eben nicht die größten Vorstellungen gehabt haben“. Nur eines geringen Anstoßes würde es bedürfen, um einen auf dieser Basis konstituierten Staat vollends um seine Selbständigkeit zu bringen. Das Wichtigste sei aber, daß endlich überhaupt einmal die Entscheidung erfolge wegen der bedrohlichen Lage Europas; sonst könne Schleswig-Holstein gar wieder verloren gehen. Österreich wird scharf getadelt, daß es nicht gleich nach dem Friedensschluß die Angelegenheit der Kompetenz des Bundes überwiesen habe. Die Schuld an den preußischen Forderungen treffe

¹⁾ B. 4. Oktober, N. Fr. Z. 24. August und 10. September: „wir wollen die freie Gestaltung Deutschlands vermittelt eines Nationalparlaments, . . . eine auf parlamentarischer Grundlage ruhende gemeinsame Vollzugsbehörde.“ Am 8. Februar 65 verweigert sie eine Stärkung der preußischen Macht, weil dadurch die Hindernisse einer Einigung nur vermehrt, ja eine vollständige Zerreißung Deutschlands herbeigeführt würde. Eine Föderation nach dem Vorbild der Schweiz ist das Ideal der N. F. Z.

²⁾ N. Fr. Z. 16. August. Aus der Abneigung gegen Preußen entwickelte sich bei ihr eine Sympathie für Baiern. Geschichte S. 74f.

³⁾ 2. und 5. August, 30. August. Sch. M. 16. August und 1. November.

⁴⁾ Sch. M. 30. August, 2. Dezember 64 und 23. Februar 65, N. Fr. Z. 2. und 5. August.

⁵⁾ B. 2. Dezember 64. Ähnlichen Charakters scheint der „Gradaus“ des Expfarrers Hopf gewesen zu sein, der von 1862—66 erschien und „nach stürmischen Ergüssen republikanischer Begeisterung und furchtbaren Entladungen des Tyrannenhasse“ aufhörte. Rapp S. 173.

⁶⁾ B. 25. April und 16. Mai, Sch. M. 2. und 8. März. N. F. Z. 13. April 65. Elben S. 99.

allein den Kaiserstaat, der zum Schaden noch Spott erntet, weil er sich plötzlich als Hort der Mittelstaaten aufspielt. — Von der Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände, so eifrig sie sie anfangs befürworteten, wollen die drei Zeitungen nun nichts mehr wissen; das Mißtrauen hat sich zu tief eingenistet; der Beob. verspottet Bismarcks Vorschlag als „plumpe napoleonistische allgemeine Stimm- oder sonstige Selbstbestimmungsrechtskomödie“; die N. Fr. Z. nennt ihn außerdem noch einen vollständigen Rückzug.¹⁾ Eindringlich warnt sie die Wiener Politiker vor einer Kompensationsforderung; schon die bloße Idee sei höchst gefährlich; Österreich würde damit das Recht verlieren, künftighin vom prinzipiellen Standpunkte aus die preußische Annexion zurückzuweisen (14. Mai 1865) — ein Gedanke, dessen Richtigkeit nicht bestritten werden kann. Man sieht schon hier, wie sehr doch trotz allen Forderungen die süddeutschen Blätter in die Defensive gedrängt waren; die preußischen Wünsche wurden als gefährlich und unverschämt abgewiesen; eigene Vorschläge, sobald sie von Bismarck aufgenommen waren, als lächerlich und schwindelhaft bezeichnet. Schließlich war ja auch der Ruf nach Volksbewaffnung kaum etwas anderes als eine Abwehrmaßregel.

Ehe wir zur letzten, der großdeutsch-österreichischen Gruppe übergehen, muß noch der Sozialdemokrat erwähnt werden, der in seinen extremen Forderungen mit dem Beob. Ähnlichkeit hat. Grundverschieden sind sie doch wieder darin, daß der S. D. sich um die schleswig-holsteinische Sache nicht allzu viel bekümmert; sein Hauptinteresse nehmen die sozialen Fragen ein. Für ihn sind schlechterdings nur zwei, gleich traurige Lösungen denkbar: entweder wird der Dualismus, der Krebschaden Deutschlands, verstärkt durch Angliederung der Herzogtümer an eine der beiden Mächte, oder aber die kleinstaatliche Misere aufs neue sanktioniert, indem man den Augustenburger einsetze (21. Dezember). Nicht als wünschenswert kann der S. D. eine der beiden Entscheidungen bezeichnen, sondern nur als wahrscheinlich oder unwahrscheinlich. Er prophezeit, daß Preußen Schleswig-Holstein erhalten werde, und freut sich darüber wegen der Niederlage der Kleinstaaten; auch findet er des öfteren Worte des Lobes für die preußische Politik. Die richtige Lösung der Sache sei in der deutschen Frage enthalten; diese aber könne nur durch die deutsche Revolution entschieden werden (1. März 1865).

¹⁾ Beob. 28. und N. Fr. Z. 26. und 27. April. Durchaus ablehnend verhält sich auch die N. V. W. gemäß dem Beschluß des Nat. V. vom November 1864, wonach die Annexion als eine schwere Gefährdung der bundesstaatlichen Einigung der Nation zu verwerfen sei. Ebenso auch die Leipz. Z., nach der jeder, der dem Annexionismus dient, auf revolutionärem Boden steht und damit wohl eine Todsünde auf sich lädt (S. 412). Beide verfallen in Phrasentum, besonders die N. V. W., die fortwährend von „Ränken und Gelüsten der Bismarckschen Politik“, vom „Vorabend der Katastrophe“ und dem „Rande des Abgrundes“ redet. Sie sind zu unbedeutend, als daß man sich lange mit ihnen zu beschäftigen braucht.

Dies Wort aber wirkt auf die ultramontanen Blätter wie das rote Tuch auf den Stier. Allgemeine Furcht vor der Revolution, die Zerrüttung und der drohende Umsturz in Österreich, Haß auf die Kleinstaaten, diese „Brutnester des Liberalismus“, zu denen ja auch Schleswig-Holstein gehörte, endlich Sorge um die Sicherung der Nordmark selbst, sowie die Angst vor dem geheimnisvollen Imperator, dies alles zusammen genommen sind die Gründe, die die Hist. Pol. Blätter in Gegensatz bringen zu den übrigen katholischen Organen. Denn die gelben Blätter fordern die — Annexion, pur et simple.¹⁾ Nicht also wie die konservativen Zeitungen Preußens mit Herzbeklemmungen, mit scheuem Seitenblick auf den Mitbesitzer, sondern ruhig, mit vollem Bewußtsein, eben im Interesse des schwer geprüften Österreich, das an der protestantischen Vormacht durch solche Großmut sich eine dauernde Stütze erwerben soll. Die Annexion aber ist Jörg lieber als der Anschluß, weil mit diesem ein gefährliches Präjudiz verbunden²⁾, durch jene aber der preußische Tätigkeitstrieb auf lange Zeit absorbiert sei. Nach Ansicht der H. P. Bl. müßten die Mittelstaaten Preußen diese Vergrößerung selbst antragen mit der Verpflichtung, etwaige Einsprüche Napoleons mit vereinter Macht abzuweisen (64 II 474 f.).

Man kann sich leicht denken, daß diese Staunen erregende Sonderstellung der H. P. Bl., die sie wenigstens schon seit 1863 einnahmen und die Jörgs politischer Einsicht alle Ehre machte, von ihren sonstigen Gesinnungsgenossen, die stets eine große Hinneigung zum Bunde in sich verspürten, nicht gerade mit Freude gesehen wurde; häufig genug bekämpften die Kölnischen Bl. Jörgs Organ. Und hier ergibt sich das sonderbare und unschöne Schauspiel, daß ein in Bayern erscheinendes Journal, das sicherlich ganz unabhängig war, Preußens und Deutschlands Interessen, wenn auch aus Gründen, denen egoistische Motive beigemischt waren, vertritt, während die K. Bl. dieses ihr Vaterland unter die Gewalt des Bundes zwingen, ihm die Großmachtstellung rauben wollen. Nach einem etwaigen Anschluß der Herzogtümer sei Preußen so groß geworden, meinen die K. Bl., daß an eine föderative Einigung Deutschlands gar nicht mehr gedacht werden könne. Sie also vertreten weit mehr die Ziele der katholischen Fraktion als die H. P. Bl., denen das konservative Interesse das Höchste bedeutete, während die K. Bl. „den vernünftigen Fortschritt (die wahre und gerechte bürgerliche Freiheit, die religiöse Parität)“, repräsentierten.³⁾ — „Wird Schleswig-Holstein preußisch, so wird Deutschland preußisch; bleibt Schleswig-Holstein deutsch, so muß auch Preußen deutsch bleiben“ (11. Oktober). Allerdings sind die Mittelstaaten i. E. nicht mehr imstande, die Bildung eines norddeutsch-protestantischen Großpreußen

¹⁾ S. Nirrnheim S. 462f. — ²⁾ Vgl. auch H. P. Bl. 65 I 21 und 323.

³⁾ Brief Bachems vom 30. Mai 64 an Baronin v. Leonrod-Schaezler.

zu verhindern, da die natürliche Schwerkraft nach Auflösung der preußisch-österreichischen Allianz wirken werde. Trotzdem aber hoffen sie, daß dieser Kelch an ihnen vorbeigehen möge. „Ein norddeutsches Großpreußen, das wäre ein Ding, das Deutschland doch wohl noch nicht verdient hat. Vor diesem Äußersten uns gnädig zu behüten, werden wir nicht aufhören, die Vorsehung zu bitten . . .“ (17. August). Die K. Bl. stehen demnach ganz auf dem Programm der preußischen Zentrumsparthei von 1861, das das Verbleiben Österreichs und eine Einheit Deutschlands forderte, nicht durch Revolution und Bruderkrieg, sondern „auf der Grundlage der Fortentwicklung der bestehenden Rechtsverhältnisse, die weit eher zur Macht und Freiheit führt als der gewaltsame Umsturz der legitimen Obrigkeit, wie ihn die sog. Kleindeutschen beabsichtigten“.¹⁾ In der Erwerbung der Herzogtümer aber mußten die K. Bl., ganz abgesehen von der Rechtsfrage, die für sie die entscheidende Rolle spielte²⁾, einen gewaltsamen Umsturz der legitimen Obrigkeit erblicken; damit wäre der Anstoß zu einer allgemeinen Veränderung gegeben worden, wobei Österreich zum mindesten eine schwere moralische Einbuße erlitten hätte. Eine solche Gefahr mußte daher von Anfang an bekämpft werden.

Die K. Bl. stellen die eigenartige Behauptung auf, daß das deutsche Volk nur an solchen Konventionen Interesse habe, die die Mittelstaaten miteinander einigen und Preußen und Österreich nötigen, allen partikularistisch-großmächtlichen Bestrebungen zu entsagen (3. Nov.). Doch tadelt die Zeitung — mit ihr der Ausschuß des großdeutschen Reformvereins — die Mittelstaaten, weil sie sich nicht zu einer Tat aufschwingen konnten, um die preußische Expansion zu verhindern (17. August). Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Vorliebe für Österreich, d. h. das konfessionelle Moment³⁾, eine wichtige, vielleicht die wichtigste Rolle spielt bei der Haltung, die die K. Bl. gegen jede Vergrößerung Preußens einnehmen. Ganz freilich stimmen beide Motive denn doch nicht überein: der Bund soll herrschen und natürlich auch über die schleswig-holsteinische Sache mitentscheiden, da er sie mit befreit habe (5. April 1865); ihm muß sich auch Österreich unterwerfen; da dieses aber die Kleinstaaten im einzelnen nach seinem Willen leitete, so konnte es auf diesem Wege Preußen unter-

¹⁾ F. Salomon S. 52.

²⁾ S. den oben zitierten Brief Bachems sowie den vom 22. Januar 65 an die gleiche Adressatin.

³⁾ S. o., ferner heißt es z. B. am Schluß des Art. vom 7. Dezember 64: „Denn das Schicksal des Papstes ist der einzige zentrale Punkt, der das Interesse von ganz Europa fesselt (!). In der Entscheidung über den Papst wird wahrscheinlich auch über Deutschland entschieden werden.“ Insofern war diese Wahrsagung etwas unrichtig, als genau das Gegenteil eintraf. — Bachem vertrat den Grundsatz, von kirchlichen Dingen möglichst wenig zu bringen, sie aber stets dann, wenn sie „in politischen Blättern gegnerischer Farbe“ auftauchten, aufzugreifen, „sobald sich etwas Günstiges der Sache abgewinnen“ ließ. — Brief an Franz X. Kraus v. 22. August 64.

jochen. Offenbar ist indessen der Glaube der K. Bl. an diese Lösung nicht allzu stark; denn zu Weihnachten (21. Dezember 1864) reden sie plötzlich von dem Plane, eine nördliche, zwei mitteldeutsche und zwei süddeutsche Gruppen zu bilden, jede annähernd von der Größe Bayerns; sie kommen aber nicht weiter auf diesen unsinnigen Vorschlag zurück. — Alles, was nach ihrer Meinung Herzog Friedrich, dessen Einsetzung sie lebhaft wünschen, bewilligen darf, ist „das Besatzungsrecht in ein paar Häfen und festen Punkten Schleswigs, also nicht Holsteins, natürlich ohne irgendeine Abtretung seiner Souveränitätsrechte, ohne Militär- und Marinekonvention“. Dafür dürfen ihm Österreich und Preußen, denn beiden zusammen sollen diese Zugeständnisse gemacht werden, den Besitz des Landes garantieren. Auf Österreichs Teilhaberschaft legen die K. Bl. besonderen Wert; auch beklagen sie sich über die empörende Undankbarkeit, daß die österreichischen Blutopfer bei Överselk usw. ständig übersehen würden. Auch hier wieder die Verteidigung Österreichs, wenn auch mit mehr Recht als sonst. — Die Februar-Bedingungen werden natürlich gänzlich verworfen (21. Juni 1865); der Kanal muß eine deutsche Wasserstraße, die holsteinischen Kriegshäfen und Festungen müssen deutsche Bundeshäfen und Bundesfestungen werden; „denn Preußen allein vermag in einem großen europäischen Kriege Schleswig-Holstein nicht mit Erfolg zu verteidigen. Das vermag nur ganz Deutschland, Preußen und Österreich mit eingeschlossen“ (8. März 1865). Ein Wunder, daß die K. Bl. nicht behaupteten, der Bund könne das ganz allein! Hier ist auch wieder dieselbe Unterschätzung der Stärke Preußens bemerkbar wie bei der K. Z. und manchen anderen Blättern der nichtkonservativen Richtung.

Betrachten wir zum Schluß noch die A. A. Z. und die Presse, so ist in der Tat zwischen ihnen und den K. Bl. kaum ein Unterschied zu entdecken. Beide sind wie jene für Augustenburg und Teilnahme des Bundes sowie Berufung der schleswig-holsteinischen Stände.¹⁾ Aber Begeisterung für den Herzog ist mindestens bei der Pr. nicht vorhanden, denn sie droht ihm einmal (30. Mai 1865), weil er angeblich eine Denkschrift in Berlin 14 Tage früher als in Wien hatte überreichen lassen, daß ohne Österreich schon lange kein Hahn nach ihm krähen würde. Gegen die Annexion oder Anlehnung sind natürlich sowohl A. Z. wie Pr., obgleich jene nicht verkennt, daß allmählich das ganze preußische Volk die Einverleibung will.²⁾ Gibt Österreich die Annexion in irgendeiner Form zu, so hat es nach der

¹⁾ A. A. Z. 14. September; Pr. 7. August, 15. September und 16. November; auch „Botsch.“ 4. August 64.

²⁾ A. Z. 65. S. 846. P. 20. Oktober. Am 12. November 65 brachte die A. Z. einen Artikel für die Annexion „aus Süddeutschland“; vgl. dazu S. 5195. — Am 2. Juli 65 (S. 2981) stellte sie ohne ein Wort der Kritik „die Wandlungen der preuß. Ansichten über die schl.-holst. Rechtsfrage vom 1. Dezember 63 bis 1. Juni 65“ zusammen.

Pr. abdiziert und „sein Präsidium am Bunde schwindet zu einer antiquarischen Formalität zusammen“ (18. Juli 1865). Die Furcht, den Donaustaat bei Einwilligung in Preußens Bedingungen von Deutschland losgelöst und dem Panslavismus ausgeliefert zu sehen, ist die treibende Kraft für die Pr., gegen eine Vergrößerung des Rivalen, des Emporkömmlings, zu eifern; immerhin sollen aber einige der schleswig-holsteinischen Häfen für die preußische Marine nutzbar gemacht werden, ohne der Souveränität des Herzogs „wesentlich zu nahe zu treten“; doch sei der beste Kriegshafen zurzeit Danzig, nicht Kiel ⁽¹⁾, wie die Pr. in rührender Sorge hinzufügt; auch wünscht sie Garantien, indessen keine Sonderbündnisse (21. August). Einmal allerdings meint sie, die Einwilligung in die Einverleibung sei zu entschuldigen, wenn auch nicht zu rechtfertigen aus Gründen der Staatsklugheit, wenn Österreich ein Ersatz geboten werde ¹⁾, den sie in der Neuorganisation Deutschlands sieht und der natürlich gegen „die aggressiven Gelüste“ Preußens gerichtet ist, aber nach einem halben Jahr hat sie auch diese Hoffnung endgültig verloren (10. Mai 1865). — Daß die Februar-Forderungen von der Pr. wie vom Botsch. abgelehnt werden, ist ohne weiteres klar; die dem Herzog zgedachte Stellung sei durchaus bundeswidrig, dabei aber sein Recht „klar wie das Sonnenlicht“ (3. u. 5. März), eine Lösung daher dringend schnell erforderlich, denn bei einem liberalen Umschwung in Preußen würde eine „neue gewaltige unwiderstehliche Strömung durch ganz Deutschland Raum gewinnen und Österreich ihr schwerlich widerstehen können“ (3. Juni).

Die Pr. also verteidigt Österreichs Haltung eifrig; das Notwendigste, ein paar Häfen, will sie Preußen gönnen; darüber hinaus — nichts. Keineswegs aber darf man glauben, daß sie etwa mit dem eigenen Ministerium durch dick und dünn geht; schon dessen innere Politik hindert sie daran. Aber ebensowenig ist eine völlige Übereinstimmung mit den kleinstaatlichen Zeitungen vorhanden; das Gefühl, ein Vaterland zu haben, in einem Großstaate zu leben und zu wirken, gibt sich deutlich zu erkennen; darin also gleicht sie ganz der preußischen Presse.

Übersehen wir noch einmal den weiten Weg, der sich in vielen Krümmungen von dieser zu jener hinzieht, so ist der Abstand deutlich erkennbar, deutlich auch durch den schmalen Pfad, der sie beide direkt verbindet. Die preußisch-norddeutsche Presse, in ihrem liberalen Teil nicht ohne Gewissensbedenken, im ganzen durchaus aggressiv, fordernd, keine hinter den Februarbedingungen zurückbleibend, manche energisch darüber hinweggehend; die österreichisch-kleinstaatliche dagegen zurückgedrängt in die Verteidigung; mutig auch sie, aber ohne Erfolg bei ihren Ausfällen gegen den starken vorsichtigen Feind. Bei den Radikalen beider Parteien muß das Schimpfwort oder die Phrase

¹⁾ P. 3. Dezember 64. Auch die Ostd. Post redet im Januar 65 von Kompensation oder Vorbereitung zum Krieg.

die kühle und ernste Beweisführung ersetzen: die Konservativen drohen mit Gewalt und Unterdrückung, die Republikaner und Demokraten mit der Revolution. Ein getreues Abbild des Verhältnisses der Regierungen zueinander! Nur zwei Fechter stören den einheitlichen Aufmarsch der Gegner: die K. und H. P. Bl., beide derselben Partei angehörend und doch zumindest auf gänzlich verschiedenen Wegen das gleiche Ziel erstrebend, im Kleinen eine Spiegelung der großen Verhältnisse. Von allen Seiten aber tönt der Ruf nach Entscheidung, nach Lösung all dieser Wirrnisse, nach Heilung von allen Übeln; leise klingt der erste raue Schall von Kampf und Bruderkrieg an das zagende Ohr. Aber über allem doch wenigstens ein einigendes Motiv: der sehnstüchtige Wunsch nach einer starken Flotte auch in den Organen der Fortschrittspartei, die die Marinevorlage ablehnte. Aber wenn selbst vor dieser gemeinsamen Hoffnung der laute Kampf nicht schwieg, wenn die einen eine preußische, die anderen eine „deutsche“ Flotte erhofften — so war doch überall das Streben vorhanden, die Schmach, die das vergangene Jahrzehnt mit Hannibal Fischers Namen verknüpft hatte, zu tilgen und gut zu machen, so hatte doch Herwegh seine Verse nicht umsonst dem deutschen Volke machtvoll zugerufen:

„Erwach, mein Volk! Heiß deine Töchter spinnen!
Wir brauchen wieder einmal deutsches Linnen
zu deutschem Segeltuch!“

II. Die deutschen Großmächte.

A. Das preußisch-österreichische Verhältnis.

Aus den beiden ersten Abschnitten habe ich alles zu eliminieren gesucht, was Bezug hat auf die preußisch-österreichische Allianz. Vollständig hat sich diese Absicht nicht durchführen lassen, sollten nicht Sätze einfach zerrissen werden; aber im ganzen sind es doch nur sehr wenige Stellen, so daß von einer Wiederholung in diesem Teile nicht die Rede sein kann. Zugleich ist hier der Platz, das Verhältnis der Zeitungen zu Österreich näher ins Auge zu fassen und dadurch die notwendige Ergänzung zur Beurteilung Preußens zu gewinnen.

Am meisten wird man dem preußisch-österreichischen Bündnis wohl gerecht, wenn man es mit Friedjung als ein Glied in der Kette der österreichischen Allianzpolitik bezeichnet, die die Fortsetzung der Politik der Heiraten war, und wenn man dazu Bismarcks Ansicht nimmt, die dieses Bündnis als das Produkt einer Zornesaufwallung gegen die unfolgsamen Mittelstaaten auffaßte und demgemäß bewertete. Über die Bedeutung jenes engen Bundes für die augenblickliche Situation, wie sie damals herrschte, ist heute niemand mehr im Zweifel. In jener Zeit dagegen war fast jedermann von seinem Unwert überzeugt, nicht nur in Preußen, sondern auch in Österreich, nicht allein im Volke, weit mehr noch unter den herrschenden Klassen. Der preussische Gesandte in Paris wie der österreichische Minister Schmerling in Wien erklärten sich dagegen; im Abgeordnetenhaus in Berlin sprach man gerade so geringschätzig und wegwerfend davon wie im Reichsrat zu Wien. Zu stark war schon der Zwiespalt in den Absichten beider Mächte hervorgetreten, als daß man Vertrauen zu dieser Wendung der Politik hätte empfinden dürfen. Höchst unsicher war diese Allianz, deren höchster Zweck dem Volke doch verborgen blieb; die Worte: wie lange? standen allzu deutlich und jedem lesbar auf ihrer Stirn. So konnte von vornherein gar nicht an eine richtige Bewertung, die eine ganz besondere Feinfühligkeit voraussetzte, gedacht werden; um aber das Unglück zu vollenden, verwirrte sich diese Angelegenheit

mit der schleswig-holsteinischen Frage, zu deren Lösung sie ja aus-
ersehen war, und nun ward es dem Verstande vollkommen unmöglich,
nüchtern über die Allianz zu entscheiden. Denn schon die Worte
Schleswig-Holstein erregten in der ersten Zeit in allen Herzen einen
solchen Sturm von Gefühlen und Empfindungen, daß diese sich un-
willkürlich und intuitiv in die Richtung ergossen, die ihnen, schnell
den psychologischen Moment ergreifend, die augustenburgische Agitation
gab. Nimmt man zu alledem den Gegensatz der Konfessionen in
beiden Ländern, der an sich latent, immerhin doch wohl stärker oder
schwächer auf den einzelnen wirkte, so sind im wesentlichen die
Gründe angeführt, die in den verbündeten Staaten selbst auf die
öffentliche Meinung einwirkten und sie von Anbeginn in entschiedenen
Gegensatz brachten zu dem Bismarck-Rechbergischen Gebilde. Aber
auch die Resultate dieser Allianz, deren Intimität ja nie besonders
groß war, bewirkten keine Sinnesänderung; im Gegenteil, die Öster-
reicher mußten nur zu eindringlich merken, daß sie von Berlin aus
„en gros und en détail“ geleitet wurden, daß die Erfolge nicht ihre
Erfolge waren, ja niemals sein konnten; immer bitterer wandten sie
sich gegen den Minister, der eine solche Politik entriert hatte. Rech-
berg mußte weichen, um Mensdorff Platz zu machen; auf ihn setzten
die Kreise, die den Bund mit dem protestantischen Rivalen ver-
abscheuten, ihre Hoffnung. Nur eine ganz kleine Schar von Kon-
servativen, die ihre journalistische Vertretung im „Vaterland“ fand¹⁾,
hing jener partiellen Erneuerung der heiligen Allianz noch an; Liberale,
Ultramontane, Tschechen, Ungarn, kurz nahezu alle taten ihr bestes,
eine Lockerung und Lösung jenes Verhältnisses herbeizuführen.

Ähnlich waren die Tendenzen in Preußen. Hier hätte man, um-
gekehrt wie in Österreich, recht zufrieden sein müssen mit der Selb-
ständigkeit und dem Übergewicht der eigenen Politik sowie mit den
kriegerischen Lorbeeren, die man erworben; aber davon war außer
bei den Konservativen selten die Rede. Man nahm den Zustand wie
er war, d. h. man beklagte sich über den einen Mitbesitzer, den der
Frieden ausdrücklich als solchen bestätigt hatte²⁾, und dachte nicht
weiter daran, daß bei einer anderen Politik Preußen entweder ganz
leer ausgegangen wäre oder doch den gesamten Bund, mit 32 con-
domini, auf dem Halse gehabt hätte, wie denn überhaupt gelegentlich
ein Übersehen wichtiger Faktoren bei der Beurteilung einer Sache
konstatiert werden kann.

Österreich also wurde als das ewige Hemmnis angesehen, der Bund
aber, dessen Bedeutungslosigkeit während des Krieges ebenso wie nach
dem Friedensschluß deutlich hervortrat, mit einer Mißachtung und
Geringschätzung behandelt, die fast über das verdiente Maß hinausging.

¹⁾ Vgl. Wagener, Erlebtes I S. 15.

²⁾ So im Abg.-Haus und dessen Kommissionen. Vgl. Bismarck, Reden
II 360f und 382 Anm.

So wurde das Bündnis, so der deutsche Bund in Preußen fast allgemein beurteilt; nicht viel anders auch in den Mittelstaaten selbst. Dieselben Gründe, die in den Großstaaten die öffentliche Meinung zur Opposition gegen die Allianz bewogen, machten sich auch hier geltend; dazu aber kamen noch Trotz und verletzte Eitelkeit, vielleicht auch zuweilen die Einsicht, daß man es gar nicht verdient hätte, anders zu liegen als man sich gebettet. Aber zutage trat diese Einsicht nirgendwo — es bedurfte erst einer gründlicheren Aufrüttelung — und wenn sie überhaupt vorhanden gewesen, so vergrößerte sie nur die Abneigung; charakteristisch ist jedoch, daß dieser mit Furcht gemischte Haß sich vorzugsweise gegen Preußen wandte, von dem man keine andere Politik erwartete; Österreich aber versuchte man auf jede Weise von diesem unheimlichen Bündnis, dessen Konsequenzen so gefährlich werden konnten, auf den alten, tugendvollen Weg der Bundesbeschlüsse zurückzuführen.

Von diesen allgemeinen Anschauungen wurde natürlich auch die Presse geleitet mit alleiniger Ausnahme der konservativen, zu der diesmal die H. P. Bl. gezählt werden müssen. Aber diese Ausnahme ist eine bedingte, keine prinzipielle, und die Erklärung für sie zu finden nicht schwer. Die Opposition, in der sich die konservativen Organe Preußens zur öffentlichen Meinung befanden, genügt hier keineswegs; sie ist nicht, wie sonst wohl, das entscheidende Motiv. Vielmehr war es das Gefühl der Wahlverwandtschaft, das die Konservativen zu den Ostmächten hinzog. In der Presse war jene Umwandlung der politischen Anschauungen, die Bismarck während seiner Tätigkeit am Bundestage durchgemacht hatte, noch nicht oder doch nur zum Teil vollzogen; die Zeitungen wurden noch von den gleichen Absichten und Wünschen geleitet wie er, da er nach Frankfurt ging. Ganz leise und unbewußt hatte doch schon, besonders unter den konservativen Abgeordneten, die Änderung begonnen unter dem Einflusse Bismarcks, der Österreich so scharf nach Ofen gewiesen; alle freilich konnte er nicht zu sich hinüberziehen; in dem Widerstande Gerlachs, dieses Fanatikers der heiligen Allianz, kam dann der Zwiespalt zum Ausdruck.

Einstweilen aber war hiervon noch nicht die Rede. Die Konservativen freuten sich des Zusammengehens mit dem Kaiserreich, besonders da sie die Erfolge auch für die innere Politik verwerten konnten. Ihre höchste Sorge war daher, diesen vortrefflichen Zustand weiter aufrecht zu erhalten und für ihre Zwecke möglichst auszunutzen. Denn von reiner Liebe kann natürlich ebenso wenig wie sonst in der Politik die Rede sein; mochte die konservative Partei und ihre Presse von der „Gemeinsamkeit der Interessen“ und ähnlichen Schlagwörtern Gebrauch machen — vor allen Dingen mußten doch die eigenen, die preußischen Zwecke gefördert werden. Geschah das nicht, gönnte man ihnen in Wien keinen Machtzuwachs, machte man dort Miene, das alte Spiel mit dem Bunde von neuem zu be-

ginnen, dann wars auch mit der Freundschaft zu Ende! Gewiß wurde sie nicht leichten Herzens gekündigt, aber daß beim geringsten Widerstande Österreichs gegen Preußens Pläne sofort die Drohung auftauchte: wir machen nicht mehr mit, wir können noch andere Bundesgenossen finden — diese häufige Drohung beweist doch, daß es mit der „Solidarität der Interessen“ und dem „gemeinsamen Kampf gegen die Revolution“ nicht allzu weit her war, daß der für jede Partei charakteristische, mit gefälligen Phrasen verbrämte Egoismus auch die Haupteigenschaft der preußischen Konservativen jener Zeit war. Wenn es meine Aufgabe wäre, eine minutiöse Materialsammlung der täglichen Äußerungen der ministeriellen Presse zu liefern, so ließe sich mit leichter Mühe nachweisen, daß die Betrachtungen über das Verhältnis zur Präsidialmacht jeweilig genau auf den augenblicklichen Stand der preußisch-österreichischen Verhandlungen gestimmt waren. In der Zeit vom Abschlusse der Präliminarien bis zum Frieden herrscht eitel Wonne; selbstverständlich soll Preußen nicht leer ausgehen, aber Österreich muß entschädigt werden. „Der Norden um Preußen, der Süden um Österreich gruppiert, beide in fester Einigkeit nach außen — das ist die einzige Lösung der deutschen Frage, die die Natur der Dinge möglich macht.“ Wenn Oesterreich auf ein solches Arrangement einginge, welche Vorteile würden ihm daraus erblühen! Wie sicher stünde es den feindlichen Ungarn oder Italienern gegenüber! Gestützt auf die preußische Allianz könnte es in der Armee bedeutende Ersparnisse eintreten lassen; ohne seiner Wehrfähigkeit zu schaden, würde es sicher sein, keinen Tag von Magenta oder Solferino wiederkehren zu sehen. So die Argumente der konservativen Presse in dieser ersten Periode.¹⁾ Noch glaubte sie, die österreichische Politik auch ferner im preußischen Interesse leiten zu können, weil unzweifelhaft daraus eine Stärkung des finanziell nahezu bankrotten Kaiserreichs resultieren mußte; aber schon Reichsbergs Sturz belehrte sie, daß ein Systemwechsel eingetreten sei. (Bemerkenswert ist freilich, daß N. A. Z. und N. P. Z. dies eine ganze Weile bestreiten und an der Hoffnung festhalten, daß alles bleibe wie zuvor.) Aber bald wurde dieser Glaube zerstört, als die ersten Annäherungsversuche Österreichs an den Bund erfolgten; nun begann jenes abwechslungsreiche Spiel von Warnungen, Drohungen, Lockungen und Schmeicheleien, von denen ich oben gesprochen; bis Gastein zog es sich hin, wurde hier auf kurze Zeit unterbrochen, aber dann wieder aufgenommen und bis zur Entscheidung fortgeführt. Immer aber war ein gewisses Wohlwollen unverkennbar, wie denn die Kreuzz. sich häufig Österreich zu Gefallen mit der Kompensationsfrage abquälte, ohne zu einem vernünftigen Resultate zu gelangen.²⁾

¹⁾ N. A. Z. 20. Oktober und B. R. 64 III 390f.

²⁾ Z. B. N. Pr. Z. 9. Oktober und 13. August 65. Ähnliche Skrupel bei Kleist-Retzow. S. Petersdorff S. 368f.

Von dem prinzipiellen, unüberbrückbaren Gegensatz zu Österreich war hingegen die ganze liberale Presse überzeugt und sprach sich daher gegen das Bündnis aus. Hier war naturgemäß der katholische Kaiserstaat, der mit Rom ein beschämendes Konkordat geschlossen, der schon seit Jahrhunderten in den unzerreißbaren Fesseln einer un-, ja antinationalen Hierarchie steckte, in tiefster Seele verhaßt. Hatte der ohnmächtige Kaiser Franz Joseph nicht Rußlands Hilfe angerufen, um seine eigenen Untertanen zur Botmäßigkeit zu zwingen? Waren die Habsburger nicht eben die Dynastie, die Italien verwehrte, seine Einigung zu vollenden? hinderte sie, die doch so ganz dem nationalen Leben entfremdet war, nicht in ähnlicher Weise Deutschlands notwendige Um- und Neugestaltung? Dieser Staat war ja die lebende Negierung des Nationalitätsprinzips; beim Friedensschluß pries der „Botschafter“, Schmerlings, des „liberalen“ Staatsministers Organ, sein Vaterland glücklich, daß es dieser furchtbaren Schwindelidee nicht gehuldigt habe. Herzliche Abneigung gegen Österreich und dessen Bündnis mit Preußen war die allgemeine Losung. Im Abgeordnetenhause hatte Twesten schon am 1. Dezember 1863 davor gewarnt, und noch Mitte Juni 1865 beklagte Loewe die Ergebnisse dieser Entente. Ja, am 22. Januar 1864, zugleich mit Ablehnung der Krieganleihe, legte die Kammer mit 145 gegen 105 Stimmen feierlich Protest gegen das Vorgehen der Großmächte ein, da deren Politik doch kein anderes Ergebnis haben könne als das, die Herzogtümer zum zweitenmale an Dänemark auszuliefern. — Außerdem fürchteten die Liberalen, daß durch dieses Verhältnis der Staat Friedrichs des Großen daran gehindert werde, den natürlichen Sammelort für ganz Deutschland zu bilden (N.-Z. 13. Februar). Um welchen Preis und zu welchen Zwecken sollten sich die beiden Reiche verbünden? fragte die National-Z. (9. Februar); Preußen stehen doch noch andere Kombinationen zur Verfügung. Wohl kann wieder einmal eine Lage kommen, wo Weg und Ziel mit denen Österreichs zusammenfallen, „aber von einer beständigen Gleichheit der politischen Interessen sind wir weit entfernt“.¹⁾

Den natürlichen Gegensatz zwischen beiden Ländern, den die konservative Presse nach Möglichkeit zu verschleiern suchte, kehrte auch die Vossische Zeitung, und zwar besonders stark, hervor. Preußen ist nun einmal an Österreichs Stelle getreten (23. u. 31. August); dessen Universalherrschaft aber ist ein für allemal vorbei (2. September), wenn auch der weit verbreitete Gedanke an einen Zerfall dieser alten Macht töricht sei. Der gegenwärtige Zustand muß in Berlin wie in Wien endlich anerkannt werden; dann sei wohl eine Freundschaft möglich. Preußen soll endlich wirklich in Deutschland Österreichs Stelle einnehmen; die habsburgische Monarchie dagegen muß die von

¹⁾ Ähnlich ist die Haltung der Pr. Jb. und der K. Z., (22. März und 29. April 65.)

ihr beherrschten fremden Elemente dem Deutschtum assimilieren, der deutschen Kultur gewinnen und so zugleich ihren Einfluß längs der Donau in östlicher Richtung stärken und erhöhen (23. August). Diesen Gedanken wiederholt die Voss. Z. dann anläßlich Rechbergs Entlassung; ein dauerndes Einverständnis ist durchaus unmöglich, so lange man in Wien die politischen Stützen des Reichs nicht an der Donau, sondern am Rhein oder gar an der Seine sucht (30. Oktober).¹⁾

Natürlich urteilt die Volks-Zeitung noch schärfer, sie, die in der Bismarckschen Politik nie und nimmer etwas Gutes erblicken kann. Sie begreift nicht, wie die österreichischen Blätter von einer Niederlage Rechbergs fabeln können, da er doch seinem Kaiser den Mitbesitz von drei Herzogtümern verschafft, die dieser nie erlangt hätte, ohne Europa in Brand zu setzen (1. November). So energisch sich die V. Z. gegen die Annexion erklärt, so klar ist ihr auch, daß gerade das viel gepriesene Österreich Preußen an der Einverleibung Schleswig-Holsteins hindern werde; ihrem Gedächtnis ist nicht die Erinnerung entschwunden, daß dieselbe Einigkeit, die die Herzogtümer befreit, auch Olmütz verursacht habe (13. August). Die Furcht vor der Wiederkehr einer solchen Niederlage ist überhaupt in den liberalen Zeitungen weit verbreitet gewesen.

Über das von den Konservativen gerühmte Einverständnis beider Großmächte machte sich der Kladderadatsch weidlich lustig, indem er einen Beweis für die Einigkeit lieferte (22. Januar 1865):

1. Wir wollen dasselbe, was Österreich will, nämlich — annek-
tieren. Also sind wir einig.

2. Was haben wir Österreich zu bieten? Nichts! Was will sich Österreich von uns bieten lassen? Nichts! Also sind wir
einig.

Quod erat demonstrandum.“ —

Ähnlich den liberalen preußischen Blättern urteilen auch die hamburgischen Blätter und die Kieler Z., die nach dem Friedensschluß die Allianz am Ende angelangt glaubten²⁾, höchstens mit Ausnahme der Nessel, so daß es nicht nötig ist, ausführlich bei ihnen zu verweilen.

Die volle Schale ihres Zornes dagegen goß die Neue Frankfurter Zeitung über beide Großmächte und ihr Bündnis aus, jenes wunderliche Ding, mit dem man in späterer Zeit wahrscheinlich Oxen-

¹⁾ In eifriger Sorge sagen die Grzb. (64 IV 449f), eine aufrichtige Allianz sei ausgeschlossen. „Schon in dem bloßen Streben nach einem solchen Bündnis liegt eine große Gefahr für Preußen.“ S. auch S. 29 Anm. Dagegen ist die Schles. Z. kein prinzipieller Gegner (25. August 64), worin sie sich von der Bresl. Z. unterscheidet, deren Redakteur sogar wegen eines Artikels über das Bündnis angeklagt, aber freigesprochen wurde. S. Müller S. 174 und 244f.

²⁾ H. N. 2. November, Frdbl. 4. November, Kieler Z. 1. September 5. November 64, 6. Mai 65.

stjernas bekannten Ausspruch über die Weisheit, mit der die Welt regiert wird, belegen werde. Die N. F. Z. verhielt sich beständig ablehnend wie etwa die V. Z., aber in wieviel ungünstigerer Lage befand sie sich!

Rings um sich erblickte sie Unfähigkeit und Tatenlosigkeit der Mittel- und Kleinstaaten; die zunehmende Zersetzung und Auflösung aller Verhältnisse, aller Parteien und Kräfte konnte ihr nicht entgehen, doch machtlos mußte sie allem zuschauen. Nirgends war noch ein Ausweg zu entdecken; gegenüber der Redaktion lag das Bundespalais, so lange der Zufluchtsort aller kleinen Seelen, deren höchstes Ziel, für den nächsten Tag oder den folgenden zu sorgen, deren größtes Glück die Ruhe war. Aber auch hier war, nachdem der Glanz des Fürstentages schnell verfliegen, die trübe Ahnung eingekehrt, daß ein halbes Jahrhundert des Bestehens des Bundes der deutschen Nation vollauf die Gewißheit gebracht hatte, aus der Eschenheimer Gasse könne keine Rettung mehr kommen. Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, Grauen vor der ungewissen Zukunft waren in den Palast der Gesandten so gut eingezogen wie in das Zimmer des Redakteurs. Die Kleinstaaterie galt ihm als eins der wesentlichsten Übel Deutschlands, die Großstaaterie als der Übel hauptsächlichstes, denn während die kleinen Staaten die Volkskraft zerbröckelten, brächen die großen, die mit der Prätension aufträten, als eigene Macht existieren zu wollen, geradezu das nationale Leben auseinander. Jede Herrschaft der Großstaaten über Deutschland, sei es hegemonisch oder in Form des Duumvirats, sei als despotisch und auf dynastischem Boden ruhend von Grund aus zu verwerfen (30. August). Mit glühendem Eifer und der tiefen Verachtung, deren ein getäushtes Vertrauen fähig ist, wendet sich die N. Fr. Z. gegen das verräterische Österreich, das noch nie so weit hinabgesunken wie unter Rechberg, ja das nichts weiter mehr sei als Handlanger bei den Vergrößerungsplänen des Bismarcktums (13. August).

Welch eine Rolle aber für Franz Joseph, dessen Vorfahren einst die Souveräne der brandenburgischen Herrscher gewesen, jener Hohenzollern, die in offener Empörung gegen Kaiser und Reich emporgekommen! Wie ist dieser ruhmvolle österreichische Staat heruntergesunken! (30. Oktober.) Aber gut ist immerhin, „daß die Erkenntnis sich Bahn bricht; wer sich auf Österreich verlasse, sei getäuscht!“ (5. Dezember.)

In ihrer ganzen Schärfe erkennt man die innere Verachtung, die das Blatt für den Kaiserstaat hegte, an einem Artikel vom 14. Mai 1865: „Wir haben niemals an eine Idealität der österreichischen Politik, niemals an die deutsche Vaterlandsliebe der Hofburg und niemals an die Opferwilligkeit des Wiener Ministeriums für Deutschland geglaubt. . . Wir setzen bei den Herren von Wien keine andere Liebe zur deutschen Nation voraus als bei denen von Berlin; — eine Liebe, deren Streben sich am besten mit der naturwüchsigen Redensart be-

zeichnen läßt: „Jemanden vor Liebe aufessen.“ — Wirklich war kein Vorwurf unberechtigter als der, die Zeitung sei von Österreich abhängig; sie hat es vielmehr mit höchstem Eifer bekämpft, solange es nach ihrer Meinung Irrwege einschlug.¹⁾

Nicht ganz so ungünstig ist die Meinung der A. A. Z., nach der aber das Bündnis erst zur wahren Macht wird, wenn die geliebte Trias den beiden Großmächten zur Seite tritt. Diese Dreiteilung Deutschlands empfiehlt sie als den einzig sichern Weg zur Einheit (1864, S. 5526). Aber doch muß sie zugeben, daß die jetzige Lage der Mittelstaaten „keines Kommentars“ bedürfe, ohne äußere Macht seien sie in ihrer moralischen Kraft gebrochen; doch hofft die A. A. Z. immer noch auf eine Regeneration (S. 4182), was weiter nicht erstaunlich ist, da sie in einem Mittelstaate erschien und natürlich Rücksichten zu nehmen hatte.

Sehr seltsam mutet ein Artikel „Umriss eines staatswissenschaftlichen Systems der Demokratie“ an, der in der gleichfalls von Cotta verlegten Deutschen Vierteljahrsschrift (1865, 3. Heft) erschien und sich sehr energisch für Preußen ins Zeug legte. Wohl könne man sich das Dasein Österreichs wegdenken, meint der Verfasser, ohne an Deutschlands Fortbestand zu verzweifeln, nicht aber das Verschwinden Preußens, ohne das das übrige Deutschland eine Beute des Auslandes werde. Der Autor hofft, daß bei ähnlichen Ereignissen wie 1849 das offizielle Preußen nicht zum zweitenmale den Wink der Weltgeschichte mißverstehen, sondern „den Geist der Nation courfähig“ erklären und die Kaiserkrone aus ihrer Hand annehmen werde. — Diese Äußerungen sind in einem süddeutschen Journal doch so interessant, daß ich sie nicht übergehen konnte, wenngleich natürlich sich die Ansicht der Redaktion nicht mit den zitierten Ausführungen zu decken brauchte und auch wohl kaum gedeckt hat, wie das bei Zeitschriften ja häufiger vorkommt als bei Tageszeitungen.

Daß die Kölnischen Blätter²⁾ dieses Bündnis, über das sich nur die reaktionärsten Kreise freuen und das nichts Volkstümliches an sich habe, verabscheuen³⁾, weil es den Bund matt setzt, ist klar, sie fordern daher die Großmächte auf, zu ihren Bundesgenossen zurückzukehren (25. Januar 1865).

Denselben Wunsch äußert auch die Wiener Presse⁴⁾, die außerdem ein französisches Bündnis dem preußischen bei weitem vorzieht. Denn sie, die Preußen im September 1864 öfters gegen ausländische Blätter in Schutz genommen, weiß genau, daß die Einigkeit beider Mächte nur auf der Nachgiebigkeit Österreichs beruht (30. September).

¹⁾ Viel ruhiger, aber in der Sache ähnlich urteilen auch Sch. M. (3. September 64) und Beob. (6. September) über das Bündnis und über Österreich.

²⁾ Über H. P. Bl. s. die Ausführungen im 2. Abschn.

³⁾ K. Bl. 31. August 64; ähnliche Gründe leiten wohl auch den S. D.

⁴⁾ P. 26. Oktober 64.

Sie glaubt, daß ihr Vaterland in einer mächtigeren Kombination sei, wenn es sich mit Deutschland innig verbinde, als wenn es die bisherige Allianz aufrecht erhalte.¹⁾ Freilich ist ihre Geringschätzung der Mittelstaaten²⁾ nicht damit vereinbar, aber da auch die „Presse“ nicht unabhängig vom Preßbureau war, so kann man gelegentliche Ausfälle als taktische Manöver hingehen lassen. Mit der Zeit wird die P., die anfangs sehr kühl zwar, aber doch immerhin für das Bündnis eingetreten war, weil Österreich Ruhe nötig hatte, die ihm jene Allianz augenblicklich geben konnte, dieser entente cordiale gegenüber immer feindseliger; sie erkennt ihr nicht einmal mehr das Verdienst zu, „blendenden Glanz zu verbreiten“, und verlangt wiederholt eine Änderung der auswärtigen Politik Österreichs, deren Unselbständigkeit sie immer von neuem geißelt.³⁾

Wie von der öffentlichen Meinung ganz Deutschlands, so wurde das preußisch-österreichische Bündnis auch von der Presse nahezu einstimmig abgelehnt. Die Kleindeutschen mußten in einem solchen Verhältnis das ärgste Hindernis ihrer Hoffnungen erblicken; die Großdeutschen jammerten über die Verlassenheit des Bundes; die Konservativen in Preußen waren doch von der Legitimitätsschwärmerei schon so weit geheilt, daß sie das Bündnis bei der ersten Gelegenheit, wo es ihrem Lande keinen Nutzen mehr brachte, zu opfern gedachten. Die Liberalen aber, stets von einer Vorliebe für die konstitutionellen Westmächte erfüllt, konnten der Allianz mit einem so reaktionären Staate wie Österreich keinen Geschmack abgewinnen; vielleicht auch fürchteten sie die Rückwirkung auf die ohnehin schon angefeindete innere Politik Preußens, sicher aber auf dessen deutsche, die überdies mit ihrem Programm der moralischen Eroberungen seit langem in schärfstem Gegensatz stand. Die Bundespolitiker schließlich konnten gar nicht anders als die Gemeinsamkeit der Großmächte auf das Energischste zu verdammen und den Versuch zu machen, sie zu zerstören; ihren kraftvollsten Ausdruck fand diese Anschauung in der N. F. Z. und in den K. Bl. Einzig und allein aus tiefer Überzeugung von der Notwendigkeit der Allianz traten die H. P. Bl. für sie ein; einsam waren und einsam blieben sie.

¹⁾ 19. Oktober 64.

²⁾ Ähnlich Ostd. Post 5. März, während das Wiener Fremdenblatt für die Allianz ist, deren Vorteile aber beiden Mächten gleichmäßig zuteil werden müssen, da sonst Preußen als Schutzmacht Österreichs erscheine (Ende Februar 65).

³⁾ 1. Oktober: Doch fürchtet die P. einen liberalen Umschwung in Preußen sehr. Solange hingegen Bismarck im Amte sei, werde Österreich nicht in Deutschland bedrängt oder gar herausgedrängt werden (20. Juni 65).

II B. Die Beurteilung der Gasteiner Konvention (1865).

Es ist eigentümlich zu beobachten, wie wenig man noch 1865 mit der Möglichkeit einer kriegерischen Lösung der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage rechnete, Bismarcks Worte von Blut und Eisen waren gewiß nicht ungehört verhallt, aber man hielt ihnen stets König Wilhelms Mahnung entgegen, moralische Eroberungen zu machen. Mehr schon wirkte des Ministerpräsidenten Aufforderung an Österreich, seinen Schwerpunkt nach Ofen zu verlegen; damit war die ganze preußische Presse, die konservative wie die liberale und demokratische, von Herzen einverstanden, gleich ihr natürlich auch die kleindeutschen Organe, die in jenen Worten den prägnantesten Ausdruck ihrer Wünsche fanden. Eine mehr oder minder heftige Ablehnung wurde Bismarck selbstverständlich von den österreichischen und den ihnen affilierten Blättern zuteil. Aber selten eine wirklich ernste Besprechung, wie dem unheilvollen Zwiespalte dauernd ein Ende bereitet werden könne; an eine Entscheidung auf dem Schlachtfelde wollte niemand glauben oder wenigstens solche Vermutung nicht öffentlich kundgeben.¹⁾ Darum ist es nicht weiter verwunderlich, wenn wir im Juni und Juli 1865, als die Beziehungen der deutschen Vormächte zueinander immer gespannter wurden, die Presse durchaus nicht in Aufregung finden; wohl aber wurden die Liebenswürdigkeiten, die die preußischen und österreichischen Zeitungen einander sagten, ein wenig gröber als gewöhnlich; aber die Überführung von Geschützen nach den schlesischen Festungen, von den Regierungsblättern mit Bismarcks Zustimmung recht geräuschvoll gemeldet und kommentiert, rief doch überall nur ungläubiges Lächeln hervor. Allerdings, das glaubte man zu wissen, daß Herr v. Bismarck „eher die Welt in Brand stecken als den Rückzug vor dem Österreich antreten werde, das er vor nicht langer Zeit aus Deutschland hinausgewiesen“ hatte; aber Olmütz war ein warnendes Beispiel: die Männer der gleichen Partei, die anderthalb Jahrzehnte früher die Geschichte Preußens lenkte, waren auch jetzt wieder am Ruder. Vor allem aber glaubten die Liberalen in Preußen deshalb nicht an den

¹⁾ Die Vossische Z. hingegen wollte die Gefahr eines Krieges auf sich nehmen, um Preußens Forderungen durchzusetzen (9. August). Siehe auch Müller S. 179.

Ernst der Lage, weil sie der Regierung nicht den Wagemut zutrauten, gegen Österreich und die ihm wahrscheinlich verbündeten Kleinstaaten, gegen die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes Krieg zu führen.¹⁾ Die Ereignisse gaben ihnen wenigstens darin Recht, daß es nicht zum Appell an die Waffen kam. Noch einmal wick Österreich vor dem energischen Ultimatum zurück, das der preußische Ministerrat in Regensburg am 21. Juli 1865 beschlossen hatte. Darin wurde die Ablehnung jeder Verhandlung über die Zukunft der Herzogtümer ausgesprochen, bis dort die Autorität hergestellt und jede Agitation beseitigt sei: wenn dies geschehn, sei Preußen bereit, über Oldenburgs Einsetzung zu unterhandeln. „Die augustenburgische Kandidatur ist für uns vollständig ausgeschlossen, solange der Erbprinz in seiner usurpatorischen Stellung beharrt. Würde Österreich die Herstellung der Ordnung in den Herzogtümern ablehnen, so würde Preußen sich im Stande der Notwehr befinden und einseitig durch General Herwarth das Erforderliche vorkehren.“²⁾

Dieser ersten Drohung gegenüber zog Kaiser Franz Joseph es vor, noch einmal den Versuch zum Ausgleich zu machen. Nach langen schwierigen Unterhandlungen zwischen Bismarck und dem Grafen Blome kam am 14. August 1865 die Gasteiner Übereinkunft zustande, die wenige Tage später in Salzburg von beiden Monarchen ratifiziert wurde. Sie bestimmte, daß die Ausübung der gemeinsamen Rechte geteilt würde, so daß Preußen Schleswig, Österreich dagegen Holstein in Verwaltung nehmen sollte, jedoch „unbeschadet der Fortdauer dieser Rechte beider Mächte an der Gesamtheit beider Herzogtümer“. Österreich gestand dem Mitbesitzer zwei Etappenstraßen durch Holstein zu, willigte ein, daß Kiel Bundeshafen mit preußischem Kommando und preußischer Besatzung des Hafens sowie dem Rechte der Befestigung von Friedrichsort, Rendsburg aber Bundesfestung mit jährlich wechselnder Besatzung werde und daß die Herzogtümer in den Zollverein treten sollten. Schließlich erhielt Preußen das Recht zum Bau des Nord-Ostsee-Kanals — jedoch ohne Hoheitsrechte — und nahm Lauenburg definitiv in Besitz gegen eine Abfindungssumme von 2½ Millionen dänischen Talern.³⁾

Wie sich aus der ersten Bestimmung unzweideutig ergibt, handelt es sich hier um ein „Provisorium des Provisoriums“, durchaus nicht um eine endgültige, allen gerecht werdende Lösung der schleswig-holsteinischen Frage; so wurde es auch allgemein empfunden — und verurteilt. Denn konnte man von diesem neuen Provisorium etwas anderes erwarten als von dem alten? mußte es nicht fortdauernd neue Provisorien erzeugen und dadurch ständige Beunruhigung ins Volk tragen? In Preußen mußte man notgedrungen etwas enttäuscht sein, war doch der Abstand zwischen dem Erreichten und den Februarforderungen

¹⁾ Magdeburgische Z. 20. Juli 65.

²⁾ Jäger-Moldenhauer S. 430f.

³⁾ Sybel 4, 153:

und den Drohungen der officiösen Presse recht groß. Wenige bedachten, daß ein Baum nicht auf den ersten Hieb fällt, vergaßen auch im Augenblick, daß mit der Zeit die preußischen Bedingungen noch ganz erfüllt werden könnten und daß jedenfalls fester Fuß im Norden gefaßt war. Daß aber durch die Konvention das verhaßte Bündnis mit dem Donaustaat aufs neue und vielleicht fester als je geknüpft war, gerade dies ist wohl der entscheidende Grund, warum die öffentliche Meinung in Norddeutschland — darin war sie nur konsequent — von der Übereinkunft, mit Ausnahme des konservativ gesinnten Teiles der Bevölkerung natürlich, nicht eben begeistert war. Da man allgemein im Zweifel blieb, ob Bismarck oder Blome den Sieg errungen, so konnte diese Erwägung nicht allzu schwer ins Gewicht fallen.

Andrer Meinung war man hingegen in Österreich und Süddeutschland. Hier hielt man es für ausgemacht, daß Preußen entscheidende Vorteile erhalten hätte, zumal auch jetzt wieder von der Einsetzung des Erbprinzen keine Rede war. Immer weiter aber sah sich der Bund zurückgedrängt; die Enttäuschung war diesmal um so herber, als man in den Mittelstaaten schon von neuem Hoffnung geschöpft hatte, Österreich endlich von Preußen abzudrängen. „Der Ärger der Bayern über die Gasteiner Abmachungen und Preußens erlangtes Übergewicht sprach sich namentlich in den bayrischen Zeitungen in gar seltsamer Weise aus. So äußerten die Münchner Blätter während jener Tage ihre Verwunderung darüber, daß — die „preußische Gesellschaft“ so keck in der Hauptstadt Bayerns (wohin der preußische Ministerpräsident gefahren war) auftreten dürfte. — Ein Zeitungsartikel brachte die alberne Notiz, Bismarck gehe mit einem sehr abgetragenen Kalabreser Hut in den Straßen umher, um seine Nichtachtung des bayrischen Volks zu zeigen.¹⁾

In Österreich war naturgemäß die Empfindung der Niederlage noch viel schmerzlicher und niederdrückender; die Wiener Zeitungen, außer den officiösen, strömten einstimmig von Entrüstung und Beschämung über; sie erklärten die Demütigung Österreichs für um so schlimmer, je patriotischer die öffentliche Meinung das Kabinett zu mutiger und stolzer Entschlossenheit ermahnt hätte.²⁾

Bei einer solchen Auffassung der Dinge in Wien mußten die preußischen Offiziösen ihre ganze Kraft aufwenden, um jene Überzeugung zu zerstören und den Streit um Vor- oder Nachteil als müßig erscheinen zu lassen, was er im Grunde ja auch war. Das besorgte denn auch die Nordd. Allg. Z., so gut sie's konnte. Sie konzentrierte sich dabei besonders auf den Verkauf von Lauenburg, den die österreichischen Blätter besonders stark tadelten. Die N. A. Z. durfte mit Recht darauf hinweisen, daß in dem Herzogtum selbst die An-

¹⁾ Bernhardi 6, 217.

²⁾ Sybel 4, 193.

gliederung an den großen Nachbarstaat gefordert worden und dieses Ländchen doch in keiner Weise von Wichtigkeit für die österreichische Politik wäre. Die Geldabfindung aber verteidigte sie als die beste Art, das Mitbesitzrecht Österreichs abzulösen, „da wir, selbst bei den freundlichsten Beziehungen zu dem Condominus, nicht in der Lage waren, ein Geschenk von ihm anzunehmen“. Die N. A. Z. tut demnach so, als ob von einer Schenkung die Rede gewesen sei, woran Österreich bei seiner Finanzklemme gewiß nie gedacht hat. Natürlich vergißt die N. A. Z. für ihre Zwecke auch nicht, auf den provisorischen Charakter der Konvention hinzuweisen, durch die keinerlei Rechte des Kondominats berührt würden; von einem Vorteil könne daher nur so weit die Rede sein, als die Übereinkunft das Ende der unglückseligen Differenzen bilde und aus ihr die Herstellung geordneter und gesetzlicher Zustände leichter hervorgehen werde (26. August). Über das neue Einverständnis der beiden Kontrahenten ist sie natürlich sehr froh (23. August), verbindet aber, indem sie am 25. August einen Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“¹⁾ abdruckt, damit die leise Mahnung, eine endgültige Regelung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse in die Wege zu leiten. Im Grunde ihres Herzens ist die N. A. Z. aber doch von dem Siege Preußens überzeugt, da dieses warten könne, während für Österreich die gegenwärtige Lage nicht sehr günstig sei; als Erfolg registriert sie selbstverständlich auch die Aufrechterhaltung der Allianz (31. Dezember 1865).

Ganz ähnlich klingt das Urteil der Kreuzzeitung. Auch sie weist die Fragestellung: Sieg oder Niederlage? zurück, da die Natur der Dinge, vor allem die geographische Lage, unverkennbar für Preußen sei. Töricht daher, von einem Zurückweichen Österreichs zu sprechen; vielmehr habe seine Politik nur ihre Folgerichtigkeit bewiesen, dadurch daß sie auf die Bedürfnisse der Herzogtümer und das Wohl Deutschlands Rücksicht genommen (1. September). Auch in der N. P. Z. findet sich eine Andeutung über die endgültige Erledigung der Sache (27. August). Als besonders wichtig bezeichnet sie merkwürdiger Weise „die Anerkennung und Geltendmachung der Rechtsbasis des Wiener Friedens“, womit jedes Prätendententum ausgeschlossen und Preußen die Befugnis garantiert sei, die Entscheidung über die Elbherzogtümer von der Erfüllung seiner berechtigten Forderungen abhängig zu machen.²⁾ Es handelt sich hier wieder einmal um ein Hirngespinnst der N. P. Z., denn die neue Anerkennung des Friedensschlusses von 1864 seitens Österreichs war rechtlich ohne jede Bedeutung und auch faktisch von geringem Werte, wie das Kriegsjahr 1866 bald zeigen sollte.

Heißblütiger als die N. A. Z. gerät die Kreuzz. über die Verstän-

¹⁾ Deren Artikel über das Ministerkonseil in Regensburg, über die Erbhuldigung in Lauenburg und über Bismarcks Rede zu dieser Angelegenheit s. Politik 575 ff. und 603 ff.

²⁾ Nach K. Z. 28. August.

digung mit Österreich vor Freude fast aus dem Häuschen; der F.-Korrespondent in Wien meldet ihr, daß in der deutschen Politik Österreichs, wenn nicht alle Anzeichen trügen, „ein totaler Umschwung eingetreten sei“, den jeder mit wahrer Freude begrüßen solle. Vorbei sei es nun „mit jener Politik, die Preußens Machtentfaltung verhindern zu müssen glaubte“, vorbei mit jener, die aus der deutschen Stellung Österreichs für dessen Weltstellung wider sinniger Weise dadurch Vorteile zu ziehen vermeinte“, daß sie den mächtigsten deutschen Staat zu beständiger Feindschaft reizte.¹⁾ Die Ironie des Schicksals wollte, daß die N. P. Z. schon im November die ersten Alarmsignale geben mußte, die zur Zertrümmerung der Freundschaft und der Allianz führten; auch sah sich der hoffnungsfreudige Berichterstatter in Wien zur gleichen Zeit (unterm 15. November) genötigt zu melden, daß eine entgegengesetzte Schwenkung der österreichischen Politik stattgefunden habe.

Wir finden also durchaus die alten Anschauungen wieder: Einigkeit mit der anderen deutschen Großmacht und freigebige Belobung, wenn sie Preußens Wünsche erfüllt. Ähnlich dachte auch die Partei. Die Abhängigkeit der N. P. Z. von der Regierung erscheint nach Gastein nicht ganz so sicher wie sonst.

Eine stark abweichende Meinung verraten schon die Preuß. Jahrbücher, die in der Konvention einen erheblichen Sieg des preußischen Ministeriums sehen, das damit die Möglichkeit erlange, das Provisorium ohne die Sorgen fortzusetzen, mit denen es bisher belastet war. Zugleich aber beweiße die Übereinkunft, daß die Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nicht urplötzlich aus den Händen der siegreichen Mächte in die des 36-Ausschusses und der Schleswig-Holstein-Vereine übergehen werde. Die neue Ordnung der Dinge setzt an die Stelle des condominium in solidum ein volles dominium Preußens in Schleswig, Österreichs in Holstein, und gibt beiden Großmächten, wenn auch nur provisorisch, alle Souveränitätsrechte (XVI 296). Nach Ansicht der Pr. Jb. hat die Annexion an Aussicht gewonnen, da Österreich unmöglich zurückkann; der Vertrag ist nur ein halber Sieg, aber er erleichtert der Wiener Politik den Rückzug und die endliche friedliche Auseinandersetzung der beiden Mächte. Genau wie bei den konservativen Blättern sehen wir, wie auch hier sofort die einzig möglichen Konsequenzen aus der Übereinkunft gezogen werden; bemerkenswert ist doch, daß die Pr. Jb. im Frieden die endgültige Lösung erwarten, vielleicht deshalb, weil nach ihrer Meinung „die Chancen des Prinzen von Augustenburg, der das größte Hindernis für die Annexion war, aufs tiefste gesunken“ sind.²⁾

¹⁾ 23. August. Die Berl. Revue freut sich über den Erwerb Lauenburgs und deutet den Sinn der Konvention dahin, daß Preußen und Österreich möglichst wenig kooperieren wollen zur Vermeidung jedes Zwiespalts (65 III 313).

²⁾ XVI, 297 f., ebenso im Jahresrückblick XVII, 87.

Aber immer unterscheiden sich die Pr. Jb. doch darin recht stark von den Konservativen, daß sie die unklaren Rechtszustände in den Herzogtümern, d. h. die nicht konstitutionellen Verhältnisse ernstlich beklagen, besonders die Scheidung beider, deren Unzertrennlichkeit eines der Lösungswörter war, unter denen der heilige Kampf geführt worden. Vor allem aber bedauern die Pr. Jb., daß über das Schicksal Schleswig-Holsteins, das so völlig im Dunkel liege, das Abgeordnetenhaus und die nationale Partei nicht mitentscheiden dürfen, deren beispiellose Verblendung dahin geführt habe, Bismarck als den alleinigen Herrn der Lage anzusehn. Von einer solchen Klage ist natürlich die konservative Presse weit entfernt; sie ist im Gegenteil sehr froh, daß alles so gekommen; Äußerungen wie die der Pr. Jb. konnten ihre Freude nur vermehren. Die gänzlich andere Lage der liberalen Organe kennzeichnet sich darin, daß die Jb. die Konvention ganz offen eine Schlappe Österreichs nennen und sie ihm natürlich von Herzen gönnen dafür, daß es sich überhaupt in das schleswig-holsteinische Unternehmen einließ (XVI 298).

Schon in diesen Worten verrät sich das starke Vertrauen auf die eigene Regierung, das die Pr. Jb. stets beseelt und sie nie verlassen hat. Aber auch in der Abwehr kommt es zur Geltung gegenüber den Tadlern der Konvention. Sie fordern diese auf, einen besseren Weg zu nennen als den, den Preußen gegangen ist, und sich zu fragen, ob nicht gerade sie geholfen haben, den direkten Weg zum letzten Ziele, zur Annexion, zu verlegen. Die prachtvolle Ehrlichkeit, die die Pr. Jb. im Kampfe gegen ihre politischen Feinde stets ausgezeichnet, bricht auch jetzt wieder hervor in dem Hinweis, daß Preußen sein Ziel nie aus dem Auge gelassen, daß es dies durch jenen Vertrag in dem Moment bewiesen habe, „wo die Parteien Deutschlands, die sich die liberalen und nationalen nennen, triumphierend verkündeten, daß ihr Widerstand Preußen um alle Erfolge seiner Anstrengungen gebracht hätte“, ja daß es machtlos sei. Gerade jetzt, meinen die Jb., stehe Preußens Macht unerschüttert da; die Teilung der Herzogtümer aber, die am bittersten empfunden und auch von ihnen getadelt worden, müsse allen Parteien den Ansporn geben, die jetzt geschaffenen Zustände zu beseitigen und das Definitivum herbeizuführen (485). Die Jahrbücher verharren also nicht in der Negation, sondern gehen energisch, soweit es in ihrer Macht liegt, zu positiver Förderung der preußisch-deutschen Ziele über. Äußerlich scheinen das die konservativen Organe auch zu tun; aber sie überlassen es im Grunde doch dem Ministerpräsidenten, dem sie sich mehr und mehr unterordnen; die Pr. Jb. hatten einen viel schwereren Stand, die Wahrheit zu predigen; der Dank, der ihnen für so mutige Haltung gebührt, ist um so größer.

Schon bedeutend weniger zufrieden als die Pr. Jb. ist die National-Z., die dieselben Klagen erhebt wie jene, aber von einem Siege oder einer Niederlage nicht redet, sondern die Konvention einfach als

Waffenstillstand bezeichnet (30. November). Schwere Sorgen drücken sie wegen des Schicksals der Herzogtümer. Man hört ihren Kummer deutlich heraus, wenn sie fragt, wie man von den Volksrechten ganz und gar hätte schweigen dürfen; selbst der dänische König sei doch nimmermehr unumschränkter Herr gewesen. Darum fordert sie, mit ihr die K. Z. (25. August), auch jetzt wieder die Einberufung der schleswig-holsteinischen Volksvertretung, deren Nichtbeachtung seitens Preußens und Österreichs sie kaum begreifen kann. Wie ist es überhaupt möglich, fragt die N.-Z., daß man ohne die Stände eine vorläufige Regierung von unbestimmter Dauer einführen oder über die schließliche Einrichtung zum Ende kommen kann?

Man sieht den Unterschied gegen die Pr. Jb., mit denen die N.-Z. wesentlich auf demselben Boden steht. Hier bewegt sich die konstitutionelle Theorie ganz im Vordergrund, während die Pr. Jb. sie freilich noch durchaus nicht im Stiche gelassen haben, aber doch unter dem Banne des Treitschkischen Aufsatzes stehen und ein gutes Stück Theorie zu opfern bereit sind.

Wenn die N.-Z. auch dem „lauenburgischen Länderschacher“ nicht günstig gesinnt ist, so zeigt sie doch gegenüber der Entrüstung der österreichischen Blätter wegen dieses Handels guten Humor. Sie meint, daß man die Taler, die man in der Tasche habe, getrost auf der Zunge schlecht machen könne; sie würden davon nicht geringer im Feingehalt und liefen nicht davon. „Wenn das Berliner Kabinett eines Tages an das Wiener 20 Millionen für Holstein zahlte, wie jetzt den zehnten Teil dieser Summe für Lauenburg, so würden wir dann vielleicht das Zehnfache der jetzigen Entrüstung in der Wiener Presse zu lesen bekommen. Aber wieder erst nachträglich? Fangt lieber beizeiten an, wir wollen euch beistehen, und wer euch nicht glauben will, daß ihr unser Geld nicht gerne nehmen wollt, wird sicherlich uns glauben, daß wir es euch nicht gerne geben wollen.“

Als entschiedenen Sieg, als österreichisches Olmütz, bezeichnet wiederum die Magdeb. Z. die Konvention. Im Hochgefühl dieses Erfolges vermutet sie, daß Österreich sich schließlich auch den preußischen Forderungen betreffs der definitiven Lösung der Herzogtümerfrage fügen werde, wenn Preußen nur fest und stark bleibe. Um des Augustenburgers willen werde der Kaiserstaat den Frieden kaum brechen (18. August). Diese volle Anerkennung ist um so bemerkenswerter, als die M. Z. einen Monat früher, wie wir oben gesehen, zwischen der Furcht vor einem neuen preußischen Olmütz und einem kriegerischen Vorgehen Bismarcks geschwankt hatte. Deutlich ist zu beobachten, wie nicht erst der Krieg von 1866 den völligen Umschwung in der Gesinnung des preußischen Volkes hervorbracht hat, sondern wie schon die Erfolge Bismarcks gegen Österreich in den Zollvereinsverhandlungen und in Gastein die Änderung der Lage zu seinen Gunsten vorbereiteten. Unterbrochen wurde diese langsame und nicht immer laute Entwicklung dann noch einmal durch

den drohenden Krieg selber, aber mit dessen glücklichem Ausgange war alles endgültig entschieden.

Die günstige Stimmung der M. Z. ist allerdings Schwankungen unterworfen; so bedauert sie die Verlängerung des Provisoriums und behauptet in Übereinstimmung mit der K. Z., der Gasteiner Vertrag könne nicht ohne Genehmigung des preußischen Landtags geschlossen werden, da zur Erwerbung neuen Landes die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser erforderlich sei. Auf denselben Standpunkt, den man doch wohl als richtig anerkennen muß, da die offiziöse Interpretation des Ausdrucks „fremder Reiche“ dem Nichtjuristen-verstande sehr gequält erscheint, stellte sich bekanntlich nach seiner Wiedereinberufung das Abgeordnetenhaus und protestierte am 3. Februar 1866 mit 251 gegen 44 Stimmen gegen den Ankauf Lauenburgs, ohne ein Resultat damit zu erzielen, da die Einverleibung tatsächlich alsbald nach dem Abschluß der Konvention erfolgt war. Erst 1876 ist dann auch diese strittige Frage erledigt worden.

Klar und ruhig abwägend, frei von Überschwenglichkeiten verhält sich die Kölnische Z. Der Fortschritt Preußens sei nicht zu leugnen, Herrn v. Bismarck das Verdienst nicht abzusprechen, daß er die Vorteile der Situation — die geographische Lage der Herzogtümer und die finanziellen Verhältnisse Österreichs — mit Entschlossenheit auszubenten gewußt habe. Er war bereit, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, für den er alle Pläne entworfen hatte, da er an Einmischung des Auslandes nicht glaubte. Die Kleinstaaten wären einfach nach dem Worte: wer nicht für mich ist, der ist wider mich, behandelt worden. Dieses Geständnis der K. Z. war, je mehr es auf Tatsachen beruhte, desto unkluger, weil dadurch dem Anscheine nach nur die schon lange herrschende Ansicht bestätigt wurde, daß Preußen keinen Krieg zu führen wage. Außerdem war aber eine solche offene Darstellung geeignet, die Mittel- und Kleinstaaten zu immer eifrigeren und heftigeren Gegnern der preußischen Bestrebungen zu machen.

Die K. Z. ist doch recht zufrieden, daß es ohne Krieg zu einer Verständigung, wenn auch nicht zur endgültigen Lösung gekommen ist. Trotzdem ist für sie der Gasteiner Vertrag nicht frei von schweren Bedenken; die Herzogtümer werden dennoch geteilt und, was schlimmer, in verschiedenem Sinne regiert werden, so daß Zänkereien unausbleiblich seien. Damit ist die K. Z. wieder bei ihrem Lieblingsthema, der Kompensation, angelangt¹⁾, deren Unvermeidlichkeit nur politische Kinder verkennen könnten; natürlich will sie bei dieser Gelegenheit auch Nordschleswig wieder loswerden (15. September).

Auch die K. Z. huldigt der Ansicht, daß die preußische Herrschaft in den Herzogtümern nun nahezu sicher sei, wenngleich sie sich mit der Erfüllung der Februar-Bedingungen zufrieden geben will. Glücklicher Weise ist aber eine solche „zwitterhafte Lösung“ in die Ferne

¹⁾ Auch am Tage vorher, 24. August 65.

gerückt. Darum richtet die K. Z. an die Schleswig-Holsteiner den Appell, endlich den *appetitus spurius* nach einem neuen Kleinstaate aufzugeben und „als verständige Männer ihre Tätigkeit auf ein erreichbares Ziel zu richten, nämlich bei der unvermeidlichen Vereinigung mit Preußen möglichst vorteilhafte Bedingungen zu erlangen“ (25. August). Hier findet sich also eine angenehme Mischung von gelindem Egoismus und freundlichem Wohlwollen für die befreiten Brüder der Nordmark. Und an diesem politischen Ruhepunkte kann uns die Beobachtung nicht entgehen, wie langsam zwar, aber mit unendlicher Sicherheit der „*appetitus spurius*“ in Preußens öffentlicher Meinung und der sie machenden und vertretenden Presse gewachsen ist, immer mehr verschwinden die Rechtsbedenken aus der Diskussion, immer kräftiger tritt das Verlangen an die Regierung heran, endlich den entscheidenden Schritt zu tun, und immer mehr gerät der „ehemals geliebte“, laut bejubelte „Herzog“ in trübe, dumpfe Vergessenheit. Die realpolitische Gesinnung eines gesunden Volkes tritt gerade an diesem Beispiel deutlich genug zutage; sie unterscheidet sich von der einzelner Personen dadurch, daß sie hier meistens angeboren ist, während sie dort mit einer gewissen Schwerfälligkeit, die der Masse eigen ist, und nur unter dem drängenden Einfluß der Ereignisse oder überragender Männer hervorbricht und zur Geltung kommt.

Ganz offen spricht sich die K. Z. auch über den Erbprinzen aus, dessen „höchst zweifelhaftem“ Rechte die Großmächte wohl schwerlich noch ihre Eroberungen übergeben werden.¹⁾ Preußen und Österreich lassen zwar ihre Prätendenten noch nicht gänzlich fallen, aber sie benutzen sie mehr als Strohpuppen, um einander bange zu machen. Auch damit sprach die K. Z. nur die Meinung aller Einsichtigen aus; die oben (S. 29) erwähnte Aufforderung der Voss. Z., der Erbprinz möge seinen Ansprüchen entsagen, war gewiß ebensosehr aus gutem Herzen geflossen, wie sie mit einer Portion Egoismus vermenget war. — Erwähnt sei noch, daß die K. Z. den Gasteiner Vertrag eifrig gegen die bösen, ewig nörgelnden Demokraten verteidigt, die alles vom Parteistandpunkte ansähen; so könne von einem „Menschenschacher“ mit Lauenburg nicht entfernt die Rede sein, da dies kleine Herzogtum seit 1864 herrenlos sei und nur Preußen und Österreich Ansprüche darauf besitzen; zudem habe die Landesvertretung sich für Anschluß an Preußen ausgesprochen. Die K. Z. schreibt den von kleinlichem Parteigeiste geleiteten Demokraten, insbesondere denen von der V. Z., die goldenen Worte ins Stammbuch, daß man seine Partei auf die Dauer nicht stärke, wenn man Wahrheit und Unbefangenheit aufgebe, „ja manchmal alles vaterländische Gefühl zu verleugnen“ scheine.²⁾

Gleicher Meinung mit der „Kölnerin“ ist die Voss. Z., die auch

¹⁾ Ebenso Weser-Z. nach der A. A. Z. S. 3922.

²⁾ K. Z. 29. August, 6., 8. und 17. September.

glaubt, daß Preußen das bessere Los gezogen¹⁾, weil das Provisorium so lange dauern könne, wie es wolle, ohne für das Vaterland unerträglich zu werden; Holstein ist ein unhaltbarer Besitz Österreichs, den es doch bald Preußen anbieten muß. Damit wäre der wichtigste Schritt getan „zur Einheit Deutschlands, zum Aufgehen der zersplitterten Stämme in den Staat der Intelligenz“. Der Partikularismus könne diese Entwicklung nur noch ein Weilchen aufhalten, das Ausland aber habe seine Macht zum Stillstandgeboten verloren — eine reichlich kühne Behauptung! Bei der dereinst erfolgenden Geld-Abfindung des Mitbesitzers, der durch seine inneren Verhältnisse zur Nachgiebigkeit veranlaßt worden sei, genügt nun der Voss. Z. keineswegs ein einfacher Vertrag der Großmächte untereinander; sie will genau wie die N.-Z., daß auch das schleswig-holsteinische Volk in dieser wichtigen Angelegenheit gehört werde, aber sie gesteht ihm nicht das Recht zu, die Selbstbestimmung zur Zersplitterung Deutschlands zu mißbrauchen, da das höchste Ziel die deutsche Einheit sei. Mit andern Worten: auch die Voss. Z. rückt von der starr konstitutionellen Theorie ab, die von einer solchen Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts nichts weiß. Es ist wohl nicht falsch anzunehmen, daß diese Ausführungen von Treitschkes Worten beeinflusst sind; die innere Gedankenentwicklung ist jedenfalls die gleiche; und sicher hatte der Redakteur oder Mitarbeiter der Voss. Z. jenen, noch 1865 in 2. Auflage erschienen Aufsatz gelesen (s. o. S. 28 f.).

Die Voss. Z. bespricht auch die Konsequenzen des Vertrages für die inneren Zustände in Preußen. Sie hält es für möglich, daß der Konflikt durch die Art der Erwerbung auf den Höhepunkt getrieben und ein unheilbarer Bruch herbeigeführt werde; aber auch der entgegengesetzte Ausgang, eine Art konstitutionellen Waffenstillstands, könne die Folge sein, und die erhofft sie ohne Frage. Die Voss. Z. scheint also hier, wie bereits beim Friedensschluß, auf einen Ausgleich, auf eine Indemnitätsvorlage hinzudeuten; aber sie läßt sich nicht genauer aus, wohl weil die Kammer nicht versammelt, und sie die Schritte der Regierung abwarten will.

Bemerkenswert ist auch, daß die Voss. Z. in der Gasteiner Konvention den Hebel zu erblicken glaubt, der Deutschlands Umgestaltung bewirken könne. Das Abkommen habe die Kraft in sich, aus dem bisherigen „geographischen Begriff“ ein wirkliches Reich unter Preußens Führerschaft zu machen oder doch das alte morsche Gebäude noch mehr zu zerbröckeln und zu lockern. — Durchaus richtig erklärt die Voss. Z., daß die „Erhebung“ Rendsburgs zur Bundesfestung und die Schaffung einer Flotte gar keine Aussicht hätten

¹⁾ 31. August, ähnlich 25., 29. und 30. August. Fast gleich, aber etwas unsicher die Schles. Z. 22., 24., 25., 26. August, 2. und 6. September. S. auch 28. Juli und Müller S. 180 f. und 249, wonach die Bresl. Z. wieder einmal die der Schles. Z. entgegengesetzte Meinung vertrat. Das Herannahen des Krieges war ihr zur Gewißheit geworden.

(8. September); ebenso äußert sich die Schles. Z. (am 27. August), doch denkt beispielsweise die K. Z. in dieser Beziehung optimistischer (1. u. 2. September).

Wir haben schon häufiger beobachtet, daß die Voss. Z. und die Volks-Zeitung, obgleich in ohnmächtiger Opposition nahe zusammengedrängt, ganz verschiedene Urteile fällten. So auch nach Gastein wieder. In einer endlosen Reihe von Artikeln beschäftigt sich die V. Z. mit der Konvention und wird von Tag zu Tag unzufriedener damit, schließlich vergleicht sie sie mit Olmütz (29. August).

Anfangs freut sie sich noch darüber, daß der Friede erhalten und der Konflikt mindestens bis auf weiteres vertagt sei; Sieg oder Niederlage wären gleich schmerzlich gewesen. Immer von der Prämisse ausgehend, daß Preußen am besten getan hätte, sich mit allen zu verständigen, kommt sie zunächst zu der Ansicht, daß in fehlerhafter Position selbst der Stillstand noch ein Vorteil sei, wenn er nur die Folgen des Fehlers für einige Zeit hinhalte (19. August).

Aber täglich wird die V. Z. grämlicher, und ihre Opposition à tout prix führt sie zu den seltsamsten Schlüssen. So betont sie selber, daß die Konvention ein Provisorium sei. Das „beweist“ sie natürlich lang und breit (1. September). Ich kann hier nur einen ganz kleinen Ausschnitt aus den „Rechtsdeduktionen“ des Redakteurs geben und muß dies wörtlich tun, um den ganzen Unverstand, der in dieser Beweisführung liegt, klar zutage treten zu lassen. Der Artikel 1, meint die V. Z., wahrt ausdrücklich die Hoheitsrechte beider Mitbesitzer an beiden Herzogtümern, tut aber „dem österreichischen Hoheits- und Besitzrecht nicht den leisesten Abbruch“. „Dahingegen ist es in bezug des preußischen Mitbesitzes und Hoheitsrechtes ganz anders. Die Artikel 3—7 heben jedes Hoheits- und Mitbesitzrecht auf und modifizieren durch ausdrückliche Spezialbestimmungen die allgemeine Generalbestimmung(!) des 1. Artikels in bündigster Weise. Die Sachen stehen demnach so, daß Österreich durch den Vertrag das Herzogtum Holstein ausschließlich besitzt und am Herzogtum Schleswig nicht die Spur eines Rechtes aufgegeben hat, während Preußen jede Spur seines Hoheits- und Mitbesitzrechtes an Holstein verloren und an Schleswig wohl die Verwaltung, aber auch nicht einen Hauch eines neuen oder erweiterten Rechtes gewonnen hat.“ — Der Fehler, den die V. Z. macht, ist klar: sie glaubt das im Artikel 1 stipulierte Mitrecht Preußens auf Holstein dadurch aufgehoben, daß sie die Paragraphen, die sich auf preußische Vergünstigungen in Holstein beziehen und bestimmen, daß Preußen kein Sonderhoheitsrecht über Holstein habe, gegen die „Generalregel“ ausspielt, die durch spezielle Festsetzungen nur ergänzt, nie aufgehoben werden konnte. Die V. Z. wendet mit anderen Worten eine Bestimmung zum Schutze der österreichischen Rechte in ganz unlogischer Weise gegen Preußen. In einem weiteren Artikel führt die V. Z. ihre unlogischen Gedanken

zum einzig logischen Schluß in der Behauptung, aus der bisher einheitlichen Frage der Herzogtümer seien jetzt deren zwei geworden. Die holsteinische sei vollkommen bundesmäßig gelöst(!); die Verlegenheit, die schleswigsche Frage zu lösen, falle nunmehr auf Preußen allein „und umsomehr allein, als Österreich, der unbestreitbare Mitbesitzer, nach wie vor sein Mitbesitzrecht nur geltend machen wird, um irgendwelche Machtstellung Preußens daselbst zu hindern“. Endlich gibt die V. Z. noch ihrer Befürchtung Ausdruck, daß Nordschleswig abgetreten werde.

Ich habe den Inhalt der Artikel ausführlicher als sonst wiedergegeben, um einmal zu belegen, wie weit blinde Oppositionswut, die bei Gelegenheit alle Parteien befällt, hinwegführen kann vom gesunden natürlichen Denken. Der Redakteur muß sich schließlich an seinen eigenen Argumenten förmlich berauscht haben.

Natüremäßig kann die V. Z. in der Räumung von Holstein (dem „Ort der Unzukömmlichkeiten“) keinen Sieg der preußischen Diplomatie erkennen, — das tut sie dem Feinde gegenüber schon „aus Prinzip“ nicht — man habe ja nun auf die Februar-Forderungen verzichtet. Aber es ist doch falsch, die V. Z. nun kurzweg als unnational zu bezeichnen, ein Wort, das überhaupt sehr mißbraucht wird; eine gewisse Verbohrtheit und Kurzsichtigkeit, wohl auch allzu eifrige Tadel sucht hindern sie, die Erfolge der auswärtigen Politik zu erkennen; Böswilligkeit oder gar der offenbare Vorsatz, von vornherein alle Taten des Ministerpräsidenten zu verkleinern und herabzusetzen, liegt, soweit ich das aus der Gesamthaltung und aus einzelnen Gelegenheiten beurteilen kann, nicht vor. Das wird doch wohl bewiesen durch den Zorn, der die V. Z. erfaßt, weil Kiel Bundes- und nicht preußischer Hafen geworden ist¹⁾; für Politiker à la Beust hatte sie, wie alle preußischen Blätter, nie etwas über. Durch eigenartige — und natürlich gänzlich falsche — Interpretation gelangt die V. Z. zu dem Ergebnis, daß Österreich nach Artikel 5 und 6 der Konvention Mitglied des Zollvereins sei (31. August). Man sieht, daß die politische Torheit kaum weiter getrieben werden kann; man muß angesichts solcher „Klarlegungen“ einfach von Rabulistik sprechen.

Ganz mit dem etwas komischen Charakter des bisher Zitierten stimmt es überein, daß die V. Z. bestreitet, der Verkauf Lauenburgs sei gegen das demokratische Prinzip, wie manche, doch wohl mit Recht, behaupteten. Und der Beweis dafür? — Die oberste Instanz für solche Streitigkeiten, nämlich die V. Z., entschied, daß die Lauenburger gar kein Rechtsbewußtsein hätten! (7. September).

Es ist schade, daß ich die Wirkung dieser Antwort etwas beeinträchtigen muß, da der Kladderadatsch an dieser Stelle zu Worte kommen soll mit einem Schreiben des Barons Pudewitz an den Baron Strudelwitz (27. August): „Cher Baron! Bismarquabler Sieg. Olmütz

¹⁾ 30. August. Auch dies ist ungenau. S. o. S. 51.

gerächt. Glänzende Revanche. Seliger Graf Brandenburg muß im Himmel Fanfare blasen vor Freude. Alter Fritz muß aus Himmelsfenster Bravo rufen. Brauchte 7 Jahre, um Schlesien zu erobern, — Herr v. Bismarck in einer Nacht Österreich besiegt — mit Federstrich Lauenburg gewonnen — mit graziöser Handbewegung Mensdorff und ganzes diplomatisches Korps gefangen genommen, mit Augenzwinkern drohenden Krieg beendet, Tausende von Menschenleben erhalten, Preußen gerettet und zu Lorbeer von Düppel Strahlenkrone von Salzburg gefügt. Einen Ehrenkranz für Sieger! Was bedeuten kleine Scheinkonzessionen, die gemacht gegen immensurable Vorteile, die errungen? Kiel unser, Nordseekanal unser, Eisenbahn unser. Wenn Schlüssel zu Tresor habe, kann jederzeit öffnen, und wenn Kompagnon unangenehm, setze mich mit ihm — coûte qui coûte — auseinander — kommt aber auf paar lumpige Millionen nicht an — warte günstigen Moment ab, wenn in Klemme — kleine Ehrenschnulden, Wechsel und dergleichen — dann springe ein und proponiere Arrangement — point de doute, daß annimmt Bismarquabler Einfall, kabelhafte Ideenverbindung. Einen Ehrenschild für Friedensmarschall!“¹⁾

Wer sehen kann, wird auch unter dieser scherzhaften Verhüllung tiefen Ernst, herzliche Freude und gerechten Stolz entdecken; eine solche Anerkennung wirkt doppelt, da sie von einem Blatte stammt, das durch seine Natur in stete Opposition zu allem Bestehenden und Geschehenden gebracht wird. Und welche überraschende Entwicklung in kaum mehr als anderthalb Jahrzehnten, an deren Beginn Bismarck als der Erzhüter der Reaktion dargestellt worden war, bis zu diesem frischen und ehrlichen Einsetzen für den bestgehaßten Mann in Deutschland.

Dem allgemeinen Empfinden in ganz Deutschland, nicht nur im Norden, gibt wohl der „Sozialdemokrat“ in den Worten Ausdruck, der letzte Grund, weshalb die Gasteiner Konvention als Sieg der preußischen über die österreichische Staatskunst betrachtet werden müsse, liege darin, daß Österreich in den Angelegenheiten Deutschlands nicht nur fortwährend mehr in die Defensive (die immer noch ein positives Element enthalte), sondern geradezu in eine Art absoluter Handlungslosigkeit gedrängt werde. Preußens Ziele seien faßbar; vom Donaustaats aber werde bald weder Feind noch Freund mehr wissen, was er eigentlich in Deutschland wolle. Er lebe ohne feste leitende Idee, „von der Hand in den Mund“. Nach alledem sei . . . Gastein für Österreich vielleicht kein Olmütz geworden, aber doch ein Olmützchen, „dem das Olmütz nachfolgen kann“

¹⁾ Vgl. Bismarck-Album S. 30–33. Wie richtig der Kl. Bismarck beurteilte, zeigt ein Bild (S. 34), auf dem er und sein „Lehrmeister“ Napoleon dargestellt sind; Napoleon: „Nun, so nehmen Sie die Austern allein und geben Sie mir dafür den Wein!“ Bismarck: „Bitte tausendmal um Entschuldigung; aber der gehört ja gerade zu den Austern.“

(24. August). Daß der S.-D. „dem kirchlich stupiden, halb verfaulten, halb barbarischen Österreich“ eine solche Niederlage von Herzen gönnte, ist sicher; war für ihn auch das Preußentum der Feind des Deutschtums, so war es doch gleichzeitig der Feind der „bestehenden Gewalten“ in Deutschland, um so besser also, wenn der andern Großmacht und den Kleinstaaten von Bismarck immer wieder das durchbohrende Gefühl ihres Nichts in Erinnerung gebracht wurde; der preußische Minister war offenbar der Sozialdemokratie bester Freund; so wie er sorgte nicht einmal sie selbst für den Umsturz aller Dinge, für die große deutsche Revolution. —

Wie in der preußischen, so finden wir auch in der übrigen nord-deutschen Presse keine völlige Übereinstimmung in der Beurteilung der Gasteiner Konvention. Unzufrieden mit ihr sind die Grenzboten, die nur am Kauf Lauenburgs und am Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein etwas Gutes finden. Vor allem tadeln sie es, daß Preußen die Oberherrlichkeit räumlich mit Österreich geteilt hat. Damit sind die Österreicher tatsächlich die Herren Holsteins geworden „und haben erreicht, was seit länger als 200 Jahren die preußische Politik auf jedem Punkte mit den größten Opfern zu verhindern gesucht hatte“. Auch meinen die Grenzboten, daß die Herrschaft Österreichs auf ebenso realen Grundlagen beruhe wie die Preußens in Hohen-zollern und Schleswig.

Im Grunde genommen liegt auch hier eine Verkennung des Sinnes und Zweckes der Konvention vor, ähnlich wie bei der V. Z., nur nicht in so abstrusem Gedankengange. Denn die räumliche Oberhoheit hatten die beiden Mächte ja schon seit dem Wiener Frieden gemeinsam gehabt; geteilt wurde, und auch diese nur provisorisch, lediglich die Verwaltung der Herzogtümer. Eine Vereinfachung der Exekutive und Legislative — nichts weiter sollte die Konvention in ihren Hauptbestimmungen bedeuten; die Souveränität beider Großmächte wurde nicht im geringsten berührt, aber gerade der erste Artikel hatte das Geschick, flüchtig gelesen und schnell vergessen zu werden.

Ganz und gar ungünstig urteilen die Grenzboten über die militärischen Abmachungen, denn Altona, in den Händen Österreichs, beherrsche Hamburg und die Niederelbe, die beide sehr gefährdet werden könnten durch ein Bündnis Österreichs mit Dänemark oder gar mit Frankreich. Daß Kiel Bundeshafen ohne Hoheitsrechte für Preußen werde, ist den Grenzboten auch nicht recht, denn wenn auch der Bund wenig bedeute, so doch immerhin etwas, falls die Präsidialmacht ihm helfe; „wo blieben hier die Februar-Forderungen?“ — Schließlich meinen die grünen Hefte, daß der Kanal, auf den sonst fast die ganze Presse ihre Hoffnung setzt, doch nur Projekt bleiben werde, weil sich der „unheimlichen Verhältnisse des Provisoriums“ wegen niemand finden lasse, der sein Kapital opfern wolle. Außerdem bedauern sie, daß Preußen keine Befestigungen am Kanal anlegen darf:

alles berechnete Einwände, über die die preußischen Zeitungen verhältnismäßig schnell hinweggingen.

Das Resultat der Konvention ist also für Preußen nicht erfreulich, — die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage weiter entfernt als vor einem Jahre (III. 395 ff.).

Unter den hamburgischen Blättern urteilt ziemlich übereinstimmend mit den Grzb. die „Reform“, die sehr nachdrücklich die Umwandlung Kiels zum Bundeshafen und Rendsburgs zur Bundesfestung betont, woraus sie die Hoffnung schöpft, daß Bismarck wenigstens von allzu schroffen Annexionsgedanken abgekommen sei; auch erinnert die „Reform“ daran, daß Bismarck einst erklärt hatte, Kiel nur nach einem unglücklichen Kriege aufgeben zu wollen. Mit jener Bestimmung stelle sich Preußen wenigstens in einem Punkte auf den bundesrechtlichen Boden und beanspruche weiter nichts mehr als sein Recht, nämlich die Leitung und Organisation des deutschen Flottenwesens, wozu ihm von den übrigen Bundesstaaten natürlich die erforderlichen Geldmittel — jedenfalls doch nach der auf sie entfallenden Quote — zur Verfügung zu stellen seien.

Der Kernpunkt der schleswig-holsteinischen Frage, nämlich die Thronfolge, sei gar nicht berührt worden; überhaupt bilde die ganze Übereinkunft nur eine provisorische Verkleisterung des großen Risses, der beide Mächte trennt.¹⁾ Ganz richtig setzt die Ref. voraus, daß Preußen in Schleswig-Holstein alles tun werde, um die Bewohner an seine Herrschaft zu gewöhnen, die augustinburgischen Tendenzen zu unterdrücken und die Sympathien Nordschleswigs zu gewinnen, während Österreich der Volksstimmung Rechnung tragen und die Annexionsideen „verscheuchen“ werde; auf die „seltsamen Folgen“ solches Tuns deutet die Ref. hin (26. August).

Hier tritt die Unzufriedenheit klar zutage; der Grund dafür ist das völlige Übersehen des Herzogs; doch wird darauf nur zaghaft angespielt; man erhofft wohl von Österreich neue Unterstützung und will sich nicht von vornherein mit ihm erzürnen.

Noch ein paar, mehr humoristische Äußerungen der Ref. seien erwähnt. Am 28. August bringt sie ein Bild je eines Preußen und Österreichers mit der Unterschrift: „Der holde Friede hat das Bad Gastein gesegnet; Und statt der Kugeln hat es — Orden nur geregnet“.

Wenige Tage später (11. September) empfiehlt sie ein einfaches Arrangement: „Der Österreicher zieht ab — op ewig;

Der Preuße behält alles — ungedeeft“. —

Zu ändern und tiefern Ergebnissen gelangt der Correspondent, der im Sieg der dynastischen Idee, im Zusammenhalten der beiden

¹⁾ Bismarck selbst nannte die Konvention eine „Verklebung der Risse im Bau“. Vgl. Poschinger I S. 266.

Großmächte das Wichtigste an der Konvention erkennt. Demgemäß redet der Corr. auch nicht von der Verkleisterung eines Risses, sondern im Gegenteil von einem Anlauf zu parallelem Vorgehen „auf der Basis des faktischen Tatbestandes, des Kondominiums“; diese Realpolitik wird auch auf andere Verhältnisse ausgedehnt werden. In diesen Worten bricht die konservative Gesinnung Runkels durch, aber dann kommt es mir so vor, als ob er sich plötzlich besünne auf die neue liberalere Tendenz des Blattes, denn er fährt damit fort, daß die rechtlichen Momente mit diesem faktischen Besitze nicht beseitigt seien; er glaubt auch, falls sich überhaupt geheime Artikel in der Gasteiner Konvention fänden, seien über jene Punkte Abmachungen getroffen (9. September).

Natürlich kann der Corr. bei solchen Anschauungen nicht gut von Sieg oder Niederlage einer der Mächte reden; der Wert des Übereinkommens liegt ja recht eigentlich erst in der Zukunft. Wir sehen, wie nahe sich diese Ansicht mit der der N. P. Z. und der N. A. Z. berührt; nur sind dort doch wohl die Motive reiner (im ethischen Sinne) als bei diesen, die die Allianz offensichtlich nur für Preußen ausbeuten wollen, ohne dem Partner wirklich reale Vorteile zu gönnen.

Um Lauenburg regt sich der Corr. nicht sonderlich auf; das Ländchen ist zu unbedeutend, die Bewohner haben selbst den Wunsch nach Anschluß an Preußen kundgegeben; schließlich hatte auch der eifrigste Parteigänger des Augustenburgers nie behauptet, daß Friedrich auf Lauenburg ein ebenso „sonnenklares Recht“ habe wie auf die beiden andern Herzogtümer, und möglicher Weise hoffte man im stillen, daß Preußen sich mit diesem Erwerbe begnügen würde, wobei man allerdings nicht des Sprichwortes vom wachsenden Appetit gedachte.

Erst himmelhoch jauchzende Freude, dann immer nüchterner werdende Beurteilung läßt das Hamb. Fremdenblatt der Konvention angedeihen. Seit Monaten hat es keine so erfreuliche Kunde vernommen. Deutschland solle eine Kriegsflotte erhalten, Kiel Bundeskriegshafen, Rendsburg deutsche Bundesfestung werden. Dies großmächtliche Programm ist deutsch, so nationaldeutsch, daß bei dessen aufrichtiger Durchführung alsbald sämtliche Verdächtigungen über österreichische oder preußische Vergewaltsamung verstummen müssen. Nicht mehr fern kann nun der Zeitpunkt liegen, wo die Schleswig-Holsteiner „die politische Notwendigkeit der Beseitigung gewisser dynastischer Interessen zugunsten des Austrages der großen deutschen Einheitsfrage anerkennen werden“. Hätte Herr v. Bismarck vor Jahresfrist dies Banner aufgehißt und dem Abgeordnetenhause auch nur „die schwächsten Andeutungen“ darüber gemacht, so würde er nicht den unglaublichen Preußenhaß gesät haben, der in den Herzogtümern herrscht (24. August).

Betrachten wir zunächst einmal die in der ersten Herzensfreude hingeschriebenen Worte gesondert ohne die nachfolgend abschwächende Kritik. Da fällt uns auf, daß hier die Ausdrücke „Bundeshafen“

und „Bundesfestung“ urplötzlich einen ganz neuen Sinn enthalten. Kein Gedanke mehr an die ursprüngliche Bedeutung; der Bund ist für das Frdbl. offenbar völlig abgetan; die eitlen Schwätzer in Frankfurt mögen weiter plappern bis zum jüngsten Tage; hier aber in Gastein hat Bismarck endlich den Grundstein zur deutschen Einheit gelegt, hat er tätig begonnen mit dem Aufbau eines neuen Reiches. Ganz gewiß hat das Frdbl. keine Rückkehr zum Bunde mit jenen Worten predigen wollen; für es waren die Ausdrücke „Bundeshafen und -Festung“ nur alte gebrauchsfertige Formen, in die nun aber ein völlig neuer Inhalt gegossen wurde. Man darf sagen, daß das Frdbl. den Bismarck'schen Plänen hier sehr nahe kommt; dabei übersehe ich keineswegs, daß anscheinend die Konvention als das Ende einer und der Anfang einer andern Entwicklung gefaßt wird; diese Flüchtigkeit, die nachher übrigens korrigiert wurde, mag in der Schnelligkeit, mit der ein Journalist arbeiten muß, ihren Grund haben; vielleicht aber liegt er auch in der allgemeinen Anschauung, daß die Verhältnisse in Deutschland ohne Krieg neu geordnet werden könnten, eine Ansicht, die, auf der liberalen und demokratischen Seite gang und gäbe, sich bis weit in die Reihen der Konservativen, ja eigentlich bis zu ihren extremsten Ausläufern erstreckte, wie wir im folgenden Abschnitt sehen werden.

Doch verfolgen wir die Entwicklung des Frdbl. in der Einschätzung des Gasteiner Vertrages noch etwas weiter. Einen Tag nach jenen oben zitierten Äußerungen (25. August) ist die Zeitung der Konvention im ganzen noch immer geneigt, aber ein Gefühl der Peinlichkeit beschleicht sie doch, daß die Hauptfrage, das Schicksal Schleswig-Holsteins, unerledigt geblieben ist, ja daß der neue Zustand ebenso gut auf Jahre wie auf Monate berechnet sein kann.¹⁾ In diesem Glauben befestigt sie sich immer mehr (27. August); nach der „Verschacherung Lauenburgs“ erscheint ihr ein ähnliches Schicksal der Herzogtümer, das möglicher Weise schon in geheimen Vereinbarungen festgelegt ist, als „nicht so ganz unmöglich“. Etwas lenkt schließlich das Frdbl. in die zuerst eingeschlagene Bahn zurück, indem es Bismarck der Zustimmung des schleswig-holsteinischen Volkes versichert, wenn er statt des preußischen Banners das deutsche aufpflanzen wolle; an Gewalt, Kummer und Elend seien die Bewohner der Herzogtümer seit zwei Jahrzehnten gewöhnt; sie werden sich ebenso gegen die tonangebenden preußischen Junker auflehnen, wie sie es früher gegen die hochmütigen Dänen getan (13. September).

Der unverkennbare, stets von neuem hervorbrechende Grundton ist das deutsche Bewußtsein des Frdbl., die Polemik gegen die Junker in Preußen hält weit mehr Maß als in Süddeutschland; man wird sie nicht als ungerecht verurteilen dürfen: die preußischen Konser-

¹⁾ Darin sieht der Freischütz den wesentlichen Unterschied zwischen dem neuen und dem alten Provisorium (31. August.)

vativen gaben sich von jeher — bis in die Gegenwart herein — die redlichste Mühe, die Saat, die die kleindeutschen Blätter mit vielen Sorgen und großen Nöten ausgestreut, gewaltsam zu verderben und zu zertreten, auf sie entfällt ein gehöriger Teil der Schuld dafür, daß die Süddeutschen sich so gänzlich von Preußen lossagten und es heftig beföhden.

Die übrigen hamburgischen Zeitungen können wir kurz abtun. Die Hamb. Nachr. geben in einer Korrespondenz aus Berlin (24. August) zu bedenken, daß die Konvention ein Kompromiß ist, das noch nicht die Summe dessen, was man dort zu erreichen hofft, enthält, das aber doch Preußen schwer ins Gewicht fallende Vorteile gewährt, die durch fortzusetzende Verhandlungen noch vermehrt werden würden. — Die Nessel sagt (23. August), daß Schleswig-Holstein den Österreichern notgedrungen ganz gleichgültig sein müsse, während in Preußen jedermann die Inkorporierung der Herzogtümer erhoffe, denn das Meer, das deren Küsten bespült, ist auch das preußische Meer; die preußische Marine aber ist die Vormauer im Norden gegen jeden Angriff auf Deutschland; „das Ziel Preußens und seines Volkes wird und muß erreicht werden“.¹⁾

Ganz und gar verwerfen die Hamburger und die Kieler Z. die Konvention, die der augustenburgischen Partei — soviel sah man auf den ersten Blick — verhängnisvoll werden mußte. Noch indessen gaben beide Blätter den Kampf nicht auf; sie hofften vielleicht noch durch Trotz erreichen zu können, wo die eigene Kraft und Einsicht versagt hatte. Die Kieler Z. hielt für die oberste Pflicht der Zeitungen, die „unveräußerlichen Rechte der Mitbestimmung und Mitarbeit“ an der Herstellung des Definitivums rege zu erhalten und zu stärken, und das besonders, da die deutsche Staatskunst „nach langen fruchtlosen Versuchen ihren Ausgangspunkt“ da gefunden, wo die geschmähte dänische Eiderpolitik geendigt habe.²⁾ Was soll, so fragt das Blatt nicht ohne Grund, denn nun mit den gemeinsamen Einrichtungen Schleswig-Holsteins geschehen, z. B. mit der Universität, der Irrenanstalt usw. Alle Aussichten auf die dringend nötigen Reformen seien nun vereitelt und selbst die Hoffnung auf gemeinsamen Eintritt in den Zollverein, auf den Nordostseekanal und auf eine deutsche Flotte böten keine Entschädigung für die unleugbaren großen Nachteile, die die unnatürliche Trennung der Herzogtümer hervorrufe. Gerade darin liege allerdings eine Bürgschaft für die Unhaltbarkeit der Konvention, da unausbleibliche Streitigkeiten zwischen den beiden

¹⁾ Ebenso der „Beobachter a. d. Elbe,“ der Marrsche Nachfolger der Nessel, am 24. August 65.

²⁾ Kieler Z. 24. — 25., ferner 26. und 27. August und 8. und 18. November 65. Ähnlich, aber viel schärfer, die Hamb. Z., die über die Konvention schon den Stab brach, bevor sie überhaupt deren Inhalt kannte (10. und 15. August). Zuerst erblickte sie darin eine Niederlage Bismarcks (24. August), aber bald änderte sie ihre Meinung (26. August).

Großmächten eine neue Krisis und die Alternative: Bürgerkrieg oder Definitivum, herbeiführen müssen. Um dies zu vermeiden und eine Verständigung anzubahnen, sollen die Interessen und das Rechtsbewußtsein der Schleswig-Holsteiner befragt werden, und hierin dürfen sich diese nicht erschüttern lassen, denn schließlich werde doch das Landesrecht siegen, d. h. die Einsetzung des Herzogs erfolgen.

Auch noch nach Gastein, das die Kieler Z. als einen Sieg Preußens auf Grund seiner geographischen Lage anspricht, wenn es auch eher ein Waffenstillstand als ein Friedensschluß sei, tritt das Blatt für eine Verständigung mit Berlin ein, aber die Hoffnungen sind doch schon wesentlich gedämpft, und die Sprache läßt infolgedessen an Höflichkeit nach; in einem Briefe an Buck vom 16. September sprach Ahlmann sich sehr scharf aus. Aber im höchsten Grade unklug war doch das Vorgehen Manteuffels, der Mitte November 1865 die Kieler, die Hamburger und die Schleswig-Holsteinische Z. sowie die Itzehoer Nachrichten im Herzogtum Schleswig verbot, weil sie den „Vertrag von Gastein als nicht zu Recht bestehend und als eine Vergewaltigung der Herzogtümer hinstellen“. Hatte die Kieler Z. auch dem Sinne nach so gesprochen, so folgte sie darin doch nur dem Beispiele, das mehr als ein preußisches Blatt ihr gegeben; mit Recht bemerkte sie zu jener Maßregel, sie sei nicht erstaunt über das Verbot, sondern über die Motivierung, „die nur demjenigen, der auf beiden Augen blind ist, eine grobe Täuschung bereiten kann“. Kein Wunder daher, daß dieses preußenfreundlichste aller holsteinischen Blätter von nun an, nur dem Anscheine nach aufgestachelt durch häufige Konfiskationen, die Gablenz aus Rücksicht auf Preußen vornehmen ließ, — denn die Redaktion wußte sehr genau, daß der österreichische Statthalter ihr nicht gram war — energisch in die Opposition rückt und eine bedeutend schärfere Kritik an den Bismarckschen Plänen übt als je vorher; es gehört bald ganz der intransigenten Richtung an,¹⁾ ohne sich jedoch jemals so weit zu verirren wie die Hamb. Z., die die Einmischung der Westmächte zugunsten des Selbstbestimmungsrechts herbeiwünschte (27. Januar 1866); diese Handlung verdient das Prädikat „verräterisch“. —

Den höchsten Zorn, helle ehrliche Entrüstung erregt das Abkommen in den süddeutschen Blättern. Kein gutes Haar wird daran gelassen; Österreich wird ebenso scharf getadelt wie Preußen, selbst der ziemlich unschuldige — ach zu unschuldige Bund bekommt Schelte; wieder einmal wird ihm seine Nichtsnutzigkeit vorgeworfen und die Mediatisierung angekündigt. Und wahrlich, man kann die Enttäuschung, die hell lodernde Wut der Kleinstaaten verstehen; denn wenn auch niemand mit einem Kriege und der daraus folgenden selbstverständlichen Niederlage des Nordens gerechnet hatte, ein neues Olmütz

¹⁾ Über die Beschlagnahmen der No. 452, 454, 479, 491, 508 vgl. die Schreiben des bzgl. Polizeiamts v. 11., 13. und 23. Dezember 65, 26. und 28. Januar und 17. Februar 66.

gönnte und wünschte jedermann den Malefizpreußen. Und nun diese Konvention! Das mindeste, was man von dem Konflikt der beiden Großmächte erwartet hatte, war eine Entfremdung, eine Sprengung der Allianz gewesen; jetzt mußte man erleben, daß genau das Gegenteil eingetroffen war: neue Verbrüderung beider Großstaaten und eine diplomatische Niederlage Österreichs, wie man sie gerade für den Junkerstaat und seinen verhaßten Leiter erfleht hatte. Die Neue Frankf. Z. mag damals der allgemeinen Stimmung im Süden den richtigen Ausdruck verliehen haben in den Worten: „es gibt etwas, was der deutschen Sache noch schädlicher ist als die Uneinigkeit zwischen Preußen und Österreich, — es ist deren Einigkeit“ (15. August). Unmut, Haß, Empörung schwächten und zerrissen damals alle Bande, die Nord und Süd miteinander verknüpften; kaum glaubt man noch, Söhne eines Volkes zu hören; der Krieg gegen den welschen Feind hätte nicht eifriger und grimmiger gepredigt werden können als jetzt der Streit gegen das drohende Verhängnis im Norden, das unaufhörlich und unausweichlich näher und näher rückte. Eine Ahnung scheint damals durch ganz Deutschland gegangen zu sein, daß der letzte, der alles entscheidende Kampf nur noch eine Frage kurzer Zeit sei. Zu jäh und zu heftig war aller Orten der Haß emporgeleudet; nur in Worten und in läppischen Gedanken — wie in München — konnte er sich einstweilen entladen, aber die Gegensätze waren zu scharf, zu hart geworden; drohend ballten sich schon hier nach Gastein die dunklen Gewitterwolken im Süden zusammen. Man fühlt förmlich ein rasches Anspannen aller Kräfte; noch einmal aber verpuffte alles, ohne sich zu entladen; noch fehlte der letzte Anstoß, der den Funken ins Faß warf: die reale Hilfe einer Großmacht. Aber gewarnt wurden alle, die sehen wollten; nur dem Blinden konnte verborgen bleiben, daß es von allen Seiten zur Entscheidung, zur Befreiung vom täglichen Zwiespalt drängte.

Harte Worte fielen im Süden; es hallte wider von raschem Zornesruf, wie er im Norden, selbst in der Zeit des nahenden Krieges, nimmer erklang. Leicht ist es für uns heute, zu spötteln über jene Menschen, die glaubten, die Welt nach ihrem Rezept ummodelln und einrichten zu können, leicht auch, in ihren Darlegungen nur Phrasen und demagogische Redensarten finden zu wollen. Noch lebte damals die Generation, die 1848 jung gewesen; sie leitete jetzt Herzen und Köpfe von Vereinen, Redaktionen, von den Kammern aus; sie hatte um ihrer Ideale willen lange Jahre in Not und Entbehrung im Elend, im Auslande gelebt; war bei manchem auch der gärende Most gar schnell zu Wein, war mancher auch ruhmlos ein Abtrünniger geworden, den Hauch des tollen Jahres streiften selbst diejenigen kaum ab, die früher oder später den Anschluß nach rechts suchten und fanden. Um wie viel weniger aber jene, die noch ganz in den vergangenen Tagen lebten und webten — noch war ja alles erst im Werden, noch brauchte niemand die Hoffnung völlig aufzu-

geben — die für ihre Ideale, ihre Sehnsucht, ihre Ziele weiterkämpften, dem unbekannten Gotte opfernd.

So verstehen wir, daß die Sprache der süddeutschen Blätter weit über das Maß hinausgeht, das wir heute einem vornehmen Blatte konzedieren. Von „Flickwerk“ und „Zangengeburt“ redet die Neue Frankf. Z. und meint damit die Gasteiner Konvention (17. August). Wie einen Stall und eine Herde, so hat man Land und Volk von Lauenburg verkauft¹⁾, auf diesem Wege soll also die „Einigung“ Deutschlands unter preußischer Herrschaft stattfinden! ruft schmerz-erfüllt die N. F. Z., auf Kosten des Volkes haben sich die beiden Kabinette geeinigt, und traurig fügt sie hinzu: „wie dies vorauszu-sehen war“. Eine völlige Nichtachtung und Verhöhnung des Volks-rechtes und der Bundesgesetze liegt vor; die einzige Rettung der Mittelstaaten, für die die Übereinkunft eine Ankündigung des Anfangs vom Ende sei, besteht im allgemeinen Widerstand, in der Identifizierung ihrer Sache mit der des Volkes (24. August u. 1. September).

Den wahren Sinn des Vertrages glaubt die N. F. Z. in einer Teilung Deutschlands zu sehen, die der Polens angereicht wird. An diesem Hinarbeiten auf die Mainlinie Preußen und Österreich zu hindern, ist nicht möglich; aber das Blatt lebt der Hoffnung, daß solche Gebäude wie die Gasteiner Konvention in dem Sturm, in dem sie ihre Probe bestehen sollen, krachend zusammenstürzen werden.²⁾

Die N. F. Z. bezweifelt, daß durch das neue Abkommen, zu dem Österreich nur durch seine augenblicklichen innerpolitischen und finan-ziellen Schwierigkeiten bewogen worden, beide Staaten irgendwie ge-kräftigt worden seien; über kurz oder lang werde der Zwiespalt zwischen den Kontrahenten mit erneuter Heftigkeit hervorbrechen; die Bevölkerung ganz Deutschlands wisse nun aber, daß von den Großmächten in der deutschen und der freiheitlichen Frage nur Hin-dernisse und Erschwerungen zu erwarten seien. „Die Holsteiner werden niemals Österreicher, die Schleswiger niemals Preußen werden“ (24. u. 28. August). — Von der österreichischen „Einquartierung“ verspricht sich die Zeitung nicht allzuviel, wenn auch Schleswig „gleichsam“ abgeschnitten erscheint. Unter gewissen Möglichkeiten kann ein Truppenkorps in Holstein auf einem verlorenen Posten stehen (24. August). Aber das Frankfurter Blatt tröstet sich damit, daß auch Preußen keinen Vorteil erlangt habe; für die geplante Flotte sollen die Volksvertretungen der Mittel- und Kleinstaaten nicht nur keinen Heller bewilligen, sondern dagegen protestieren und zu ge-legener Zeit ihrer Rechtsverwahrung den gebührenden Nachdruck ver-schaffen (25. August). In Summa: Preußen mag sich aus eigenen

¹⁾ N. F. Z. 23. und 24. August. Viel schärfer noch der Beob. 24. August. Der Verkauf sei eine diplomatische Unverschämtheit, eine Beleidigung für das Volk, in ihm liegt der Keim der Revolution, trotzdem Lauenburg „so voll Junkers als ein russischer Pelz voll Läuse“ sitzt (!).

²⁾ N. F. Z. 25. August. S. Gesch. S. 120. Ebenso Beob. 16. August 65.

Mitteln eine Flotte bauen; uns geht die Sache jetzt, wo ihre Verwirklichung in Aussicht steht, nichts mehr an. Es ist ungefähr dieselbe Antwort, wie sie die bayrischen Minister 1870 bei den ersten Vorverhandlungen über die Reichsgründung gaben; zum Glück erwies sich auch hier wieder der Norden stärker als der Süden.

Über Lauenburg ist die N. F. Z. sehr erbost; sie sagt ihren Freunden an der Donau ganz offen, daß sich nun auch wohl der Preis für die unruhigen und so viele Bewachungskosten verursachenden Venetianer ermitteln lassen werde (25. August). Das muß für Mendorf und seine Kollegen bei ihren Beziehungen zu diesem Blatte ein doppelt schmerzlicher Stich gewesen sein. Aber die Zeitung ließ damit noch nicht locker. Auf's schärfste geißelte sie das Hin- und Herschwanken des Wiener Hofes, das nun auch den letzten Funken von Vertrauen ausgelöscht habe.¹⁾ Selbst eine verlorene Schlacht hätte für den österreichischen Besitz in Italien nicht solch schlimme Wirkung haben können wie die „Jämmerlichkeit der eigenen Politik in der jüngsten Zeit“ (28. August).

Zusammenfassend urteilt die N. F. Z. dahin, daß die beiden Großmächte verstanden hätten, keinen der Beteiligten zufriedenzustellen, weder sich selbst noch die deutsche Nation oder die Schleswig-Holsteiner, die nur noch ein Spielball in den Händen Preußens und Österreichs seien. Man kann sich denken, daß nach einer solchen Kritik die N. F. Z. beiden Staaten den Tadel der französischen und englischen Noten von Herzen gönnt. Bald darauf, am 16. Oktober 1865, wurde die Zeitung in Preußen verboten.

Ganz genau so wie die N. F. Z., vielleicht eine Nuance schärfer, denkt der Beobachter. Auch er jammert über die Teilung Deutschlands, die am Belt beginne und am Main aufhören werde; statt Recht und Vertrag gebe es nur noch „reales Einflußgebiet“ und „Preußens und Österreichs Machtsphäre“. Gerade wie das Frankfurter Blatt lehnt der Beob. die Schaffung einer Flotte ab; genau ebenso fordert er zum Widerstand auf und schlägt die Gründung von Vereinen vor. Dabei kommt dem B. der Gedanke an deren Zweck. Offenbar kann er aber keinen finden und wendet sich um die Sache herum mit der nicht eben geistreichen Antwort: „Diese Frage müssen sie selbst beantworten“ (26. August).

Die alte Liebe des B. kommt zum Vorschein, wenn er nach dem „Temps“ zitiert, wie ganz anders es doch gekommen wäre, falls nach dem Wunsche der aufgeklärten deutschen Demokratie die Befreiung nicht durch Soldaten, sondern durch Freiwillige ausgeführt worden wäre, die nur dem Rufe der begeisterten Vaterlandsliebe zu folgen

¹⁾ Ebenso in Beusts Leipziger Posaune (genannt „der gute Onkel“), wo wieder einmal der alte Sang vom bedrohten öffentlichen Rechtszustand in Deutschland ertönt (30. August). Sie war schon 1864 (Nr. 265) gewaltig böse geworden, daß der Lauenburgische Landtag Anschluß an Preußen begehrt hatte.

hatten (29. August). Es ist wohl möglich, daß es dann „ganz anders“ gekommen wäre — ob besser, ist eine Frage, die man heute nicht mehr zu beantworten braucht.

So weit haben wir wenig neues aus dem B. kennen gelernt; interessant aber ist eine Äußerung, die davon zeugt, daß Haß nicht immer den Blick für die wahren Verhältnisse verschleiert. Der B. sieht sich genötigt zuzugeben, daß Deutschlands Geschick im gegenwärtigen Augenblick „in den Händen eines kecken Abenteurers“ liegt, „dieses preußischen Edelmannes, der mit der Sicherheit und dem kalten Blute eines in der Übung nobler Passionen aufgewachsenen Mannes von Stande ein hohes verwegenes Spiel mit seinem König und dem Lande spielt, . . . und der jetzt eben im Begriff ist, dies Spiel zu gewinnen. Der Junker Bismarck regiert z. Z. das deutsche Reich. So unwahrscheinlich es aussah, es ist ihm gelungen, Österreich ins Schlepptau seiner Politik zu bekommen . . .“ (26. August). — Hören wir in diesen Worten des Demokraten nicht die Bestätigung des Lobes, das Bismarck sich selbst geben durfte in dem bekannten Briefe an Goltz: „Es ist noch nicht dagewesen, daß die Wiener Politik in diesem Maße en gros und en détail von Berlin aus geleitet wurde“? Mag man den Liberalen und Demokraten Verbissenheit, zum Teil selbst Verschrobenheit (wie bei der V. Z.) vorwerfen — obgleich die Berechtigung dazu noch zu prüfen wäre — Unehrlichkeit und Unaufrichtigkeit gegenüber dem Gegner kann ihnen niemand nachsagen; das ist gewiß in so kampferfüllten Zeiten ein hohes Lob.

Wesentlich ruhiger als die N. F. Z. und der B. denkt der Schwäb. Merkur über Gastein. Er hatte von Anbeginn höchstens an eine Entfremdung zwischen beiden Großmächten geglaubt und den Rücktritt Bismarcks, wenn auch nur als Eventualität, in Betracht gezogen. Aber der Sch. M. segelte stets in ruhigem Fahrwasser dahin; die Stürme des Tages schaukelten sein Schiff nur, konnten es nicht zum Kentern bringen. Keine laute Entrüstung wegen Lauenburgs gibt er kund, aber wie jedermann zieht auch er daraus die Konsequenzen für die beiden andern Herzogtümer.¹⁾ Die Februar-Forderungen scheinen ihm so gut wie erfüllt, aber doch klammert der Merkur seine Hoffnung an das Verbleiben der österreichischen Truppen in Holstein, noch ist der Erbprinz nicht ganz verloren, da es Preußen bis jetzt nicht gelungen, ihn aus der österreichischen Gunst zu verdrängen und die Bildung eines neuen selbständigen Kleinstaates an seiner Grenze endgültig zu verhindern. Der Sch. M. beklagt, daß noch niemals bei einem Verträge über Schleswig-Holstein die Stimme seiner Bewohner und der „des nichtgroßmächtlichen Deutschlands“ gehört worden sei; niemand könne mehr im Zweifel sein, schließt Rommel diesen Artikel, daß „in Frankfurt weniger als je die deutschen Geschieke entschieden werden“ (27. August).

¹⁾ S. auch Elben S. 99.

Seltsam ist an diesen Ausführungen die implicite darin liegende Forderung der Beachtung der Meinung des nichtgroßmächtlichen Deutschlands, die an und für sich durchaus im Rahmen der Anschauungen der mittelstaatlichen Blätter und Politiker liegt; inkonsequent ist ein solches Verlangen aber doch, weil ja nie und nirgend bis jetzt die Stimme der großmächtlichen Bevölkerung gehört worden war. Man wird beim Sch. M. gewiß nicht an eine absichtliche Täuschung seiner Leser glauben dürfen; charakteristisch aber für das politische Denken in den Mittelstaaten sind solche Anschauungen in hohem Maße.

Eine Korrespondenz aus Wien (S. 911) suchte den üblen Eindruck, den die Konvention gemacht hatte, zu verwischen, indem sie Preußens Vorteile als unbedeutend hinstellte. Das Ende des preußischen Oberkommandos über die österreichischen Truppen, das ohne jede praktische Bedeutung war, die Heranziehung des Bundes „in betreff“ des künftigen Schicksals von Kiel und Rendsburg, die rein formal blieb; weiter die Wiederherstellung der deutschen Flotte, von der am Sterbetage des Bundes noch gerade so wenig zu sehen war wie 10 Monate vorher zu Gastein; die provisorische Benützung des Kieler Hafens durch beide Mächte und die Besetzung Rendsburgs durch beiderseitige Truppen — mit diesen leeren Worten suchte man von Wien aus die eigene Niederlage zu verdecken und den gutgläubigen Deutschen Sand in die Augen zu streuen. Der einzige Punkt von Wichtigkeit war schließlich die österreichische Verwaltung in Holstein mit der Macht, den „Herzog“ vor Beunruhigung zu schützen und weiteren Forderungen Preußens wirksam zu widerstehen. Daß auch dies nur hohles Gerede gewesen, bewies das Jahr 1866. Es ist nicht wahrscheinlich, daß mit dieser Darlegung die Leser des Sch. M. ihre Ansicht veränderten, um so weniger, als im selben Blatte ein Brief aus Holstein ein ungünstiges Urteil über Gastein enthielt.

Gerade so uneinig wie die schon besprochenen Gruppen ist die letzte, die klerikal-österreichische. Endlich einmal bricht jetzt das preußische Bewußtsein durch bei den Köln. Blättern, nachdem wir es so lange vermißt haben. Der Sieg ist entschieden auf unserer Seite, so sagen sie, Olmütz ist heimbezahlt, Schwarzenberg von Bismarck ausgestochen (23. August). Mit Verwunderung wird man sich fragen, was diese plötzliche Sinnesänderung bewirkt hat; aber ich weiß keine Antwort darauf zu geben. Denn die Freude über den glücklich vermiedenen Krieg kann sich unmöglich in solcher Weise kundgeben; statt dem eben leidlich versöhnten Feinde goldne Brücken zu bauen, hätte man ihn nur aufs neue gereizt und empört — und so etwas lag den K. Bl. ganz gewiß sehr fern. Die einzige Erklärung würde in dem plötzlich auffallenden natürlichen Gefühl des Stolzes über eine ausgeglichene Niederlage liegen, dem sich auch derjenige nicht zu entziehen vermag, der sich über solche nationalen

Erregungen mit dem kühlen Spotte des Weltweisen hinwegsetzen zu können glaubt. Mit dieser Deutung würde die allmählich zurückhaltender werdende Beurteilung der Konvention seitens der K. Bl. übereinstimmen. Besonders gewahien wir dies, wenn sie sich über die Auseinanderreißung der Herzogtümer beklagen, die doch höchst wahrscheinlich für längere Zeit in Geltung bleibe, als wenn das Kondominat fortgedauert hätte. Auch die Besprechung der Gründe, die Österreich veranlaßt haben mögen, Preußen so viel einzuräumen, gibt uns keinen näheren Aufschluß über jenen merkwürdigen Umschwung, denn von Kompensationen kann keine Rede sein; höchstens lassen bereits geschlossene (geheime) Stipulationen die Konzessionen der einen Großmacht an die andre begreifen. Damit meinen die K. Bl., daß Österreich sich die Unterstützung Preußens gesichert habe für den Fall, „daß der Nachfolger und Geschichtschreiber Cäsars nach der Aufführung seiner Schweizer Idylle ein Seitenstück zur Tragödie von 1859 liefern wolle“ (30. August). Demgemäß protestieren die K. Bl. sehr energisch gegen französische Einmischung (5. September).

Genau dieselben Gedanken verkünden die Hist. Pol. Blätter, soweit das Ausland — damit ist bei den katholischen Organen immer nur Frankreich gemeint — in Frage kommt, und sie tun das in so naturwüchsigen Worten, die die Herzensfreude deutlich erkennen lassen, daß ich nicht umhin kann, wenigstens einen Satz wörtlich anzuführen: „Nun knirscht man insgeheim in Paris, und das ist Musik in unseren Ohren“. Jeder deutsche Patriot müsse wenigstens dies mit Lob und Freude begrüßen, daß die beiden Großmächte die gefährliche Herzogtümerfrage ausschließlich untereinander regeln werden (II 478f.).

Mit diesem Satze zielen die H. P. Bl. zunächst auf Frankreich, aber sie drehen ihn sehr gewandt auch nach der andern Seite, gegen die liberalen Mittel- und Kleinstaaten. Den großen Wert des preußisch-österreichischen Bündnisses sahen die gelben Hefte ja stets in dem zweifach gleichzeitigen Kampf gegen den Imperator und gegen den Liberalismus, den Verächter des Syllabus und Verteidiger des werdenen nationalen Staates in Italien. Kein Wunder daher, wenn sich die H. P. Bl. nicht über Sieg oder Niederlage der preußischen oder österreichischen Diplomatie auslassen, sind sie doch froh, daß die Allianz neu geknüpft ist und sie selbst in der alten Weise die ewigen Feinde des Papstkönigtums und der ultramontanen Partei weiter bekämpfen können. Schon oft haben wir die Kongruenz ihrer Ansichten mit denen der preußischen Konservativen hervorheben müssen; auch jetzt sehen wir wieder das alte Bild. Mit der N. P. Z. und der N. A. Z. zusammen jubeln die H. P. Bl. über die (angebliche) völlige Niederlage der liberalen Parteien und der gleiche Ziele verfolgenden mittelstaatlichen Politik. Denn der Gasteiner Vertrag habe sowohl die Legitimität des augustenburgischen Erbrechts wie das Recht der beiden Länder, ihre staatliche Zugehörigkeit frei zu wählen, auf das bestimmteste verneint, besonders stark jedoch dieses Selbstbestimmungsrecht,

das sich die mittelstaatliche Politik als mächtigsten Hebel ihrer Pläne angeeignet habe, „natürlich bloß ad hoc“. Ein teilweises oder sekundäres Erbrecht eines oder mehrerer Prätendenten wollen die H. P. Bl. allenfalls in den Kauf nehmen, da sich ein solcher Paragraph wohl in einer geheimen Bestimmung der Konvention finden könne; aber das gefährliche Souveränitätsrecht der Landesvertretungen sei ganz und gar verneint (II 482 f.).

Man kann die Freude der H. P. Bl. leicht verstehen. Selbstbestimmungsrecht und Nationalitätsprinzip waren die gefährlichsten Feinde des Papstes, der katholischen Kirche und des k. k. Konkordatsstaates. Sie alle mußten von der Realisierung jener Ideen Umsturz, Einbuße an Macht, Verwirrung der Gemüter, ja selbst Gefährdung der eignen Existenz befürchten. Aus guten Gründen hatte ja, wie schon hervorgehoben, auch Schmerlings Organ Österreich glücklich gepriesen, daß es jenem verhängnisvollen Gedanken nicht gehuldigt habe. Nun waren die H. P. Bl. der Sorge ledig, daß der unberechenbare Bismarck, der so offensichtlich jeden „Grundsatz“ verabscheute, sich plötzlich mit dem Liberalismus verbände und dann, in gewaltigem Ansturm, das dreifach morsche Gebäude des Bundes und Österreichs zersprengte. Nun war durch die Konvention Preußen an das gesamtdeutsche Interesse gebunden: jetzt mochten die H. P. Bl. eine Zeit ruhiger Entwicklung erwarten, in der der Kaiserstaat sich aus allen seinen Nöten erretten und von neuem konsolidieren konnte.

Nicht mit so engem Horizont begabt ist die Augsb. Allg. Z., aber als frei von allen Fesseln darf auch sie nicht bezeichnet werden. Gut orientiert war sie auch jetzt wieder; so bespricht sie gerade in den kritischen Tagen der Gasteiner Verhandlungen „die Deutschland drohende Kriegsgefahr“ (6. August) und erhebt ihre warnende Stimme. Noch vor Publizierung der Konvention muß sie die Öffentlichkeit in einem Briefe aus Wien darauf vorbereiten, daß ein ungünstiger Eindruck besorgt werde (S. 3764). Als dann der Text der Übereinkunft bekannt gegeben wurde — vorher waren Gerüchte im Umlauf, daß die Herzogtümer durch eine Nordsüdlinie geteilt werden oder daß Schleswig an Österreich, Holstein an Preußen kommen sollte — da greift die A. A. Z. gewandt die einzige Bestimmung heraus, die Österreichs Prestige noch halbwegs wahrte, die aber selbst in Bayern kaum einen Eindruck gegenüber dem Gesamthalt des Vertrages machen konnte. Die A. A. Z. rühmt von der Abmachung, daß damit den preußischen Bestrebungen auf Beseitigung der „Nebenregierung“, auf Ausweisung der Erbprinzen und auf Anwendung von Gewalt gegenüber den Meinungsäußerungen und Wünschen der Bevölkerung ein Ende gemacht sei. Dafür habe allerdings Preußen einen desto größeren Spielraum in dem teilweise preußisch gesinnten Schleswig; aber im ganzen könne doch von einem Zurückweichen Österreichs nicht die Rede sein.¹⁾

¹⁾ S. 3820; ähnlich am 29. September ein Artikel „von der Donau“.

„To make the best of it“ war anscheinend die Devise der Redaktion der A. A. Z.; schon die Verteidigungsstellung, die sie wählt, verrät, daß sie sich nicht allzu viel Erfolg von ihrem Bemühen verspricht. Wenn dieser aber gänzlich ausblieb, so lag das wohl daran, daß die Beeinflussungen der verschiedenen Regierungen einander zu kreuzen begannen. Da berichtet ein Berliner Brief (S. 3864), daß Österreich Preußen bedeutende Zugeständnisse gemacht hat, die die Rechte und Interessen des Bundes empfindlich berühren. Die Annexionspläne sind durch die Konvention wesentlich gefördert, und es ist bemerkenswert, daß ein Teil „unserer scheinbar so unabhängigen Presse“ seit Gastein „in inspirierten Artikeln wieder sehr lebhaft den Einverleibungsplan behandelt“. Eine spätere Korrespondenz aus Berlin (S. 3890f.) ergänzt die obige unter noch schärferer Betonung des Bismarckschen Sieges, der Preußen lauter greifbare Vorteile gebracht, während Österreich nur Vorteile von Schein, von problematischen Möglichkeiten erlangt habe — eine Tatsache, auf die ich schon bei Besprechung der Wiener Korrespondenz im Sch. M. hingewiesen habe. — Ganz folgerichtig fragt der Berliner Mitarbeiter der A. A. Z., was Preußen für jetzt noch mehr hätte erzielen können? Er betont scharf den wichtigen Umstand, daß Preußen durch Überlassung des Kieler Hafens seitens Österreichs die Führerschaft über die einstige deutsche Flotte bereits antizipiert habe. Dies ist ein Punkt, der bei der großen Diskussion des Gasteiner Vertrages verhältnismäßig zu stark im Hintergrund geblieben ist. Seine prinzipielle Bedeutung für die künftige Entwicklung des Militärstaats Preußen ist nicht genug gewürdigt worden; doch darf nicht vergessen werden, daß Hannibal Fischers Name damals noch nichts von seiner warnenden Bedeutung verloren hatte, auch glaubte man wohl nicht recht an den Ernst Preußens in dieser Angelegenheit.

Es hat nicht viel Wert, das Spiel der einzelnen Parteien in der A. A. Z. genau zu verfolgen, weil jede Kritik der Herkunft der Einsendungen unmöglich ist. Nur sei der Vermutung entgegen getreten, als ob die A. A. Z. aus Wien nur inspirierte Artikel erhalten hätte. Sie besaß dort neben ihren offiziellen Berichterstattern auch vollkommen unabhängige Korrespondenten, die jenen allerdings nicht sehr angenehm gewesen sein mögen. So gibt z. B. eine Einsendung aus Wien offen die ungünstigen Urteile der dortigen Presse wieder (S. 3873f.).

Das Endurteil der A. A. Z. geht dahin, daß Österreich alles erreicht habe, was es ohne einen Bruch mit Preußen erreichen konnte, dieses aber habe zweifellos wertvolle tatsächliche Zugeständnisse erhalten, „aber prinzipiell ist nichts aufgegeben“. Ein sehr schwacher Trost!¹⁾

¹⁾ Daß übrigens das Ansehen Österreichs auch bei der A. A. Z. sehr gesunken war, beweist die Aufnahme eines Artikels aus Frankfurt, der sich mit überraschender Schärfe gegen den Donaustaats wendet und ihm die widerwärtigen Trostworte vorwirft, mit denen er die Welt beheligt, statt sie durch Taten zu erfreuen (31. Oktober 65).

Endlich kommen wir nach Österreich, wo naturgemäß die Verhandlungen und der Abschluß zu Gastein das höchste Interesse erweckt hatten. Schleswig-Holstein war den Österreichern im tiefsten Grunde ziemlich gleichgültig gewesen oder doch geworden; es lag „aus der Welt“. Man hatte in diesem Staate so viel Sorgen aller Art, die sich in- und miteinander verwickelten, daß durchaus kein Verlangen vorhanden war, sie noch um eine zu vermehren. Jedoch die hohe Politik hatte nun einmal anders entschieden, Kaiser Franz Joseph war Mitbesitzer der Nordmark geworden, endlich wieder ein Erfolg zu verzeichnen gewesen. Als aber dann die Zänkereien begannen, kam man immer mehr in einen Zwiespalt: von dem Emporkömmling Preußen, dem Staate Friedrichs des Großen, wollte sich niemand etwas bieten lassen; dagegen lehnte sich der österreichische Stolz auf. Und doch wünschte man die Ruhe, so dringend und so offensichtlich, daß eben darauf Bismarck seine Pläne mitbauen durfte. Die Finanzen des Donastaates glichen etwa denen Rußlands von heute; man mußte eine Losanleihe „zu wahrhaft beschämenden Bedingungen“ aufnehmen; immer lauter und immer näher vernahm man das Wort Bankrott. Dazu war der Ausgleich mit Ungarn zu beschaffen, doch die Verhandlungen kamen kaum von der Stelle. Das Slaventum drängte stets energischer und drohender voran; die Deutschen, die festeste Stütze der Monarchie, fühlten sich seinen Angriffen schutzlos preisgegeben: sie sahen den Untergang ihrer Herrschaft voraus; das einzige Rettungsmittel schien ihnen der engste Anschluß an Deutschland zu sein. Zu alledem traten die auswärtigen Verhältnisse hinzu. Die deutsche und die italienische Frage harreten ihrer Lösung; auf dem Balkan war Österreich-Ungarn lahm gelegt, wie der rumänische Thronwechsel bewies; die Beziehungen zu Rußland waren nicht glänzend. So war die Doppelmonarchie matt gesetzt, überall unkräftig und untätig; alles provisorisch (wie noch heute) in Ordnung oder auch in Unordnung, das Heer vernachlässigt und die kleine Flotte nur unter einem besonders tüchtigen Führer aktionsfähig.

Dies Gefühl der Schwäche und Haltlosigkeit war allgemein verbreitet; daraus erklärt sich wohl, daß die Kritik am Gasteiner Verträge nicht noch viel schärfer und rückhaltloser ausgeübt wurde. Es gab niemand, der das Abkommen lobte, wenige außer den Zwangsverteidigern der Regierung, die es billigten. Das Unheil wollte, daß der erste Eindruck von dem Abschlusse einer Konvention noch verschlechtert wurde durch die (schon berichtete) falsche Nachricht, Österreich solle Schleswig, Preußen dagegen Holstein — und damit den Augustenburger — ausgeliefert erhalten. Daraus ergibt sich ein Schwanken in der Beurteilung der Übereinkunft; zuerst wird sie fast einstimmig verworfen, durch die Richtigstellung jenes falschen Gerüchts wird zeitweilig ein geringer Umschwung der öffentlichen Meinung und der Presse bewirkt; aber eigentlich ist es nur ein Anfang dazu, denn kaum ist der Text des Vertrages publiziert, so

wendet sich alles mit vernichtender Schärfe und mit heller Entrüstung gegen ein solches Resultat.¹⁾

Diese Entwicklung kommt klar zum Ausdruck in der „Presse“, die anfangs (18. bis 20. August) entschieden unzufrieden ist. Nichts als ein Waffenstillstand, eine Frist ist gewonnen oder verloren, meint Zangs Organ und wünscht endlich eine Lösung zu sehen. Die Idee der Teilung hält es für höchst unglücklich, ihre Verwirklichung für einen entschiedenen Sieg der preußischen Politik, da der österreichische Mitbesitz bisher das wirksamste Hindernis der Bismarckschen Annexionspolitik gewesen (!). So viel ist der Pr. klar, daß Preußen nicht wieder aus Holstein herausgehen und daß Österreich es nicht mit Waffengewalt daraus vertreiben wird (20. August). Wie hieraus hervorgeht, ist die Zeitung noch falsch unterrichtet, sie denkt zwei Tage darauf, als der richtige Ausweg ihr bekannt geworden, etwas günstiger von dem Abkommen, aber doch nur recht wenig; auch jetzt noch erscheint es ihr als ein Sieg Preußens, da dieses Zeit gewinne, eine günstige europäische Gelegenheit abzuwarten oder gar herbeizuführen, um dann sein Ziel zu erreichen. Österreich wird immer mehr ausgeschaltet werden, es darf den Mittelstaaten keine Vorwürfe machen, wenn es wegen seiner Unzuverlässigkeit von ihnen getadelt wird. Kurz: das Spiel ist für Österreich verloren, denn wenn es sich bei der Konvention formell auch nur um eine Regelung des Provisoriums handelt, wie die Offiziösen zur Verteidigung immer behaupten — in der Sache bedeutet die administrative Teilung des Mitbesitzes die unbestimmte Verlängerung des Provisoriums und die Möglichkeit, es unerträglich zu machen. Und natürlich ist die P. überzeugt, daß sich Preußen diese Gelegenheit nicht entgehen lassen werde. Österreich ist also vor einer Pflicht zurückgetreten; es hätte die Stände Schleswig-Holsteins berufen müssen, um mit ihrer Hilfe die preußischen Ansprüche besser abwehren zu können.

Das schlimmste Aufsehen aber erregte die lauenburgische Angelegenheit. Hier verhält sich nun allerdings die P. ruhiger und gemäßigter als die übrigen Wiener Blätter, deren Haltung wir noch besprechen werden. Wohl sieht die P. in dem Verkaufe des Ländchens den ersten Schritt zur faktischen Teilung der Nordmarken, aber sie wehrt die Bedenken gegen diese prinzipielle Zulassung der Geldentschädigungen seitens Österreichs, wenn auch recht matt, ab, indem sie den Unterschied hervorhebt, der obwalte zwischen einem alten Bestandteile des österreichischen Staatsgebietes (d. i. Venetien) und einem weit ab-

¹⁾ Die offiziöse „Gen.-Corr.“ fügte dem Abkommen die Worte hinzu: „Durch diese Vereinbarung sind die Übelstände, die aus der bisherigen Form der Ausübung des den beiden Mächten zustehenden Gesamtbesitzrechtes entsprangen, beseitigt, während hinsichtlich der endgültigen Lösung der schl.-h. Angelegenheit dem von Österreich seit dem Friedensschluß mit voller Uneigennützigkeit festgehaltenen Standpunkte in keiner Weise vergeben wird.“

liegenden Herzogtume, das durch Kriegsglück in den Mitbesitz der Monarchie gelangt sei (24. August). Diese Scheidung ist nicht ungeschickt; aber man merkt nur zu gut heraus, daß die P. an diesen ihren Trost selbst nicht recht glaubt. Vor allem aber fürchtet sie, daß Preußen Lauenburg an Oldenburg zediert und dafür in dessen Ansprüche auf Holstein eintritt — eine Möglichkeit, die wohl schon deshalb nie in Frage gekommen ist, weil Bismarck die oldenburgischen Ansprüche hauptsächlich dazu verwandte, um sie gegen die augustenburgischen auszuspielen; von ihrer Rechtskraft war er nicht allzu fest überzeugt, auch würde er ein solches Geschäft wohl schon vermieden haben, um nicht den Gedanken eines Konfliktes mit Rußland aufkommen zu lassen.

Bemerkenswert ist, daß die P. die Oberleitung der deutschen Flotte nur im Norden Preußen zugestehen will; im Süden soll sie unter österreichischem Kommando stehen. Die Zeitung erwähnt diesen Vorschlag nur nebenbei; sie glaubt gar nicht an das Zustandekommen einer Marine (24. August). Der Plan mutet überhaupt etwas seltsam an; glaubte die P. wirklich, daß Bayern, Württemberg, Baden und vielleicht Hessen die Macht Österreichs zu stärken bereit waren und sich gänzlich von Wien abhängig zu machen, ohne den geringsten Nutzen von der „süddeutschen“ Flotte zu haben? Oder sollten Linienschiffe und Panzerkreuzer vielleicht auf der Donau und dem Bodensee stationiert werden?

Am meisten wundert sich die P. über die Bestimmungen bezüglich Kiels und Rendsburgs; dadurch werde Preußen dem Bunde wieder eingefügt und seine Februar-Forderungen wesentlich modifiziert. Überhaupt erscheint an diesem Tage (29. August) die Konvention in gutem Lichte: das Hinarbeiten auf die Annexion ist erschwert, König Wilhelm hat „achtungswerte Beweise seiner deutschen Gesinnung und Friedensliebe“ gegeben und das Bismarcktum eine Schlappe erlitten, die die preußische Opposition gewiß ausnutzen wird. Möge der Grafentitel, der als Balsam für geschlagene Wunden dienen soll, Herrn v. Bismarck trösten!

Aber diese übermütige Stimmung verflog rasch und machte einer demütigenden Erkenntnis der wahren Lage Platz. Der Text der Konvention enthüllte der P. den „eklatanten Sieg“ Preußens und trauernd rief sie aus: „Olmütz war eine peinigende Erinnerung für Preußen; sie ist getilgt, hinweggespült durch den Wassersturz von Gastein. Die Übereinkunft, die diesen Namen trägt, gewährt Preußen eine für lange Jahre ausreichende Genugtuung“ (25. u. 26. August). In diesen Worten liegt gewiß ein beachtenswertes Geständnis einer diplomatischen Niederlage, das auch durch eine Überschätzung der Macht Österreichs oder durch den Glauben an geheime Artikel im Vertrage nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Unter dem Einflusse solcher Anschauungen entwickelt die P. fortan eine schon früher gehegte, nun stetig wachsende Hinneigung zu Frankreich.

Noch energischer als die P. verwirft die Ostdeutsche Post¹⁾, die Anfang August sehr scharf gegen Preußen aufgetreten war, das Abkommen, das den Verlust Schleswigs ohne jede Kompensation involvierte. Hier unterdrückt offenbar der Haß auf den Rivalen eine vernünftige Überlegung; daß die Regierung bedingungslos auf ihr Mitbesitzrecht verzichten würde, konnte doch im Ernst kein Österreicher glauben. Damit allerdings mochte die Ostd. Post dem allgemeinen Empfinden in Wien — und im übrigen Deutschland — Ausdruck geben, daß bald eine neue Konvention auch Holstein an Preußen ausliefern werde, aber von hier bis zu einem bedingungslosen Verzicht war noch ein weiter Weg, und es berührt daher ein wenig komisch, wenn die Zeitung ihren Artikel mit den Worten schließt: „Gott erhalte Österreich!“

Am meisten aber empörte die Gemüter der Verkauf Lauenburgs. Lieber das Ländchen an Preußen ohne Entschädigung abtreten als Geld dafür annehmen: das untergräbt unser Ansehen und macht die Erwerbung für Preußen noch wertvoller. Ostd. Post und Neue Freie Presse jammern umsonst über das üble Präzedenz, worüber sich niemand mehr freuen könne als die italienische Regierung. Schlagfertig bemerkt die Köln. Z. zu diesem Verzicht, daß Preußen für den Erlaß der Kaufsumme sehr dankbar wäre; die ähnlich lautende Antwort der N. Z. haben wir schon oben kennen gelernt.

Im übrigen ist die N. Fr. Pr. auch sonst mit der Konvention nicht zufrieden, trotzdem sie sie einmal verteidigt (21. oder 22. August). Sie ist wie die meisten Blätter der Meinung, daß das Vordringen Preußens in Schleswig-Holstein nicht mehr zu hindern sei²⁾; sie hält Österreich nicht mehr für stark genug dazu.

Vielleicht prägt sich der Gegensatz, in dem die N. Fr. Pr. zur (alten) „Presse“ stand, auch darin aus, daß jene genau die entgegengesetzte Beobachtung machte wie diese. Die P. hatte die Heranziehung des Bundes in den Bestimmungen über Kiel und Rendsburg merkwürdig gefunden, die N. Fr. Pr. entdeckt dagegen, daß das Übereinkommen über die „unbestreitbaren Rechte des deutschen Bundes auf Holstein mit Schweigen hinweggehe, was sicher nichts Zufälliges sei“.³⁾ Überhaupt macht auf sie die Konvention den Eindruck, als ob sie für lange Jahre berechnet sei, worauf schon die Bestimmung über den wechselnden Oberbefehl in Rendsburg hindeute. Diese Worte enthalten natürlich einen neuen Tadel für die eigene Diplomatie, deren Werk allein von der „Debatte“ emsig verteidigt wird, die aber meines Wissens

¹⁾ Alle folgenden Zitate nach reichsdeutschen Blättern oder nach der P.; ein absolut sicheres Bild kann daraus nicht geboten werden; es sind aber übereinstimmende Berichte von Organen verschiedener Parteien über die Äußerungen der österr. Zeitungen vorhanden, so daß die Gesamthaltung richtig skizziert werden kann.

²⁾ Ebenso Pesti Naplo nach der L. Z. 29. August 65.

³⁾ Zitiert nach N. Z. 25. August, A. A. Z. und Sch. M. 27. August.

von der Regierung noch abhängiger war als die übrigen Wiener Blätter und deshalb nicht weiter betrachtet werden soll.

„So viele Parteien und Parteischattierungen, so viele und so vielerlei Urteile, und keine findet etwas anderes als ihr gefällt“, rufen die H. P. Bl. (1865, II 477) aus, und man muß ihnen zustimmen. Von der Gemeinsamkeit der Anschauungen kann kaum noch die Rede sein; allenfalls findet man sie unter der kleinen liberalen süddeutschen Gruppe und unter den wenigen konservativen preußischen Blättern, auf die die Regierung gleichartigen Druck ausübte. Aber ein völlig nutzloses Bemühen wäre es, etwa die liberalen norddeutschen Zeitungen zusammenfassen zu wollen; jede weicht von ihrer Nachbarin ab; die Aufgabe der Wissenschaft, eine Resultante zu ziehen, eine Vereinfachung zu geben, muß unerfüllt bleiben. Die Zersetzung der Parteien schritt eben immer stärker und immer weiter vor; es gab nur noch einen einzigen Ausweg aus dem ungeheuren Wirrsal — den Krieg.

III. Die Krisis.

A. Der drohende Krieg.

„Bei der Gasteiner Konvention war die Ansicht, in drei Monaten müsse man klar sehen, ob Österreich es ehrlich mit Preußen meine. Wenn es nicht geschähe, so würde Krieg erfolgen unter Abschluß sonst unliebsamer Allianzen.“¹⁾

Diese Worte Manteuffels, die allgemeine Anschauung, erwiesen sich als richtig; fast auf den Tag bestätigten sie sich. Wie nach dem Friedensschluß mit Dänemark, folgte auch jetzt eine kurze Zeit der Ruhe, sogar gemeinsames Vorgehen der deutschen Großmächte gegen Frankfurt, aber Mitte November stiegen die ersten Warnungsraketen der Kreuzzeitung an Österreichs Adresse empor, ohne indessen eine Wirkung zu tun; auch in der Magd. Z. findet sich am 15. November 1865 eine bemerkenswerte Korrespondenz aus Berlin mit einem Tadel der Wiener Politik. Gleichzeitig begannen Klagen der preußischen Regierung in Wien einzulaufen über die österreichische Verwaltung in Holstein, die als Reaktion auf Bismarcks Annäherungsversuche an Frankreich, einen stark augustenburgischen, ja nahezu direkt antipreußischen Charakter annahm. In einem Erlaß Bismarcks an Baron Werther vom 26. Januar 1866 verlangte der Ministerpräsident Klarheit über die Beziehungen der beiden Regierungen zu einander, aber Mensdorff lehnte am 7. Februar ein Eingehen auf die preußischen Beschwerden wegen der augustenburgischen Versammlungen kühl ab, doch versprach er, keine Lösung der Frage zu versuchen ohne die Zustimmung Preußens, eine Versicherung, die nach dem Januar-Vertrage von 1864 und der Gasteiner Übereinkunft selbstverständlich sein mußte. Mit dieser Kundgebung war das Bündnis beider Mächte gelöst. Bismarck beantwortete die österreichische Note gar nicht, die Spannung zwischen Wien und Berlin wuchs immer mehr. Am 28. Februar fand unter dem Vorsitze König Wilhelms ein großer Ministerrat statt, in dem die Kriegsfrage erörtert, aber noch nicht endgültig entschieden wurde. Trotzdem über den Gegenstand der

¹⁾ Sybel 4, 192.

Beratungen nichts Authentisches an die Öffentlichkeit gelangte, scheint die österreichische Regierung doch genug erfahren zu haben, um einen verhängnisvollen Beschluß fassen zu können: Truppen wurden nordwärts konzentriert. Gleichzeitig (16. März) ließ die Hofburg in Berlin anfragen, ob man dort die Gasteiner Konvention zu halten gedächte, worauf Bismarck natürlich mit Ja antwortete. Zugleich wurde von Wien aus ein Rundschreiben an die kleinstaatlichen Regierungen gerichtet über weitere Schritte zur Regelung der schleswig-holsteinischen Frage durch den Bundestag und eventuelle Mobilisation des Bundes gegen Preußen. Bismarck antwortete am 24. März mit einer Anfrage an die deutschen Staaten, ob er auf Hilfe gegenüber der österreichischen Bedrohung rechnen könnte, doch verhielten sich diese gegenüber beiden Noten sehr reserviert und wiesen auf ein paar vortreffliche Bestimmungen der Bundesakte hin, die den Krieg zwischen Bundesgliedern verboten. Ende März begann auch die preußische Mobilisation.

Es hat nun für den Zweck dieser Arbeit keinen Sinn, den Notenkampf der beiden Großmächte im einzelnen zu verfolgen. Der Krieg wurde immer unvermeidlicher, besonders seitdem Preußen am 8. April mit Italien ein Bündnis geschlossen hatte, das Viktor Emanuel zur Heeresfolge verpflichtete; auch der zweite Teil von Manteuffels Prophezeiung erfüllte sich nun. Es sei hier bemerkt, daß trotz dem beiderseitigen Versprechen der Geheimhaltung der Allianz die Presse sich doch schon Ende April, wenn auch wohl nicht auf Grund von sicheren Informationen, damit beschäftigte, allerdings weniger in Preußen als im übrigen Deutschland; im Mai wurde das Bündnis schon als feste Tatsache betrachtet, nachdem Andeutungen von der N. A. Z. und der N. P. Z. (am 3. u. 4. Mai) gemacht worden waren; die italienischen Rüstungen bestätigten die allgemeine Erwartung. Kurz bevor indessen diese Nachrichten eintrafen, Ende April, waren die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens noch einmal gestiegen; gegen Mitte April verabredeten die feindlichen Regierungen eine Abrüstung, aber ehe diese wirklich erfolgte, liefen Nachrichten von der Einberufung der italienischen Truppen ein; die Mobilisierung der österreichischen Südmarmee — und damit eine neue Bedrohung Preußens — war die Folge. Dadurch war die Frage: Krieg oder Frieden? tatsächlich entschieden; Napoleons beliebtes Auskunftsmittel, der Vorschlag zu einem Kongreß in Paris konnte den Ausbruch des Kampfes nur um einige Zeit hinaushalten; des Imperators Plan fand bei Österreich keine Gegenliebe und war damit gescheitert.

Den unmittelbaren Anlaß zum Beginn des „Bruderkrieges“ gab der Entschluß der Hofburg, die schleswig-holsteinische Frage dem Bunde zur Erledigung zu überweisen, um dadurch die Mittelstaaten für sich zu gewinnen (1. Juni). Diese offene Verletzung der Gasteiner Konvention und des Januarvertrages von 1864, erschwert durch die Einberufung der Stände des Herzogtums Holstein nach Itzehoe, beant-

wortete Bismarck mit dem Einrücken preußischer Truppen in Holstein, um hierdurch den status quo ante Gastein wieder herzustellen. Darauf reichte Österreich am 11. Juni 1866 beim Bunde den Antrag auf Mobilisierung aller nichtpreußischen Armeekorps ein; am 14. Juni erfolgte dessen Annahme, worauf Preußen den Bund für aufgelöst erklärte. Frankfurt hatte seine Rolle ausgespielt — der Bundestag sank in das längst bereitete, längst verdiente Grab; das alte Deutschland war zertrümmert und Raum geschaffen für ein neues Reich.

Es ist kein würdiges Schauspiel, das der drohende Krieg bereitet, weder im Norden noch im Süden unseres Vaterlands, unter den Konservativen ebenso wenig wie unter den Liberalen und Demokraten. Zu lange war Deutschland des Krieges entwöhnt gewesen; man sah fast allgemein nur seine Übel, ohne seine Vorteile zu gewahren. Daß ein Krieg — der gewiß, namentlich wenn er zum Bürgerkrieg wird, immer ein kulturfeindliches Ereignis ist — eine lang andauernde, immer gefährlicher werdende Stagnation mit einem Schlage beseitigen, frischen Kräften freie Wege bahnen, kurz ein Siegfriedsbad sein kann — diese Erfahrung war in fünf friedvollen Jahrzehnten verloren und vergessen worden. Ein Krieg gegen den westlichen Nachbarn mochte wohl mit einem Schlage das deutsche Gewissen erwecken — 1840 und 1870 beweisen es —, ein Kampf Preußens gegen Österreich stand von vornherein unter dem Eindruck der Phrase vom „Bruder- und Bürgerkrieg“. Eigentümlich doch, worauf schon damals hingewiesen wurde, daß diese hohlen Worte, die sich auf jeden Krieg anwenden lassen, ihre Hauptwirkung in Preußen hervorbrachten. Hier hatte der Militärkonflikt das gesamte öffentliche Leben vergiftet; Regierung und Abgeordnetenhaus hatten beide ihr redlich Teil dazu beigetragen. In der ganzen, durchweg liberalen Bevölkerung wurzelte der feste Glaube, daß ein Ministerium aus ihren Reihen aller Schwierigkeiten Herr werden, die Mittel- und Kleinstaaten auf Preußens Seite ziehen und Österreich am Ende nicht durch die Entscheidung der Waffen, durch Blut und Eisen, sondern durch die reine Gewalt der liberalen Ideen besiegen würde. Eine edle, klare, starke Auffassung, wie sie uns kaum je in der Geschichte in solcher wunderbaren, nahezu hypnotischen Überzeugungskraft entgegentritt. Aber jene Menschen vergaßen darüber die Macht der Wirklichkeit; erst durch die beiden folgenden Kriege wurde sie ihnen aufs neue und hoffentlich für immer zurückgegeben.

Ganz anders dagegen in Süddeutschland. Auch hier machten die Phrasen vom Bruderkrieg ihren Umzug; in lärmenden Volksversammlungen wurde mit dem ganzen Pathos, dessen leicht erregbare Menschenmassen fähig sind, gegen die verdammswerte Verletzung aller heiligen Ordnungen Gottes gewettet, tapferere Resolutionen gegen den Friedensbrecher einstimmig angenommen, ohne daß man viel Erfolg von ihnen erwartete. Aber was bedeuteten alle Zusammenkünfte und Beschlüsse, alle Proteste und Verwahrungen gegen den „Krieg“? Wohl

waren sie auch gegen ihn gerichtet, aber ihr Hauptziel war — Preußen.¹⁾ Hochmütig wies man auf die eigene, meist demokratische Verfassung hin und hob den Gegensatz zur unkonstitutionellen Regierung in Preußen hervor; offen wurde der preußische Justizminister der Verletzung des Rechts bei jenem Obertribunal-Beschluß vom 29. Januar 1866 über die Redefreiheit der Abgeordneten beschuldigt, höhrend das preußische „Zuchthausgesetz“ für Schleswig vom 11. März kritisiert.²⁾ Gewiß, auch gegen Österreich richtete sich der Zorn, weil man seinen Sieg ebenso sehr wie den Preußens zu fürchten hatte, aber auf den Kaiserstaat setzten die Süddeutschen ihre Hoffnung; ihm drohten, ihn warnten sie und froh empfingen sie ihn wie den reuigen Sünder, der ins Vaterhaus zurückkehrt, als er dem Bunde die Herzogtümerfrage überwies. Liebe empfand wenigstens in Baden und Württemberg ganz gewiß niemand für den Pfaffenstaat; die Süddeutschen brauchten Österreich, wie Österreich die Süddeutschen brauchte: eine Vernunftfehle also und ihr Ausgang demgemäß.

Brauche ich die Stimmung an der Donau zu schildern? Lange genug hatten alle der Regierung Energie und Mut gegenüber den preußischen Ansprüchen gepredigt. Wieder wie vor Gastein tauchte die Hoffnung auf, der Abhängigkeit von Preußen ledig zu werden, die Scharte vom Frankfurter Fürstentag auszuwetzen, Gastein nachträglich in ein neues preußisches Olmütz umzuwandeln; Erinnerungen an den Siebenjährigen Krieg wurden laut. Tschechen und Magyaren, Slovenen und Kroaten hetzten eifrig und freuten sich der Aussicht auf einen Plünderungszug nach Berlin und der endlichen Unterdrückung der österreichischen Deutschen, die ihren Bestrebungen so lange hindernd im Wege gestanden. Diese aber hielten treu zu ihrem Kaiserhaus; ihm wollten sie die alte Machtstellung erhalten, die Jahrhunderte währende Verbindung mit Deutschland nicht aufheben, denn löste sie sich, so war der Ansturm der feindlichen slavischen Nationalitäten nicht mehr abzuwehren, mithin die eigene Niederlage besiegelt. Vom Bruder- und Bürgerkrieg war hier keine Rede; gerade Österreich war das Land, das man unbedenklich als kriegslustig bezeichnen darf, was von manchen Mittel- und Kleinstaaten nur in beschränktem Maße und von Preußen fast gar nicht gilt.

Hier ergibt sich sogar in der ministeriellen Partei eine Spaltung, die in der Neuen Preußischen Zeitung deutlich zutage tritt. Dieses Blatt wurde schon Mitte November 1865, wie oben bereits erwähnt, dazu ausersehen, Österreich energisch zu warnen. Zwar

¹⁾ Vgl. Ansprache des Ausschusses des Nat.-Vereins von 14. Mai 66, der sich bis zuletzt vollkommen ablehnend verhielt (Parisius, Parteien 72 Anm.). Innerhalb eines Jahres ging seine Mitgliederzahl von 23000 auf 17000 zurück; 1867 hatte er nur noch 1000 Mitglieder.

²⁾ Sehr scharfe Urteile fallen darüber z. B. N. Z., Weser-Z., Coburger Z. und N. V. W., bei Jansen-Sanwer S. 570.

bestritt die N. P. Z. — ebenso wie die N. A. Z. 20. Januar 1866 — ihre Offiziosität, doch ist darauf nicht viel zu geben. Sie stellte den Politikern an der Donau die Alternative, entweder durch eine aufrichtig formulierte Allianz Deutschland die entscheidende Bedeutung in Europa zu schaffen und dadurch wahrscheinlich den Frieden während der Regierungszeit Napoleons zu sichern, oder aber sich für den Kampf zu entscheiden, der mit einer Fortsetzung des Siebenjährigen Krieges identisch sei, soweit nicht das fortdauernde Aufsteigen Preußens die Welt- und Machtverhältnisse zu seinen Gunsten verändert habe. Natürlich wünschte die N. P. Z. den Frieden, aber ein Stillstehen oder Zurückweichen Preußens erklärte sie für unmöglich.¹⁾

Nach diesem Präludium herrschte eine Zeit lang Schweigen; im Dezember 1865 und Januar 1866 begann es, wie in der gesamten inspirierten Presse Deutschlands, so auch in der Kreuzz. zu rumoren, während es in den unabhängigen Blättern noch recht ruhig blieb. Im Februar wuchs der Lärm schon bedeutend. Wieder warnte die N. P. Z. am 6. Februar — zwei Tage vor Absendung der österreichischen Note! — Sie erwartet, Preußen werde nicht dulden, daß es von seinem Kondominus „durch einen Bund mit der Revolution“ — das alte Requisit! — um seine wohlerworbenen Rechte komme.

Erst mit dem preußischen Ministerrat vom 28. Februar zieht das Gewölk drohend empor; man wird sich des Ernstes der Lage allmählich bewußt, aber an eine Entscheidung durch die Waffen glauben erst wenige: Olmütz und Gastein warnen vor übergroßer Hitze; die Neunmalneunweisen lächeln noch immer bei dem Gedanken an Krieg. Dann aber bringt die N. P. Z. am 19./20. März die wichtige Nachricht: „Wir haben eine ernste Tatsache zu konstatieren. Österreich und Sachsen rüsten — wir bisher nicht. Aber obgleich „wir“ und „nicht“ in diesem letzten Satze unterstrichen sind, legt die Zeitung den Ton auf das Wort „bisher“; denn sogleich fordert sie energisch die einzig mögliche Antwort: preußische Gegenrüstung! Noch stößt indessen die Krzz. nicht ins Kriegshorn. Zwar ist sie auf den Kampf gefaßt, aber sie bedauert ihn auf das lebhafteste und warnt den Friedensbrecher, der den Untergang Deutschlands herbeiführen will, vor dem Gericht Gottes (21. März). Der Theologe im Chefredakteur macht sich wieder einmal bemerkbar. Ähnlich äußert sich die N. P. Z. noch bis in den April hinein; sie hofft auf Einigung beider Großmächte über Schleswig-Holstein und Deutschland, das auf sie angewiesen und ihren Schutz zu fordern berechtigt sei.²⁾ Aber dann ver-

¹⁾ N. P. Z. 23. November 65. — Auf den Krieg bezügliche Artikel der Prov.-Corr. bei Hahn S. 370 ff., 374 ff., 422 f.

²⁾ N. P. Z. 23., 21. März und 1. April 66. — Einiges Licht auf die Haltung der Krzz. werfen die Worte Gruners in der D. Rev. 26 (1901) III 306. — Wie gut die Krzz. unterrichtet war, zeigt die Meldung (13. März), daß keine Antwort auf die österr. Depesche erfolgen werde. — Die Antwort der offiziellen „Wiener Abendpost“ auf den Artikel vom 19. März s. in der Hamb. Z. 22. März.

ändert sich ihr Ton sowie der der N. A. Z. etwa von der Zeit des Abschlusses des italienischen Bündnisses an; haarscharf läßt sich das nicht nachweisen, weil sie natürlich auch schon vorher kriegerische Artikel zur Einschüchterung des Gegners gebracht hatten, die aber meistens die Erwartung aussprachen, man werde sich in Wien noch besinnen und es nicht zum Äußersten treiben. Diese Hoffnung gibt sie erst sehr spät auf; man wechselt eben „schon mit der Muttermilch eingesogene politische Sympathien und Traditionen nicht, wie man einen Rock auszieht, und namentlich die ältere Generation wurzelte noch immer so fest in den Überlieferungen und Ermahnungen des Testaments Friedrich Wilhelms III., daß das Losreißen von denselben fast ein Stück der eigenen Person mitnahm.“¹⁾

Was der Krzz. unter dem Einflusse der Gouvernements-Konservativen gelang, ja gelingen mußte, das konnten manche Konservative bei aller Königsiebe nicht mitmachen.²⁾ Ihnen war dieser neue Kurs unter Bismarck schrecklich; Verderben und Untergang mußten über Preußen kommen, wenn die alten Bahnen verlassen und neue Wege — man nannte sie, wie alles Neue in jenen Kreisen, „revolutionär“³⁾ — beschritten wurden. Jede Veränderung und Erschütterung der bestehenden Gewalten mußte ängstlich vermieden werden, jeder Schritt zur deutschen Einigung „durch Blut und Brand“ nach dem Vorbilde des Königreichs Italien unterbleiben; jede Annäherung an die liberalen Ideen oder gar deren Unterstützung wurde verabscheut. Wie man sieht, ein durch und durch negatives Programm, in dem nicht einmal der Anfang zu einer positiven Tat enthalten war. Denn „Festhalten an Obrigkeit und Recht, kein Untergehen in dem Schmutz einer deutschen Republik, kein Kronenraub und Nationalitätenschwindel“, all diese Punkte machten sich gewiß in einer Parteikundgebung sehr gut, aber bestenfalls waren sie leere Worte, schlimmstenfalls jedoch das Eingeständnis eigner Ohnmacht und staatsmännischer Unfähigkeit.

Dieses Programm nun wurde in seiner äußersten Konsequenz vom Präsidenten Gerlach, einem der alten Konservativen, in der Krzz. verfochten. Er bekämpfte den Untergang der alten Verhältnisse, die zu erhalten sein Lebenswerk gewesen, aufs energischste, mit Worten, die uns, da wir sie von anderen Konservativen als Schlagwörter gebraucht sehen, wie Phrasen erscheinen müssen, die es aber im Munde Gerlachs ganz sicher nicht waren. Ihm galten seine politischen Grundsätze wohl um nichts geringer als das Wort Gottes, das in ihm zum Erlebnis geworden: er warnte eindringlich vor der „scheußlichen Irrlehre, als umfaßten Gottes heilige Gebote nicht auch die Gebiete der Politik, der Diplomatie und des Krieges, und als hätten diese

¹⁾ Wagener II 38 f.

²⁾ E. L. Gerlach II 288 f.

³⁾ Vgl. die treffliche Kritik von Frantz, S. 46/52.

Gebiete kein höheres Gesetz als patriotischen Egoismus“. ¹⁾ Man sieht leicht, wie er dazu kommen mußte, den drohenden Krieg als ein Unglück für Preußen anzusehen und Regierung und Partei von verhängnisvollem Entschluß zurückzuhalten. ²⁾ Und nun gar ein Krieg mit Österreich, dessen Rüstungen er — noch Anfang Mai! — als Defensivmaßregeln verteidigte. Gerlach war wohl der überzeugteste, treueste Freund der heil. Allianz, vielleicht sind nicht einmal die drei Monarchen von Preußen, Österreich und Rußland innerlich so durchdrungen gewesen von dem Werte, der Bedeutung und der Unentbehrlichkeit jenes Bundes wie gerade er. Äußerte er sich doch einmal seinem Bruder Leopold gegenüber, daß Preußen eher seine Existenz riskieren müsse, als etwa dem Prinzip der heil. Allianz untreu werden, d. h. in das westmächtlche Lager übergehen dürfe. ³⁾ Er erklärte auch jetzt noch den Dualismus für den Grundcharakter und die reale Basis der Verfassung von Deutschland, schrieb Preußens Freundschaft, — „nicht Allianz, nicht Garantie“ — einen höheren Wert für Österreich zu als den Herzogtümern und verlangte schließlich die Fortdauer des in Gastein festgesetzten Zustandes.

Man kann den Schmerz Gerlachs über Bismarcks Abwendung von den alten Grundsätzen, die noch gar nicht so alt waren, verstehen; auch daß er harte Worte für den Ministerpräsidenten fand, der ihm als Abtrünniger, als Bonapartist, als zweiter Cavour erschien. Er teilte mit seinem verstorbenen Bruder wohl die Ansicht über den traurigen Beruf eines Staatsmannes, der ins Amt gelange und überall den Umständen und Personen seine Grundsätze opfern müsse. ⁴⁾ Bismarck trafen jene Worte Gerlachs tief; auch erschwerten ihm die Artikel des Präsidenten die Durchführung seiner Politik nicht unwesentlich. In seinem Auftrage teilte Dr. Beutner, der Chefredakteur der Kreuzzeitung, Gerlach am 12. Mai 1866 mit, daß sein neuerlicher Aufsatz (v. 7./8. Mai) den Ministerpräsidenten „schwer gekränkt und schwerer verletzt habe als das Attentat von demselben Tage; Sie hätten ihm, meint er, privatim sagen sollen, was Sie ihm zu sagen hatten“. ⁵⁾

Der Zwiespalt in der konservativen Partei, der in dem Gegensatz von Beutners und Gerlachs Arbeiten in der N. P. Z. allen sichtbar zutage trat, mußte der Redaktion — und der Regierung — schon deshalb sehr unangenehm sein, weil die Friedensapostel daraus neuen

¹⁾ N. P. Z. 1866 Nr. 109 (abgedruckt im Bismarck-Jb. 4, 175 ff.), vergl. hierzu Lüttke S. 40 ff. und den Brief des Grafen Stolberg-Stolberg bei Hopf S. 500 ff.

²⁾ Er beschwor Roon, „bei allem was mir heilig ist — was Ihnen und mir heilig ist, wollte ich sagen“, den Krieg zu verhindern. Roon II 267 f. S. ferner E. L. Gerlach II 281, 287 f., 293 f., Bismarck-Jb. 4, 174 f., sowie seinen Artikel über den Kongreß N. P. Z. 26. Mai.

³⁾ Leop. Gerlach II 256.

⁴⁾ Leop. Gerlach I 111.

⁵⁾ E. L. Gerlach II 287. — Am 18. Mai 66 erfolgte der Bruch zwischen Bismarck und Gerlach (II 291 f.), auch dessen Verhältnis zu Kleist-Retzow lockerte sich. Petersdorff 377 f.

Mut zu Angriffen gegen die Politik Bismarcks schöpften. Um zu verhindern, daß eine Spalte der Kreuzz. mit Gerlachs Friedensartikeln die andere mit Kriegsaufsätzen bekämpfte, fand am 4. Juni 1866 in Berlin eine Versammlung hervorragender Konservativer statt, deren Resultat ein Abkommen zwischen der Zeitung und Gerlach war, wonach er weiter mit ihr in Verbindung bleibe, solange sie seiner Feder offen stehe; sei dies nicht mehr der Fall, so wolle Gerlach sich öffentlich von ihr lossagen; Beutner durfte gegen Gerlach schreiben. Damit wurde an den unerquicklichen Zuständen nichts Wesentliches geändert; es erfolgte denn auch schon am 15./16. Juni 1866 jene in Aussicht genommene Erklärung Gerlachs; seitdem schrieb er nicht mehr für die Kreuzzeitung.¹⁾

Wir haben schon aus dieser langen, aber wegen der Bedeutung Gerlachs angebrachten und notwendigen Erörterung entnehmen können, daß die N. P. Z. sich der Regierungspolitik aufs engste angeschlossen hatte, ebenso wie die überwiegende Mehrheit der konservativen Partei.²⁾ Gestand doch eines ihrer Mitglieder ganz offen: „Bismarck ist stets seinen eigenen Weg gegangen; wir hatten immer nur das Nachsehen“. Die volle, fast durch ihre ganze Geschichte sich hinziehende Unselbständigkeit der Konservativen liegt in diesen Worten ausgedrückt; daß sie Bismarcks Weisungen folgten, ist übrigens angesichts der drohenden Gefahr von außen zu selbstverständlich, als daß dies einer Erklärung bedarf. Indessen ist es vielleicht doch gut, aus der „Klage eines alten Konservativen von H. L.“ (Leo)³⁾ einige Sätze zu zitieren, die weiteres Licht auf die Vorgänge von 1866 werfen. „Die konservative Partei mußte“, meint jener, „wenn sie ihre Aufgaben nicht ganz verkennen wollte, den Krieg gegen Österreich schon um des Krieges willen fördern, statt ihn zu hemmen. Selbst ein unglücklich verlaufener Krieg ist für die fürstliche Macht konservativer als gar kein Krieg, denn jeder lange dauernde Frieden ist nur ein Zersetzungszustand(!), der die Tätigkeit oppositioneller Parteien hervorruft und fördert.“ Mit diesen Worten ist nicht nur die Haltung der Partei, sondern auch die ihrer Zeitung ausgezeichnet charakterisiert. Beide erwarteten natürlich einen Sieg Preußens, selbst wenn die Mittelstaaten sich Österreich anschließen würden: die Vorteile, die daraus für Regierung und Partei entspringen mußten, sind nachher klar zutage getreten. Nach einer Niederlage aber hätte man die Schuld der liberalen Opposition in die Schuhe schieben und einen Staatsstreich — Änderung des Wahlrechts — unternehmen können. In beiden Fällen hatten die Konservativen nichts zu befürchten. Man darf daher unbedenklich behaupten, daß die Krzz. den Krieg geför-

¹⁾ Ebenda II 292 f. — Gerlach wurde in beiden konserv. Blättern heftig angegriffen (N. A. Z. 31. Mai, 1. und 6. Juni, N. P. Z. 13. Mai).

²⁾ Abgedruckt in der Krzz. 1868 (8. und 9. Oktober).

³⁾ So Andrae-Roman und Blanckenburg, während Kleist-Retzows Haltung etwas schwankend war. Petersdorff 372 ff.

dert hat; dies scheint auch durch übertriebene Meldungen von österreichischen Rüstungen geschehen zu sein. Wenigstens behauptete die Köln. Z., sie habe durch einen nach Böhmen gesandten, zuverlässigen Korrespondenten jene Nachrichten an Ort und Stelle prüfen lassen, wobei sich deren teilweise oder gänzliche Unwahrheit ergab.¹⁾ In der N. P. Z. vom 13. April findet sich eine Entgegnung auf den Vorwurf der K. Z., doch wird dadurch die Angelegenheit nicht völlig klar entschieden.

Nach der ausführlichen Besprechung der Haltung der N. P. Z. kann die Norddeutsche Allgem. Ztg. um so kürzer abgetan werden, als in ihren Spalten der Regierungseinfluß sich immer deutlicher bemerkbar machte.²⁾ Sie richtete sich durchaus nach den aus der Wilhelmsstraße kommenden Weisungen; sie erfüllte nur die „Forderung des Tages“. Das kann ein sehr nützliches, ja notwendiges Geschäft sein, aber es bleibt doch ein Geschäft! Schmock regierte!³⁾ 1866 scheuten sich weder N. A. Z. noch N. P. Z., ihre Namen dadurch zu entwürdigen, daß sie die Religion in den Streit hineinzogen, den Namen Gottes profanierten. Beide fanden nichts dabei, die Protestanten in Österreich gegen ihren legitimen Herrscher aufzuhetzen und einen Zwiespalt zu konstruieren „zwischen der katholischen Dynastie (in Sachsen) und dem evangelischen Lande“, der angeblich täglich stärker hervortrete.⁴⁾ So etwas tut ein Gottes-Gnaden-Blatt! konnte die Neue Frankf. Ztg. (12. Mai) mit Recht ausrufen. Nach den Kölnischen Blättern stand unmittelbar über einem Kriegsartikel der Kreuzzeitung die Anzeige, daß sie den Charfreitag feiern werde. „Teuflischer Heuchler!“ rufen die K. Bl. mit Platen aus, „mit der einen Hand machst du das Zeichen des Kreuzes; und mit der anderen schlägst du die Völker ans Kreuz.“⁵⁾

Wenden wir uns von diesem traurigen Schauspiele ab zu den Vertretern einer edleren Auffassung. In einem Rückblick auf das vergangene Jahr hatten sich die Preußischen Jahrbücher (Januar

¹⁾ Vgl. ferner Hopf S. 506, der der N. P. Z. nachsagt, daß sie im Mai „falsch geschmiedete Armeebefehle Benedeks“ verbreitet habe.

²⁾ Wohl auch bei der Berl. Revue. Sie traut zuerst Österreich nicht den Entschluß zu, Krieg zu führen (66 I 382 ff.), zweifelt aber bald daran (409 ff.) und ist im April vom Ausbruch des Krieges überzeugt (II 86 f.): „we are drifting into war“.

³⁾ Vgl. im übrigen N. A. Z. 16., 19. und 30. Mai — und Benedetti S. 62.

⁴⁾ N. A. Z. 11. Mai 66. — Vgl. auch den Aufsatz der H. P. Bl. Bd. 58 S. 654/80 und S. 992: „Die Katholikenhetze in Preußen während des deutschen Krieges“. — Vgl. bei Jansen-Samwer 233 ff. die Abfuhr, die sich die N. P. Z. von der theol. Fakultät und den Geistlichen Kiels schon am 25. Jan. 64 holte. Ferner Rapp 199.

⁵⁾ K. Bl. 31. März 66. — Nach dem 24. Juni gönnte die N. A. Z. sich den Spaß, die Nachrichten aus Schleswig-Holstein unter der Rubrik „Preußen“, die aus den deutschen Bundesstaaten unter der Überschrift „Mittleuropäische Staatengruppe“ zu bringen. Ph. Creizenach dichtete damals ein Lied mit dem Refrain: „Braß hat Deutschland abgeschafft!“ — S. Geschichte S. 126 Anm.

1866) noch einmal über die Ereignisse von 1865 ausgesprochen und waren zu dem Ergebnis gekommen, das Problem habe sich im letzten Jahre so scharf zugespitzt, daß Preußen nicht mehr zurückweichen könne, da es an den Erwerb der Herzogtümer seine Ehre und seine Existenz gesetzt habe (S. 77). An einen Krieg denken die Pr. Jb. nicht im geringsten; sie empfehlen, Österreich den Ersatz der Kriegskosten und eine angemessene Entschädigung anzubieten (88). Einen Ausgleich durch eine Garantie für Venetien seitens Preußens halten sie für undenkbar; an den Mündungen der Donau soll Österreich sich die Entschädigung für seine letzte italienische Besetzung suchen (90f.). Wiederholt sprechen die Jahrb. die Hoffnung auf konstitutionellen Frieden aus¹⁾; als der Krieg droht, bedauern sie sehr, daß die unvermeidliche Auseinandersetzung mit Wien nicht in fester Geschlossenheit der preußischen Kräfte, in Eintracht von Regierung und Volk, gestützt auf die liberalen Ideen, zu erwarten sei. Obgleich sie meinen, daß Preußen als kleinste Großmacht Österreich an physischen Kräften nicht überall gleich stehe, und sie das Gefühl von der Furchtbarkeit des bevorstehenden Kampfes tief innerlich empfinden, sind sie doch weit davon entfernt zu wünschen, daß er mit Schädigung der Ehre vermieden werde. Wenn sie auch Ende März fragen, ob Preußen alles getan habe, um dem Kaiser die Konzessionen zu erleichtern, die man von ihm fordere, so sind sie doch der Überzeugung, daß dieser Krieg nicht in „preußischem Übermut“, nicht in „junkerhafter Frivolität“, sondern im innersten Interesse des preußischen Staates seinen Ursprung habe, dafür werde dereinst die Geschichte den vollen Beweis liefern.²⁾ Es scheint so, als ob die Pr. Jb. noch jetzt die Hoffnung auf Frieden nicht gänzlich aufgegeben haben, aber nicht Furcht vor dem Kriege, nicht Angst vor Österreich und den Mittelstaaten leiten sie, sondern die ernste und nicht unberechtigte Besorgnis, daß Frankreich ein gefährliches Übergewicht erlange. Man weiß, daß diese Gefahr auch Bismarck sehr bedrängte; durch sein rasches Eingehen auf den Kongreßvorschlag und durch Österreichs Ablehnung wurde die Einmischung wenigstens bis nach der Schlacht von Königgrätz verhindert; als sie dann doch erfolgte, blieb sie ohne große Wirkung auf die endgültige Entscheidung.

Ende April aber war auch für die Jahrb. die Sache entschieden; sie wandten sich gegen die Phrasen vom Bruder- und Bürgerkrieg und tadelten die Friedensfortschrittler, denn es würde der Ruin der liberalen Partei sein, wenn sie für ein neues Olmütz mit verantwortlich gemacht werden könnte; in der Einsetzung des Augustenburgers durch ein liberales Ministerium sahen sie eine solche zweite Niederlage.³⁾

¹⁾ Im Januarheft u. S. 231.

²⁾ 17, 464.

³⁾ Pr. J. 17, 464 und 574f. Auch die Magd. Z. zog den Krieg einem neuen Olmütz vor (Schles. Z. 10. April), sprach gegen Ministerwechsel (nach N. P. Z. 15. April); sie und die Schles. Z. (27. Februar) meinten, die Auflösung des Abg.-Hauses sei erfolgt wegen Rumäniens; sie sei ein Zeichen für den Beginn der Aktion.

Zur Vervollständigung bleibt uns noch übrig, den Treitschkischen Aufsatz „Der Krieg und die Bundesreform“¹⁾ zu besprechen, soweit er auf diesen Teil Bezug hat. Er enthält im Grunde genommen dieselben Gedanken, wie sie bereits vorher in den Jahrbüchern ausgesprochen worden sind. Auch für den Freiburger Professor war der Erbprinz erledigt, der keinen Finger geführt hatte, um für die Versöhnung zu wirken. Auch er tadelte die allzu lauten Friedenswünsche der preußischen Liberalen und machte der Mär vom „Bruderkrieg“ ein Ende, indem er auf 1813 hinwies, wo Preußen gegen „das gesamte sogenannte reine Deutschland“ gekämpft, ohne daß jemand es deswegen eines Bruderkrieges beschuldigt hätte. Auch deshalb könnte davon nicht die Rede sein, weil auf österreichischer Seite die grimmigsten Feinde der Deutschen, Kroaten, Magyaren, Tschechen, in heller Freude am Kampfe teilnehmen würden, und weil der Zweck des Krieges wäre, das völlig unnationale Donaureich aus Deutschland hinauszuerwerfen. Auch darin teilt Treitschke die Gedanken der Jahrb., daß er eine entschlossene Änderung des Systems im Innern verlangt. Sicherung des Budgetrechts und Verantwortlichkeit der Minister fordert er, auch die Entlassung der Minister der Justiz, des Innern und der Finanzen, während er Bismarck und Roon für unentbehrlich hält und die liberale Opposition ermahnt, sie vorderhand zu ertragen. Indessen hegt Treitschke nicht viel Hoffnung auf Erfüllung seiner Wünsche; die Verordnung vom 18. Mai über die Darlehnskassenscheine deute eher eine unversöhnliche Haltung der Regierung an; daher warnt er; wenn sie es wäre, die die Partei über das Vaterland stellte, so würden sich die süddeutschen Höfe ganz sicher Österreich anschließen, eine friedliche Fortbildung des preußischen Verfassungslebens aber nicht mehr zu erhoffen sein.

Wie wir sehen, decken sich Treitschkes Ansichten durchaus mit denen der Pr. Jb.; einzig in der Frage der französischen Einmischung ist er anderer Meinung. Er traut dem Kaiser, der in Deutschland erzogen worden und den Geist des deutschen Volkes besser kennt als Herr Thiers, nicht den Plan zu, die Rheinprovinz an sich zu reißen, die doch nur ein Danaergeschenk für seine junge Dynastie sein würde. Deutlich genug weist unser Verfasser Napoleon auf Belgien hin; aber ganz sicher ist doch auch er nicht, wozu rief er sonst aus: „Aber das wäre der erste große Krieg in Deutschland, der ohne die Einmischung des Auslandes geführt würde“? Gibt Treitschke auch noch nicht ganz die Hoffnung auf Frieden auf, so sagt er doch, daß das Verhältnis zu Österreich unheilbar sei, und mutig pflanzt er das schwarz-weiße Banner auf mit dem Rufe: „Hie Deutschland!“

Die Mitglieder der altliberalen Partei gehen langsam, aber auf festem Boden ihren Weg, geradeaus, ohne viel nach rechts oder links zu schauen. Klar erkennen sie die Notwendigkeit der Abrechnung,

¹⁾ S. 677—96 und Treitschke S. 67—89.

entschieden nehmen sie Stellung. Die Regierung unterstützen sie opferwillig, aber nicht in sklavischer Abhängigkeit wie die Konservativen, sondern als freie Männer; ihres Wertes vollauf bewußt, stellen sie ihre Forderungen, nicht um dem Ministerium Schwierigkeiten zu bereiten, sondern um ihm zu helfen, um ihm den rechten Pfad zu zeigen. So erkennen wir sie nicht nur aus den Pr. Jb., sondern auch aus den Memoiren Bernhardis und Max Dunckers; durchaus parallel verläuft deren Entwicklung in der ersten Hälfte des Jahres 1866 mit der ihres Preßorgans; die Geschlossenheit ihres Auftretens verfehlt nicht ihre Wirkung; gewiß trug sie dazu bei, den konstitutionellen Frieden wieder herzustellen.

Wir dürfen die Nationalzeitung um so kürzer behandeln, als sie von den dargelegten Anschauungen der Jahrb. so gut wie gar nicht abweicht. Die gleichen Gedanken äußert auch sie, dieselben Wünsche gibt sie kund. Nur natürlich ist es, wenn sie, eine Tageszeitung, unter dem wechselnden Einfluß der Nachrichten und vielleicht auch der Regierung¹⁾, stärkere Schwankungen durchmachte.

Namentlich zeigte sich dies anfangs recht deutlich. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Großmächten ist i. E. unvermeidlich und wohl nur auf kriegerischem Wege möglich, aber augenblicklich hält die N.-Z. sie wegen der inneren und äußeren Lage nicht für opportun, da die Entscheidung in die Hände des französischen Kaisers fallen muß; darum erscheint ihr die Gefahr des Verlustes unendlich viel größer als der Gewinn des Sieges.²⁾ So wendet sie sich also gegen den Krieg und gegen die Annexion der Herzogtümer um diesen Preis (24. März).

Aber allmählich lenkt doch auch die N.-Z. in die Bahnen der Pr. Jb. ein; „frei werden vom Hause Habsburg!“ ist ihre Losung (2. Mai). Sie bekämpft Österreich immer schärfer, wünscht den inneren Frieden³⁾ und wendet sich, genau wie jene, gegen die zahlreichen Adressen an den König.⁴⁾ Auch sie befürwortet einen Ministerwechsel, das Schwanken jedoch stellt sich noch wieder ein.⁵⁾ Immerhin darf sich die N.-Z. das Zeugnis geben, daß sie „den rechten Weg“ nicht verfehlt habe.⁶⁾ —

Moltke hat geäußert, daß der Krieg von 1866 nicht geführt worden, weil die eigene Existenz bedroht war; er sei „ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf, nicht für Länderraub, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut: für Machtstellung“.

¹⁾ Herr Prof. Frenzel glaubt dies verneinen zu müssen, und ich schließe mich seiner Ansicht, entgegen der von Lenz, an. S. Lenz S. 288 und Roon 2, 264f.

²⁾ N. Z. 9. Mai 66: „Man setze den Fall . . . , der Krieg . . . breche aus und erzeuge das französische Mißtrauen mehr und mehr, wo will dann die preußische Regierung ihre Sicherheit suchen?“

³⁾ N. Z. z. B. 9. Mai 66.

⁴⁾ 23. Mai.

⁵⁾ 18. und 25. Mai.

⁶⁾ Jubiläumsnummern von 1873 und 1898 (1. April).

Diese Worte treffen den Kern der Sache; in ihnen liegt zugleich das Verständnis für die Haltung der Liberalen in Preußen. Sie standen seit einem Lustrum im Kampfe mit der Regierung; seit Bismarcks Ernennung war der Streit stets heftiger, stets gewalttätiger geworden. Den Premier verabscheuten sie, man kann sagen, mit Begeisterung; all ihre Liebe für die von ihnen verfochtenen Ideen, all ihre Sehnsucht nach dem deutschen Einheitsstaate verwandelte sich in mächtigen Haß gegen diesen Minister, der ihren Abgeordneten mit einer Verachtung entgegentrat, die dem Kältesten das Blut in die Wangen treiben mußte. Zwischen sich und ihm zogen sie eine fast unübersteigliche Mauer; sie waren weit entfernt, Bismarck und Preußen zu identifizieren; sie setzten beide geradezu in Gegensatz zueinander. Die übrigen Deutschen machten sich diese Unterscheidung schnell zu eigen, aber als nach Beendigung des dänischen Krieges die preußische Bevölkerung immer energischer Anschluß oder Annexion Schleswig-Holsteins forderte, da ließ man in den Kleinstaaten schnell genug jene Differenzierung wieder fallen: von Bismarck bis Waldeck, von der N. Pr. bis zur Volks-Zeitung sei doch, so erklärt man, alles nur eine Partei.

In Preußen aber blieben die Liberalen bis zuletzt bei jener Behauptung stehen. In Resolutionen und Erklärungen, Verwahrungen und Petitionen wurde sie erneuert; daß die Regierung, auch in gewöhnlichen Lagen, mit dem Staat identisch ist, wollte oder konnte man nicht einsehen. Nun aber, als die Krisis nahte, wehrte man sich mit allen Kräften gegen die „Politik Bismarck“. Ein Adressen- und Resolutionssturm durchtobte das Land¹⁾; wenn schon einmal Krieg sein sollte, dann mußte das ganze Ministerium zurücktreten und liberalen Männern Platz machen, denen es leichter werden würde, den Sieg zu erringen. Aber im allgemeinen wandten sich jene Beschlüsse gegen jeden Krieg überhaupt. Man kann Max Duncker nicht unrecht geben, der in einem Brief an Roepell das Verhalten der Liberalen im Jahre 1866 mit dem der Feudalen von 1850 vergleicht.²⁾

Ein Teil der alten Demokraten in der Fortschrittspartei, Waldeck, Ziegler u. a., die sich schon an jener Adresse für den Augustenburger vom Dezember 1863 nicht beteiligt hatten, nahmen indessen an diesen Protesten keinen Teil. Waldeck hatte stets einen Einheitsstaat gefordert; er wußte, daß sein Ziel ohne eine Eroberungspolitik nicht zu erreichen war, und er empfahl sie offen im Abgeordnetenhause (13. Juni 1865). So mußten er und seine nächsten Gesinnungsgenossen ganz von selbst dazu geführt werden, die Protestbewegung nicht mitzumachen. „Das Herz der Demokratie ist, wo Preußens Fahnen wehen!“ erklärte Ziegler in einer Breslauer Wahlrede.³⁾

Aber diese Faktion war nur sehr klein; sie änderte an der Gesamthaltung des Volkes nichts. All der Haß, der sich in den letzten

¹⁾ Haym, Duncker S. 380.

²⁾ Eine ganze Anzahl bei Hahn 414 ff.

³⁾ Oppenheim S. 214.

Jahren angesammelt hatte, der noch vor kurzem neue Nahrung aus dem Obertribunalbeschuß, aus der plötzlichen Vertagung und Auflösung des Landtags und aus dem schleswigschen Zuchtausgesetz gezogen, kam nun zur Entladung. Will man ihn richtig kennen lernen, so muß man die Berichte über die Volksversammlungen lesen; in den preußischen Zeitungen kommt alles nur gedämpft zum Ausdruck. Ein Bild von unendlicher Lebhaftigkeit, von Sorge und Aufregung ergibt sich auch hier noch, und besonders in dem Blatte, das in dem zuletzt erworbenen Teile der Monarchie erschien, im Rheinland, nämlich in der Kölnischen Zeitung.

Der preußische Geist hatte trotz 50jähriger Herrschaft noch nicht festen Fuß gefaßt; der Charakter der Rheinprovinz war von dem der altpreußischen Landesteile sehr verschieden, bei der Auswahl der Beamten nicht immer die richtige Wahl getroffen worden. Mit einem Wort: das preußische Wesen war den Rheinländern nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Wohl hatte man 1865 anläßlich der halbhundertjährigen Vereinigung von Rheinland und Westfalen mit Preußen ein großes Fest gefeiert mit Reden ohne Zahl und Ende; aber um den Saal zu füllen, waren unentgeltlich Karten verteilt worden.¹⁾ Die rheinischen Demokraten hatten einen besonders harten Kopf; das verfassungswidrige Regiment in Berlin und die Herrschaft der Junker, die im Abgeordnetenhaus über ein ganzes Dutzend Mandate verfügten, erregten bei ihnen starken Unwillen. Kein Wunder, daß sich hier eine sehr starke Opposition gegen den Krieg geltend machte. Ihre Hauptstütze fand sie in der K. Z., die allerdings den Demokraten gegenüber Kampfstellung einnahm, die aber, trotzdem sie das preußische Gefühl in den Rheinlanden erwecken wollte und erweckt hat, in diesem Falle eine der Regierung völlig entgegengesetzte Politik einschlug und so in die Lage kam, die Gesinnung der ganzen Rheinprovinz auszusprechen.

Man muß ihr Verhalten als kopflos bezeichnen, ähnlich wie Nirnheim es in der Kritik ihrer Stellungnahme zur polnischen Frage tut.²⁾ Die K. Z. nahm ihre alten, von der gesamten Presse abgelehnten Kompensationsvorschläge wieder auf, die sie mit Ausdauer und Eifer seit dem Wiener Frieden stets bereit hielt.³⁾ So empfiehlt sie, ein Stückchen von Schlesien, z. B. die Wasserpolackei, abzutreten, auch das Fürstentum Hohenzollern muß gelegentlich daran glauben.⁴⁾ Sie tadelt die „Überhebung“ Preußens — ganz im Gerlachschen Stile —, erklärt sich heftig gegen eine gewaltsame Annexion Schleswig-Holsteins, rät Bismarck zum Entgegenkommen, empfiehlt ihm, die Verhandlungen auf die Februarforderungen zurückzuleiten und auf die Einverleibung zu verzichten. Dann warnt die K. Z. wieder Österreich, stellt sich

¹⁾ Berger S. 601 Anm. Vgl auch Politik S. 525 ff.

²⁾ Nirnheim S. 356. S. auch Parisius Pol. Part. S. 72 Anm.

³⁾ K. Z. z. B. 1. und 10. April 66. Vgl. oben S. 27 Anm.

⁴⁾ Gegen beide Vorschläge wendet sich u. a. auch Treitschke S. 70 f.

als seinen besten Freund hin, redet ihm zu, Geld anzunehmen, und beweist ihm haarscharf, daß damit keine Verletzung seiner Ehre verbunden sei. Als die österreichischen Blätter die wohlmeinenden Vorschläge der „Kölnerin“, meistens höhnisch, ablehnen, droht sie dem Feinde und droht zugleich den Mittelstaaten. Dann bringt sie wieder lange friedentriefende Artikel, wendet sich energisch gegen Bismarck und fordert seinen Rücktritt¹⁾, überhaupt einen allgemeinen Systemwechsel in allen deutschen Groß- und Mittelstaaten. Die Bismarck'sche Politik erklärt die K. Z. für bankrott; nur mit einem Ministerium Vincke, oder wie es sonst heißen mag, kann Preußen in einen solchen gewaltigen Krieg auf Leben und Tod eintreten.²⁾

Dann freilich, in den letzten Tagen, heißt es für sie: right or wrong, my country: von nun an wendet sie sich mit stahlharter Energie gegen Österreich. Es wünscht jetzt den Krieg! ruft sie Ende Mai aus.³⁾ „Der Gedanke läßt sich gar nicht abweisen, wenn es einen so tollen Vorschlag macht, es wolle sich für Venetien entschädigen lassen durch — Schlesien! Solche schlechten Späße erlaubt man sich nur, wenn man schlechter Laune ist oder den Gegner reizen will.“ — Die Nachricht von der Einberufung der Stände erhöht noch ihren Zorn gegen Österreich, aber selbst nach dem ruhmlosen Ende des Bundes hört sie nicht auf, ein neues freisinniges Ministerium zu fordern, doch will sie immerhin der gegenwärtigen Regierung Geld für den Krieg bewilligen.

Wenn irgendwo, so war in Köln die Furcht vor dem Eingreifen Napoleons zu Hause.⁴⁾ Sie war gewiß eines der Hauptmotive für die Haltung der Zeitung, obgleich sie aus wohlervogenen Gründen nicht übermäßig häufig auf diesen Punkt hinwies, um nicht zur Verwirklichung der Gefahr beizutragen, denn sie war damals das im Ausland am meisten gelesene Blatt. Weiteres Licht auf die Haltung der K. Z. wirft die Korrespondenz Sybels mit Baumgarten, die ich der Güte des Herrn Prof. Varrentrapp verdanke und hier mitteile.⁵⁾ In einem Briefe vom 18. Mai 1866 berichtet Sybel, daß er am Tage vorher drei Stunden lang mit Kruse (dem Chefredakteur der K. Z.) disputiert habe; „am Schluß gab er mir die Hand und erklärte sich einverstanden. Mein Thema war, er müsse notwendig die Regierungen der Mittelstaaten aus dem Irrtum reißen, daß das preußische Volk Frieden um jeden Preis wolle, daß es Olmütz und Manteuffel einem von Bismarck geführten Kriege gegen Österreich vorziehe. Er müsse präzis die Grenze bezeichnen, wo für die preußische Opposition Bismarck aufhöre und Preußen anfangen. Das beste ist, daß der junge

¹⁾ Schon am 11. Febr., dann 6., 16. April und 31. Mai. S. auch 1. und 17. Mai. — Die K. Z. ermunterte auch zu Friedensdemonstrationen, was die N. P. Z. für Landesverrat erklärte.

²⁾ K. Z. 2. Mai, s. schon 11. Februar. ³⁾ 30. Mai, s. auch 1. Mai.

⁴⁾ In der Volksversammlung vom 13. Mai kam das leidenschaftlich zum Ausdruck.

⁵⁾ Vgl. Varrentrapp S. 124f.

Übermut Österreichs ihn selbst schon etwas kopfscheu gemacht hatte, wie Sie aus seinen letzten Nummern ersehen haben werden.¹⁾ Die heutige Nachricht, daß Preußen und Italien den Kongreß angenommen und Österreich ihn verworfen hat, ist auch recht bitter. Ich sagte ihm, er riskiere geradezu, durch das Einstimmen in das Friedensgeheul die Mittelstaaten aus der Neutralität in das österreichische Bündnis zu treiben und dadurch Ursache zu werden, daß wir den Krieg auch hierher an den Rhein bekämen. Es war ihm schmeichelhaft, aber überraschend, daß ich seiner Stimme einen solchen Einfluß beilegte. Sie draußen wissen es nicht, wie hier im Lande die Waffe der Resolutionen und Agitationen verbraucht ist; hier weiß man es und wundert sich, wenn man hört, daß man irgendwo damit eine Wirkung erzielt.“

Als Baumgarten dann in einem Briefe an Sybel (vom 24. Mai) äußerte, nach den neuesten Nummern der K. Z. scheine dessen lange Unterredung mit Kruse doch nicht die gewünschte Wirkung geübt zu haben, antwortete Sybel am 2. Juni, in Preußen sei „zur Änderung der Stimmung sehr wenig durch Reden und Schreiben zu machen; es ist das nicht erfreulich, aber die Menschen müßten eben nicht Menschen sein, wenn sie nach vierjährigem erbitterten und gerechten Kampfe gegen Bismarck, wenige Wochen nach dem Skandal des Obertribunals, jetzt mit einem Male den Mann lieben sollten, weil seine Politik zwar große Aussichten für die Zukunft Preußens eröffnet, die jetzt Lebenden aber durch alle Kalamitäten eines großen Krieges hindurchführt. Dergleichen ist eben nicht möglich. Nur Tatsachen, greifliche Tatsachen können hier wirken.“

Auf die Haltung der K. Z. übten nach Sybels Eindrücken einen besonders ungünstigen Einfluß offiziöse Korrespondenzen, die Kruse aus Wien²⁾ und anderwärts aus „kronprinzlichen Kreisen“, namentlich von Bardeleben erhielt³⁾; doch war er nach der Meinung des Herrn Dr. Schmits „wirklich nicht der Mann, der sich durch Einflüsse von außen her in eine bestimmte Richtung drängen ließ“, was durch die Haltung gegenüber Sybel bestätigt wird.

Es ist zweifellos, daß Sybels Befürchtungen wohl begründet waren; einen großen Einfluß hat die K. Z., die damals neben der A. A. Z. das einzige Weltblatt in Deutschland war, ganz sicher ausgeübt⁴⁾, aber doch wohl weniger auf die süddeutschen Regierungen als vielmehr auf ihre sonstigen zahlreichen Leser. Bayern und besonders Württemberg waren ohnehin zum Krieg entschlossen, Baden machte

¹⁾ S. vorige Seite.

²⁾ Die Tätigkeit Bardelebens wird von Bernhardt 6, 273 bestätigt.

³⁾ Vgl. Hohenlohe 1, 157.

⁴⁾ Doch trat die K. Z. den vielfach auftauchenden Gerüchten und Verdächtigungen von einer Einwilligung Bismarcks oder König Wilhelms in eine Abtretung deutschen Landes energisch entgegen (31. Mai), ebenso natürlich die N. A. Z.

ihn halb gezwungen mit; dem Kurfürsten von Hessen waren Zeitungsartikel sicherlich noch viel gleichgültiger als Kammer- und Bundestagsbeschlüsse. Aber über die schädliche Haltung der K. Z. — man darf sie durchaus nicht unpatriotisch nennen, da sie, dem allgemeinen Urteile folgend, Preußens Kraft unterschätzte und fürchtete, daß der deutsche Krieg zu einer Annexion des Rheinlandes an Frankreich führen könnte — ist trotz allem kein Zweifel erlaubt.¹⁾

Die schwierigste Stellung unter allen Parteien Deutschlands hatte zweifellos die preußische Fortschrittspartei. Sie empfand deutlich das Gefühl, daß es mit ihrer Majorität zu Ende wäre, wenn der drohende Krieg siegreich ausgehen würde. Schon die Niederlage Dänemarks hatte Bismarcks Stellung außerordentlich gefestigt und seinen Einfluß bedeutend gesteigert. So blieben der Partei nur drei Wege offen: entweder schloß sie sich rückhaltlos an die Regierung an und hatte dadurch Teil an ihren Erfolgen, oder sie suchte den Krieg überhaupt zu verhindern, soweit dies in außerparlamentarischer Tätigkeit möglich war, oder sie suchte endlich das gegenwärtige Ministerium zu stürzen, sich an seine Stelle zu setzen, um dann, im Besitze der Macht, über Krieg und Frieden zu entscheiden. — Der erste Weg war, wie selbst Sybel und Bluntschli betonten, für Menschen unendlich schwer einzuschlagen; die Partei hätte sich Bismarck auf Gnade und Ungnade anvertraut, das Schicksal des konservativen Häufleins würde auch ihr erblüht sein. Da sie aber an ihre eigene Macht glaubte und den Sieg für die nächste Zukunft erhoffte, war ihr tatsächlich der erste Weg verschlossen. Sie schlug dafür gleichzeitig den zweiten und dritten ein. Gegen den Krieg! gegen dieses Ministerium! war ihre Parole. Aber all ihr Widerstand half nichts. Wem es noch nicht beim Kampf ums Bewilligungsrecht der zweiten Kammer klar geworden, daß die Macht Preußens sich trotz 1848 noch immer in den Händen des Königs und des Adels fand, der mußte nun erleben, daß die Oppositionspartei sich in ohnmächtigen Protesten und Petitionen erschöpfte, ohne der Sache eine glückliche Wendung geben zu können. Dabei ist sicher, daß auch jetzt noch der größte Teil der Bevölkerung fest zur Fortschrittspartei hielt; die Wahlen vom Juni und Juli 1866 bewiesen es, trotzdem sie eine Niederlage brachten; sie waren unter den denkbar ungünstigsten Umständen für die Opposition erfolgt und unter einem beispiellosen Wahldruck, den Bismarck hier zum ersten Male wirkungsvoll unter Ausnutzung der Öffentlichkeit ausüben konnte. Aber nicht nur hierdurch, nicht nur durch die zahlreichen Volksversammlungen wird diese Behauptung erwiesen; auch die Panik, die vor Beginn des Krieges ausbrach, bestätigt sie. Selbst an den Eisenbahnkassen wurde

¹⁾ Nach der Meinung von Herrn Dr. Schmits muß hier ein Mißverständnis Sybels vorliegen; es wird sich nur um Privatnachrichten des dortigen Berichterstatters gehandelt haben.

die Annahme von Noten der Preußischen Hauptbank verweigert¹⁾; der Diskont stieg im Frühjahr 1866 in Frankfurt bis 6, in Berlin bis 7, in London sogar bis 10 %! Eine beispiellose Verwirrung hatte die Masse gepackt; es kamen wohl Äußerungen vor, daß Preußen gedemüthigt werden müsse, weil darin eine Demüthigung des herrschenden Systems liege!²⁾

Solche unvernünftigen und unpatriotischen Ausbrüche des Zornes und der Verbitterung aber kamen in der Vossischen Zeitung nicht zum Ausdruck. Sie wahrte sich die kühle Überlegung, die manchem in jenen heißen Tagen abhanden kam; auch war sie anfangs sehr ungläubig. Sie betrieb eine Politik des Verstandes. In ihr war die Abneigung gegen Österreich stets unverhüllt zum Ausdruck gekommen; vor Gastein hatte sie mit dem Kriege gedroht — sie fürchtete sich auch jetzt nicht davor. Die Habsburger müssen aus Deutschland hinaus, die Hohenzollern an ihre Stelle treten, sonst ist keine Neugestaltung, keine Einheit möglich;³⁾ doch erklärt sie sich für den Bund mit einem selbständigen Kaiserstaat (8. April). Besonders erbittert ist die Voss. Z. darüber, daß niemand in Österreich, für das der Krieg den Bankrott bedeutet (8. März), ihren Ratschlägen folgen will. Man ist dort geradeso verblendet, wie der unter Umständen „die Krone dareinwerfende“ Herr von Beust, „dessen neueste Note wieder bedredtes Zeugnis von der dünnkelhaften Borniertheit dieses Bundesritters ablegt“ (14. April). Daß unter solchen Umständen auch von ihr die Phrase vom Bruderkrieg ad absurdum geführt wird, ist nicht zu verwundern (18. April).

Die Voss. Z. entfernt sich mehr und mehr von der starren Theorie der Fortschrittspartei; die kriegslustige Stimmung der Berliner kommt in ihr zum Vorschein⁴⁾, wenn sie auch merkwürdig ruhig bleibt; sie ist fast schon auf jenem ersten Wege, der der Partei als solcher verschlossen blieb; mit frischem Mute betritt sie ihn, nicht in der Absicht, ihre Ideale zu opfern und sich der Regierung an den Hals zu werfen, sondern um auf diese Weise ihre Forderungen zu realisieren. Immer und immer wieder verlangt sie, wie schon 1864, die Beseitigung des inneren Streites; sub hoc signo —. Denn nicht um einen Kabinettskrieg handle es sich, sondern im ernstesten Sinne um einen Kampf um die Zukunft, um das Leben oder den Tod Deutschlands. Um die Entscheidung schnell und siegreich herbeizuführen, sei das beste Mittel „die volle Herstellung des verfassungsmäßigen Rechts in

¹⁾ Berger S. 604 Anm.

²⁾ Bernhardt 6, 266. Der Abg. Frese forderte auf dem Frankf. Abgeordnetentag von 1866 die Süddeutschen auf, wider seinen Staat die Waffen zu ergreifen!

³⁾ Ebenso Bresl. Z. nach Müller S. 252ff. Sie hegte starke Sympathie für Italien.

⁴⁾ Allerdings erklärten sich am 5. Mai Versammlungen aller vier Wahlkreise für den Frieden, aber eine starke kriegserische Stimmung war unzweifelhaft vorhanden; dafür ist die Voss. Z. der beste Beweis.

Preußen“.¹⁾ Die Voss. Z. macht diese Forderung nicht gerade zur Bedingung, aber unverkennbar geht hervor, daß sie den Ereignissen des Krieges mit froherem Mute und festerer Zuversicht entgegensetzen würde, wenn die Grundlagen des Staates wieder hergestellt wären. — Vom Erbprinzen sagt sie, er verdiene Paß und Reisegeld nach Australien.

Im Grunde genommen verhält sich die Voss. Z. geradeso wie die altliberalen Organe, die Pr. Jb. und die N. Z.; Lenz vermutet, hier wohl mit mehr Recht als bei der N. Z., daß auch auf dieses Blatt die Einflüsse der Wilhelmsstraße gewirkt haben; möglich ist das sehr wohl, aber ich glaube, die Vossische Zeitung würde auch ohne diese „Unterstützung“ ihres Patriotismus nicht anders geurteilt haben.

Dagegen ist die Volkszeitung natürlich wieder gänzlich verschiedener Ansicht. Sie erklärt sich Anfang März, also noch ehe die Nachricht von österreichischen Rüstungen eingetroffen ist, gegen den Krieg²⁾, aber sie glaubt auch an keinen Frieden, sondern hält eine Verschiebung der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage bis zum Herbst für wahrscheinlich, wo die Situation für die Donaumonarchie reif geworden sein werde. Daran schließen sich die nicht übermäßig klaren Worte: „Wenn bis zu diesem Termine nicht unberechenbare Zwischenfälle eintreten, so können wir Überraschungen erleben, die sehr schneidend die Welt aufklären, warum Österreich nicht die gute Stadt Frankfurt a./M. und den deutschen Abgeordneten-tag maßregeln will und zu welchem Zweck daselbst die Beschlüsse des Fürstentags und der schleswig-holsteinischen Kommission des Bundestages wohl aufbewahrt in aller Stille ruhen! Was dann?“ — In diesem länglichen Satze soll doch wohl die Erwartung der V. Z. ausgesprochen sein, die Mittel- und Kleinstaaten würden sich nicht sofort von Wien gewinnen lassen; vielleicht hielt sie auch einen Putsch für möglich.

Mögen diese Worte nun bedeuten, was sie wollen — die V.-Z. bleibt bei ihrer Abneigung gegen den Krieg, gegen den alles zu sprechen scheint. Die Einmischung Napoleons behandelt sie fast als Tatsache³⁾, sie wünscht lieber eine Intervention zur Aufrechterhaltung

¹⁾ Voss. 25. Mai, 2., 22. März, 11. April, 6., 9., 13., 16., 17., 25. Mai, 7. u. 13. Juni.

²⁾ V. Z. 8. und 9. März. Ebenso der Soc.-Dem. 6. März, der niemand den nötigen Mut zutraut. „Für die deutsche Nation aber wäre so ein Krieg gar kein Unglück; denn dann müßte es sich zeigen, welche Kraft noch im deutschen Volke liegt, sich wie Ein Mann zu erheben, oder ob es verdient, zu den Toten gezählt zu werden.“ Er spottet über das habsburgisch-hohenzollernsche Kriegsspiel (21. März) und ist gegen eine Kompensation — um den Frieden zu erhalten.

³⁾ Sie kann allein verhindert werden durch schleunige Einberufung eines deutschen Parlaments (24. April, s. Absch. III B). Es ist der gleiche Gedanke, mit dem Bismarck den Imperator bange machte.

des Friedens als zum Austrage des Krieges herbei; trotzdem erklärt sie sich wiederholt gegen den europäischen Kongreß.¹⁾

Natürlich fordert sie immer dringender einen vollständigen Systemwechsel.²⁾ Ein ernstliches, kräftiges und entschieden liberales Ministerium in Preußen kann nach ihrer Meinung die Situation auf den Stand der Dinge vor Jahresfrist zurückführen. Die öffentliche Meinung in Deutschland wird sich bei einem Wechsel der Minister sofort einstimmig für Preußen erklären und Österreich isolieren, was auch gewisse liberale Wiener Blätter befürchteten. Es ist m. E. unwahrscheinlich, daß sich diese Ansicht im gegebenen Falle bestätigt hätte; sie beruhte auf der oben gekennzeichneten Unterscheidung zwischen Bismarck und Preußen, die fast nur noch hier, meist aber nicht mehr im übrigen Deutschland aufrecht erhalten wurde.³⁾ Preußen war den Österreichern und den Mittelstaatlern der schlimme Feind; daß ein Bismarck an der Spitze dieses Staates stand, ein Vorteil für sie bei der Bekämpfung der Pläne des Berliner Hofes.

Wie sehr doch selbst die V.-Z. von dem neuen Geiste ergriffen wurde, zeigte sich darin, daß sie wenigstens in einem Falle den Krieg für berechtigt und notwendig erklärte, wenn nämlich Österreich gegen die Durchführung der Februar-Forderungen das Schwert ergriffe (22. April). Ganz konnte auch dieses Blatt sich nicht ablehnend verhalten; lange dauerte diese kriegerische Stimmung jedoch nicht; immer wieder wandte sie sich gegen den drohenden Kampf. Selbst in der Verweisung der schleswig-holsteinischen Sache an den Bundestag sah sie einen Weg zur Verständigung⁴⁾, und noch am 14. Juni, dem Begräbnistage des deutschen Bundes, forderte sie „bewaffnete Neutralität mit dem Gebot des Waffenstillstandes an Preußen und Österreich! und sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments, um nach dessen Votum die schleswig-holsteinische Angelegenheit zu ordnen!“ Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß es Blätter gab, die selbst nach dem Austritt Preußens aus dem Bunde und der Abberufung der Gesandten noch die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nicht aufgaben.

Die V.-Z. übte, in ähnlicher Weise wie die K. Z., eine gleiche schädliche Wirkung, ließ die Feinde an diplomatischen oder kriegerischen Sieg glauben und entmutigte die eigenen Volksgenossen.

In der übrigen norddeutschen Presse tauchen wirklich neue Gedanken kaum auf. Die Grenzboten, nun unter der Leitung Gustav Freytags, beklagen sich über die große Bedeutung, die die Mittel-

¹⁾ V. Z. 25. und 26. Mai, 3. Juni.

²⁾ 30. März und 6. April.

³⁾ Die Schles. Z. dagegen sagt, wer preuß. Minister des Auswärtigen sei, gehe nur die Preußen an; nach außen sei er immer der preußische Minister (13. Juni). Im übrigen ist sie zuerst gegen Krieg (22. Februar, 21., 29. März), findet sich aber hinein (23. und 31. Mai); sie wehrt sich heftig gegen Abtretung Schlesiens (2. Juni). Müller S. 181 f.

⁴⁾ V. Z. 15. Mai, 5./7. Juni.

staaten durch die gegenwärtigen Wirren erlangt haben, wie nie seit dem Pariser Frieden. Sie hoffen bis ans Ende auf Frieden und weisen zu eigenem Trost darauf hin, daß König Wilhelm ihn ebenso wohl wünsche wie das Volk, gegen dessen Willen schwer ein großer Krieg zu beginnen sei; „aber diese Wahrheit schützt nicht vor schicksals-schweren Schritten“. ¹⁾ Die grünen Hefte wenden sich, wie man aus Vorstehendem erraten kann, mit aller Macht gegen Bismarck; er kann bei einem völligen Systemwechsel, dem letzten Rettungsmittel, kein neues Ministerium bilden — hier steht Freytag im Gegensatz zu Treitschke. Überhaupt müssen die Minister eine veränderte Stellung zur Krone einnehmen (S. 320). Auch hier sind die Grzb. anderer Meinung als die Pr. Jb., die die Lage der Regierung, d. h. des Staates, nicht durch solche Forderungen erschweren wollen; daß Freytag an politischer Einsicht sehr hinter Treitschke zurückstand, kann nicht gut bestritten werden. Immerhin gesteht er, daß das neu zu wählende Abgeordnetenhaus nicht die Mittel für den Krieg verweigern dürfe, aber alle Verhandlungen darüber und über die Politik des Staates sollen abhängig gemacht werden von der Einsetzung eines neuen Ministeriums, dem die zweite Kammer Vertrauen schenken könne. ²⁾ Im letzten Teil dieses Satzes liegt fast die Aufhebung des ersten; aber eine offene Ablehnung der Mittel zum Kriege wagte Freytag doch nicht zu empfehlen; der Beschluß vom 22. Januar 1864 war eine Warnung.

Die Grenzboten, seit zwei Jahrzehnten in Leipzig erscheinend, hatten naturgemäß ein besonders starkes Interesse an der Haltung der Mittelstaaten. Sie empfehlen ihnen allen strenge Neutralität (S. 322); ja sie fordern jeden nichtpreußischen Deutschen auf, an seinem Teil auf Neutralität hinzuwirken; sie selbst stehen durchaus auf der Seite Preußens, das sie gegen die Angriffe der Süddeutschen verteidigen (S. 327). — Die Grzb. behaupten auch — eine große Ausnahme in der Presse —, daß Österreich, für das der Krieg Unsinn sei, absolut auf den Beistand der Mittelstaaten angewiesen sei, da seine Waffenstärke lange nicht die Höhe erreiche, die seine Blätter stolz verkündigen (S. 316).

Wie wir sehen, ist der Unterschied zwischen den Grzb. und den ihnen am nächsten stehenden Pr. Jb. nicht gar so groß; er besteht eigentlich nur in dem Wunsche der Grzb., sämtliche Minister zu stürzen und sie durch liberale Männer, aber mit einer anderen Stellung gegenüber dem Könige, zu ersetzen. Offenbar denkt Freytag doch an das englische Vorbild; er läßt sich aber nicht näher darüber aus. Immerhin haben die Grzb. Recht zu behaupten, daß sie weiter im Sinne der gegen Bismarck — nicht gegen Preußen! hier bleibt die Differenzierung gewahrt — in Waffen stehenden Parteien gewirkt

¹⁾ Grzb. 66 II 65 ff. Sie glauben auch nicht, daß einer den andren wirklich niederwerfen kann (64 f.).

²⁾ 318 f.

haben. „Ihr Glaube war, die liberalen Strömungen würden, eine kurze Zeit unterdrückt, die Dämme sprengen, und die Zukunft wäre denen sicher, die fest am Prinzip hielten; ihnen aber drohe das Schicksal, in den Papierkorb geworfen zu werden beim Siege des Liberalismus, wenn sie schweigend allem Unheil zusähen, das von frevler Hand angerichtet wurde“.¹⁾

Nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland machte sich der Wunsch nach Bewahrung des Friedens geltend; besonders stark in Hamburg. An und für sich hätte man dies nicht erwarten dürfen; Nessel-Beobachter, Nachrichten, auch Correspondent und Fremdenblatt hatten sich mehr oder minder stark, zum Teil sogar mit Temperament für Preußen eingesetzt, die hamburgische Regierung Bismarck bei allen Abstimmungen am Bunde wacker unterstützt. Nun aber ergriff allgemeine Furcht die Gemüter, weniger vor dem Kriege selbst als vor den ungeheuren Schädigungen, die er dem Handel der Hansestadt zufügen mußte; durch die lang andauernde Krisis wurden die Nachteile und demgemäß die Stimmung noch unendlich verschärft. Gewiß aber trug auch die Sorge vor einem plötzlichen Überfall Hamburgs durch die österreichische Brigade Kalik zu der weit verbreiteten Angst vor der endgültigen Entscheidung erheblich bei — die Befürchtung, der die Grenzboten in ihrem Urteil über Gastein Ausdruck gegeben hatten, bewahrheitete sich wenigstens insofern, als Hamburg in eine recht gefährliche Lage geriet. Wenn die Österreicher sie nicht ausnutzten, so lag das hauptsächlich an ihrer eigenen Schwäche, aber auch an der Schnelligkeit, mit der die Preußen in Holstein einrückten.

Wie weit in jenen kritischen Tagen Hamburg von einer werktätigen Unterstützung Preußens, soweit dies in seinen Kräften stand, entfernt war, zeigen die schwierigen Verhandlungen, die der Gesandte v. Richtofen mit dem Senat zu führen hatte; nur seinem persönlichen Eingreifen, seinen Unterredungen mit einflußreichen Abgeordneten war es zu danken, daß Senat und Bürgerschaft sich schließlich auf Preußens Seite stellten.

Aber vorher hatte man alles versucht, den Krieg hintanzuhalten.²⁾ Die gesamte hamburgische Presse erklärte sich einstimmig gegen ihn; es ist wohl sicher, daß der Senat besonders seinen Einfluß auf die Hamburger Nachrichten ausübte — ein Beweis läßt sich nur so weit führen, als die in dem unten erwähnten Briefe hervorgehobenen Gedanken genau in den betreffenden Artikeln des Blattes wiederkehren; übrigens waren (und sind) die Beziehungen des Senats zu der Zeitung notorisch.

Die Hbg. Nachr. hatten in der ganzen Zeit vorher fast nur zahlreiche Korrespondenzen aus ganz Deutschland gebracht, was die Fest-

¹⁾ S. „Fünfzig“ Jahre. (Grzb. 1891 IV 35 ff.)

²⁾ Vgl. den Brief eines hamb. Senators H. (Haller?) an Wagener, Anhang S. 50—52. S. auch Wohlwill S. 97 ff.

stellung der Haltung eines Blattes außerordentlich unsicher macht, da bei den einander teilweise widersprechenden Berichten unmöglich die klare Meinung der Redaktion zu erkennen ist; ich habe daher in der vorliegenden Arbeit diesen Zeitungen diejenigen vorgezogen, die ihre Ansichten offen kundgaben. Jetzt plötzlich erschienen in den H. N. schnell hintereinander mehrere Leitartikel, die sich scharf gegen den Krieg und gegen Preußen aussprachen; auch diese Tatsache ist beachtenswert, da die Zeitung sonst immer für den Nachbar eingetreten war, ja noch im ersten Vierteljahr 1866 den Eintritt Hamburgs in den Zollverein empfohlen hatte. Nun aber wenden die H. N. sich heftig gegen Preußen, in dessen übergreifenden Ansprüchen sie die Wurzel der Gefahr entdecken. Nachbarschaft und engere Stammesverwandtschaft haben sie immer zu Preußen hingezogen, aber seine Forderungen, denen alle Titel des geschriebenen Rechts abgehen, so behaupten sie, überschreiten weit das Maß dessen, was die politische Billigkeit der anderen zuzugestehen vermag. Die H. N. schieben deshalb alle Schuld auf Preußen, dessen Bedingungen Österreich nicht genehmigen kann, ohne abzudanken. Die Aufgabe besteht also darin, Preußen in die Bahnen weiser Mäßigung zurückzulenken, doch wollen die H. N. Zugeständnisse etwa in dem Umfange der Februar-Forderungen machen (8. Mai).

Den Krieg, der ihr immer wahrscheinlicher wird, erklärt die Zeitung für eine moralische Unmöglichkeit; es fehle jeder Grund dazu (4. Mai). Zudem sieht sie den Sieg Österreichs voraus; aber auch wenn Preußen gewinne, falle der Vorteil Frankreich zu (17. Mai). Sie rät daher Preußen zur Umkehr, die keine Erniedrigung enthalte, da Bismarck nicht Preußen, Preußen nicht Bismarck sei — die beliebte Unterscheidung —; den Vergleich mit Ohnütz weist sie nicht ungeschickt ab. Die H. N. wollen sogar den Kongreß, den sie für eine schwere Demütigung Preußens halten, im Gegensatz zur „Reform“ als Rettungsmittel akzeptieren (23. Mai); in der Überweisung der holsteinischen Angelegenheit an den Bund sehen sie einen Weg zum Frieden; auch die Berufung der Stände kann i. E. kein casus belli sein (5. und 8. Juni).

Wir sehen, wie das Blatt eindringlich Preußen vor dem Bruch des Friedens warnt, sicherlich nicht aus Feindschaft, aber doch auch nicht aus Freundschaft; die H. N. sahen ebenso wenig wie viele andere Zeitungen aller Parteien, daß Preußens Ehre engagiert war; sie begriffen so wenig wie ihre Kolleginnen, daß gelegentlich ein Krieg auch um die Machtstellung geführt werden muß.¹⁾

¹⁾ In einem aus der Magd. Z. ausgezogenen, anscheinend officiösen Bericht der H. N. von Mitte Febr. wird Preußens Ehre für engagiert erklärt und prophezeit, daß „die Herzogtümer in wenigen Wochen Großes“ erleben werden; „in ihrer Hand liegt es noch, daß dieses Große auch friedlich ist.“ Diese Meldung wurde von der Kreuzz. desavouiert (nach Schles. Z. 23. Februar).

Die anderen hamburgischen Preßorgane sowie die Kieler Z. (15. und 23. Mai) nehmen einen ähnlichen Standpunkt ein; das Fremdenblatt zwar schweigt ganz, aber Corr., Hamb. Z. und Reform sind gegen den Krieg, diese vor allem, weil sie ihn für einen Kabinettskrieg hält (11. Juni). Dabei ist die Ref. aber nicht so einseitig wie die H. N.; sie tadelt Österreich wegen der Kündigung des Gasteiner Vertrages, Preußen aber, weil es versäumt habe, sich durch freisinniges Auftreten Schleswig-Holstein und Deutschland zu gewinnen. Als Ergebnis eines Krieges sieht sie voraus, daß Österreich im Falle des Sieges die Einheitshoffnungen zerstören werde, Preußen hingegen die konstitutionelle Freiheit; natürlich ist auch bei der Ref. die Furcht vor Frankreich sehr groß. Nur das deutsche Volk kann jetzt noch Wunder tun. „Aber wir wagen nicht, es aufzurufen! denn ihm fehlt der Glaube, der Glaube an sich selbst, der allein Wunder verrichtet.“¹⁾

Obgleich „der Beobachter an der Elbe“, der geistige Nachfolger der Marrschen „Nessel“, in derselben Richtung agitiert, müssen wir ihn doch etwas näher ins Auge fassen. Seine Haltung überrascht weit mehr als die der H. N., hatte doch kein Blatt so energisch und gewandt wie er (und sein Vorgänger) die Annexionsidee verfochten, ist es doch bei keinem so unzweifelhaft, daß es mit der preußischen Regierung in engster Verbindung stand. Es ist natürlich unmöglich, etwaige innere Gründe für die eigentümliche Stellungnahme anzugeben, es sei denn, daß die Berufung Wageners den Republikaner Marr empfört hatte (28. April). Er hatte allerdings schon in den 40er Jahren mit Nachdruck die Meinung verfochten, daß Kriege ein Unding seien, in diesem Punkte war er seiner einstigen Gesinnung treu geblieben. Hauptsächlich aber waren es die Sorge um Preußens Macht und die Furcht vor dem Auslande, die Marr zu der seltsamsten Politik veranlaßten. Sein Geist sprüht förmlich in Vorschlägen, wie der drohenden Gefahr zu entgehen sei. Auch er hält einen Krieg Österreichs und Preußens um die Alleinherrschaft in Deutschland für unausbleiblich; aber er nennt diesen Krieg, der der „Ausdruck unser nationalen Erbärmlichkeit“ wäre (24. März), organisch berechtigt erst dann, wenn Deutschland so stark geworden, daß kein fremder Staat es wagen dürfe, zu intervenieren (17. April). Weil er diesen Zeitpunkt noch nicht gekommen glaubt, proponiert er die wunderbarsten Dinge. Dazu rechnen wir nicht die Kompensationsidee, die selbstverständlich auftaucht — er will einen Teil Schlesiens abtreten (14. und 26. April) —, aber dazu gehören die Mediatisierung der Kleinstaaten und der Abschluß einer Militärkonvention zwischen den beiden Mächten (!) (3. Mai), die auch gemeinsam eine Bundesreform beantragen sollen (22. März); dazu darf man ferner die Absicht eines sagenhaften

¹⁾ Ref. 9. Juni, s. auch 3. und 19. Mai 66; H. Z. 24. März und 15. Mai; sie ist von der Niederlage Preußens überzeugt.

„Alten vom Berge“ zählen, die Herzogtümer an Dänemark zurückzugeben und dies Land als Gesamtstaat in den deutschen Bund aufzunehmen, der auch die Kriegskosten tragen solle (24. Mai). Das Schicksal Schleswig-Holsteins ist Marr ganz gleichgültig geworden, nur der Augustenburger soll es nicht haben (12. Mai). Immer neue, immer merkwürdigere, aber höchst charakteristische Pläne entwirft Marrs Gehirn: am 2. Juni verlangt er — denn er ist doch wohl identisch mit dem „Alten vom Berge“ — einen neuen Staat: die Hansa, ohne Fürsten, aber mit einem Präsidenten, der vom Bunde oder vom Parlament zu wählen sei.

Es ist unmöglich, den geistreichen, aber unstaatsmännischen Entwürfen oder besser Sprüngen im einzelnen zu folgen, obgleich es ohne Zweifel von hohem Interesse sein würde¹⁾; nur eigene Einsicht in das Blatt kann einen Begriff gewähren von der Eigenart des Schriftstellers, von dem Talent, von der fruchtbaren und doch gänzlich wirkungslosen Kraft dieses Kopfes. Die wenigen Proben, notgedrungen herausgegriffen, ohne den Schwung und die Wucht der Marrschen Sprache, die er durch verschiedenen Druck zu steigern suchte, können nur geringen Ersatz bieten; ihr Streben ging darauf, wenigstens in Umrissen zu zeigen, wes Geistes Kind Marr war.

Hatte er sich in Vorschlägen erschöpft, wie der Krieg zu vermeiden sei, so ergänzten die süddeutschen Blätter ihn im Kampfe gegen Preußen in allen Tonarten. Ein wahrer Hexensabbat begann! Man überschlug sich förmlich im Haß gegen die norddeutsche Großmacht. Man tobte im Süden, als ob der Weltuntergang nahe wäre. Aber freilich, was hatten die Mittelstaaten zu fürchten! Ihr Dasein stand auf dem Spiel, ihre idyllische Ruhe wurde gestört. Ganz gleich, ob Österreich, ob Preußen siegte, man mußte das Ärgste fürchten. Entschied das Glück für den Kaiser, so war es mit der geliebten Selbstständigkeit ebenso zu Ende wie im entgegengesetzten Falle; aber in Preußen sah man doch den gefährlicheren Gegner, der nach einer Niederlage Österreichs die Verfassung der Einzelstaaten beseitigen und ganz Deutschland unterjochen würde, vielleicht mit Hilfe Napoleons, dem Bismarck dafür ein Stück des Rheinlandes oder des Saarkohlenreviers abtreten mußte. Wenigstens vor der ersten Möglichkeit war man bei einem Siege der Habsburger sicher; die würde der Imperator schon im Zaume halten und das alte, für ihn so günstige Gleichgewicht zwischen den beiden deutschen Vormächten wieder herstellen. Neutralität aber war das Gefährlichste; gar zu leicht konnte man in eine Zwickmühle kommen und die Rolle des dummen Dritten spielen, auf dessen Kosten sich die andern einigen, denn für die Mittelstaaten, das sah man wohl ein, galt das Sprichwort vom „lachen-

¹⁾ Sehr bezeichnende Äußerungen über sein Verhältnis zu Preußen machte er am 17. Mai, über seine republikanischen Anwandlungen am 9. Juni 66.

den Dritten“ nicht; das könnte, so dachte man hier noch weit mehr als im Norden, nur „Er“ sein. Doch so weit hatte sich das deutsche Nationalgefühl — endlich! — seit der Zeit des Korsen entwickelt und verändert, daß an einen neuen Rheinbund unter irgendeiner Form nicht mehr zu denken war, wenn auch der Württembergische Staatsanzeiger, geleitet von Fröbel und Dr. Faber, gleich seinem Herrn und Meister Varnbüler ziemlich unverhüllt die Parole „lieber französisch als preußisch!“ ausgab.¹⁾

Aus diesen Erwägungen heraus versteht man die Entwicklung der Dinge in den süddeutschen Staaten. Wem diese nüchternen Überlegungen zu hoch waren, der empfand zum mindesten doch einen herzhaften Haß auf Preußen, und das gab dann bei ihm den Ausschlag. Ohne Sorge sah niemand dem Kampfe entgegen; die Resolutionen donnerten auch hier gegen den „Bruderkrieg“, — aber „man meint den Esel und man schlägt den Sack“ — das Ziel aller Proteste war Preußen. Darum finden wir auch kaum irgendwo den Vorschlag, Neutralität zu wahren; überall wurden die Kredite für den Krieg gern bewilligt; so z. B. in Württemberg mit 82 gegen 8 Stimmen; hier wurde sogar ein Antrag angenommen, der die Wehrhaftmachung des Volkes empfahl; auch in Bayern bestand dafür große Sympathie. Vergessen wurde, als Österreich die holsteinische Frage dem Bunde überwies, aller Zorn, der einst in gewaltig tönenden Worten dem schnell geöffneten Munde entquollen war; die Sympathie für den Donaufstaat wuchs allmählich selbst im überwiegend protestantischen Württemberg unter dem Einflusse der Regierung, der Ultramontanen und der A. A. Z.; dafür verzieh dann die Hofburg die Anerkennung Italiens, die als Rache für Gastein erfolgt war.

Lebhaft bewegt und leicht erregbar ist das Blut der Süddeutschen; nicht nur in Kammerbeschlüssen, in zahlreichen, stark besuchten Volksversammlungen, auch in den Zeitungen gab es sich kund; in manchen sogar mit Unterstützung der Regierungen — freier und offener als in Preußen, wo Konfiskationen und Preßprozesse die Verleger bedrohten. Die Prophezeiung der Neuen Frankfurter Z., wenige Tage nach dem Sturm von Düppel, daß aus der Annexion ein Krieg mit Österreich und Frankreich hervorgehen werde, erfüllte sich nun. Zunächst teilt sie die allgemeine Anschauung, daß Bismarck keinen Krieg wagen werde (20. Februar), aber nicht lange gibt sie sich der Täuschung hin, sondern widmet sich Betrachtungen darüber, wie der Kampf zu verhindern sei. Die Kompensation brandmarkt die N. F. Z. als schmachtvollen Schacherhandel über Land und Leute, als die Erlangung eines schmutzigen Gewinnes auf Kosten des Rechtes, der Ehre und Würde der Nation; nicht einen einzigen Sturm werde

¹⁾ Vgl. K. Z. 16. und 31. Mai Nr. 149, Rapps Darlegungen S. 190f. und N. P. Z. 13. Mai Spalte 5. Die Äußerungen vom 13. Mai (N. A. Z. 16. Mai) sind auch sehr interessant. S. ferner Mittnacht S. 17.

sie überdauern.¹⁾ Die Sicherung des Friedens ist zu erreichen, wenn Preußen, von dem niemand das geringste Opfer fordert, auf die Herrschaft über Land und Leute verzichtet, die gar nichts von ihm wissen wollen. Preußen allein trifft demnach die Verantwortung für den Krieg, die um so schwerer wiegt, als das Ausland zur Einmischung „so recht aufgefordert wird“ (28. März). Vor allem aber empfiehlt die N. F. Z., ganz Deutschland sollte der „Politik der Vergewaltigung“ Widerstand leisten. Wenn das Berliner Kabinett gewahre, daß nicht nur Österreich, sondern auch die übrigen Staaten ihm entschlossen entgegenträten, so würden alle preußischen Eroberungspläne zurückgenommen werden. Die Zeitung befürwortete also Anschluß an Wien, womit sich Deutschland keineswegs ins Schlepptau des östlichen Kaiserstaates zu begeben brauche; sein Bündnis habe sogar für Österreich Wert genug, um dafür bedeutende Zugeständnisse herauszuschlagen. — Nur in einem schnellen Kriege endlich sieht die N. F. Z. die Rettung des linken Rheinufers²⁾; demgemäß bekämpft sie auch den Kongreß.

In ähnlicher Weise wie die N. F. Z. schreitet auch der Schwäb. Merkur weiter, doch zeigen sich Schwankungen. Er hält den Krieg für Preußen, jedoch auch für Österreich unmöglich, glaubt aber nicht, daß die Mittelstaaten „unbeteiligte und unbehelligte Zeugen des Zweikampfes“ sein können (20. u. 21. März). Hingegen tritt er Anfang April für bewaffnete Neutralität ein; wer Waffenhilfe zusage, gieße Öl ins Feuer.³⁾ Er fordert die Bevölkerung in Österreich und Preußen auf, für den Frieden einzutreten. Wohl schiebt auch der Sch. M. die Schuld an der drohenden Gefahr auf Preußen; aber, fragt Rommel mit Recht, was hat Österreich denn getan, um das lang erwartete Unheil abzuwenden? Und er antwortet: nichts! es hat sich einfach in eine anscheinend sichere, aber in Wahrheit doch höchst gefahrvolle passive Haltung verschanzt. Zur teilweisen Entschuldigung aber hebt er hervor, daß Bismarcks Forderungen bei österreichischem Entgegenkommen nur immer maßloser geworden seien. Einen Kongreß aber zur Entscheidung der Frage wünscht Rommel, nachdem Napoleon seinen Vorschlag gemacht, nicht, denn dann werden die Interessen der anderen Mächte gefördert, nicht die deutschen (24. März).

¹⁾ N. F. Z. 15. März 66. Die Lpz. Z. bezeichnet die Kompensationsidee wiederholt als Schwindel.

²⁾ 4. Mai und 7. April. Erwähnt sei, daß die N. F. Z. (27. März) eine Wiener Corr. bringt, General Govone nehme an den Sitzungen des Kriegsrats in Berlin zum Zwecke der Verabredung gemeinschaftlicher Operationen Preußens und Italiens gegen Österreich regelmäßig teil. Ähnliche aber nicht so sichere Meldungen auch in anderen Blättern; entsprechende Ableugnungen in den offiziellen Organen.

³⁾ Sch. M. 1. März und 6. April. „Wir dürfen uns nicht in einen Handel mischen, worin zunächst gar nicht unsere Sache geführt wird.“ S. Elben S. 99ff. In Baden machte Bluntschli einen ebenso ergebnislosen Versuch, Neutralität herbeizuführen (III 137 ff.); persönliche Bedrohung war sein Lohn.

Wegen dieser Stellung des Sch. M., die mit der der N. F. Z. nicht identisch ist, sind seine Äußerungen sehr vorsichtig; gegen Preußen möchte er wohl marschieren, aber nicht mit Österreich zusammen. Deshalb erklärt er den Bund für unfähig, einen wirkungsvollen Spruch in dieser Angelegenheit abzugeben, um ihn nicht in die österreichischen Interessen hineinziehen zu lassen, denn weiter wolle man in Wien nichts. Offenbar denkt der Merkur zu selbständig, als daß er sich der kaiserlichen Politik verschreiben will, deren widerspruchsvolle Haltung gegenüber dem Bunde er hervorhebt.¹⁾

Aber allmählich wird auch der Merkur in die Rivalität der beiderseitigen deutschen und europäischen Machtverhältnisse hineingezogen; doch macht er kräftige Anstrengungen, aus dem Dilemma herauszukommen. Von Anfang an verlangt er den Rücktritt Bismarcks, der mehr als Lord Feuerbrand sei, und einen völligen Systemwechsel in Preußen, dem er eine Niederlage weissagt.²⁾ Der Sch. M. wird in der Krisis in jeder Beziehung lebhafter; vom März ab bringt er tägliche Leitartikel; der Ton gegen Preußen und seinen leitenden Staatsmann wird immer aggressiver. Im Gegensatz zur Meinung seines Berliner Berichterstatters ist dem Sch. M. Bismarcks Entlassung wahrscheinlich³⁾, aber alle Fragen seien damit doch keineswegs gelöst — eine Ansicht, die der nüchternen Erwägung durchaus entspricht. Umso weniger glaubt der Sch. M. an die gute Wirkung eines Ministerwechsels, weil durch dieses Zugeständnis Österreich sich leicht veranlaßt fühlen könnte, übermütig zu werden und Preußen so schwer wie möglich zu demütigen. Aber, meint er warnend, Preußen ist jetzt mächtiger als vor Olmütz!

Auch den Merkur packt die Sorge um Napoleons Verhalten; mit kraftvollen Worten wendet er sich gegen Frankreichs Gelüste nach der Rheingrenze; das deutsche Volk werde keinen Rheinbund wieder erleben; „jede deutsche Lösung, und sei es auch mit Verleugnung von Neigungen und Abneigungen, ist der Einmischung des Auslandes vorzuziehen.“⁴⁾ Das sind doch Sätze, die, so selbstverständlich sie sind, gegenüber den schmachvollen und erbärmlichen Worten des Württ. Staatsanzeigers, mit Anerkennung hervorgehoben werden dürfen.

Unter demselben Gesichtswinkel betrachtet der Sch. M. den Kongreß; traurig genug, daß die Hoffnung auf Frieden vom Auslande kommt; „nur einer Nation, die kein Staat ist, kann solches geboten werden“, urteilt Rommel mit unhistorischer Bitterkeit. An einen Erfolg des Kongresses glaubt das Blatt nicht, auch eine Kompensation sei nicht ausführbar (19. u. 23. Mai).

¹⁾ Sch. M. 25. März und 4. April 66. Gelegentlich kamen entgegengesetzte Ansichten in derselben Nummer vor, so war am 3. Juni Prof. Chr. Planck gegen Prof. Ed. Zeller für Neutralität.

²⁾ Sch. M. 24. Februar, 7. März, 6. April, auch noch im Mai.

³⁾ 24. März (S. 326) und 17. April.

⁴⁾ 12. Mai, s. auch 11. Mai. Ebenso A. A. Z., s. Giehne S. 41 ff. und 47 und Voss. Z. 25. April.

Der Mangel eines positiven Programms machte sich deutlich bemerkbar; gegen Preußen, gegen Österreich, gegen Frankreich lautete der Kampfruf; nun aber, zwei Tage nach Auflösung des Bundes — wenn es erlaubt ist, die selbstgesteckte Grenze mit einem Fuße zu überschreiten — findet der Sch. M. endlich eine positive Forderung: nie kann es zu spät sein, den Schleswig-Holsteinern zu ihrem Recht zu verhelfen, diesen Zustand herzustellen, daneben eine deutsche Nationalvertretung als oberste staatliche Zusammenfassung des deutschen Volkes zu schaffen — das sind die Ziele, für die das deutsche Volk in den Kampf eintreten soll — der Sch. M. kehrte zu seiner „Jugendliebe“, zu den nordischen Herzogtümern zurück!

Dieselbe geschickte taktische Evolution macht schon viel früher (27. März) der Beobachter; aber es fragt sich, ob er nicht gerade deshalb weniger Wirkung geübt hat, denn sicher mußte eine solche Wendung von bloßer Verneinung zu lebendiger Bejahung im Augenblick, wo der Kampf begann, einen weit größeren Eindruck machen. Kurzum, der Beob., dessen Einfluß auf das Volk sehr groß war, fand gleichfalls diesen Ausweg. Auch er empfahl zu Anfang bewaffnete Neutralität; er folgte hierin der Resolution des Ausschusses der württ. Volkspartei vom 3. April.¹⁾ Darüber gab er sich keinem Irrtum hin, daß die Kleinstaaten, einmal überrannt, nur Austauschmaterial zum Ausgleich der großmächtlichen Differenzen sein würden; der Beob. regt daher wieder einmal die allgemeine Volksbewaffnung an, um das Recht Schleswig-Holsteins und das deutsche Recht durchzusetzen gegen die beiden Großmächte, die, weit mehr als die Franzosen, die wahren „Erb- und Erzfeinde deutscher Nation“, die „historischen Reichsverräter“ seien und sich viel mehr der Wiedergeburt eines nationalen und volkstümlichen Reiches widersetzen als das Ausland. „Möchten sich daher die zween Leuen bis auf die Schwänze auffressen . . . wir übrigen harmlosen Mitbewohner würden endlich Ruhe haben vor den Annexionskrallen der großen Raubtiere!“ Leider muß der Beob. selbst gestehen, daß heilsame Aussichten auf Erfüllung dieses frommen Wunsches nicht bestehen (30. März). Daher richtet er sich allmählich auf den Fall der Beteiligung am Kriege ein. Keine Geldbewilligung ohne Garantie für allgemeine Bewaffnung! ruft er wiederholt aus; nur diese sichert nicht nur den Sieg über Preußen(!), sie schützt auch dem Wiener Bundesgenossen gegenüber vor schwarzgelbem Verrat und garantiert der eignen Regierung gegenüber die Früchte des Sieges.²⁾ Das Mißtrauen gegen alles ist höchst charakteristisch für den Beob., er will nicht aus dem preußischen Regen in die österreichische Traufe kommen; mit keiner der Großmächte will er marschieren; die Freiheit allein ist sein wahrer Bundesgenosse! (12. Mai).

¹⁾ In derselben Richtung bewegten sich die Beschlüsse des Frankf. Abg.-Tages vom 20. Mai 66.

²⁾ B. 7. und 8. April, 9. und 12. Mai. Dieselbe Stimmung kam in der 2. Kammer zum Ausdruck. Rapp 196.

Man könnte vielleicht aus dem Satze, daß die Großmächte weit mehr als Frankreich die Erzfeinde unserer Nation seien, schließen, daß der Beob. gegenüber Napoleon eine andere Stellung eingenommen als alle übrigen Blätter. Das ist indessen keineswegs der Fall; jene Worte sind im Zorn, sind nur gesprochen, um das Verbrechen Preußens und Österreichs größer und schlimmer zu machen. Der Beob. wehrt sich heftig gegen französische Rheingelüste; auch ihnen gegenüber fordert er seine Panacee: die allgemeine Volksbewaffnung (19. Mai). — Man kann sich leicht denken, welchen Eindruck die Nachricht vom preußisch-italienischen Bündnis macht. „Deutschland ist verraten!“ Verraten durch die Kgl. preußische Revolution, und „Wilhelm I. wird zum Catilina in seinen 70 Jahren“. Und in gewaltiger Empörung ruft er aus: „Hoffentlich wächst in Deutschland noch Galgenholz für Reichsverräter!“¹⁾ Gegen ihn, gegen Bismarck wendet der Beob. sich dann in immer steigender beispielloser Schärfe. Er wird schließlich das Ziel, der Gegenstand des Kampfes. Der Beob. fragt, am letzten Lebenstage des Bundes, nicht, wo Habsburg, Deutschlands alter Feind, nicht, wo Garibaldi, aller Freiheit Freund, sondern wo der steht, den Millionen deutscher Männer verfluchen. Und in wachsender Wut forscht er: „wo ist der Brecher des Friedens, wo ist der Mörder des Rechts, wo ist der Verräter deutschen Landes, wo ist der Tyrann Preußens, wo ist der Henker Schleswig-Holsteins?“

Kampf, heißer, hartnäckiger Kampf war die Losung in jenen gewitterschwangeren Tagen; nicht ruhige, besonnene Abwägung war jedem gegeben; wie so oft, geriet der Streit ins Persönliche und nahm dann leicht eine Schärfe an, wie wir sie eben gesehen und wie wir sie höchstens in einem Revolverblatt schlimmster Güte vermuten. Und doch war der Beob. alles andere als dies; ein in fast wahnwitzigen Haß umgeschlagener Idealismus, dem es nicht gegeben war, eine geläuterte Sprache als Ausdruck seiner Gedanken zu finden, beherrscht ihn durchaus. Er mochte eine Ahnung haben, daß das Grab seiner Wünsche und Hoffnungen mit emsigen Spatenstichen geöffnet wurde von dem, den er mit grimmigem Hasse Zeit seines Lebens verfolgte; die Liebe hatte nicht an des „Beobachters“ Wiege gestanden.²⁾

¹⁾ Beob. 1., 6. u. 31. Mai 66. Vgl. auch „Ulmer Schnellpost“ bei Rapp 180 f. — Ähnlich glaubte der Namensvetter von der Elbe Wilhelm I. als revolutionären König begrüßen zu können (9. Juni).

²⁾ Ebensovienig an der Wiege der in Frankfurt a./M. erschienenen „Kritik“, die Preußen zerschlagen und der „Familie Hohenzollern“ ein Gebiet von 4—5 Mill. Einw. gewähren wollte; „da aber diese aus germanisierten Slaven bestehen und auch eigentlich jenen preuß. Kartoffelschnapsgeist erzeugen, der als innerer Düppel mit Fusel die Großmachtsgelüste und das Berlinertum hervorbringt, so werden 20 Jahre lang Truppen der rein deutschen Staaten . . . in der Mark Brandenburg einquartiert, damit dort die Rasse gekreuzt und eine neue Generation erzeugt werde.“ (Nach N. P. Z. 18. Mai.) Weiter konnte der Hochmut kaum gehen! Außerdem ist noch die Frage, was die Preußinnen zu diesem Zwangs-Veredelungsverkehr gehabt haben würden!

Vergleichen wir die drei unabhängigen süddeutschen Blätter miteinander, so finden wir als gemeinsame Merkmale Abneigung gegen Preußen, Verachtung für Österreich, Drohung gegen Frankreich. Auch im Norden Deutschlands hatten wir die scharfe Frontstellung gegen Napoleon gefunden; hier aber war sie stärker, innerlicher. Dort fürchtete man „Ihn“ nur, solange man mit Österreich beschäftigt war; der Süden aber war nach allgemeiner Anschauung dem Imperator schutzlos ausgesetzt; Preußens Sieg bedeutete die Mainlinie, seine Niederlage vollkommene Leere, Ungewißheit, vielleicht Vernichtung, denn Österreich hatte sich das Vertrauen auf eine gerade ehrliche Politik vollkommen verschert¹⁾; verhängnisvoll für die Südstaaten war, daß sich ihr Mißtrauen nicht auch auf das österreichische Heer erstreckte. — Gemeinsam war den drei Zeitungen ferner, daß sie alle Österreich zu benutzen gedachten, alle seine Rückkehr zum Bunde bewillkommneten und doch alle drei nicht wußten, wie sie es nach Beendigung des Krieges wieder loswerden sollten. — Verschieden dagegen war, abgesehen von der nur im Merkur zutage tretenden Resignation zugunsten jeder Lösung im Falle der Bedrohung durch Frankreich, abgesehen ferner vom Tone, eigentlich nur die Art, wie sie vorgingen. Die beiden Stuttgarter Blätter empfehlen zunächst bewaffnete Neutralität — an völlige Passivität dachten auch sie nicht! —; die N. F. Z. mahnnte eifrig zu gemeinsamer Tat. Sie besänftigte auch zuerst ihren Groll gegen die Wiener Diplomatie, ihr folgte langsam der Sch. M.; der Beob. konnte sich natürlich nicht ganz ablehnend gegenüber den österreichischen Schachzügen verhalten, da sie den Mittelstaaten zugute kamen, aber er sah im östlichen Kaiserreich bis zuletzt ein Übel, wenn auch im Vergleich zu Preußen das kleinere. Bemerkenswert ist, daß N. F. Z. wie Sch. M. und Beob. sich verhältnismäßig wenig mit den Aussichten des Krieges und der Betrachtung der späteren veränderten Lage beschäftigten; sie waren wohl alle von dem Siege Österreichs überzeugt und dachten: kommt Zeit, kommt Rat; nur der Beob. machte mit der für ihn charakteristischen Forderung der Volksbewaffnung, die in Form einer Resolution auch schließlich in der württembergischen Kammer angenommen wurde — wohl weil sie unschädlich war —, eine bemerkenswerte Ausnahme insofern, als sich der hohle Boden, auf dem er stand, deutlich erkennen ließ in seinem Mißtrauen gegen alle. Wie weit dies ging, zeigt sich auch in der Äußerung eines anderen Blattes, des „Grad- aus“, der die deutschen Mächte imstande glaubt, einen Scheinkrieg zu führen — denn ihrem Ehrgeiz und ihrer Eroberungssucht liege ja doch nichts an ein paar tausend Menschenleben — damit dann Deutschland nach überstandener Kriegsangst alles geschehen lasse,

¹⁾ Selbst in der bayr. Abg.-Kammer erhob sich („soviel ich gehört habe“) keine Stimme für unbedingten Anschluß an Österreich. Hohenlohe I 158 f.

was Preußen und Österreich wollen.¹⁾ Wie sehr Erregung und Mißtrauen in den Mittelstaaten gestiegen, zeigt sich in solchen Worten deutlich genug.

Die gemeinsamen Anschauungen, die wir bisher fast für die gesamte deutsche Presse konstatieren konnten — mit Drohungen verbundene Furcht vor Napoleon, wenigstens anfängliche Abneigung gegen den Krieg und Wunsch nach Bismarcks Sturz — finden wir auch bei den katholisch-großdeutschen Organen wieder, so daß ein Eingehen darauf überflüssig ist. Eine schwierige Stellung hatten vor allem die Kölnischen Blätter, die zwar in Preußen erschienen, deren Herz aber kaum auf des Vaterlandes Seite war. Ihnen mußte es, um den Widerspruch möglichst zu verdecken, vor allem daran liegen, den Krieg selbst als unnötig, als jeder Ursache entbehrend, hinzustellen (28. März). Gleichviel, ob sie damit Erfolg hatten oder nicht — sie gingen weiter und forderten Österreich auf, die Streitsache dem Bunde zur Entscheidung zu übertragen, um dem Verdachte zu entgehen, als wolle es nur einen Rivalen niederhalten; denn gegen eine solche Politik dürfe sich Preußen mit Recht auflehnen. Wäre man dem Räte der K. Bl. gefolgt, den Bund zum Friedensschluß und zu den Gasteiner Verhandlungen hinzuzuziehen, so würde jetzt eine Rechts-, keine Machtfrage vorliegen, die auch nur durch Machtstreiche gelöst werden könnte (26. März). Die K. Bl. stellten es also so dar oder glaubten gar selbst, daß Rechtsfragen nicht durch „Machtstreiche“ gelöst werden können; sie vergaßen dabei das Beispiel der jüngsten Vergangenheit: war doch auch Schleswig-Holsteins Recht durch Krieg zugunsten Deutschlands entschieden worden! Die K. Bl. dachten auch nicht daran, daß in der Politik hinter dem Recht immer die Macht steht, ja daß jenes auf diesem beruht und nicht allein existieren kann.

Trotzdem die K. Bl. dem Streite in obigen Worten ganz klar den Charakter einer Machtfrage zusprechen, die nur durch Gewalt entschieden werden kann, verlangen sie wenige Tage später schleunige Verhandlungen über ein Definitivum (31. März); als dieser Rat von keinem der Gegner befolgt wird, empfehlen sie als letztes Rettungsmittel die Abtretung Venetiens, wodurch auch der Friede in Deutschland gesichert werde, weil Österreich und die Mittelstaaten viel zu stark für Preußen seien; aber bald halten sie ihren Vorschlag für unausführbar wegen des Erscheinens Viktor Emanuels auf dem Kampfplatze.²⁾ Man erkennt hieraus deutlich, was die K. Bl. beabsichtigen; sie wollen Preußen unter das Joch des Bundestages beugen und ihm den Verzicht auf die Annexionspolitik aufzwingen; ganz derselbe Vorsatz war hinter der erwähnten Aufforderung an Österreich ver-

¹⁾ Gradaus 14. April 66. S. Rapp S. 179. — In Württemberg scheint nur die Schwäb. Volksztg. für Preußen gewesen zu sein (s. Rapp S. 178); unter den Abg. vor allem Rob. Römer und Hölder.

²⁾ K. Bl. 30. April, 14. und 17. Mai 66.

borgen, die holsteinische Frage dem Bundestage zur Erledigung zu überweisen; doch dachte der Verleger der K. Bl. nicht daran, mit der Wiener Regierung durch Dick und Dünn zu gehen.¹⁾

Für starken Patriotismus zeugen diese Pläne nicht gerade sehr, ebensowenig die Tatsache, daß die K. Bl. Österreich wegen seiner Rüstungen verteidigen und sich gegen die preußische Hybris wenden.²⁾ Nicht Preußen, nicht Österreich sollen eine Alleinherrschaft in Deutschland haben; „beide Staaten müssen sich der Idee des Reiches unterwerfen“ und „als die ersten Glieder der großen Gemeinschaft die ihnen gebührende, dem Auslande imponierende Stellung einnehmen!“³⁾ Ein solches Verlangen verrät, außer einem Mangel an Vaterlandsliebe, auch einen völlig unhistorischen Sinn. Österreich war fast von dem Augenblicke an, wo man überhaupt zuerst von Großmächten reden kann, also seit dem 16. und 17. Jahrhundert, eine und bald nicht die unbedeutendste unter ihnen gewesen; Preußen aber war etwa gleichzeitig mit Rußland zu Frankreich, England und Österreich hinzugetreten. Ein Sæculum, das bedeutendste in der deutschen Geschichte, war seitdem verflossen, und trotzdem forderten die K. Bl., beide Großstaaten sollten ihre Geschichte, ihre Entwicklung, ihr Wesen aufgeben und verneinen; nicht nur das — der Politiker jener Zeitung glaubte sogar, Preußen und Österreich würden in ihrer Rolle als Erste unter Gleichen im deutschen Bunde dem Auslande imponieren! Als ob das Ansehen beider nicht gerade auf ihrer europäischen Stellung beruhte, als ob die übrigen Mächte sich überhaupt noch um Hohenzollern oder Habsburg gekümmert hätten nach einer Selbsterniedrigung und Selbstverleugnung, wie die K. Bl. vorschlugen!

Eine Erklärung für diese Forderung finden wir, abgesehen von dem inneren Gegensatz zum modernen protestantischen Staate — dem großdeutschen Ideal —, in der Haltung der ultramontanen Partei, in dem Wunsche nach Erleichterung der Militärlasten, nach Bewahrung und Fortbildung der Verfassung. Denn die Mittel, meinen die K. Bl., „die die Regierung jetzt in Anspruch nimmt, sie sind nicht nötig für ein deutsches Preußen, sie sollen die europäische Großmacht Preußen stützen und — sind vielleicht dazu noch zu gering“ (20. April). — Überall mithin tönt uns das ewige *Ceterum censeo* entgegen: Der Bund, in ihm gefesselt die geeinigten Großmächte, soll herrschen. Auch dies war ein Programm, dessen Ausführung bei der anerkannten Talentlosigkeit des Bundes, sich fortzuentwickeln, ja überhaupt nur

¹⁾ Brief Bachems an Kaplan Korten in Bracheln v. 13. Juni 66. — Ob Dr. Bumüller schon vor seinem Briefe v. 24. Juli 66, in dem er Österreich überaus scharf tadelte und „trotz Bismarck und Pickelhaube“ einen Umschwung Württembergs zugunsten Preußens voraussah, für die norddeutsche Großmacht eingetreten war, konnte ich nicht mehr feststellen.

²⁾ 4. und 20. Mai.

³⁾ Vgl. Frantz (S. 20ff.), dessen Anschauungen die K. Bl. nahe standen. Vgl. hier Bachems Beschwerde gegen eine Verwarnung v. 12. August 63.

das geringste Gute zu tun, Deutschland niemals zur Gesundung gebracht hätte.¹⁾

Eine interessante Parallele zu den Anschauungen der K. Bl. finden wir in denen Reichenspergers. „Das Preußentum hat so viel Respectables, die von Friedrich II. her sich datierende Marotte von seinem „historischen Beruf“ hat aber seine gesunden Säfte infiziert und es auf eine Bahn geführt, die jedenfalls zum Abgrund hinführt, und zwar auch jenes Preußensum selbst — früher oder später. Merkwürdig, welche Stellung der Hochmut vom Sturze der Engel an bis auf diesen Tag herab in der Geschichte alles Erschaffenen spielt!“²⁾ Durchaus von der gleichen Grundanschauung aus gehen auch die K. Bl., wie denn überhaupt die Auffassungen der Katholiken in manchen Dingen viel gleichförmiger sind, sich weit mehr decken als bei Protestanten.

Ganz anders als die K. Bl., anders als man überhaupt erwartet, verhalten sich die Historisch-Politischen Blätter, denen man fast eine Stellung neben den Pr. Jb. zu geben geneigt ist. Sie erklären genau wie diese, daß nicht nur Preußens Ehre, sondern auch das gegenwärtige Regiment um den Preis seiner Existenz an die Erwerbung der Herzogtümer gebunden sei (57, 484). Sie verlangen im Gegensatz zu allen süddeutschen und manchen norddeutschen Organen das Bleiben Bismarcks; die Forderung seines Rücktritts nennen sie eine unverständliche Rede, da seine Nachfolger notgedrungen die Liberalen sein müßten, die doch die gleiche Politik verfolgen, aber trotzdem die verlorenen Sympathien ganz Deutschlands zurückgewinnen und sich die größte Mühe geben würden, dieses Vertrauen zu rechtfertigen (665 f.).

Überrascht schon trotz allem Vorangegangenen diese Stellungnahme, so noch mehr die scharfe Wendung, die die H. P. Bl. gegen Österreich nehmen. Voller Entrüstung fragen sie, was man in Wien eigentlich durch den Krieg erreichen, ob man die Antwort dem Zufalle überlassen wolle? Wohl sei eine kurze Niederlage, niemals aber ein schneller Sieg für den Kaiser möglich, da er es mit Dreien zu tun hätte; selbst als Sieger wäre er so geschwächt, daß Napoleon den Frieden diktieren könnte (830). „Lieber aber 10 Schleswig-Holstein preußisch als abermals den französischen Finger in der deutschen Pastete!“ hatten die H. P. Bl. schon im vergangenen Jahre erklärt; nun wiederholen sie dieses mit Bezug auf den europäischen Kongreß.³⁾ Um über einem solchen Ausgange, ja dem Kriege überhaupt vorzubeugen, weisen sie Österreich — genau wie die Pr. J., die N. und die Voss. Z. — nach Osten und Süden, was noch nicht identisch sei mit der Verlegung des Schwerpunktes nach Ofen (753 ff.).

¹⁾ Erwähnt sei noch, daß die K. Bl. sich gegen den Kongreß aussprechen. 27., 31. Mai und 1. Juni.

²⁾ Pastor I 578. Vgl. auch Pfülf S. 285 u. 288.

³⁾ 65 II 329; 66 (Bd. 57) S. 494.

Österreichs Supremat über Deutschland erklären die H. P. Bl. für unrettbar verloren, da Italien, der natürliche Verbündete Preußens, das ganze Machtverhältnis verändert und Preußen mit seiner verwandten Staatsnatur den größten Vorteil von der Vergiftung jedes konservativen Prinzips gezogen habe. Die H. P. Bl. machen den Vorschlag, daß Franz Joseph, den sie vor der dritten Niederlage warnen, sich mit der Stellung eines obersten Richters begnüge, sich aber im übrigen aus Deutschland zurückziehe.¹⁾ Auf diese Weise könne der Krieg vermieden werden, aber nicht nur das: der erste Erfolg einer solchen Resignation seitens Österreichs wäre der, daß „die perfide Revolutions-Regierung in Italien und ihr geheimer Protektor in Paris aufs tiefste im verdienten Pech“ säßen; Viktor Emanuel würde jämmerlich geschlagen werden, ohne daß Österreich einen Eingriff Napoleons zu befürchten hätte. Recht merkwürdig ist die durchaus zutreffende Vermutung der H. P. Bl., daß Preußen sich nicht an Italien gebunden habe (829); nur unter dieser Voraussetzung hat die von ihnen empfohlene Politik überhaupt einen Wert. — Trotz diesen, der preußischen Politik so außerordentlich entgegenkommenden Anschauungen lehnen sie doch Bismarcks Vorschläge über die militärische Position Bayerns im neuen Bunde ab (747 ff.).

Die H. P. Bl. hatten in der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage von Anfang an eine ganz besondere Stellung eingenommen, die auch an und für sich der Eigenart nicht entbehrte. Sie wahrten diese auch jetzt in der Krisis noch und zeigten sich bei ihren Angriffen auf Österreich als bessere Freunde des Kaisers denn jene, die mit Worten und Taten auf seine Seite traten. Wie ganz verschieden sind ihre Forderungen von denen der K. Bl.! Jörgs Organ verfocht Preußens „historischen Beruf“, den man in Köln für ein Schlagwort ohne Inhalt erklärte. Hier bekämpfte man den Hochmut Preußens und wollte die Unterjochung des eigenen Vaterlandes unter die Herrschaft des „Bundes“, d. h. unter die Österreichs; dort empfahl man den Wiener Politikern, die alten ausgetretenen Wege zu verlassen, eine seit langem verlorene Position zu räumen und neue zukunftsreiche Bahnen zu betreten. In Köln verlangte man angesichts des Krieges den Rücktritt des Ministerpräsidenten, in München befürwortete Jörg Bismarcks Bleiben, allerdings nicht aus Liebe zu ihm — von einem Bayern konnte man das damals für einen preußischen Beamten gewiß nicht erwarten — sondern aus Furcht vor seinen Nachfolgern. Es gibt kaum einen Gegensatz in dieser Zeit, der so scharf, so akzentuiert hervortritt wie der zwischen den K. und den H. P. Bl.; nur im Kampf gegen die Liberalen und im Haß auf Napoleon stimmen sie freudig überein. Um wieviel richtiger die Auffassung des Münchner Blattes war als die des Kölnischen, braucht heute nicht mehr bewiesen zu werden.

¹⁾ 826 ff., 833; s. auch den nächsten Abschnitt.

Und doch sind auch die H. P. Bl. auf einen seltsamen Irrweg geraten. Am Ende des 57. Bandes, der das erste Halbjahr 1866 umfaßt, findet sich (S. 1010 ff.) ein Aufruf aus Österreich „An die deutschen Katholiken“, der wegen des Bündnisses Wilhelms I. mit Viktor Emanuel jedem preußischen Katholiken die Pflicht auferlegt, seinem Könige zu sagen: „Wir können nicht, wir dürfen nicht! Es ist Gott mehr zu gehorchen als den Menschen! Komme auch über uns, was da wolle!“ Nichts Geringeres als eine unzweideutige Aufforderung zum Hochverrat liegt in diesen Worten; unser sittliches Bewußtsein fällt schweigend das Urteil. Aber die Frage ist erlaubt, ob der Verfasser denselben Appell an Österreichs Katholiken gerichtet hätte, wenn es zum Bündnis mit dem doch gleichfalls revolutionären Frankreich gekommen wäre? — Und ein Narr wartet auf Antwort! —

Mehr Freude als an den H. P. Bl. hatte die österreichische Regierung an der Augsburger Allg. Zeitung, wengleich auch diese Sprünge machte. So meinte sie, die mittelstaatlichen Politiker sollten sich wirklich nicht scheuen, „für die Rechte und Autorität des Bundes da Stützen zu suchen, wo sie sie finden können“ (27. Februar). Das ist denn doch schon eine sehr unverblünte Aufforderung zur „ehreenvollen Anlehnung“ an das Ausland. Im allgemeinen tritt die A. A. Z. warm für den Frieden ein, sie nennt den Krieg einen Rückschritt ins vorige Jahrhundert und erinnert an das Sprichwort vom lachenden Dritten, deren es mehrere in Europa gäbe.¹⁾ Sie bringt z. B. im März auffallend wenig Korrespondenzen über die schwebende Streitfrage aus Berlin oder Wien, offenbar um einer weiteren Verschärfung der Lage vorzubeugen, soweit dies in ihrer Macht liegt. Um den Ausbruch des Kampfes zu verhindern, fordert sie den Bund auf, als „oberste Bundespflicht“ von beiden Parteien „Urfehd“ zu verlangen; dann werde sich zeigen, wer sich bereit dazu erklärt oder wer es verweigert, die Gesamtheit werde sprechen können, sprechen müssen (30. März). Die Absicht der A. A. Z. ist dabei wohl, Preußen, dem sie einen solchen Verzicht nicht zutraut, ins Unrecht zu setzen. Als der Krieg dann immer drohender, immer unvermeidlicher erschien, da ruft ein Korrespondent aus Süddeutschland die Preußen zur Notwehr, zu Massenpetitionen, zu öffentlichen Kollektivverklärungen, Steuerverweigerungen auf. „Deutschland aber erwartet, daß jeder freie Bürger Preußens in gesetzlicher Form ‚seine Schuldigkeit tue‘ zur Rettung seines und des gemeinsamen Vaterlandes!“ (17. April.) Ganz sicher stand bei diesem Appell das Wiener Interesse erst in zweiter Linie; die Erhaltung des Friedens

¹⁾ 22. März, ähnlich Giehne I S. 25 f., S. 29. — Dieser und andere Artikel der A. A. Z. aus den Jahren 1866/68 (beginnend mit dem 10. März 66) sind abgedruckt in Giehne, wie ich durch genaue Vergleichung feststellen konnte. Der Verfasser wird bei Wuttke S. 157 als Leiter der Donauzeitung genannt.

war das höchste Ziel der A. A. Z. Sie war wohl besser als alle anderen Zeitungen über die österreichischen Verhältnisse orientiert; ihr mochte der Siegesjubiläum der dortigen Presse ein wenig voreilig erscheinen; 1859 war noch nicht vergessen. — Allmählich fand sich die A. A. Z. immer mehr in den Gedanken eines Krieges hinein, besonders seit dem Scheitern des Kongresses. Unzweifelhaft übrigens, daß gerade in der Zeit der Krisis das Münchener Ministerium einen tüchtigen Druck auf das Blatt ausübte; vielleicht ist es ihm vor allem zuzuschreiben, daß die A. A. Z. sich im März und noch im April so reserviert verhielt. Allmählich jedoch gibt sie die Politik des Schweigens und der redaktionellen Zensur auf und tritt entschieden auf Österreichs Seite, aber stets mit dem Hinweis auf den Bund, der Österreich bestehen müsse.¹⁾ Sie weist die Beschuldigung Bismarcks, daß Österreich ihn im Kampfe gegen die Revolution im Stiche gelassen habe, zurück und nennt seine Politik selbst revolutionär.²⁾ Ihre eigene Politik deckt sich von dieser Zeit an etwa mit der der übrigen süddeutschen und der Köln. Blätter, so insbesondere mit Bezug auf den Kongreß, den sie ablehnt, da sie als dessen einzigen Vorteil die Unmöglichkeit für Frankreich erkennt, einen Gebietszuwachs für sich selbst zu fordern.³⁾

Es bleibt uns noch übrig, die Wiener Blätter ins Auge zu fassen. Der „Presse“ war das preußisch-österreichische Bündnis stets widerwärtig gewesen, sie hätte ihm eine Allianz mit Frankreich vorgezogen.⁴⁾ Natürlich war sie sehr froh, als das Verhältnis der deutschen Großmächte immer brüchiger wurde. Sie eröffnete die Kanonade gegen Preußen mit dem allerschwersten Geschütz (18. Februar). Ein Wehe! ruft sie Bismarck zu, wenn er den Versuch machen wolle, Österreich so zu behandeln wie Sachsen oder Hannover; der Säbel werde seine Staatsweisheit zerfetzen und das Bajonett seine rechtlose Politik durchbohren. Als der Übel größtes bezeichnet sie nicht den Krieg, sondern die Kränkung, die man von einem Bismarck entgegennehme, ohne sie mit einem Hiebe zu beantworten. In heftigen Worten verlangt die Pr. die energischste Politik gegen Preußen, dem man nicht einmal das geringste seiner Rechte, wäre es auch nur eine öde und wertlose Insel, geschweige denn Holstein, abtreten dürfe. Möge Bismarck sein Volk mißhandeln — wolle er seine Tätigkeit auf Österreich ausdehnen, so werde es ihn „blutrünstig und mit Beulen bedeckt seines Weges senden“. — Es ist ziemlich sicher, daß diese lieblichen Worte inspiriert sind, denn schon zwei Tage darauf wiegelt die Pr. gehörig ab. Jetzt ersucht sie in ihrer bescheidenen Art König Wilhelm und Bismarck abzdanken, um den Frieden zu erhalten, denn „nur auf diese Art dürften beide die Palme der Un-

¹⁾ Giehne 11 f., 40 ff., 43 f., 51 und 52.

²⁾ Ebenda S. 19 f.

³⁾ Ebenda S. 36 ff. und 41 ff.

⁴⁾ Pr. 29. November 65 und 18. Januar 66.

sterblichkeit erringen, nach der Graf Bismarck so sehr zu geizen scheint“.¹⁾

Ihre Ruhe findet die Pr. nicht mehr wieder. Allerdings gibt sie die Hoffnung auf Bewahrung des Friedens noch in den ersten Tagen des Juni nicht auf, aber ihre Sprache ist meist recht kriegerisch. So regt sie tatkräftiges aktives Vorgehen an: Einberufung der holsteinischen Stände und Appell an den Bund sind die Hauptpunkte in ihrem Programm. Nicht den Krieg mit seinen Kosten fürchtet sie, sondern die Kosten ohne den Krieg; auch glaubt sie nur an einen kurzen Feldzug.²⁾ Die österreichische Kriegsbereitschaft überschätzt sie sehr — was nach den Rodomontaden der offiziellen Presse kein Wunder ist; sie meint, Preußen könne ruhig 4 Wochen Vorsprung haben; die eigene Mobilisation gehe viel schneller vor sich. Die P. rechnet dabei wohl auch auf den Widerstand der preußischen Bevölkerung; hier erkennen wir sicher den nachteiligen Eindruck wieder, den die allzu starken Friedenswünsche mancher preußischen Blätter hervorgerufen hatten.³⁾ — Zu dieser Überschätzung der eigenen Kräfte gehört auch die Ansicht, daß die Lage für Österreich jetzt günstiger sei, wenn auch Preußen nicht unterschätzt werden dürfe; die Erwartung auf Frankreichs Hilfe tritt ziemlich unverhüllt hervor (20. März). Trotz der eigenen Stärke unterläßt die P. es nicht, die Mittelstaaten zu belehren, daß sie nicht neutral bleiben könnten, sondern sich zusammenschließen müßten zum Beistande Österreichs.⁴⁾

Die Pr. lehnte schon früh die Idee einer Geldentschädigung ab, da Preußen nicht so viel zahlen könne — die Zeitung hatte offenbar in einem Moment der Verwirrung die eigenen finanziellen Zustände auf das Nachbarland übertragen! — Sie verweigerte übrigens auch die Annahme einer Landkompensation durch Rumänien oder andere östliche Länder, ein Vorschlag, den einige preußische Blätter nach dem Sturze des Fürsten Kusa mit großer Eile und Liebenswürdigkeit gemacht hatten (2. März). Als einzige würdige „Abfindung“ bezeichnet sie den Besitz Schlesiens, den sie als das Ziel des Krieges hinstellt; dies einmal erobert, will sie gern auf das unruhige Venetien

¹⁾ P. 20. Februar und 22. März 66. Ähnlich am 15. Mai, wo sie meint, daß Preußen nicht allein Schl.-Holst. bis auf den letzten Fuß Landes aufgeben und sich darein ergeben müsse, denjenigen als Fürsten anzuerkennen, den der Bund einsetze, sondern daß es sich auch verpflichten müsse, „sich vom Bunde majorisieren zu lassen und dem deutschen Volke gerecht zu werden, indem es Bürgschaften bietet, daß es fortan auf jede Hegemonie in Deutschland“ verzichte. — Nach Hamb. Z. 17. Mai.

²⁾ P. 25. Februar, 3. und 11. März. — Die volkswirtschaftlichen Gründe für den Krieg betont sie Ende März noch einmal.

³⁾ 7. und 16. März.

⁴⁾ P. 9. und 30. März; 28. April. — Nach der N. A. Z. 23. Mai äußerte sie, daß die Dinge nie so weit hätten gebracht werden können, wenn nicht Bismarcks auswärtige Politik so preußisch-national wäre und die fritzische Tradition jedem Preußen tief im Leibe säße.

verzichten (14. April u. 14. Mai). Auch sie verteilte das Fell des Bären, ehe sie ihn erlegt hatte.¹⁾

Eigentümlich ist, daß die Sprache der Pr. auffallend schnell wechselt; mitunter stachelt sie an einem Tage die Regierung zu kraftvollen Taten auf, am folgenden indessen wünscht sie eine Intervention der Westmächte als Garantie des Bundes zur Erhaltung des Friedens.²⁾ Vermutlich hatte die Pr. dabei die Nebenabsicht, Frankreich in den Konflikt hineinzuziehen, denn aus einer Einmischung zum Schutze des Friedens konnte gar leicht der drohende Krieg wirklich entstehen. Immerhin ist bemerkenswert, daß trotz alledem die Pr. den Kongreßvorschlag ablehnt; sie glaubt, daß nur noch schnelle Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich selbst helfen können (16. Mai). Noch von der schließlichen Wendung der Wiener Politik zum Bunde unter Einberufung der holsteinischen Stände, über die sie recht erfreut ist, erhofft sie einen guten Ausgang: dadurch werde eine Umkehr in Preußen herbeigeführt werden (2. u. 3. Juni). Nach dem Einrücken Manteuffels in Holstein ist für sie die Sache entschieden.

Es ist nach verschiedenen Zeitungsmitteilungen nicht zu bezweifeln, daß das Wiener Preßbureau in dieser Zeit eine besonders starke Tätigkeit entfaltete, unter der die ganze österreichische Presse zu leiden hatte. Es ist daher sehr schwer, einigermaßen sicher festzustellen, was die wahre Meinung des Blattes gewesen ist. Nach der ganzen Entwicklung der Pr. ist sicher, daß sie für Preußen keine Sympathie hegte, aber von diesem Punkt bis zum Wunsche nach kriegerischer Abrechnung war ein langer Weg, und die Pr. hat ihn tatsächlich nicht bis ans Ende durchschritten. Auch sie mochten doch wohl Zweifel drücken, ob die Chancen des Sieges für den Kaiser so günstig waren, wie in den offiziösen Journalen allgemein behauptet wurde. Die Anrufung des Bundes und des Auslandes spricht dafür, daß die Pr. Preußens mehr fürchtete, als sie zu behaupten für gut hielt. Doch war sie weit davon entfernt, den Krieg für aussichtslos zu halten; um Italien machte sie sich nicht allzu viele Sorgen: 1849 und 1859 waren stolze Erinnerungen; sie belebten die Hoffnung auf neue Lorbeeren. —

Die Notizen, die ich über die anderen österreichischen Zeitungen gesammelt habe, verraten eine ähnliche Haltung, einen noch schärferen, ja unanständigen Ton. Denn was soll man sagen zu der Behauptung der Ostdeutschen Post, die neueste preußische Depesche vom 6. April rieche nach Rum³⁾, oder zu den Kosewörtern, mit denen die

¹⁾ Einen sehr interessanten Teilungsplan hatte auch die „Leipz. Abendp.“. Vgl. Hamb. Z. 24. März.

²⁾ P. 27. und 28. April. — Hier sei bemerkt, daß in dem von mir benutzten Exemplar der Pr. (aus Bonn) die Nummern vom 1.—14. Mai 66 fehlen, wohl weil die P. in diesen Tagen in Preußen verboten war.

³⁾ Ostd. P. 8. April 66. — Das erinnert einigermaßen an das „alkoholisierte Subjekt“ der Volks-Z. von 1890. S. Penzler I S. 63. — Die Ostd. P. scheint das großmüligste aller österr. Blätter gewesen zu sein (Voss. Z. 5. und 15. Mai).

Neue Freie Presse die preußische Zirkulardepesche vom 24. März 1866 als „leidenschaftlich verlogen, haßatmend, beinahe blutrünstig“ bezeichnet? Den Höhepunkt erreichten offenbar — oder gab es noch schlimmere? — die Tiroler Stimmen, die, der N. A. Z. (26. Mai) zufolge, die österreichischen Soldaten aufforderten, „nicht in dem Blut, sondern in dem Hirn zu waten, das sie ihren Feinden ausschlagen sollen“! Das ist eine Sprache, wie sie in der gesamten preußischen Presse nicht zur Anwendung kam. Dabei will ich ganz absehen von den zahlreichen und gemeinen Schmähungen Bismarcks, den man als tollhausreif, als Säufer, als Feigling hinstellte, der Panzerhemden trüge, eine Behauptung, die auch in der süddeutschen Presse auftauchte. Es ist ein Bild so widerwärtiger Art, daß ich darauf verzichte, es weiter auszumalen.

Der Krieg fordert seine Opfer nicht erst auf der blutigen Walstatt, schon vorher fallen sie reihenweise. Es gibt auch Deserteure, die nie des Königs Rock getragen; mancher politische Schriftsteller hat damals die Tressen verloren. Nicht den Vorwurf der Feigheit darf man den Journalisten machen; mehr als einer zog damals mit hinaus auf Böhmens schlachtenreiche Felder und focht tapfer, wie jeder Deutsche, für seines Landes Ehre. Von der Seite her trifft wohl niemand ein Makel. Aber eines fehlte fast allen: das ruhige Selbstbewußtsein, das Vertrauen auf die eigene Macht und die gute Sache. Wir suchen es vergebens in der süddeutschen und österreichischen Presse, wir finden es kaum in der preußisch-norddeutschen¹⁾, wirklich bemerkbar macht es sich nur in den Preuß. Jahrbüchern, der Vossischen Zeitung und allenfalls noch in den Grenzboten. Auch die konservativen Blätter in Berlin zeigen es, aber sie tragen es dermaßen zur Schau, daß man an ihrer Ehrlichkeit Zweifel hegen muß. — Freudig, das ist sicher, zog niemand in den Kampf; Sorge drückte jeden, wenn nicht die (angebliche) Überzahl der Feinde, dann die Furcht vor dem Eingreifen Napoleons. Dieser schwere Druck, der auf dem deutschen Volke lastete, der sich in den Worten des Schwäbischen Merkurs kundgab, alle Abneigung vergessen zu wollen, um Einigkeit gegen französische Bedrohung zu fördern und herzustellen, er erklärt erst recht eigentümlich, warum vier Jahre später die nationale Entrüstung, die patriotische Glut so hoch aufflammten: es galt, die Abhängigkeit von Paris zu zersprengen und die wahre innere Freiheit herzustellen!

¹⁾ Zeitungen, die in dieser Krisis keine selbständigen Artikel brachten, wie z. B. das Hbg. Frdbl., können natürlich nicht in diese Betrachtung einbezogen werden.

III B. Die Kritik des Bismarckschen Reformprojekts.

Zwei Fragen sind im vorigen Abschnitt, soweit möglich, ganz außer acht gelassen worden. Die erste ist die, wen die Presse als Urheber des Krieges ansah und verurteilte. Es ist dies eine Frage, die sich bei jedem Kriege erhebt und jedesmal in der gleichen Weise beantwortet wird: einer schiebt die Schuld auf den andern. Dasselbe Spiel auch 1866; seine reizlose Eintönigkeit, aus der keine neue Erkenntnis für die Stellung der Parteien und der Presse zu gewinnen war, schien mir keinen Anlaß zu bieten, darauf näher einzugehen.

Die andere Frage jedoch, die sich mit der des Krieges aufs engste verknüpfte, war der Bismarcksche Reformplan, und sie ist so wichtig, daß sie unbedingt in einem besonderen Teile besprochen werden muß, schon um in das Gewoge der Meinungen nicht neue Wirrnis zu bringen.

So sehr jene Sitzung des Bundestages vom 9. April 1866, in der der preußische Gesandte den Antrag einbrachte, einem aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehenden deutschen Parlamente die Vorlagen der Regierungen über eine Reform des Bundes zu unterbreiten, alle Welt überraschte — die Gedanken Bismarcks waren doch keineswegs neu.

Schon in der großen Denkschrift von Baden-Baden aus dem Jahre 1861 hatte Bismarck eine nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundes-Zentralbehörde „als das einzige Bindemittel bezeichnet, das den divergierenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag“. Von dem Parlamente, das die Verfassung von 1849 vorgeschlagen hatte, unterschied sich Bismarcks Vorschlag recht bedeutend; von einer direkten Wahl war keine Rede; die Mitglieder der Volksvertretung sollten aus den einzelnen deutschen Landtagen delegiert werden. Aber auch Zweck und Kompetenz waren gänzlich verändert. Die Frankfurter Verfassung verlangte von jedem einzelnen deutschen Staate Unterordnung unter das Reich, Aufgehn im Reich, und schrieb demgemäß dem Parlament einen tief ins öffentliche Leben eindringenden Einfluß zu. Ihn wollte Bismarck dagegen auf die Militär-, Handels- und Zollgesetzgebung und verwandte Dinge beschränken. Die eigentliche Macht wollte der damalige preußische Gesandte in Petersburg einer Delegation der deutschen Regierungen, dem heutigen Bundesrat, über-

tragen. Beide Institutionen sollten nicht einem toten Schematismus verfallen; anders als im bestehenden Bundestage sollte für die neuen Einrichtungen das wirkliche Machtverhältnis maßgebend sein, nicht die kleinen, häufig ganz bedeutungslosen Staaten auf Kosten der großen bevorzugt werden.

Wir sehen, der Weg von diesem Programm bis zu jenem Antrag am Bunde war nicht gar so weit. Es war eigentlich nur ein einziger energischer Schritt zu tun vom Delegiertenprojekt zum allgemeinen und direkten Wahlrecht des ganzen Volkes. Und diesen Schritt, beeinflusst sicherlich von den Ergebnissen des preußischen Dreiklassensystems, tat Bismarck schon kurze Zeit, nachdem er Ministerpräsident geworden war.

In der Abstimmung vom 22. Januar 1863, in der er das österreichische Delegiertenprojekt ablehnte, erklärte er: „Nur in einer Vertretung, die nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaats aus letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechnigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden.“ Hier ist zwar noch nicht von den Rechten der Volksvertretung die Rede; diese Lücke wurde erst in der nach Wien gerichteten Depesche vom 14. August 1863 ausgefüllt durch den Vorschlag, dem Parlamente beschließende Befugnis beizulegen. Dieselben Grundsätze sind dann im Bericht des Staatsministeriums an König Wilhelm (15. September 1863) noch einmal dargelegt.

An diese Denkschrift knüpfte Bismarck im Jahre 1866 an, als die Kriegswolken sich immer drohender zusammenballten. Mitte März (vom 12.—14.) machten die N. A. Z. und die „Provinzialkorrespondenz“ die ersten Andeutungen über die Pläne des Ministerpräsidenten; die übrigen konservativen Blätter nahmen alsbald diese Nachricht auf und verbreiteten sie weiter, ohne sich indessen intimer mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Sie wiederholten nur immer die Worte „Parlament“ und „Allgemeines Stimmrecht“ in geheimnisvollem Tone; offenbar glaubten sie selbst noch weniger als die oppositionellen Organe an den Ernst der Sache.

Am 9. April 1866 brachte dann Savigny den förmlichen Antrag am Bundestage ein. Er ging dahin, die „hohe Bundesversammlung wolle beschließen: eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten; — in der Zwischenzeit aber, bis zum Zusammentritt derselben durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen festzustellen“.

Ehe wir auf den Antrag selbst näher eingehen, ist es nötig, die Hauptsätze aus der ihm beigegebenen Begründung ins Auge zu fassen. Sie weist zunächst auf die Schäden, besonders der Militäreinrichtungen des Bundes hin; einen ernsthaften Antagonismus zwischen Österreich

und Preußen können die Bundesverhältnisse überhaupt nicht ertragen, „und die gegenwärtige gespannte Situation zwischen beiden Mächten hebt daher in Wahrheit gerade die Voraussetzungen auf, die allein die volle Durchführung der Bundesverfassung möglich machen“. — Die preußische Regierung erklärte es demnach, an die Note vom 24. März erinnernd, für dringend notwendig, die große Frage nicht länger zu verschieben. Bisher seien alle Reformvorschläge gescheitert, „weil die ausgleichende und treibende Kraft des nationalen Geistes bei diesen Verhandlungen fehlte und die partikularen Gegensätze zu schroff und einseitig dabei festgehalten wurden“. Ein solcher einigender Faktor sei in einer, nach der beantragten Art gewählten Volksvertretung zu erblicken, der jedoch die Regierungen nicht wie im Jahre 1848 die Initiative überlassen dürfen, um die Hoffnungen des deutschen Volkes nicht zum zweiten Male zu enttäuschen; vielmehr müsse ein Zusammenwirken der vorgeschlagenen Versammlung mit den Regierungen erfolgen.

Die Begründung des Antrags erklärt dann den Grundsatz der direkten Volkswahl im Gegensatz zur Delegation der Einzelkammern und ebenso das allgemeine Stimmrecht für allein akzeptabel; die preußische Regierung nehme um so weniger Anstand, diese Form der Wahl vorzuschlagen, als sie sie „für das konservative Prinzip förderlicher erachtet als irgendeinen andern auf künstlichen Kombinationen beruhenden Wahlmodus“. Schließlich forderte der preußische Antrag die Regierungen auf, sofort in die Beratung der dem Parlament zu machenden Vorschläge einzutreten und einen Termin für dessen Zusammentritt festzusetzen.

Unvermeidlich erhebt sich die Frage: was wollte Bismarck mit seinen Reformplänen erreichen? Warum warf er, der Konfliktminister, plötzlich diesen Erisapfel unter die Menge? Ganz falsch wäre es, ihm nur eine einzige Absicht dabei zuschreiben zu wollen; er verband ganz sicher deren mehrere damit; ihm war er Mittel und Zweck zugleich. Zunächst sollte die Bundesreform unzweifelhaft auf die deutsche Nation einwirken und sie für die Bismarcksche Politik gewinnen. Sie sollte denen, die nicht begriffen, daß man nur um die Machtstellung, wie Moltke sich ausdrückte, einen Krieg führen könnte, ein wirklich reales Ziel vor Augen stellen, das des Kampfes wert erscheinen mußte. Bismarck „deutet in diesem Antrage an, was er im Fall eines Krieges als Preis des Krieges fordern wird“, meinte Bernhardt.¹⁾ Bismarck gedachte durch die populären Schlagworte „allgemeines Stimmrecht“ und „Parlament“ die Bevölkerung der ihm wahrscheinlich feindlichen Staaten günstig zu stimmen und so einen Druck auf deren Regierungen auszuüben. Der preußische Minister wollte aber auch direkt Volk und Regierungen gegen einander treiben; das tat er, indem er seinen Antrag am Bunde einbrachte, wo er gar

¹⁾ 6, 276.

keine Aussicht auf Annahme hatte. Lehnte die Majorität in Frankfurt die Reform ab, weigerte sie sich, den geforderten festen Termin für den Zusammentritt des Parlaments zu bestimmen, so mußte sie nach seiner Rechnung den Unwillen ganz Deutschlands auf sich ziehen. Darin hatte er sich allerdings getäuscht, wie wir später sehen werden.

Aber der Antrag enthielt noch mehr. Er stand in hellstem Widerspruch zum preußischen „Wahlrecht“, das damals so ganz andere Resultate lieferte als heute; er sollte offenbar eine Demonstration gegen das preußische Bürgertum sein, eine Konzession an Lasallesche Gedanken, an den vierten Stand, dessen politische Entwicklung niemand im Anfang der 60er Jahre voraussehen konnte. Vor allem aber sollte der Parlamentsvorschlag, zusammen mit dem allgemeinen direkten Wahlrecht, eine Deckung gegenüber Napoleon gewähren, der auf diesem System seinen eigenen Thron aufgebaut und Italien regeneriert hatte.¹⁾ Gerade dieser Punkt ist äußerst wichtig; gegenüber der drohenden französischen Einnischung sollten Stimmrecht und Parlament die Vorläufer für eine allgemeine nationale Entfesselung durch jedes Mittel, eventuell durch Proklamierung der Reichsverfassung von 1849, bilden.²⁾

Damit sind noch nicht alle Absichten Bismarcks erschöpfend dargestellt. Sie bestanden des weiteren darin, „auf dem Grunde und innerhalb des Rahmens des alten Bundes eine neue lebensfähige Schöpfung“ entstehen zu lassen, mit anderen Worten, Österreich zu eliminieren und vor allem den entscheidenden Krieg herbeizuführen.

Was sofort an dem ganzen Reformplan auffällt, ist, daß von irgendwelchen Vorlagen keine Rede war. Nur durch seinen Vorschlag der Einberufung des Parlaments auf Grund des allgemeinen direkten Stimmrechts hoffte er, die Nation zu gewinnen, die Regierungen matt zu setzen. Kein Wunder, daß diese sich sofort zur Wehre setzten und ein Reformprogramm verlangten, um die drohende Entscheidung hinauszuschieben und den Dualismus im Bunde zu erhalten. Gerade das aber wollte Bismarck durch seine Forderung eines festen Termins verhindern; ihm kam es zunächst darauf an, die Nation durch dies Verlangen von dem Ernste seiner Pläne zu überzeugen. Er lehnte daher jenen Wunsch der Bundesgenossen glattweg ab. Erst einen Monat nach Einbringung des Antrages machte Savigny Andeutungen über den Inhalt der beabsichtigten Reform; sie gingen im wesentlichen in der gleichen Richtung, wie die Denkschrift von 1861 gewünscht hatte; dazu kamen jetzt nur noch Vorschläge über Schaffung einer Kriegsmarine und von Kriegshäfen. Erst am 10. Juni 1866, also wieder einen Monat später, wurde das Reformprogramm bekannt gegeben, diesmal unter ausdrücklicher Forderung des Ausschlusses Österreichs.

Begreiflicherweise gingen diese letzten Schritte, nahe dem Ausbruch des Krieges, vor sich, ohne irgendwie die Aufmerksamkeit der Öffent-

¹⁾ Haym, Dunker S. 376.

²⁾ E. L. Gerlach 2, 292.

lichkeit zu erregen. Aber auch der ursprüngliche Antrag fand, wenn wir zunächst den allgemeinen Eindruck konstatieren sollen, durchaus nicht diejenige Beachtung, die Bismarck zweifellos von ihm erhofft hatte. Gewiß beschäftigten sich hundert und aberhundert Volksversammlungen mit dem Reformprogramm, gewiß diskutierten es alle Zeitungen 14 Tage lang; — aber schon dann war es bei manchen fast wie ausgelöscht aus der Erinnerung. Im Mai kümmern sich nur noch wenige Blätter außer den bestellten, und auch diese recht wenig, um den Antrag vom April; im Juni ist er nahezu völlig verschollen oder wird doch nur als Phrase verwendet: „nur die Bundesreform kann noch den Krieg verhindern“; auf welche Weise das geschehen sollte, vergaßen die Zeitungen meistens anzugeben.

Wie nicht anders zu erwarten, wirkte der Antrag anfangs wie eine Bombe. Aufregung, Geschrei, Verwunderung, Lachen — so lassen sich etwa die Stadien bezeichnen, die die öffentliche Meinung in Zeit von wenigen Tagen durchlief. Zwei Worte machten damals die Runde durch Deutschland: „Timeo Danaos . . .“ und „Einem geschenkten Gaul . . .“. Der Haß auf Bismarck verwandelte sich im Nu in Mißtrauen gegen ihn, von dem selbst die Konservativen ergriffen wurden. Jetzt erkannten sie zum ersten Male ganz deutlich, daß in dem Manne noch etwas mehr steckte als ein Parteigänger nach der alten Schablone der Gerlach, Kleist oder Senfft-Pilsach; sie mußten auch sehen, in welche Abhängigkeit sie geraten waren. Nicht alle begaben sich unter das Joch; Frondeure gab es genug; selbst unter Bismarcks Anhängern war viel Kopfschütteln; die meisten hielten seine Pläne wohl für einen Spuk, der mit der dunklen Nacht der Augenblickssorgen und -bedrängnisse verschwinden würde.

Nun gar erst die Liberalen und Demokraten! Selbst die Gemäßigtesten unter ihnen hielten den Reformantrag für einen Schachzug, eine Diversion, die erklärlich war angesichts des Krieges, deren Ernst aber jeder mit gutem Grund glaubte bezweifeln zu dürfen. Bennigsen und Roggenbach lehnten ihre Unterstützung ab, der eine sofort, der andere nach kurzer Zeit unter dem Einfluß der liberalen Blätter. Einen Augenblick lang wurden Bismarcks Gedanken aufgegriffen, aber noch ehe man sie eingehend geprüft hatte, schon wieder hingeworfen: der Krieg drohte; die Sorge um ihn verschlang alles andere; zuerst mußte diese Gefahr abgewendet, der ruchlose Minister, der das deutsche Volk verspotten wollte, gestürzt werden. Dies war die Meinung des einen Teiles der liberalen Bevölkerung; der andere, ohnehin bereit, Bismarck zu unterstützen, war dem Projekt günstiger gesinnt, stand aber seiner Ausführung doch äußerst zweifelnd und mißtrauisch gegenüber.

Im ganzen war die Ablehnung allgemein, in allen Teilen des Vaterlandes, und das, obwohl sich die offiziösen preußischen Zeitungen die größte Mühe gaben, an die Pläne von 1863 zu erinnern und dadurch eine Stütze für den Ernst des Antrages zu gewinnen. Es

gelang ihnen nicht, trotzdem auch liberale Blätter zur Erklärung der neuen Projekte auf jene älteren zurückgriffen. Der Zeitpunkt für die Einbringung des Reformvorschlages war wohl im Hinblick auf die auswärtigen Verhältnisse — Abschluß der italienischen Allianz — richtig von Bismarck gewählt worden; für die innere Politik war er zu spät und zu unvorbereitet gekommen. Hätte die Regierung bei den Kammerverhandlungen im Januar und Februar 1866 auch nur etwas Entgegenkommen gezeigt, hätte sie den Landtag nicht so plötzlich vertagt oder doch wenigstens vorher eine Andeutung über ihre Pläne gemacht, so würde Bismarck vermutlich die preußischen Liberalen zum großen Teile zu sich hinüber gezogen haben. So bot gerade sein Verhalten gegenüber der eigenen Volksvertretung den Gegnern der preußischen Reform die schönste Handhabe, das Anerbieten von König Wilhelms Minister mit Entrüstung und Hohn zurückzuweisen.

Man wird daher eine gewisse Gleichförmigkeit bei der Besprechung des Antrages in der Presse herausfinden; alle Zeitungen, ob sie nun für Annahme oder Ablehnung plädieren, gehen zunächst von jenem Mißverhältnis aus. Aber während fast die gesamte Presse in Deutschland daraus Schlüsse gegen den Antrag zieht, benutzen dies die konservativen Blätter in Berlin — denn außerhalb der Hauptstadt scheinen manche stark opponiert zu haben¹⁾ —, um ihn desto wärmer zu empfehlen. Mit kühnem Satze springt die Nordd. Allg. Ztg. in die wogende See der liberalen Forderungen von 1848/49, und sie fühlt sich, wie es einem offiziösen Blatte geziemt, sehr schnell wohlig darin, vielleicht deshalb, weil Herrn Braß allerlei Erinnerungen an Wünsche und Hoffnungen des tollen Jahres kamen. Aber hatte er damals das rote Banner mit höchster Begeisterung besungen, so kürte er nun mit edlerem Eifer dem allgemeinen Wahlrecht und dem deutschen Parlamente neue Freunde. Fast wäre man versucht, der Meldung der N. F. Z. vom 1. Mai 1866 Glauben zu schenken, wonach Bismarck zu Dohm gesagt haben soll: „Was wollen Sie? Anständige Leute schreiben nicht für mich!“

Die N. A. Z. wehrt natürlich zunächst den allerseits erhobenen Vorwurf, daß der Antrag ein Schachzug sei, ab²⁾ und betont, man habe es mit einer Konsequenz zu tun. Niemand dürfe behaupten, wendet sie gegen die Zweifler aus der eignen Partei ein, daß der Antrag deshalb nicht konservativ sei, weil er den gewohnten Gedankengang der Partei in einigen Punkten durchbreche. Jedenfalls

¹⁾ So der „Westf. Hausfreund“ (21. April) des Pastors von Bodelschwingh und die „Ostpr. Ztg.“ deren konservatives Herz weh tat, wenn sie auf den Ruin ihrer Anschauungen blickte. — Nach K. Bl. 24. April 66.

²⁾ Das konserv. „Volksblatt“ (Berlin, ca. 3000 Ab.) suchte dagegen seinen Lesern einleuchtend zu machen, die ganze Geschichte sei nur ein schlauer Trick, um durch Verpflanzung der parlamentarischen Szene nach einem anderen Felde der preuß. Form des Parlamentarismus den Boden unter den Füßen hinwegzurücken. — Nach H. C. 14. April 66.

will sie den Antrag nicht als künstliche Kombination von vorübergehender Bedeutung betrachtet wissen, „sondern als den adäquaten Ausdruck der in den Verhältnissen selbst liegenden Forderungen“, die nicht mehr umgangen werden können.¹⁾

Die N. A. Z. sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Konservativen in Bismarcks Gefolge zu erhalten. Auf sie sind alle Artikel berechnet, und unter diesem Gesichtspunkte müssen sie beurteilt werden. Ganz energisch bekämpft daher die Zeitung die Ansicht, als ob die Bundesreform, die sie für dringend notwendig erklärt, um den Bund überhaupt zu erhalten, ein Abfall der Regierung zum Liberalismus sei. Dieser Antrag sei vielmehr eminent konservativ. Wie könne man denn nur etwas anderes dem Grafen Bismarck zutrauen, der doch kein Beust oder Schmerling sei, deren laxer Liberalismus alles zersetze, sondern der nur deshalb reformieren wolle, um zu erhalten! Nur Blinde oder Böswillige, aus Parteihaß Verblendete können dem Ministerpräsidenten solche Vorwürfe machen! (15. April).

Nachdem die N. A. Z. so die Bedenken gegen Reformen, die nur aus Konflikten, Streit und Gegensätzen herauswüchsen, zurückgewiesen, bemüht sie sich, ihren Getreuen das allgemeine direkte Wahlrecht plausibel zu machen. Mit (gespielter) Verwunderung konstatiert sie, daß gerade dieses Stimmrecht das größte Aufsehen erregt habe, während es doch in Preußen selbst schon bestehe mit dem einzigen Unterschiede, daß hier Beschränkungen wie indirekte Wahl und Dreiklassensystem vorhanden seien, denen aber die konservative Natur abgesprochen werden müsse, denn beide hätten sich als Hindernis erwiesen für die Konservativen, sich eine genügende Vertretung zu schaffen; sie führen vielmehr, da der Schwerpunkt der Wahlen in die Hände des Geldkapitals gelegt sei, zu den „seltsamsten Ergebnissen“ in Stadt und Land.²⁾

Natürlich läßt sich die N. A. Z. auch die Begründung des Antrags nicht entgehen und benutzt sie fleißig, um für ihre Zwecke Propaganda zu machen. Durchaus zustimmen muß man ihr, wenn sie hervorhebt, daß von der Wahl zu einem Parlament, das die Nation als Ganzes vertreten und zur Begründung der Verfassung mitwirken solle, nicht direkt oder indirekt eine Klasse der Bevölkerung ausgeschlossen werden dürfe. Es liege auch im konservativen Interesse, einen Vorwand zu neuen Agitationen abzuschneiden. Ebenso würden durch das allgemeine Wahlrecht die persönlichen Einflüsse aufgehoben und neutralisiert. In allen großen und einfachen Fragen treffe das Volk in der Regel das Rechte; ohne Grund nenne man nicht vox populi vox dei (25. April). Vom Austritt Österreichs sagt die N. A. Z. kein Wort; sie „beweist“ dem Rivalen im Gegenteil die Vorteile, die er aus der Teilnahme am Parlamente ziehen könne; es werde nur an Kraft gewinnen, wenn auch die versteckten Intrigen an den

¹⁾ N. A. Z. 13., 18. und 21. April.

²⁾ 17. und 22. April.

deutschen Höfen von nun an unterbleiben müßten (28. April). Als das wichtigste Element, das zugleich den Ernst des Antrags bezeuge, hebt sie die Forderung des festen Termins hervor — wesentlich zur Abwehr der Angriffe der ungläubigen nord- und süddeutschen Presse.

Possierlich ist es, wie die Kreuzzeitung ihre Not zu erkennen gibt. Zwar haben auch wir, meint sie, eine Reform des Bundes seit Jahren für notwendig gehalten¹⁾, aber Bismarcks Vorschlag können wir nicht verstehen. Da die Zeitung aber großes Vertrauen „zu der politischen Schwungkraft und Einsicht“ des jetzigen Kabinetts hat und dessen bisherige Verdienste um das Vaterland zu schätzen weiß, so will sie nicht kurzweg aburteilen in einer so schwierigen Sache; sie wünscht und bittet vielmehr, „daß dem Lande — zumal den Konservativen — soweit möglich, Aufklärung gegeben werde über diesen Schritt der Regierung, der sonst vielleicht gerade treue Freunde irre machen möchte“ (11. April).

Am nächsten Tage schweigt sich die N. P. Z. in allen Sprachen aus; am 13. April bringt sie einen Artikel der Provinzial-Korr. über die Reform; am 14. endlich naht der Retter, wahrscheinlich in Gestalt Wagners, der im folgenden Jahre, im konstituierenden Reichstag, der begeisterte Vertreter des allgemeinen Stimmrechts war. Und nun folgt eine lange Artikelserie fast den ganzen Monat April hindurch²⁾; man ersieht daraus, wie hoch die Regierung die Hilfe der Konservativen einschätzte, wie schwer es ihr aber auch wurde, ihnen einen neuen Gedanken einzupflanzen, denn bisher hatte die Masse der Partei von den Forderungen Bismarcks gar keinen klaren Begriff, waren diese Worte für sie nur ein Greuel, wie etwa Trennung von Staat und Kirche u. ä. — Es ist natürlich unmöglich, den Inhalt der Aufsätze irgendwie erschöpfend wiederzugeben; nur der Kern kann herausgeschält werden.

Man muß dem Verfasser zugeben, daß er sein Thema ausgiebig behandelt und es im Hinblick auf seinen Zweck richtig angreift. Er stellt die Frage dahin: haben die preußischen Vorschläge Aussicht, bei richtiger Behandlung ein günstiges Resultat zu ergeben, und bewegen sie sich auf derjenigen Grundlage, die eine monarchische und konservative Regierung nie verlassen darf?

Zunächst faßt der Autor die Konservativen bei ihrer Ehre, indem er betont, daß eine große und einsichtige Partei den Gedanken eines deutschen Parlaments nicht lediglich deshalb verabscheuen dürfe, weil ihr der Name nicht gefalle oder sie den Beigeschmack des Parlamentarismus — eine in Preußen damals ganz besonders große Sorge — damit verbinde. Mit einer Hindeutung auf die bisherige Haltung der Regierung, die gewiß nicht den Verdacht erwecken könne, als

¹⁾ Vgl. zu dieser kühnen Behauptung Nirrnheim 552.

²⁾ Ich habe besonders die Artikel der N. P. Z. vom 14., 15., 18., (19., 20.) und 27. April bei den folgenden Ausführungen im Auge, doch rühren nicht alle von Wagner her.

neige sie zum „konstitutionellen Schematismus und Parlamentarismus“, wird die Bemerkung verbunden, die manchem nicht lieb in den Ohren klingen mochte, daß dies Ministerium sich von absolutistischen Illusionen durchaus fern halten wolle. Vielmehr vertrete es die Anschauung, daß die Staaten der Gegenwart einer Volksvertretung nicht entbehren könnten, und daß es daher die Hauptaufgabe einer konservativen Regierung sei, „eine wirkliche, alles revolutionären Beiwerks entkleidete Vertretung nicht einer einzelnen privilegierten Klasse, sondern des gesamten Volkes zu schaffen“.

Diese Grundsätze, so argumentiert der Artikel weiter, gelten wie für Preußen, so auch für Deutschland, daher es Unsinn sei, für jenes die Notwendigkeit eines verfassungsmäßigen Königtums festzuhalten, für dieses aber den Plan einer deutschen Volksvertretung als „revolutionäre Maßregel“ zu verwerfen.

Nachdem der erste Aufsatz die Konservativen so von dem Schrecken eines Parlaments überhaupt befreit hatte, widmete der zweite sich der Aufgabe, der Volksvertretung die zuge dachte Stellung und Kompetenz zuzuweisen. Von einem konstituierenden oder auch nur mitkonstituierenden Parlamente — wie wohl manche Parteigänger Bismarcks, die noch in den Anschauungen der Gerlach, Stahl usw. lebten, in Erinnerung an 1789 und 1848 befürchteten — könne natürlich gar keine Rede sein, da der preußische Entwurf die Befugnisse der Volksvertretung und die ihr zu machenden Vorlagen von vorheriger Übereinstimmung der Regierungen abhängig mache. . .

Das berechnete Einheitsbedürfnis des Volkes muß endlich seine Befriedigung finden, so erklärt der Verfasser weiter, je mehr aber die Fürsten freiwillig dem Verlangen der Nation entgegenkommen, umso mehr wird auch ihre Partikulargewalt geschont werden. Die Besorgnis aber ist gänzlich grundlos, daß schon die Existenz eines Parlamentes die Souveränität der Einzelfürsten beeinträchtigen könne; nach 1848 ist eher das Gegenteil erreicht worden, nämlich eine Steigerung und Schärfung des Partikular-Bewußtseins. Aus all diesen Argumenten wird die Schlußfolgerung gezogen, daß nur diejenigen, die eine absolutistische Regierung zurückersehnen, das deutsche Parlament als Greuel ansehen müssen, während alle jene, die auf dem Boden des gegenwärtigen Staates stehen, es ebenso gut akzeptieren können wie das preußische.

Weitere Darlegungen beschäftigen sich mit dem vorgeschlagenen allgemeinen und direkten Wahlrecht, das auch nicht die vollkommenste Form sei, um daraus eine Volksvertretung zu schaffen, dem vielmehr ein auf ständischer Grundlage beruhendes System vorgezogen werden müsse. Aber diese Stände sind nicht da, folglich können sie auch keine geeignete Basis abgeben. Es fragt sich also für Preußen nur, ob das eigene oder das vorgeschlagene neue Wahlrecht besser sei, und darüber kann füglich kein Zweifel sein. Das preußische Wahlsystem ist nichts weiter als die „Repräsentation des

Geldkapitals mit dem lügenerischen Schein, daß es die Vertretung des ganzen Volkes wäre. Es ist nichts als die Herstellung einer modernen Geldaristokratie. . .“

Diesem „traurigen System“ gegenüber sei das allgemeine Wahlrecht ein wirklicher Fortschritt, „das Einzige, was Logik und Prinzip enthält“. Es müssen, um Minoritätswahlen von 11 % wie in Preußen zu verhindern, Mittel gefunden werden, um das Wahlrecht der Masse wertvoll und, wenn möglich, zur Wahlpflicht zu machen, evtl. könne auch die Institution von Regierungskandidaten eingeführt werden (27. April). Außerdem aber könne es nach den Erfahrungen der Geschichte kaum zweifelhaft sein, daß das vorgeschlagene System „bei richtiger Handhabung“ (!) — wie in Frankreich — wesentlich konservativer und monarchischer sei als das privilegierte Wahlrecht einer bevorzugten Minorität, was dann noch weiter ausgeführt wird.

Diese Erläuterungen trugen schnell Früchte, denn schon am 19. April erklärte sich „ein preußischer Konservativer“ gegen das indirekte System, am folgenden Tage für das allgemeine Stimmrecht, aber mit beschränktem passiven Wahlrecht; ähnlich am 10. Mai ein Graf B. G. R.

Offenbar ist es wieder der ursprüngliche Artikelschreiber, der am 27. April den Lesern der N. P. Z. die mehr praktischen Gründe für das Parlament auseinander setzt. Dieses sei an sich schon eine Konzession an die kleineren Staaten, ein Mittel für sie, sich der Bedeutungslosigkeit und Abhängigkeit zu entziehen und eine „relative Ebenbürtigkeit und Selbständigkeit zu gewinnen und zu behaupten“. ¹⁾ Für Preußen dagegen bedeute es „Desavouierung aller, Preußen imputierten Annexions- und Eroberungsgelüste (?) mit Garantie der Ebenbürtigkeit und Selbständigkeit mit den kleineren deutschen Staaten; Versicherung des berechtigten deutschen Partikularismus“.

Wie bei der Kriegsfrage, so stört auch jetzt wieder Gerlach die einheitliche Stellungnahme der Konservativen für Bismarcks Pläne. Er hatte mehr als ein Jahr vorher ²⁾ eine Reform des Bundes auf der Grundlage der bestehenden Bundesverfassung gefordert, nach den realen Machtverhältnissen — ein Ausdruck, der bei ihm wie Ironie klingt. Jedenfalls aber hielt er an seiner Theorie fest und wandte sich gegen die Errichtung von Phantasiebauten wie 1848, 49 und 50. Er und seine näheren Gesinnungsgenossen, wie der lange Kleist, der ihm einen verzweifelten Brief schrieb, mußten natürlich entsetzt sein angesichts der Bismarckschen Vorschläge; als politischer Bankrott erschien ihm das allgemeine Stimmrecht, statt lebendiger Rechtsverhältnisse, politischer Gedanken und konkreter Persönlichkeiten nur

¹⁾ Darauf weist auch die N. A. Z. am 14. Mai hin und droht, Preußen werde die selbst gezogenen Grenzen überschreiten.

²⁾ N. P. Z. 28. Januar 65. — Der Artikel über die Bundesreform ist auch abgedruckt im Bismarck-Jb. 4, 175—85.

Ziffern und Additionsexempel! Gerlach will Deutschland nicht schlechthin für bankrutt erklären; er verlangt aber, daß man es tue, wenn es so weit sei. Das Dreiklassensystem opfert auch er ohne Bedauern, aber mit Entrüstung und Verwunderung fragt er, ob denn wirklich alle „soliden politischen Substanzen Deutschlands — Adel, Stände, Obrigkeiten, Korporationen aller Art — ihre politische Nullität“ dargetan hätten, ob denn die Fürsten, die doch die Ernennung der Mitglieder der ersten Kammern vollzögen, nicht beachtet zu werden brauchten bei einem Parlamente, wo ganz Deutschland zu Worte kommen solle? Wenn dies nichts weiter mehr sei als eine Kopfzahl, „die selbst für den Wert der edleren Tiere kein genügender Maßstab ist (!) — wir sagen dies alles nicht“, fügt der Ritter von der heiligen Allianz vorsichtig hinzu — dann bleibt keine andere Organisation als die des Krieges der politischen Parteien als solcher übrig und an dieses edle vaterländische Werk ist dann ungesäumt Hand anzulegen.

Wir wollen zunächst, ehe wir auf die abweichende Gasamthaltung der beiden konservativen Zeitungen eingehen, die Äußerungen Gerlachs betrachten und dabei ganz davon absehen, daß seine Sprache sich von der seiner verhaßten Feinde, der „Revolutionäre“, in Ton und Vergleichen — man denke an die oben angeführte Parallele der Menschen mit den edleren Tieren! — kaum noch unterscheidet. Wir können und müssen uns einer Kritik des allgemeinen direkten Wahlrechts enthalten, da sich in den Vorschlägen von 1866 das Wort „geheim“ nicht fand und somit die Ergebnisse des heutigen Systems nicht für jenen Entwurf in Anspruch genommen werden dürfen. Es handelt sich hier also nur um das deutsche Parlament und um eine teilweise Erneuerung des Reichswahlrechts von 1848/49.

Am meisten berechtigt war ohne Zweifel seine Frage, wo denn die Vertretung der Fürsten bliebe. Gleichviel, ob er damit nun auf die Schaffung einer ersten Kammer hindeuten wollte, von der in dem Reformantrage nichts gesagt war, oder ob er vielleicht übersah, daß die Vertretung der Regierungen, wie sie im Bundestage bestand, in irgendeiner Weise beibehalten werden sollte, jedenfalls regte er damit eine wichtige staatsrechtliche Frage an, die merkwürdigerweise in der Diskussion, soweit ich sehe, überhaupt nicht berührt wurde.

Aber im ganzen dürfen wir uns wohl dem Urteile Andrae-Romans anschließen, der in einem Briefe vom 24. Mai 1866 über seinen Parteigenossen Gerlach schreibt: „Bei allen Klagen über die verkehrten Wege der Unseren kein Wort davon, was denn nun getan werden solle“.¹⁾ Eine schlimmere Charakteristik für einen Politiker gibt es nicht.

Beschäftigen wir uns lieber, statt mit dem seltsamen Frondeur, mit der Haltung der beiden konservativen Blätter selbst. Da fällt sofort

¹⁾ Petersdorff S. 376.

ein großer Unterschied auf. Während die N. A. Z. sich alsbald der Verteidigung der Bundesreform mit großem Eifer widmet, ist die Kreuztg. zu Tode erschrocken über eine solche Ketzerei; aus ihrem Schweigen schon erkennt man am besten ihr Entsetzen. Vor allem aber die in ihrer Unschuld so rührende Frage: wer gibt uns eine Erklärung für dies sonderbare Vorgehen Bismarcks, dem wir so etwas gar nicht zugetraut haben? — zeigt deutlich, daß ihr eine solche Maßregel alles andere als konservativ erschien. Aber dann folgte auch sie dem *mot d'ordre* des Ministers, und nun stimmt sie mit der N. A. Z. im wesentlichen überein. Doch kommen auch Rückfälle vor, wie am 28. April, wo die N. P. Z. als den Zweck des Parlaments die Aufgabe bezeichnet, „den deutschen Parlamentarismus mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, d. h. ihn reden zu lassen, aber sich nicht daran zu kehren“. Im allgemeinen indessen stellen beide den Antrag hin als im höchsten Grade konservativ, genau wie die von Savigny verlesene Begründung es getan. Dann widmet sich besonders die Kreuztg., die die größere Verbreitung hatte, der Verteidigung, ja der Belobung der Reform; sie weist unter heftigen Angriffen auf das Dreiklassen-Wahlssystem nach, daß das allgemeine Wahlrecht den Konservativen viel günstiger sein werde; besonders die Anregung der Wahlpflicht ist hier zu beachten, aber auch der Wink mit „der richtigen Handhabung“ darf nicht übersehen werden; beim Lesen dieser Worte mochte sich gar mancher Konservative bei der Erinnerung an die guten Resultate Napoleons ins Fäustchen lachen und heimlich über die Opposition spotten, die womöglich schon an die Auferstehung einer neuen liberalen Aera glaubte. Wirklich bedeutungsvoll aber ist vor allem die Tatsache, daß sich die konservative Partei mit der Verteidigung der Bismarckschen Reformpläne, wenigstens in ihrer großen Mehrheit, auf den Boden der Konstitution stellte, ihren absolutistischen Gelüsten entsagte und aus der engen Burg des preußischen Partikularismus hinter ihrem Führer her ins weite freie Feld hinaustrat, auf dem der Kampf um die deutsche Einheit ausgefochten wurde.

Wir müssen bei der Beurteilung der N. A. Z. und der N. P. Z. nicht nur in Betracht ziehen, was sie sagten, sondern ebenso sehr das, was sie verschwiegen. Da war von Österreich nur ganz selten, fast schüchtern die Rede; den Mittelstaaten wurde bedeutend mehr Aufmerksamkeit geschenkt, wie wir oben bei Empfehlung der Reform in der Kreuztg. gesehen haben. Über beide Punkte spricht sich sehr viel offener die Berliner Revue (II 89) aus, aber doch wohl zu voreilig. Sie lobt Bismarcks geniales Spiel, Österreich von dem Hauptfaktor der Kleinstaaten, von Bayern zu isolieren, dessen junger König Ludwig II. notorisch sehr ehrgeizig sei. Die B. R. hält offenbar Bayern schon für gewonnen. Daraus erkennt man, daß sie gute Informationen besaß, denn diese Meinung wurde im Auswärtigen Amt zeitweise geteilt; es zeigt sich auch darin, daß sie den Austritt Preußens aus dem Bunde ankündigt für den Fall, daß in Frankfurt nichts

zustande komme. Dann aber seien die Kleinstaaten verloren — „und sie wissen es!“ — Österreich aber werde spätestens Anfang Juli, nachdem es Venetien an Florenz zu einem mäßigen Preise verkauft habe, den Krieg beginnen um die Suprematie in Deutschland. Das aber werde *finis Austriae* sein.

Gleich aufrichtiges Lob wie von der B. R. erhält Bismarck für sein Angebot an Bayern von den Preußischen Jahrbüchern, aber sonst sind sie vom Reformplan durchaus nicht entzückt.¹⁾ Der suffrage universel erinnert sie zu sehr an die Prinzipien des Napoleonismus und mag in Paris gefallen haben; in Deutschland will niemand solch genialen Sprünge folgen, da die Erinnerung an die letzten vier Jahre preußischer Verwaltung nicht im Augenblick geschwunden. Schließlich werde ja die Ansicht durchdringen, daß man auf die Gabe, nicht auf den Geber zu sehen habe, meinen die Jb., aber der Ruf nach einem deutschen Parlamente müsse wie ein Sturmwind durchs Land dahinfahren und zur Unterstützung des Volkes Zwangsmittel angewendet werden gegen renitente Regierungen. Da aber all dies nicht zu erreichen, so habe Bismarck keine Macht, seine Idee zur Ausführung zu bringen. Die deutsche Frage ist nach Ansicht der Pr. Jb. mit den Regierungen nicht zu lösen; sie ist eine Volksfrage und zu ihrer Lösung außer Entschlossenheit und diplomatischem Geschick noch das Zutrauen der Nation erforderlich, das Bismarck nicht besitze²⁾; für ihn dürfte es daher wohl zu spät sein, auf den Wegen und mit den Mitteln Cavours Politik zu machen. Die Pr. Jb. wollen schon damit zufrieden sein, wenn die Reformpläne Preußens Stellung nur in der schleswig-holsteinischen Sache verbessern. Schließlich meinen sie, der Antrag könne zur Ausgleichung des eigentlichen Streitobjekts beitragen, falls in Wien die Staatsraison über den Hochmut siege.

Knüpfen wir hieran gleich die Darlegung von Treitschkes Ansicht. Er ist erfreut, daß Preußen in den Tagen der Not wieder einmal im nationalen Geiste gehandelt habe und daß die erste Konsequenz des Antrages die Abrechnung mit Österreich sei. Trotzdem ist auch Treitschke nicht voll befriedigt; zu plötzlich trat ihm der Gedanke der deutschen Einheit „aus dem Dunkel unter das un[vor]bereitete Volk heraus“. Die letzten Schritte Bismarcks haben ihm nur aufs neue die alten Schwächen seiner Politik, ein geringes Verständnis für die sittlichen Kräfte des Völkerlebens, aufgezeigt, die allerdings durch die Verirrung der öffentlichen Meinung in den vergangenen Jahren befördert worden sei. Nichtsdestoweniger will Treitschke jetzt, wo der Kampf um die Macht anbricht, rasch die Hand des Gebers ergreifen; daß die Gabe ehrlich gemeint, ersehe jeder am besten aus der Haltung der partikularistischen Höfe, die, erschreckt durch die

¹⁾ s. S. 188. S. u. den Abschnitt Bismarck.

²⁾ Ähnlich Weser-Z. S. 6967. Ihr Mißtrauen gegen Bismarck zeigt sich am 10. und 14. April.

bedrohlichen preußischen Pläne, sich erst jetzt Österreich angeschlossen hätten. So willigt Treitschke ein, die Bundesreform zu unterstützen, aber er fordert dagegen Herstellung des Landesrechts in Preußen, ohne die es nie gelingen werde, dem deutschen Volke die Überzeugung vom Ernst des Antrags beizubringen.

Diese Haltung der Pr. Jb. und der Altliberalen entspricht durchaus der gehegten Erwartung. Sie standen zwar der Regierung unter allen Organen und Parteien der Opposition am nächsten, aber sie hatten doch noch in der letzten programmatischen Kundgebung von 1862 die Forderung des Bundesstaates im weiteren Bunde mit parlamentarischer Vertretung aufgestellt; sie hatten diese Überzeugung stets offen und aufrichtig vertreten. Nun aber kam ihre Annahme fast einer Ablehnung gleich. Offenbar war es die Art, wie Bismarck mit seinem Plane vor die Öffentlichkeit getreten, die die Partei verdroß. Ihr hohes sittliches Bewußtsein mußte aufs tiefste von dieser plötzlichen Umkehr des leitenden Ministers verletzt werden; die größte politische Idee des Jahrhunderts erschien ihr, wie Treitschke sich ausdrückte, fast wie ein Fechterstreich in einem Turnier. Darum stimmen auch alle Kritiken von Bismarcks Persönlichkeit in dieser Zeit darin überein, daß er nur ein geringes Verständnis für die sittlichen Kräfte, für die Macht der Idee habe. Trotz alledem wollen die Pr. Jb. sich für den Antrag einsetzen — ohne Freude, ohne Begeisterung und wohl auch ohne viele Hoffnung.

Dieselben Gründe gelten auch für die National-Z., aber sie führen sie zur Ablehnung, zu Hohn und Spott. Gewiß hat die N.-Z. nicht leichtfertig diesen Standpunkt eingenommen, aber sittliche Empörung erfaßt sie, vielleicht gar Ekel vor dem anscheinend so wetterwendischen Ministerpräsidenten. Im März war die N.-Z. besorgt, daß die geplante Bundesreform den Streit zwischen Österreich und Preußen nur erschweren würde, jetzt aber (11. April) atmet sie erleichtert auf, da der Antrag nichts weiter bedeute, als daß sich die Regierungen über Vorlagen verständigen sollen, die dem Parlamente zu machen wären. Überraschung und Heißspornigkeit seien demnach nicht zu befürchten.

Die N.-Z. geht am nächsten Tage (12. April) auf den Antrag selbst ein, den sie für reif für den Papierkorb erklärt. Sie setzt mit ihrer Opposition an dem Punkte ein, der dem Premier am unangenehmsten sein mußte. Welcher konstitutionelle Minister soll denn, so fragt sie, wenn wirklich das Wunder gelingt, ein Parlament zusammenzubringen, den Hauptstaat Preußen vertreten? Etwa Bismarck, Eulenburg, Lippe? — Mögen die Herren ihre Tätigkeit in ihrem engeren Vaterlande probieren, wo schon eine Verfassung vorhanden ist! . . . Nach den bisherigen Verfassungstheorien des preußischen Ministeriums sei eine deutsche Volksvertretung eine sehr überflüssige Schöpfung. — Die N.-Z. nennt den Antrag noch nicht direkt einen Schachzug, aber sie meint, Bismarck suche beim Parlamente Hilfe gegen das, „was er

als Beeinträchtigung Preußens durch die andere Großmacht bezeichnet, und gegen die laue Aufnahme, die sein Appell bei den kleineren Kabinetten gefunden hat.“ Die N.-Z. hält offenbar den Reformplan überhaupt nicht für Ernst; derjenige setze sich dem Gelächter aus, der große Erwartungen hege. Wäre der Antrag von einer populären Regierung gestellt worden, er hätte wie ein elektrischer Funke nicht nur ganz Deutschland, sondern auch Europa durchflogen. Auch hier taucht wieder der feste Glaube an die Macht der liberalen Gedanken auf, der zwar noch von manchen nichtpreußischen Blättern, z. B. von der „Presse“ genährt wurde, der aber in jenem Stadium der Entwicklung ganz sicher eitel war; das übrige Deutschland sah in der preußischen Bevölkerung nur noch eine ländergierige Masse, die, jeder Freiheit bar, auch alle anderen in Abhängigkeit bringen wollte.

Die Haltung der N.-Z. ändert sich kaum mit dem Wandel der Zeit; den Wirkungskreis des Parlaments, wie er im Mai bekannt wurde, den Österreich und die Mittelstaaten viel zu ausgedehnt fanden, nennt sie vom liberalen Standpunkte aus dürftig; sie spottet aber darüber, daß die Süddeutschen von Wien bessere Vorschläge erwarten (29. Mai). Es scheint also, als ob die N.-Z. wenigstens jetzt vom Ernst der Bismarckschen Vorschläge einigermaßen überzeugt sei. — Wie zu erwarten, protestiert sie dagegen, daß die Reform der deutschen Zustände auf dem Pariser Kongreß verhandelt werde.¹⁾

Im ganzen also eine sehr klare Stellungnahme der N.-Z.; der Antrag ist zuerst ziemlich unannehmbar, dann aber läßt sie sich eine ganz kleine Lücke offen, durch die sie die dargebotene Hand gerade noch ergreifen kann; Vertrauen jedoch hat sie zu der ganzen Sache nicht.

Argwöhnisch ist auch die Kölnische Z. Obgleich sie sehr früh Mitteilungen über die preußischen Pläne gebracht hatte, ist sie nun doch von dem Reformvorschlag sehr überrascht. Ihre Ansicht tritt nicht recht deutlich hervor. Das Eine ist sicher, daß sie den Antrag eine Zeitlang lediglich für das letzte Rettungsmittel des Ministeriums Bismarck hält²⁾; da sie aber dessen Sturz wünscht, wie wir im vorigen Abschnitt gesehen, so lehnt sie zeitweilig die Reform gänzlich ab oder fordert doch eine freisinnige Regierung zu ihrer Durchführung. Die K. Z. glaubt zunächst (11. April) nicht, daß eine Einigung der Regierungen zustande kommt. Eine gleichzeitige Korrespondenz aus Berlin mahnt die deutschen Regierungen zu schneller Verständigung, um einer Krisis vorzubeugen, die „die Existenz des Bundes in Frage stellen würde“. Dieser Satz läßt den offiziellen Charakter der Mitteilung vermuten. — Eine weitere, aber wohl private Korrespondenz aus der Hauptstadt (12. April) kann sich den schroffen Widerspruch zwischen der eben noch mit Österreich gemeinsam pro-

¹⁾ N. Z. 31. Mai (s. u. Abschnitt Bismarck); ebenso K. Z. 28. Mai.

²⁾ Das gibt sie der N. P. Z. auf ihre Bitte um Aufklärung zur Antwort, 12. April.

klamierten Bekämpfung der „Revolution“ und dem in Frankfurt gestellten Antrag nicht anders erklären als mit der Hoffnung Bismarcks, durch „richtige Handhabung“, wie sich der Artikelschreiber der Kreuzztg. ausdrückte, das Ergebnis der allgemeinen direkten Wahlen zu beeinflussen. Die K. Z. hält dies aber bei der von Frankreich gänzlich verschiedenen Organisation Deutschlands für unmöglich. Vielleicht aber liege des Rätsels Lösung in der Vermutung der N. P. Z., daß der Antrag gar keine Aussicht auf Annahme habe, sondern nur eine Diversion sein solle mit dem Nebenzweck, mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts die im Bürgertume wurzelnde liberale Opposition zu bewältigen. Wenn dies der Fall sei, so müsse ein doppeltes Wahlrecht (im Bunde und in Preußen) unstatthaft genannt werden, und natürlich habe das beschränkte dem unbeschränkten zu weichen. Der Korrespondent war ein sehr großer Optimist!

Die „Kölnerin“ setzt von vornherein nicht solch abweisendes Gesicht auf wie die N.-Z.; sie möchte wohl die Reform akzeptieren, aber Bismarck soll abtreten; denn habe es auch nichts Unwahrscheinliches und Befremdendes mehr, wenn er sich mit liberalen Männern umgäbe, so müsse er doch wohl bei aller geistigen Begabung an seiner Vergangenheit scheitern. Wie lange werde der König ihn noch *va banque* spielen lassen?¹⁾ Um den deutschen Volksgeist zu gewinnen und den Erfolg der Bewegung zu sichern, ist die Einsetzung einer freisinnigen Regierung unbedingtes Erfordernis. Da der Berliner Hof dies nicht einzusehen scheine, so müsse man sich dort aufs Scheitern der Reform und vermehrten Preußenhaß gefaßt machen.²⁾

Die K. Z. zeichnet sich dadurch vor anderen Blättern aus, daß sie sich — wohl unter dem allerdings oft überschätzten Einflusse des Preßbureaus, aber auch, weil sie im Reformvorschlag ein Mittel sieht, den Krieg zu verhindern — sehr oft und eingehend mit ihm beschäftigt. So noch Anfang Juni.³⁾ Sie bedauert zwar, daß von einer erschöpfenden Bundesreform keine Rede ist, offenbar, weil Preußen um des Frieden willen auf die Schaffung einer neuen Reichsgewalt verzichten wolle; aber die preußischen Vorschläge enthalten doch so viele praktische Fortschritte, daß das Herz der K. Z. zur Annahme neigt. Sie setzt das auseinander für den Zollverein und für die militärische Neuorganisation Deutschlands, von der sie zugleich eine Beilegung des Konflikts erhofft.

Wir haben gesehen, wie sich die N. P. Z. bemühte, den Mittelstaaten die Vorzüge des preußischen Vorschlags klar zu machen. Derselben Aufgabe widmet sich auch die K. Z., aber unter völliger (viel-

¹⁾ K. Z. 23. April 66. Guten Humor verrät sie, wenn sie Radowitzens Ausspruch „Union mit allen, mit vielen oder mit wenigen“ für Bismarck ergänzt: „oder mit gar keinem“!

²⁾ 24. April und 6. Mai.

³⁾ 3. und 4. Juni, trotzdem sie am 10. Mai die Reform als gescheitert betrachtet hatte.



leicht absichtlicher?) Verkennung des Zwecks der Bismarckschen Bundesreform. Sie dachte selbst noch Anfang Juni nicht nur nicht daran, Österreich aus dem werdenden Staate auszuschließen — sie betrachtete vielmehr die Pläne ihrer Regierung direkt unter dem Gesichtspunkte: wie wird sich die Hofburg dazu stellen? Sehr erbaut war die K. Z. nicht von dem Eintritt von 6 Millionen fremder Elemente, die noch dazu nicht zum deutschen Volke gehören wollten; aber sie nahm das schließlich als unabänderliches Fatum hin. Trotzdem sie den Eintritt Österreichs in den Zollverein fürchtete, wollte sie ihn doch gewähren, aber sie betrachtete ihn auch als vollständiges Äquivalent für Preußens militärischen Oberbefehl im deutschen Norden.

Die K. Z. erklärte offen, daß sie den Mittelstaaten nimmermehr so weit entgegenkommen würde wie die Bismarckschen Vorschläge, durch die Preußen, falls die Vertretung am Bunde unverändert bliebe, ein großes Opfer auf sich nähme; doch willigte sie auch in diesen „nützlichen, wenn auch unwillkommenen Kompromiß“, um einen kolossalen und entsetzlichen Krieg zu verhindern. Aber sie erklärt, Preußen habe seine Stellung nur verschlechtert durch diesen Antrag, der an sich „wichtiger und preisenswerter sei als irgendeine Tat eines preußischen Ministers seit 1850“; das Regierungssystem indessen habe selbst verschuldet, daß die Vorschläge fast spurlos und wirkungslos am deutschen Volke vorübergegangen seien, ja daß sie nur den Haß aller kleineren Regierungen und den Zorn der Partikularisten verdoppelt und so die äußere Sicherheit Preußens geschädigt hätten. Daher verlangt die „Kölnerin“ schleunige Beseitigung des Verfassungstreites; wäre die Regierung dazu nicht schon an jenem 11. Apriltage (sic) entschlossen gewesen, so sei der Antrag ein großer Fehler!

Die Haltung der K. Z. ist von der der Pr. Jb. doch schon sehr verschieden. Sie möchte anfangs Bismarck aus dem Antrag einen Strick drehen und ein liberales Ministerium an seine Stelle setzen. Sie will aber vor allem von einer Ausscheidung Österreichs mittels der preußischen Vorschläge nichts wissen, weil sie den Krieg daraus hervorgehen sieht; ja sie tut noch mehr: sie bietet der Hofburg direkt den Eintritt in den Zollverein an zum Ausgleich für den an Preußen zu überlassenden Oberbefehl in Norddeutschland. Demgegenüber hatte Treitschke gerade aufs Allerschärfste betont, daß der Austritt Österreichs unerläßlich wäre, da es niemals dem Zollverein und damit auch nicht dem Parlamente angehören könnte. Der Ursprung der Verschiedenheit liegt in der Haltung gegenüber dem Kriege: die K. Z. wollte ihn um jeden Preis verhindern, die Pr. Jb. stellten ihn als unvermeidlich hin.

Angesichts dieser tief gehenden Differenzen will es wenig besagen, daß auch gemeinsame Anschauungen vorhanden sind; im ganzen schwankt die K. Z. zu sehr zwischen dem Wunsche nach Bismarcks Entlassung und dem nach Verwirklichung seiner Vorschläge nicht durch ihn selbst, sondern durch ein freisinniges Ministerium. Die

Pr. Jb. sind darin staatsmännischer, daß sie nur die verhaßtesten Minister (Eulenburg und Lippe) beseitigt wissen, Bismarck und Roon aber halten wollen. Darin allerdings stimmen doch beide (auch mit der N. Z.) wieder überein, daß sie einem Reformantrage, der von den Liberalen ausgegangen wäre, sicheren Erfolg verkündeten.

Über die Vossische, die Magdeburgische und die Schlesische Ztg. ist nichts wesentlich Neues zu sagen. Sie sind alle sehr verwundert über die plötzliche Wandlung Bismarcks, aber sie nehmen schließlich das Geschenk mit einer gewissen Resignation an, ohne daß das alte Mißtrauen ganz schwindet: zwischen ihnen und ihrem siegenden Gegner steht trennend der innere Konflikt, und ihn zu beseitigen, ist das ständige Bemühen vor allem der Voss. Z.¹⁾ Sobald die Regierung wieder das volle Vertrauen des Landes besitze, werde sie mit Schleswig-Holstein sowie mit Österreich und seinem Anhang ohne große Schwierigkeiten fertig werden. Überaus charakteristisch für die Voss. Z. ist zugleich wieder der Haß auf die rivalisierende Großmacht. Möge man Bismarcks Beruf zum Reformator Deutschlands noch so sehr bezweifeln — Österreich könne eine solche Tat überhaupt nicht mehr vollbringen, selbst wenn die vorzüglichsten Männer an seiner Spitze stünden; diese Beobachtung könne nur dem entgegen, der nicht sehen wolle. Klar erkennt und deutlich spricht die Voss. Z. es aus, daß es sich bei jeder Umgestaltung Deutschlands um die Hegemonie Preußens, mithin um die Beseitigung Österreichs aus diesem Deutschland handle. Ganz ähnliche Töne wie die Voss. schlägt auch die Schles. Z. an, die zwar im März noch behauptet, sich kein Deutschland ohne Österreich vorstellen zu können, die sich aber schon bald nach Einbringung des Reformantrags (13. April) zu der Ansicht bekehrt, daß die Hofburg nur in ein entferntes Bundes-, nicht in ein eigentliches Staatsverhältnis zu Preußen-Deutschland treten könne. Ganz wie die inspirierten Blätter droht die Schles. Z. (5. Mai) für den Fall der Ablehnung der Vorlage durch die Regierungen mit dem direkten Appell an das deutsche Volk, ja selbst mit dem Schwerte des Siegers. Lächelnd weist die Zeitung die beliebte Fabel vom verflossenen „friedlichen Halbjahrhundert“ zurück und warnt den Grafen Beust ob seines trotzigigen Spiels. Sie empfindet auch sofort deutlich, welch entscheidende Wendung in Bismarcks Politik mit dem Reformantrage, der Loslösung von jedem Partikularismus, eingetreten ist; darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß ihre Haltung im April und Mai so gänzlich von der im März verschieden ist; sie gesteht selbst, sie sei beglückt von dieser Politik, durch die Österreich schon vor Ausbruch des Krieges geschlagen sei (14. Juni). — Völlig einig sind sich alle drei Blätter, sowohl die Voss. wie die Magd. und die Schles. — diese aber mit einer ge-

¹⁾ Voss. 11., 13., 19. und 20. April, 17. Mai; Magd. 16. März, ca. 11. April; Schles. 15., 16., 17. März, 11. und 13. April. Müller 181f.

wissen Einschränkung — in dem Glauben, daß das deutsche Parlament den Frieden bedeute; der entscheidende Faktor bei ihrer Stellung zur Bundesreform ist sicher die Aussicht gewesen, dadurch den gefürchteten Krieg vermeiden zu können.¹⁾ Die liberalen preußischen Blätter sorgten sich nicht allzu viel um den Neubau Deutschlands; da in Preußen vor allem die Annexion Schleswig-Holsteins populär geworden war, schien ihnen dies einstweilen das wichtigere Ziel; hier liegt der fundamentale Unterschied in ihrer Haltung von der der übrigen liberalen Zeitungen.

Hochinteressant sind besonders die Äußerungen der Volks-Z. Sie hatte das Ministerium seit Jahren aufs heftigste bekämpft, und ihr war mit gleicher Münze heimgezahlt worden; sie hatte wohl nie ein Wort der Anerkennung für die Regierung gefunden; ihre Redakteure waren 1865 dafür von der N. A. Z. eine von Herrn Franz Duncker besoldete publizistische Gaunergesellschaft genannt worden.²⁾ Aber in dem Augenblick, wo die V. Z. die Nachricht vom Frankfurter Antrage erhielt, war alles vergessen; man merkt förmlich, wie ihr das Herz schwillt vor Freude; ein Tag der Lust war angebrochen, und kein Mißtrauen, kein Spott durfte ihn entweihen. Nicht nur, weil das Programm der Partei es verlangte, hatte die V. Z. in schweren Jahren für die Erinnerungen von 1848, für ein deutsches Parlament aus freier Volkswahl, gekämpft und gelitten; ihre feste Überzeugung war, daß nur dadurch die deutsche Einheit zu erreichen sei. Nun wurde ihr von fremder, von feindlicher Seite die Erfüllung ihrer glühendsten Wünsche angeboten; „eine heilige Sache“ war es, und darum griff sie mit eiliger Hand zu. Schon deshalb, weil sie glaubte, daß mit dem ersten Auftreten des Projektes jede Kriegsdrohung verstummen müßte — eine Tatsache, die dem Antrag einen Wert auch dann verliehe, wenn sich weitergehende Hoffnungen als vergeblich erweisen sollten. . . Aber die V. Z. hatte jetzt nicht solche pessimistischen Anwandlungen. Bismarck würde wohl nicht den Antrag gestellt haben, wenn er nicht die vollste Kraft zu seiner Durchführung hätte anwenden wollen; denn falls dies nicht seine Absicht, hätte die Regierung den allergrößten Fehler begangen, der in der jetzigen Situation überhaupt möglich wäre: Österreich würde Zeit gewinnen für seine Regeneration und der Bund inzwischen den Antrag bundestagsmäßig vertrödeln (12. April). — Auch gegenüber Napoleon hält sie die Berufung eines deutschen Parlaments für das einzige Mittel, die Neutralität Frankreichs zur Wahrheit zu machen, da es unter allen Umständen die Devise aufstellen werde: Keine Einmischung Frankreichs! (24. April). Damit gab die V. Z. Bismarcks geheimen Erwartungen recht.

Von der Kriegsfrage wendet die V. Z. sich am 13. April dem

¹⁾ Voss. 27. April, Schles. 14. und 20. April, Magd. Mitte Mai.

²⁾ Lukas S. 25.

eigentlichen Antrage zu, in dem sie natürlich nichts weniger als eine konservative Maßregel sieht; vielmehr hätte keine Partei einen demokratischeren Vorschlag machen können. Aber, fügt sie warnend und wohl auch fürchtend hinzu, dies ist Bismarcks letztes Experiment. Gelingen es — und das glaubt sie — so gelinge es für sie; mißlinge es, so mißlinge es nur für ihn. Es könne daher viel nützen und gar nichts schaden, wenn man den Minister unterstütze, nicht in blindem Vertrauen, sondern mit offenem Auge. Was sie damit meint, erkennen wir alsbald in der von ihr erhobenen Forderung der geheimen Wahl. Aber ihr „offenes Auge“ schweift weiter nach Norden und Osten, und es gewahrt die Schleswiger und die Bewohner derjenigen preußischen Provinzen, die nicht dem Bunde angehörten; wie soll es mit deren Wahlrecht stehen? Eine Frage, so wichtig, daß sie vor allem der Lösung bedarf. Die V. Z. erwartet davon ein Vorspiel diplomatischer Kämpfe in Frankfurt, da Preußen die Aufnahme jener Landesteile am Bundestage beantragen müsse, der so noch einmal mitten in die nationale Bewegung hineingerissen und doch zugleich vor sein offenes Grab gestellt werde durch die „außerordentlich demokratische Zumutung“, einen Termin für die Berufung des Parlaments festzulegen. Allerdings glaubt die V. Z., daß die Regierungen diesen Vorschlag ablehnen und einen genaueren Plan verlangen werden.¹⁾

Die V. Z. hofft offenbar, daß das Parlament sich als konstituierendes fühlen und erst nach gesetzlich geordneten und durchgeführten Bürgschaften der Freiheit die Verwirklichung der Einheit als seine Aufgabe betrachten und sie vollbringen werde! (19. April). — Die Konservativen hatten mit ihrer Befürchtung doch nicht so ganz unrecht; aber es ist sehr fraglich, ob viele die Erwartungen der V. Z. teilten. Jedenfalls aber schwingt sie sich jetzt unter dem erfrischenden Einflusse des Reformantrags zu dem Geständnis auf, daß das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner seine ganz bestimmten Grenzen an der deutsch-nationalen Pflicht habe (22. April).

Deutlich ist die große Veränderung, die mit der V. Z. vorgegangen, erkennbar. Sie ist plötzlich „vernünftig“ geworden, nicht nur relativ gegenüber den Auslassungen beim Wiener Frieden und nach Gastein, sondern auch absolut. Schon der Ton hat sich geändert. Die kleinlichen Nörgeleien haben aufgehört; eine gewisse Großzügigkeit ist an ihre Stelle getreten. Die V. Z. findet sogar Worte der Anerkennung, wenn auch leise und vorsichtig; einigermaßen dämmert es auch bei

¹⁾ V. Z. 17. April, vorher 15. April. Sehr unklar ist der Satz: „Die wahre Aufgabe unserer Zeit ist, zunächst die Lage der Dinge ganz zu überschauen und dann den Weg zum rechten Ziele in großer Gemeinsamkeit, die durch die ganze große Nation geht, einzuschlagen, damit nicht aus einem Plan der Verlegenheit ein Plan des Genies werde.“ Daraus geht nur hervor, daß sie Bismarcks Antrag für seine letzte Zuflucht hält: wie aber will sie die Umwandlung des Plans der Verlegenheit in einen des Genies verhindern?

ihr auf, daß Bismarck doch wohl mehr als der verhaßte preußische Junker ohne Gewissen sei. — Ebensowenig wie die Köln., die Magd. oder die Voss. Z. interpretierte sie den Antrag vollkommen richtig: an einen Ausgleich mit Österreich glaubte auch sie noch. Aber anderseits verhielt sich die V. Z. doch nicht vollkommen passiv dem Antrage gegenüber; ihre Forderung der geheimen Wahl, an sich nur natürlich bei dem anders gearteten preußischen Wahlrecht, ihre Fragen nach der Teilnahme Schlesiens und der östlichen Provinzen Preußens am deutschen Parlamente sind Gedanken, die Beachtung verdienen, da besonders der zweite Wunsch, im Interesse Preußens erhoben, m. W. in der ganzen Diskussion nicht wieder erörtert wurde. Vor allem aber überrascht die fast herzliche Aufnahme, die die preußischen Vorschläge fanden; wir werden noch sehen, daß die Haltung der süd-deutschen demokratischen Blätter ganz davon absticht.

Zunächst aber müssen wir uns noch mit dem „Sozialdemokraten“ beschäftigen, der sehr skeptisch gesinnt ist schon beim ersten Auftauchen der Nachricht von der geplanten Bundesreform, dem „tot geborenen Kind ihrer (der N. A. Z.) Laune“. Auch der S. D. erhebt sofort die Forderung nach geheimer Abstimmung, ohne die das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht „ein großer Schwindel“ sei, da sonst nur die Konservativen einen Vorteil davon hätten (13. April). Wie ersichtlich erlaubte sich die Redaktion selbst einen kleinen Schwindel, indem sie das Wörtchen „gleich“ hineinschmuggelte; aber das will nicht viel besagen: der S. D. hält die ganze Sache wenigstens eine Zeitlang nicht für Ernst; er gebraucht Ausdrücke wie „fabel- und mythenhaft“ und vermutet, daß es sich gar nicht um eine gesetzgebende, sondern nur um eine Versammlung mit beratender Stimme handle. Seine Argumentation hat dabei den Wortlaut des Bismarckschen Antrags unzweifelhaft für sich, da darin nichts über die gesetzgebende Gewalt des Parlaments gesagt war (15. April). Trotzdem will der S.-D., gleich der Rheinischen Ztg., die Waffe, die ihm der Gegner in die Hand drückt, nicht zurückweisen (13. April), aber im ganzen beschäftigt er sich auffallend wenig mit der Bundesreform; sein Ideal war doch nicht auf dem vorgeschlagenen Wege zu erreichen.

Der Kladderadatsch bleibt seiner Schalksnatur getreu; er nimmt Abschied vom Leser (15. April). „Seit bald 20 Jahren sind wir uns bewußt, für die Heiterkeit in Deutschland nach Kräften gewirkt zu haben. Unzählige Konkurrenzen sind erstanden und — verschwunden. Alle humoristischen Blätter Deutschlands — mit Ausnahme der Fliegenden — haben sich unserer Formen bemächtigt; manche leben von dem Inhalt unserer älteren Jahrgänge. Der Kreis unserer Leser ist in stetem Wachsen begriffen; und dennoch, dennoch müssen wir — Abschied von ihnen nehmen! Ein harter Schlag hat uns getroffen! Unsere Vernichtung ist ausgesprochen! Die „opinion nationale“ sagt:

Das Ministerium Bismarck appelliert an die deutsche Nation und stützt sich auf das Volk!

Hahahaha! Wer lacht da?

Ganz Europa und die angrenzenden Weltteile!

Einer derartigen Konkurrenz sind wir nicht gewachsen.

Kladderadatsch.“

Wir werden auch dieser Auffassung noch häufiger begegnen.

Während der Kladd. sich über Bismarcks Antrag herzlich belustigt, ist Gustav Freytag in den Grenzboten sehr verdrossen; er weiß sich aus der Geschichte keinen Vers zu machen. Aber die Grzb. plädieren, trotzdem sie 1863 behauptet hatten, die preußische Regierung werde auch mit dem freisinnigsten Programm scheitern¹⁾, doch für Annahme, da diese neueste Wendung für die Nation auch dann von Wert sei, wenn die Reform unausgeführt bleibe, weil jeder sich mit ihr auseinander setzen müsse. Auf jeden Fall werde das Projekt, zu dem Bismarck „in übel verdeckter Not“ gegriffen, ein gewaltiges Agitationsmittel für die liberale Partei sein. Freytag fordert weiter die innigste Verbindung aller Bundeslande — unter Ausschluß Österreichs — mit Preußen, aber er will keines von ihnen enger daran fesseln, um nicht das brüderliche Anrecht auf die übrigen leichtfertig in Frage zu stellen. M. a. W.: er will keine Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen, sondern einen Bundesstaat (mit unitarischen Tendenzen?), in dem den Herzogtümern dieselbe Rolle wie den andern Staaten zugedacht ist.²⁾

Recht sehr bedauern die Grzb., daß die Mittelstaaten, selbst Schwerin und Hannover, durch den Antrag ins feindliche Lager getrieben worden sind. Bismarck habe sich in seiner Erwartung getäuscht, einen Umschwung der öffentlichen Meinung herbeiführen zu können; damit sei der Glaube an seine Fähigkeit, eine wirkliche Reform der deutschen Verhältnisse durchzuführen, nicht gestiegen. Freytag hält nicht nur die Terminbestimmung für ein unwirksames Mittel, sondern auch Zeit und Personen für ungeeignet, eine Neuorganisation Deutschlands zu beraten.³⁾ Aber trotzdem glauben die Grzb. die angebotene Grundlage, auf der eine Versöhnung zwischen den Interessen der Regierungen und der deutschen Nation möglich sei, auch aus der Hand Bismarcks annehmen zu können; sie weisen wie Treitschke, wie die K. Z. und die N. P. Z. auf die große Schonung hin, die den Mittelstaaten angedeihen soll; sie erwarten von der Zukunft keine solche Rücksichtnahme wieder.

Die Grzb. nehmen Stellung an der Seite der Pr. Jb. Sie wollen die Reform nicht ablehnen, machen sich aber keine großen Hoffnungen und knüpfen vor allen Dingen ihre besonderen Wünsche daran; eine

¹⁾ Nirrnheim S. 558.

²⁾ Grzb. 66 II 157 f.; weiterhin 318 f. und 324.

³⁾ Vgl. seine Forderungen im vorigen Abschnitt S. 102.

ziemlich abfällige Kritik wird, wie wir in dem betreffenden Abschnitt sehen werden, Bismarck zuteil, wesentlich aus denselben Gründen wie bei den genannten Organen der altliberalen Partei.

Kühler noch als die Grzb. stehen die hamburgischen Blätter und die Kieler Z. der Bismarckschen Bundesreform gegenüber. Große Erwartungen hegen auch diejenigen nicht, die die Annahme empfehlen: Eine frostige Luft weht uns aus allen Äußerungen entgegen; sie steigert sich nicht zu der schneidenden Schärfe der süddeutsch-mittelstaatlichen Presse, aber Unbehagen weckt auch sie. Es bereitete sich ein ähnlicher Umschwung vor, wie er im Süden im Laufe des Jahres 1864 eingetreten war: eine entschiedene Abwendung von Preußen als Folge von dessen innerer Politik. Selbst das Fremdenblatt, das sich um der deutschen Einheit willen so freudig für Bismarcks Politik einzusetzen bereit war, verhielt sich jetzt sehr abweisend. Es erinnerte an die Zustände in Preußen, an die bisherige eifervolle Bekämpfung und Beschimpfung der Forderung von Parlament und allgemeinem Stimmrecht durch die Feudalen; es meinte, beides wäre als eine Notwendigkeit, als die letzte Rettung Deutschlands, vom Grafen Bismarck zugestanden und anerkannt worden. Im übrigen könnten nun die österreichischen Offiziösen ihren preußischen Kollegen den Vorwurf zurückgeben, daß ihr Staat mit der „Revolution“ im Bunde stünde¹⁾, wenn nicht andere Order erteilt würde.

Das Frdbl. hält den Bundestag für das geeignete Terrain zum Rückzug. Preußen habe kein zweites Olmütz erlebt, aber die beiden Starken seien mutig einen Schritt zurückgewichen.²⁾ Die Zeitung will nur dann an den Ernst des Antrags glauben, wenn gleichzeitig ein Parlamentsheer beantragt werde³⁾, sonst werde es von der künftigen Versammlung heißen:

„Es kamen aus allen Gauen
Die Professoren zumal
Und hielten gar lange Reden
Zu ihrer Hörer Qual.
Sie waren stark nach unten
Und stark „nach oben“ zugleich,
Und machten für drei Taler täglich
Ein deutsches Kaiserreich.“

¹⁾ Der Aufforderung des Frdbl. entsprach das Wiener „Vaterland“. — Ähnlich ist der Corr. 13. April 66 sehr verwundert über diese „cäsarisch-demokratische Auffassung“.

²⁾ 14. April. Das Frdbl. bringt in der ganzen Krisis nur zwei Artikel, in denen natürlich eine erschöpfende Kritik nicht gegeben werden konnte oder sollte. Wir müssen daher die „Federzeichnungen“ (Lokalbesprechungen v. Ziegelsdorff) zu Hilfe nehmen. 15. April und 6. Mai). S. Obst S. 91.

³⁾ Ebenso der Marrsche „Beobachter an der Elbe“, 12., 14., 26. April und 3. Mai, der sich nicht immer gleich ausspricht, aber doch das Scheitern des Planes, der höchstens im Frieden gelingen könne (26. April), voraus-

Und aus der Berliner Montagszeitung zitiert das Fremdenblatt die Apostrophe an Bismarck:

„Du willst ein deutsches Parlament uns machen
Mit deinem Schöpferhauch?
Wenn's Spaß wär, müßten wir darüber lachen,
Und wenn es Ernst wär . . . auch!“ —

Nicht von vornherein ablehnen wollen die Hbg. Nachr. den Antrag, aber sie sind sehr zurückhaltend. Eine Berliner Mitteilung erklärt sein Erscheinen gerade durch seine Aussichtslosigkeit am Bunde und durch die Hoffnung, mittelst des allgemeinen Wahlrechts die im Bürgertume wurzelnde liberale Opposition zu bekämpfen, was freilich sehr gewagt sei. Der Korrespondent fürchtete anscheinend, daß die Stimmen, einem Vorschlage des konservativen Volksvereins in Königsberg entsprechend, eingesammelt werden würden, um eine bessere Gewähr für das Gelingen des Planes zu bieten; auch solche Unwahrscheinlichkeiten müsse man ja gegenwärtig in Betracht ziehen (12. April).

Erst am 24. April beginnen in den H. N. selbständige Artikel über die Reform¹⁾ zu erscheinen, die sich einigermaßen skeptisch aussprechen. Der Antrag werde trotz seinen populären Stichwörtern mehr befremdet als begeistert haben. Der Parlamentarismus befinde sich z. Z. in so kläglichem Schwächezustande, seine Geltung sei so minimal — der Verfasser weist dabei auf Preußen, Österreich, Kurhessen, Darmstadt, Nassau und (natürlich!) Mecklenburg hin — daß eine deutsche Volksvertretung gerade jetzt am wenigsten darauf rechnen könne, aus eigener Kraft die uneinigen Regierungen zur Einigung zu zwingen. Wenn die H. N. also auch zunächst nicht an einen positiven Erfolg glauben, so wollen sie doch den Vorschlägen nicht entgegenreten, um nicht „die Voraussetzungen künftiger Erfolge zu verkümmern“. Sie scheinen also doch der Zukunft zu vertrauen.

Wie nun — und das war wohl die berechtigteste aller Fragen, die an die Berliner Regierung gerichtet werden konnten —, wenn die deutschen Staaten sich nicht einigen?²⁾ Zuerst glauben die H. N. an einen allgemeinen Wirrwarr, aber dann meinen (und hoffen) sie, daß Preußen sich sofort zurückziehen werde, wenn kein Erfolg zu

gesagt: „Ein Parlament ohne Parlamentsarmee, die Redseligkeit unter dem Konstablertum, wahrlich wir möchten ausrufen: *riseum teneatis amici!* Der Gedanke mag genial gewesen sein, es fehlt ihm — das Material zur Ausführung.“ Der Beob. verlangt Mediatisierung der Kleinstaaten gegen Entschädigung; erwähnenswert ist noch die Aufforderung an die Arbeiter zur Bildung eines Arbeiter-Zentralwahlkomitees (8. Mai).

¹⁾ und den Krieg — wohl von demselben Verf. Die nachstehenden Angaben vor allem aus Aufsätzen vom 24., 28. April und 1. Mai 66.

²⁾ Ebenso viele Zeitungen, darunter der H. Corr. (12. April) in einem Berliner Brief, dessen Verf. — ebenso wie der Soc.-Dem. — nur ein Parlament mit beratender Stimme erwartet.

erzielen. Sie tadeln das herrische Auftreten der preußischen Diplomatie, der die Fähigkeit zu verhandeln, verloren gegangen, die Gewohnheit zu befehlen, geblieben zu sein scheine. Gerade diese Äußerungen lassen die Autorschaft eines Senatsmitgliedes vermuten.

Wie die Grzb. halten auch die H. N. die Terminbestimmung als Garantie des Gelingens der Reform für wertlos. Preußen solle vielmehr so rasch wie möglich mit annehmbaren, praktisch ausführbaren Vorschlägen hervortreten, aber keine Verfassung darbieten, die Österreich aus Deutschland hinauswerfe, was an und für sich wünschenswert, aber augenblicklich nicht, und höchstens durch moralische Eroberungen, zu erreichen sei. Da aber auch der Verfasser von der Notwendigkeit einer Neuordnung der deutschen Verhältnisse überzeugt ist, so verlangt er von Preußen einen Entwurf, „der die innerhalb des Föderalismus erreichbaren Garantien der Einheit und Freiheit Deutschlands zu voller Geltung“ bringe, die Forderung einer Zentralgewalt enthalte, die jedem deutschen Staate einen Anteil, aber nach der wirklichen Macht bemessen, vergönne, und der vor allem dem in der Nation lebenden Einheitswillen in einem ehrlich verbürgten Parlament ein voll berechtigtes Organ“ gewährleiste; keine Macht in Deutschland vermöge solche Bundesreform zu hintertreiben oder zu durchkreuzen.

Wie ersichtlich, sind diese Wünsche im wesentlichen die gleichen, die Bismarck selbst durchzusetzen hoffte, mit alleiniger Ausnahme indessen des Ausschlusses der Präsidialmacht, der von den H. N. nicht empfohlen wurde, um den Krieg zu vermeiden. Freilich zustimmend sind die Äußerungen des späteren Bismarck-Blattes auch nicht; es erkennt die Unumgänglichkeit einer Reform und beteiligt sich deshalb an positiven Vorschlägen, ohne sich doch genau über die künftige Stellung der Einzelstaaten zueinander auszusprechen. Von einem glatten Eingehen auf die Pläne des preußischen Ministerpräsidenten kann jedenfalls keine Rede sein.

Ebensowenig beim Hamburgischen Correspondenten, der schon im März die Bundesreform den ersten Faden eines nach Wien hin verzweigten Gespinnstes nennt, weil die Zeitung nicht an den Krieg glaubt und jenen Plan für ein Mittel hält, ihn zu verhindern.¹⁾ Als dann der Antrag in Frankfurt eingebracht worden war, bezeichnet ihn der Corr. als „eine herkulische Aufgabe“, deren Lösung a limine scheitern könne.²⁾ Er sieht in ihm eine Diversion, einen Ableiter, der möglicher Weise die Blicke auf Höheres als Annexionsversuche und Kompensationsforderungen lenke. Preußen wolle die öffentliche Meinung gewinnen, deren Wert es zu erkennen beginne, und dies sei

¹⁾ Corr. 16. März. S. auch 17. März 66.

²⁾ 11. April. Am 13. April redet Runkel von Gerüchten in der konservativen Partei in Preußen, denen zufolge bei einer im Kriegsfall ev. eintretenden Auflösung des Abg.-Hauses, die Oktroyierung dieses Wahlgesetzes stattfinden würde.

eine große Genugtuung. Auf den Antrag selbst eingehend, meint der Corr.¹⁾, daß direkte oder indirekte Wahl ganz gleich, vielmehr die Hauptsache sei, daß und welchen Anteil das deutsche Volk an der Leitung seiner Geschicke erlange. In dieser Beziehung bedeute der Antrag, der nur eine Vertretung der Nation mit beratender Stimme vorschläge, eine Form ohne jeden positiven Inhalt, von der es zudem zweifelhaft sei, ob sie ihn jemals erhalten werde. Obgleich sich daher der Corr. nicht für Bismarcks Plan erwärmen kann, der wohl auch auf Nichtzustandekommen berechnet sei, will er ihn doch annehmen, weil er eine Handhabe biete, diesen Inhalt zu erobern. Nie aber werde das künftige Parlament Bismarcks egoistische Absichten auf Schleswig-Holstein unterstützen. Preußen werde dann noch gerade so wenig berufen sein wie heute, Deutschlands Führung zu übernehmen. Ehe das geschehen könne, müssen Preußen und Deutschland noch viele Prüfungen durchmachen, besonders aber Selbsterkenntnis erwerben. Ein Verehrer des Machtkultus könne nie der Messias des deutschen Volkes werden.

Also auch hier Annahme des Antrages, aber in bewußtem Gegensatz zu Bismarck. Der Corr. will sich auf den Boden der Vorschläge stellen, aber sofort zum Angriff vorgehen. Das Mißtrauen gegen Spender und Gabe erscheint nicht direkt und scharf ausgesprochen, aber umso mehr durchdringt es alle Äußerungen. Auch ist die Bekämpfung der preußischen „Ländersucht“ in diesem Zusammenhange bemerkenswert; vielleicht stellte sich der Verfasser in dem verheißenen Parlamente das würdige Pendant zum Bundestage vor, mit dem gemeinsam es allen gerechten Forderungen Preußens Widerstand leisten würde. Dann wäre der Teufel von Beelzebub ausgetrieben worden!

Gedenken wir noch kurz der Vollständigkeit halber der „Reform“, die sich indessen trotz ihrer demokratischen Tendenz mit dem Antrag nur wenig beschäftigt. Erst muß Preußen im eigenen Hause Ordnung schaffen, meint sie bei den ersten Nachrichten über die geplante Bundesreform und dabei bleibt sie auch.²⁾ Nur eine gründliche Umkehr vom dynastischen Interesse zur deutschen Volkspolitik kann den preußischen Vorschlägen die Unterstützung der Nation verschaffen. Sie erinnert an das Versprechen, das Friedrich Wilhelm III. 1813 gegeben, und zieht die entsprechenden Folgerungen für die Gegenwart daraus. In den Holzschnitten, die die Ref. bringt, verspottet sie die ganze Angelegenheit mehr oder minder geistreich. Das Blatt war durch den Krieg viel zu sehr beängstigt, als daß es sich

¹⁾ Corr. 19. April 66. Der Aufsatz ist von einem um diese Zeit neben Runkel neu auftauchenden Leitartikler verfaßt, der mit H. unterzeichnete.

²⁾ Ref. 14. März und 16. April. Ferner 11. April, 16. und 28. Mai 66. Die Haltung der Hamb. Z. ist aus den Artikeln vom 11., 17., 23., 25., 28. und 30. April ersichtlich. Sie glaubt an eine Beseitigung der norddeutschen Volksvertretungen und Einführung ritterschaftlicher und ständischer Vertretungen.

lange mit einem so phantastischen Plan abgeben konnte; eben dasselbe gilt von der Kieler Zeitung, die die preußische Selbstverblendung nicht begreift, die vom Parlamente eine Stärkung der eigenen Stellung erwarte; eher können die Dinge eine Bismarck feindliche Wendung annehmen, wenn nicht überhaupt schon am Mißtrauen allein die ganze Sache scheitere. Die *captatio benevolentiae*, die in der Überlassung des Militärbefehls im Süden an Bayern liege, sei höchst gefährlich.¹⁾ Die Kieler Z. nahm ebensowenig wie die gesinnungsverwandte N. V. W. und die Rheinische Z. eine ablehnende Haltung ein; aber bald genug schweigt sie die Bundesreform tot; seit Gastein fand Preußen keine Gnade mehr vor ihren Augen.

Freudigkeit oder Begeisterung für die Reform haben wir in der ganzen norddeutschen Presse, der liberal-demokratischen sowohl wie der konservativen mit Ausnahme der V. Z., nicht entdecken können; aber es weigerte sich hinwiederum auch fast kein Blatt, den preußischen Antrag anzunehmen, um das Gute darin jedes für seine Zwecke verwendbar zu machen. Das wird nun anders in den süddeutschen Zeitungen. Verwunderung und Mißtrauen erregten Bismarcks Vorschläge hier wie dort, aber beides steigerte sich schnell zu neuem Haß, der noch verstärkt wurde, als man erfuhr, welche Stellung den süddeutschen Staaten nach den Plänen des verhaßten Ministers zugedacht war. Die Erkenntnis, daß die Ausschließung Österreichs aus dem Bunde einer der Hauptzwecke der beantragten Reform war, verstärkte die heftige Abneigung gegen den Norden nur noch weiter; jetzt erst fühlten sich die Süddeutschen zu den Österreichern hingezogen, deren verwandtes Wesen sie ohnehin mehr ansprechen mußte als das preußische; aufrichtige Liebe war auch jetzt keineswegs vorhanden; starkes, aber mehr und mehr sich verbergendes Mißtrauen hielt Süddeutschland vor wirklicher innerer Verbrüderung mit dem Nachbarstaate zurück, wie sie nach dem Kriege die Versöhnung zwischen Norden und Süden erleichterte; gerade die Passivität der Wiener Politik enttäuschte viele, die von ihr Rettung vor dem „Zucht-hausstaat“ erwarteten.

Sofort, als im März 1866 Mitteilungen über die Vorbereitung eines Reformantrags an die Öffentlichkeit gelangten, begannen die süddeutschen Blätter den Kampf; allen voran die Neue Frankfurter Ztg., die heftigste Gegnerin Preußens.²⁾ Sie will jeden ernst gemeinten Vorschlag mit Freude und Anerkennung aufnehmen, wenn er von einem deutsch gesinnten Manne ausgehe, aber dem Grafen Bismarck werde

¹⁾ Kieler Z. 12., 13., 14., 15. und 22. April.

²⁾ Die N. P. Z. sagte von ihr, sie führe eine Sprache gegen Preußen, „wie sie nur unter entarteten Verbrechern vorzukommen pflegt“. Dabei bediente sich die N. P. Z. selbst häufig genug eines ganz widerwärtigen Tones. Übrigens brachte die N. F. Z. schon am 30. Januar 66 einen Spottartikel über Bismarcks Pläne, als es in der gesamten übrigen Presse noch ruhig war. Sie hatte also wohl die Glocken besonders früh läuten hören.

man, trotz dem jetzigen Elend, einfach ins Gesicht lachen. Er möge sich jedes Bemühen ersparen; aus seiner Hand werde die Nation keine Gabe annehmen. Er aber erweise durch solches Umhertasten nach Hilfs- und Auskunftsmitteln nur den völligen Bankrott „seiner abenteuernden und freiheitfeindlichen Politik“. ¹⁾ Als der Antrag wider Erwarten doch eingebracht wurde, lehnte die N. F. Z. ihn sofort glatt ab in einer ganzen Anzahl von Artikeln, die sich durch jene Gründlichkeit auszeichnen, die dem Blatte seit seiner Begründung eigen ist. ²⁾

Während manche Zeitungen, wie wir gesehen, den Antrag als das letzte Rettungsmittel Bismarcks bezeichnen, behauptet die N. F. Z., daß es noch nicht der letzte Verzweiflungssprung des preußischen Premiers sei, aber sie schließt doch wie jene, daß große Verlegenheiten vorhanden sein müssen, die zu diesem Entschlusse bewogen haben. Daß Bismarck es mit dem Antrag wirklich Ernst meinen könnte, kommt der N. F. Z. kaum in den Sinn. Dem Manne, der in seinem Vaterlande täglich die Verfassung verletze, der die Schleswiger mit der Zuchthausverordnung beschenke, ihm darf sie auch zu trauen, daß er dafür sorgen werde, jenen neuen Körper mit hinkenden Beinen und lahmen Armen auf die Welt kommen zu lassen. Sie meint, das deutsche Volk werde wohl gar nicht in die Verlegenheit geraten, über Annahme oder Ablehnung der Wahlen zum Bismarckschen Parlamente nachzudenken. Der Graf werde dereinst, das Jahr 1849 nachahmend, das Parlament mit Schimpf und Schande heim schicken, die preußischen Mitglieder abberufen, die nicht gehorchenden vor das Obertribunal des Grafen Lippe stellen, um sie als Landesverräter strafen zu lassen. Im übrigen aber handle es sich bei dem Vorschlag gar nicht um die Begründung der Freiheitsrechte der Nation, sondern nur um die politische Machterweiterung der hohenzollerischen Herrschaft und um die Ausdehnung der Militäreinrichtungen über Norddeutschland, wie durch die Bezugnahme auf das Rundschreiben vom 24. März 1866 genügend dargetan werde. Der Antrag sei einfach gleichbedeutend mit einer Frontveränderung in der schleswig-holsteinischen Frage, die nun in der deutschen aufgehe; er wolle die freisinnige Partei spalten ³⁾, die Arbeiter und das Ausland gewinnen — kurz, er sei ein schlaue berechneter Fechterhieb gegen Österreich, der aber pariert werden müsse. Mit einer einfachen Zurückweisung könne man nicht über die Schwierigkeiten hinwegkommen, bloße Verneinung sei zu verwerfen. Das Parlament, das Bismarck nur zum Scheine wünscht, müsse als Realität erstehen,

¹⁾ N. F. Z. 15. März 66. S. auch 22. März: Eine Bismarcksche Reform „wäre für die Sache Deutschlands wie für die der Freiheit eine Drohung, wenn sie nicht sofort zum Gegenstand des Spottes würde . . .“

²⁾ Im Nachstehenden sind vorzugsweise die Aufsätze vom 10., 11., 12., 13. und 16. April 66 benutzt (am 11. und 13. je zwei verschiedene). Vgl. auch Geschichte S. 125.

³⁾ Denselben Gedanken finden wir bereits am 8. Dez. 64 ausgesprochen.

ausgestattet mit wirklicher Macht. Die N. F. Z. will keine Mainlinie haben, keine diplomatische Vertretung nur des Nordens von Deutschland durch König Wilhelm, sondern eine Zentralbehörde für das gesamte Deutschland, der alle inneren und äußeren Angelegenheiten, soweit dies nottut, überwiesen werden sollen. Jene Zentralbehörde muß unter gleichmäßiger Mitwirkung aller Teile Deutschlands gebildet werden, ja nicht etwa aus der Regierung eines einzelnen Partikularstaates. Zugleich aber sieht die Zeitung hier die vortrefflichste Gelegenheit gegeben, um einer starken Verminderung, dann einer allmählichen Abschaffung der stehenden Heere das Wort zu reden. Sie hofft, daß dies die Hauptlösung der von Bismarck ins Leben gerufenen Bewegung sein werde.

Die N. F. Z. blieb bei diesen Forderungen — kluger Weise — nicht stehen. Sie sagte sich wohl selbst, daß von irgendwoher der Anstoß zur Schaffung der gewünschten Zentralbehörde kommen müsse, und sie übertrug diese Aufgabe naturgemäß Preußens Gegnern, Österreich und dem Bunde. Der Vorschlag, den sie machte, war nicht der schlechteste! Österreich muß Bismarck überbieten, „an Stelle der widerlichen Seifenblase etwas Kernhaftes und Inhaltvolles setzen“; es soll den Minister nicht mehr loslassen, sondern schnell zugreifen, ohne erst viel die Kleinstaaten zu fragen. Dann werde, falls Österreich sich der Nation aufrichtig zuwende, das Parlament die gerechte Wage halten zwischen Norden und Süden, und durch diese Einigung Deutschlands die Hofburg geschützt werden „gegen den Bismarckschen Versuch einer Erneuerung und Weiterführung der Ideen aus dem schlesischen Kriege“. Mit anderen Worten: Deutschland muß ein Parlament haben, aber ein wahres, nicht durch Herrn v. Bismarck, sondern — ihm zum Trotze!

Lag in dieser Aufforderung an das antinationale Österreich ganz sicher eine Verkenntung von dessen innerstem Wesen, so machte die N. F. Z. doch auf der anderen Seite eine überaus wichtige und richtige Beobachtung, die Erwähnung verdient. Sie fand und sagte es dem Bunde geradeheraus, daß für Preußen nur noch Einzelstaaten in Deutschland existierten, und daß es sich weder um sie noch um die Bundesakte mehr kümmern werde, sie nützten denn seinen Plänen. Dies ist in der Tat ein Blick tief ins Wesen des Bismarckschen Antrages hinein, eine Erkenntnis, die uns heute ganz natürlich und selbstverständlich erscheint, und die doch damals nur von wenigen gefunden, von den meisten höchstens dunkel gefühlt ward, ohne daß sie sich ihrer und ihrer Konsequenzen bewußt wurden.

Es scheint ein Widerspruch zu bestehen zwischen unserer Behauptung, daß die N. F. Z. die Bundesreform sofort abgelehnt habe, und ihren hier wiedergegebenen Darlegungen. Aber er klärt sich sofort, wenn man beachtet, daß die Zeitung in der Tat dem Bismarckschen Antrag ihre Zustimmung verweigerte, wohl aber seine Forderungen aufnahm, um sie, in bewußtem Gegensatze zu ihm, mit Österreichs

Hilfe durchzusetzen. Hätten die Wiener Diplomaten den Mut gehabt, mit ihrer ganzen Vergangenheit zu brechen, der Gegenwart das ihr zustehende Recht einzuräumen, hätten sie mit einigem Geschick die Aufforderung der N. F. Z. akzeptiert — selbst ohne die ernstliche Absicht zu hegen, eine Reform durchzuführen —, so wäre der Antrag weit mehr, als er es wirklich wurde, ein Schlag ins Wasser gewesen. In einem Augenblick hätte Österreich die noch zweifelnden Gemüter der Süddeutschen mit elementarer Wucht zu sich herüber gerissen: der preußische Fechterhieb wäre pariert gewesen, wenn auch an den realen Machtverhältnissen nichts geändert wurde.

Von irgendwelcher Anerkennung des preußischen Ministers ist naturgemäß nichts zu entdecken; man baute ihm nicht einmal goldene Brücken zum Rückzug. Die Verlegenheit, in die sich die N. F. Z. durch den Antrag versetzt sah — und die sich natürlich auch in anderen liberalen und demokratischen Blättern bemerkbar machte — zeigte sich auch in dem Versuch, den Streit auf ein immerhin fremdes Gebiet, die Militärverhältnisse, zu übertragen, um bei dieser Gelegenheit die Einführung der Miliz zu erreichen. Dagegen ist es schwer, etwas über die Bedeutung der deutschen Zentralbehörde zu sagen, da sich die Zeitung nicht deutlich genug darüber ausspricht; nur soviel geht hervor, daß sie zu einer neuen Knebelung Preußens dienen sollte.

Der Stuttgarter Beobachter verhält sich ziemlich ähnlich, aber es zeigen sich doch gewisse Unterschiede. Auch er macht natürlich die üblichen Redensarten über Rückzug Bismarcks usw. Es seien immer wunderliche Sprünge, die der Teufel mache, wenn er in einen Weikessel falle; aber possierlicher sei keiner als dieser Verzweflungssprung des edlen Grafen, der das gestern noch tief niedergeschlagene Deutschland zu einem einzigen Lachen gebracht habe.¹⁾ Und der Beob. fügt den schönen Spruch hinzu:

„Laß dich nicht vom Satan blenden,
Sieh nicht Blei für Silber an.“

Aber er ist froh, daß er Blei statt Blut und Eisen erhalten, doch hat er das Vorgefühl, als ob noch andere Zeichen kommen werden. So gewiß heute Bismarck in seiner Not ein Parlament verlange, so gewiß werde einst „von fürstlicher Seite der Ruf erschallen: konstituierendes Parlament!“ So lange will der Beob. noch warten; mit der jetzt vorgeschlagenen Volksvertretung ist ihm nicht gedient. Er will ein Parlament und natürlich allgemeine Volksbewaffnung. Dazu sollen die Mittelstaaten helfen, die nun ihrerseits gegen Bismarck einen Schachzug tun, d. h. ein Parlaments-Programm vorlegen müssen; wagen sie gar nichts, so verlieren sie das Spiel.

Der Beob. beschäftigt sich, seinem Charakter gemäß, besonders viel

¹⁾ B. 11. April. Eine Freude bereiten ihm auch die Bundestagsdiplomaten, die mit schwerem Herzen entschlummern und mit Seufzen erwachen. Weiterhin besonders B. v. 22. und 29. April und 6. Mai 66.

und eingehend mit der Volksvertretung; die Einheit Deutschlands aber kann sie nach seiner Überzeugung nur dann herbeiführen, wenn sie am Anfang oder am Ende einer Revolution stehe; doch sei hiervon vorläufig nicht die Rede. Der Beob. verspricht sich daher nichts von der Reform, ganz gleich, ob Österreich am Parlamente teilnehme oder nicht; diese zweite Möglichkeit lehnt er besonders scharf ab. Um einen nationalen Fortschritt herbeizuführen, empfiehlt er enge Verbindung der Mittel- und Kleinstaaten und Berufung eines Parlaments zur Vertretung ihrer Bevölkerungen.

Der Beob. lenkt also jetzt in die Bahnen der A. A. Z. ein, er fordert eine Dreiteilung Deutschlands. Auf den ersten Blick mag dies wunderlich erscheinen, denn die demokratische Partei hatte sich immer gegen diesen Gedanken gewehrt; konsequent war dieser Schritt zum Föderalismus doch. Denn kaum ein Blatt haßte beide Großstaaten so mächtig wie der Beob.; beide waren seine natürlichen Gegner; von beiden erwartete er nichts Gutes für Freiheit und Einheit des Vaterlandes, so wie er sie auffaßte. Welcher Weg blieb ihm offen, wenn er sich über seine Lage klar wurde? Doch nur der, den er schließlich gegangen und auf den schon so viele Äußerungen vorher hinielten. In dieser Hinsicht war der Beob. sicher konsequenter als die N. F. Z., die den letzten Schritt nicht tat; aber dafür war sie klüger. Sie wußte, daß von den Kleinstaaten, allein oder in Verbindung miteinander, nichts zu erhoffen war; nur der Kaiser konnte helfen; seine Macht mußte man, wenn irgend möglich, für die eigenen Zwecke nutzbar machen. Die anonymen Mitteilungen aus Wien werden ihr Teil beigetragen haben zu einer solchen Auffassung der N. F. Z.; auf den Beob. wirkte wohl als Gegenkraft das Mißtrauen gegen die volksfeindliche Hofburg, das nicht schwächer gewesen zu sein scheint als der Haß auf Preußen, dessen König das Blatt nun als gekrönten Umsturzmänn, als Catilina hinstellen konnte (6. Mai). Der Unterschied von der N. F. Z. war also doch recht bedeutend; er zeigte sich, wie wir gesehen, nicht nur in der stereotypen Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung, der das Frankfurter Blatt die Einführung der Miliz zur Seite stellen konnte, sondern vor allem in dem anderen Verhalten gegen Österreich und in der daraus folgenden Empfehlung der durch ein Parlament ergänzten Trias seitens des Beobachters.

In die schwierigste Lage geriet der Schwäbische Merkur. Er hatte am längsten unter den süddeutschen Blättern für die Erfüllung eines Teils der preußischen Ansprüche gekämpft; schließlich allerdings hatte die partikularistische Gesinnung doch wieder die Oberhand gewonnen; das Blatt war mehr und mehr in eine Reihe mit dem Beob. und der N. F. Z. gerückt, blieb aber stets das gemäßigtste unter ihnen. Nun aber kamen die Nachrichten von der beabsichtigten Bundesreform; sie mußten den Merkur, der das freiheitliche Banner stets mit Ernst und Aufrichtigkeit getragen, aufs tiefste verletzen.

Ihn beschlich die Vermutung, Herr v. Bismarck wolle am Ende außer Twesten und Genossen auch die Gervinus, Zachariä, Mohl, Brater, Metz u. a. wegen ihrer Reden im Parlamente vor den Richter bringen; — immer wieder sehen wir, wie gerade der Obertribunalbeschuß verletzend und haßvermehrend auf die Überzeugung aller Deutschen eingewirkt hatte! — Der Berliner Korrespondent des Sch. M. verspottet Bismarck, der dem Volke zumute, sich für seinen Verlegenheitscoup zu interessieren.¹⁾

Noch vor Jahr und Tag hätte der Antrag in den Mittelstaaten Norddeutschlands viel Glück gehabt, jetzt soll er nach Ansicht des Merkurs nur den Rückzug verdecken und die Aufmerksamkeit ablenken. Das Blatt weist auf die s. E. eigentümliche Logik hin, die darin liege, daß die deutsche Frage vor den Bund gebracht, die schleswig-holsteinische, die doch nur ein Teil jener, ängstlich vor ihm gehütet werde. Der Sch. M. hält aber die Revision der Bundesverfassung bei der Rivalität der Großmächte für aussichtslos; jedenfalls müsse erst eine friedliche Verständigung zwischen beiden, wenn überhaupt möglich, hergestellt werden, ehe die Neugestaltung Deutschlands, d. h. die Schaffung einer Zentralgewalt, verwirklicht werden könne. Anderenfalls sei der Antrag ein Angriff auf Österreichs Stellung in Deutschland und scheitere daher schon am Widerstande der Hofburg.

Aber auch der Merkur setzt sich zur Wehre. Er merkt, daß Bismarck die Bundesstaaten, die am Kriege gegen Österreich nicht teilnehmen wollen, durch seinen Antrag in eine Lage zu bringen beabsichtige, worin sie mitkämpfen müßten. Um diesen Zweck zu erreichen, biete er der Bevölkerung den Köder des Parlaments und des allgemeinen direkten Wahlrechts, Worte von großem Inhalt, durch die die Übelstände der österreichischen Reformvorschläge von 1863 beseitigt würden. Aber trotz dieser Verbesserung, die das Problem im Sinne der Gegenwart und Zukunft löse, sei doch Vorsicht vonnöten, um nicht kopfüber in die Netze des preußischen Vogelstellers zu fallen; die Süddeutschen, die nicht die Murrköpfe seien, für die man sie halte, hätten gelernt, genau zu besehen, was, warum und von wem ihnen etwas geboten werde . . .

Der Sch. M. hofft darum — denn der letzte Satz ist natürlich gleichbedeutend mit Ablehnung — auf einen Prinzipienwechsel oder doch den Sturz Bismarcks in der Zwischenzeit, die er in seinem Antrage in Aussicht stelle; dadurch werde die ganze Lage in Deutschland, Kriegsaussichten sowohl wie Reformpläne, verändert werden.

Ganz klar sehen wir, daß der Merkur an einen Ausschluß Österreichs absolut nicht denkt; anscheinend gefällt ihm dessen Reformplan vom Frankfurter Fürstentag in Verbindung mit den preußischen

¹⁾ Sch. M. 15. März, weiterhin vor allem 20. März, 6., 11., 12., 15., 20. April 66 und Elben S. 99ff. (Der Aufsatz vom 15. April ist von Rommel).

Verbesserungen sehr gut, doch empfiehlt er dieses mixtum compositum nicht geradezu und kommt auch nicht darauf zurück.

Wie der Merkur richtig gefunden hatte, daß Bismarck die deutschen Staaten in den Krieg hineinziehen wollte durch seinen Antrag, so entdeckte Rommel auch dessen Absicht, durch einen „Versuch mit der Demokratie“ die Verwirrung der politischen Diskussion herbeizuführen.

Lenz vermutet richtig, daß Preußens Minister sich wohl mehr hierauf beschränkt als die Hoffnung geteilt habe, nun gleich die ganze öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Jedenfalls zeigt dieser Abschnitt, daß Bismarcks weitergehende Erwartungen, wenn er sie wirklich ernstlich gehegt hat, nicht in Erfüllung gingen.

Es ist nur natürlich, daß ein in Württemberg erscheinendes Blatt der Rolle des größeren Nachbarstaates besondere Aufmerksamkeit schenkte. Der Merkur glaubt, daß Bayern beim Entwurf des preußischen Reformvorschlags in Mitwissenschaft oder doch in Mitleidschaft gezogen worden sei — eine Vermutung, die bis zu einem gewissen Grade ihre Berechtigung hatte. Selbstverständlich aber bekämpft der Sch. M. jede Vorherrschaft Bayerns in Süddeutschland; eine Trias mit der Hegemonie der Wittelsbacher werde immer ein Traum bleiben. Die Ereignisse der folgenden Jahre bis zur Gründung des Reiches gaben der Zeitung vollkommen Recht.

Also auch das dritte der von uns betrachteten süddeutschen Blätter lehnte den Reformvorschlag ab, nicht mit Worten eifervollen Zornes, sondern mit ruhiger Gelassenheit, aus kaltem Mißtrauen gegen den Geber, aber ohne wirkliche positive Gegenvorschläge zu machen. Fast dieselbe Stellung nahmen — wieder mit Ausnahme der H. P. Bl. — die katholisch-großdeutschen Zeitungen ein, die daher kürzer abgetan werden können. Sehr zurückhaltend äußern sich vor allem die Kölnischen Blätter, die erst acht Tage nach Einbringung des Antrages in Frankfurt das Wort ergreifen — vorher machen sie nur ganz kurze Bemerkungen — und aus der A. A. Z., wie wir gleich sehen werden, ein Gefühl eskamotieren, das sie angeblich gehabt. Sie behaupten nämlich, eine Empfindung verspürt zu haben, wie etwa beim Lesen der Anzeige eines Arztes, worin er neue Patienten sucht, da er seine alten glücklich auf den Friedhof befördert habe. Aber trotzdem nun eine gute Woche verflossen, seitdem der „politische Offensivstoß“ geschehen war, gelangen die K. Bl. immer noch zu keiner anderen Meinung als der: wir müssen abwarten, mit welchen positiven Vorschlägen Preußen hervortreten wird; demgemäß wenden sie sich auch gegen die Festsetzung des Termins für die Einberufung der Volksvertretung. Sie scheinen also Parlament und allgemeines, direktes Wahlrecht nicht für positive Vorschläge gehalten zu haben.¹⁾ Freilich die Behauptung der Zeidlerschen Korrespondenz, der N. A. Z.

¹⁾ K. Bl. 18. April, ferner 15. April, 2. und 3. Mai 66.

und auch der Begründung des Reformprojekts, daß es dem „konservativen Prinzip“ entspreche, ruft nur Staunen und Kopfschütteln bei den K. Bl., aber auch bei ihrer feindlichen Nachbarin, der K. Z. (12. April) hervor. Diese Besorgnis also empfinden sie nicht, als sie schließlich auch ihrerseits den Plan sanft ablehnen, da er nicht gezündet habe. Eine durchschlagende Wirkung hätte nur der Antrag auf Berufung eines konstituierenden deutschen Parlaments gehabt¹⁾, aber der würde von keiner Regierung gestellt werden, da er die Herrschaft der Demokratie bedeute, die ihren Sieg heute umsichtiger und besser ausnützen werde als 1848.²⁾

Schwerer ist es, die Meinung der Augsburger Allgemeinen Zeitung zu erkennen, da die Korrespondenten aus den verschiedenen Teilen Deutschlands naturgemäß nicht die gleichen Ansichten hegen. So will ein Artikel vom 12. April, der indessen vor Bekanntwerden des Textes des Antrags geschrieben wurde, die Vorschläge Bismarcks ablehnen, weil er doch keinen Entwurf vorlegen werde, der die Notwendigkeit der Zustimmung des Parlaments zum Budget, zu Gesetzen und Verwaltungsmaßregeln, zu Heereseinrichtungen usw. enthalte. Bismarck werde vor allen Dingen das Übergewicht in Deutschland verlangen. Nicht nur deshalb, sondern auch um dem liberalen Preußen in seinem Verfassungskampfe zu Hilfe zu kommen, müsse man die Pläne verwerfen, was ganz gut durchzusetzen sei, „denn so uneinig die Parteien früher um Preußens willen in Deutschland waren, so enig sind sie heute gegen den Grafen Bismarck“. Doch werden sich immerhin die Regierungen mit dem Antrage beschäftigen müssen.

Am folgenden Tage kreuzen die verschiedensten Meinungen einander. Da fordert der eine eigene Initiative zur Herbeiführung einer ernstgemeinten und mit wahren konstitutionellen Befugnissen ausgestatteten Volksvertretung; ein anderer warnt vor der indirekten und späteren Folge des Antrags, der als Symptom, nicht als Maßregel aufzufassen sei; in ihm finde das Verlangen der preußischen Regierungskreise nach dem herrschenden Einfluß in Deutschland den Kulminationspunkt; er sei ein stärkeres Anzeichen für den nahen Entscheidungskrieg als die preußischen Depeschen, doch habe er einem Systemwechsel in Preußen starke Avancen gemacht — gegen die Absicht seines Urhebers.

Ein dritter Korrespondent endlich „von der Donau“ bringt jenen geschmackvollen Vergleich des Antrags mit der Anzeige eines Arztes, den die K. Bl. so frisch-fröhlich annektierten. Er glaubt nicht sehr

¹⁾ Vgl. A. Reichenspergers Äußerung bei Pastor 1, 577.

²⁾ Dementsprechend ist die ultramontane Augsb. Postz. empört über den Jubel der Demokraten, die Bismarck „noch aus der Hand fressen“ werden; sie sieht darin ein trauriges Zeichen der politischen Unreife des deutschen Volkes. Ebenso wie die K. Bl. lehnte der „Münchener Volksbote“, das Organ der bayrischen Klerikalen, den „Schelmenantrag“ ab. Sybel 4, 325.

stark an den Erfolg der Sache, aber er will doch die Vorschläge nicht zurückweisen, um Bismarck keinen Vorteil in die Hand zu geben; auch triumphiert er darüber, daß der Bund von unerwarteter Seite noch wieder Anerkennung erlange, und hofft, daß durch den Antrag, der vielleicht gar keinen anderen Zweck verfolge, der Friede gewahrt bleibe. Andere Korrespondenzen sprechen sich in ähnlicher, gelegentlich auch verschiedener Weise aus; ein klares Bild ist nicht zu gewinnen, zumal die A. A. Z. zeitweilig aus Wien alle Mitteilungen über die Reform unterdrückt, dafür aber am 19. April die überaus wichtige Nachricht von der Neuherausgabe des österreichischen Hof- und Staatshandbuches für 1866 bringt. Nur das eine kann als sicher gelten: die Triasidee ist bis zuletzt der Stern und die Hoffnung des Blattes geblieben, wie sie auch im Lande allgemeinen Anklang gefunden hatte.¹⁾

Ihre eigenartige, allen Erwartungen widersprechende Haltung bewahren auch jetzt die Historisch-Politischen Blätter. Die Furcht vor der Revolution benimmt ihnen nicht den klaren Blick für die wahre Bedeutung des preußischen Antrags, der ihnen eine „erschreckende Tatsache“ bleibt und der ihnen vor allem beweist, daß Friede und Freundschaft zwischen den beiden Großmächten sowie gemeinsamer Kampf gegen die drohende Revolution eine Unmöglichkeit sei. Vielmehr ist der Vorschlag „ein Akt erbitterter Feindseligkeit“ gegen Österreich, dessen Ausschluß zwar nicht mit Worten, aber durch diese Tat selbst gefordert werde: das Programm des Nationalvereins sei durch den Berliner Hof offiziell gemacht.²⁾ Österreich wird getadelt, daß es sich gegen solche diabolischen Gedanken nicht vorgesehen habe. Einem richtigen Großdeutschen müsse bei dieser Art preußischen Vorgehens „unbedingt die Haut schaudern“.³⁾

Die H. P. Bl. warnen davor, die plötzliche Schwenkung Preußens auf die leichte Achsel zu nehmen; das könne nur wegen der Persönlichkeit Bismarcks und wegen „seiner ausgezeichneten Unpopularität“ geschehen; vielmehr sei es Preußen mit dieser Schmeichelei für den Imperator, mit dieser Kriegserklärung gegen die Bourgeoisie und der Huldigung vor der sozialen Demokratie bitter Ernst, doch liege in der Forderung des allgemeinen, direkten Wahlrechts — des konservativsten, weil natürlichsten — die schärfste Verurteilung des preußischen Dreiklassensystems. Auch sei so viel sicher, daß ein Zurückweichen Preußens eine moralische Unmöglichkeit darstelle. Die H. P. Bl. betonen stark den Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Reformversuche und den früheren, von großdeutschen Regierungen ausgegangenen. Damit sei die deutsche Frage von der schleswig-holsteinischen endgültig ins Rollen gebracht und kein Aufhalten mehr möglich, es sei

¹⁾ A. A. Z. S. 2365. Hohenlohe 1, 159.

²⁾ Der Nat.-Verein sprach sich indessen am 14. Mai 66 gegen die Reformvorschläge aus.

³⁾ H. P. Bl. 57, 656 ff.; ferner 664—72, 740, 755 f., 826 f.

denn um den Preis eines deutschen Bürgerkrieges; kraftvoll weist Jörg die „Ausrede“ zurück, daß Stimmeneinhelligkeit am Bunde und Spezifizierung des Bismarckschen Programms nötig sei. Gerade in dem bestimmten Termin habe Preußen seine Ehre verpfändet für das Zustandekommen der Volksvertretung — ebenso wie früher für die Annexion der Herzogtümer —, zugleich aber bedeute zweifelsohne das deutsche Parlament die Eliminierung Österreichs aus Deutschland zugunsten der preußischen Führerschaft. Betrübten Herzens müssen die H. P. Bl. dies eingestehen; wie viel lieber hätten sie eine gemeinsame Aktion der beiden Großmächte in der Bundesreform gesehen, wenn auch um den Preis der Einverleibung der Nordmark. Nur ein Trost hält Jörg noch aufrecht: vorderhand sei wenigstens das größte Unheil, die Einmischung des Auslandes, vermieden worden, doch könne niemand mehr helfen außer Ihm!

Aber noch klammern sich die gelben Hefte an den Plan Bismarcks; das Parlament allein kann den Bürgerkrieg verhindern oder doch hinausschieben; für Österreich ist es unmöglich, sich ihm unterzuordnen, daher muß es ausscheiden. Aber doch nicht ganz! Nach dem Vorschlage der H. P. Bl., die das groß- und das kleindeutsche Programm kombinieren wollen, soll der Kaiser oberster Richter im Bunde sein. Sie gingen damit auf den österreichischen Reformplan von 1863 zurück, der im 5. Abschnitt ein Bundesgericht vorgesehen hatte, das bei Streitigkeiten zwischen Bund und Einzelstaaten oder zwischen Regierung und Landesvertretung sowie über Erbfolgefragen entscheiden sollte. Durch dieses Mittel glaubten die H. P. Bl. die durch die deutsche Frage gebildete eiternde Wunde schließen zu können. Man muß gestehen, daß der Plan, trotzdem er auf die österreichische Akte von 1863 rekurrierte, eigenartig und in gewisser Beziehung neu war. Denn jene enthielt den Vorschlag eines Bundesgerichts, das auch der Beustsche Entwurf von 1861 vorgesehen hatte, nur in Verbindung mit anderen Punkten — Direktorium, Versammlung der Bundesabgeordneten und der Fürsten —; er sollte mehr eine Ergänzung der übrigen Forderungen sein als eine selbständige Bedeutung haben. Das, was Jörg meinte, war ganz etwas Anderes. Ihm lag daran, die reale Verbindung Österreichs mit Deutschland nicht ganz und gar zu unterbrechen; von einer wirklichen Teilnahme des Donaureiches an dem werdenden deutschen Staate wollte er nichts wissen; eine Unterwerfung des Kaisers unter ein Parlament — selbst wenn es nicht geradezu dessen Ausschluß bedeutete, was er richtig erkannte — schien ihm ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb wollte er Franz Joseph ein Ehrenamt, eine Stellung neben und doch über dem neuen Deutschland geben; er verfolgte wohl auch damit den Zweck, beide Teile durch ein solches Band gegen Frankreich zu sichern.

Es ist müßig, über die Aussichten einer solchen Ordnung der Dinge zu reden, da sie von dem Hauptbeteiligten, von Österreich, nie und nimmer freiwillig akzeptiert worden wäre. Aber auch ohne dies

verdient Jörgs Vorschlag ernstliche Beachtung, schon um seiner selbst willen.¹⁾ Die H. P. Bl. sind uns von Anfang an wegen ihrer eigenartigen, durchaus selbständigen Haltung aufgefallen; sie haben sich, obgleich großdeutsch, nie gescheut, Österreich zu tadeln, wo es dies nach ihrem Ermessen verdient hatte; kurz, sie waren nicht blindlings eingeschworen auf den Kaiserstaat, sie gaben Preußen, was Preußens war, und bemühten sich, dies so gut wie möglich und nach Verhältnis ihrer Kräfte zu erkennen und darzustellen. Sie ließen sich weniger als die ihnen verwandten K. Bl. von Gefühlsaufwallungen und Phrasen beeinflussen; sie gingen ihren eigenen Weg, mutig und aufrecht, prüfend und wählend, mit relativ freiem Horizont, ohne sich unangenehme Entdeckungen zu verbergen. Stets aber waren sie bestrebt, das darf man wohl sagen, das Beste der Nation zu fördern. Daß die K. Bl., die nur zu sehr von konfessionellen Momenten beeinflusst waren, hierin nicht durchweg mit ihnen übereinstimmten, haben wir des öfteren gesehen.

Beschränkt war auch, aber in anderer Weise, die österreichische Presse, da gerade in dieser Zeit — nach übereinstimmenden Meldungen — das k. k. Preßbureau einen außerordentlich scharfen Druck ausübte, der sich in manchen Zeitungen direkt in Hetzartikeln zu erkennen gab. Die Leiter des Bureaus scheinen von vornherein gegenüber dem Reformantrage die Parole ausgegeben zu haben, die ganze Angelegenheit als Schwindel, als verdammenswerte Intrige hinzustellen und den Kampf gegen den Urheber aufzunehmen, ohne zu bedenken, daß sie gerade dadurch dessen Stellung stärkten.

So sind die Äußerungen der „Presse“ zu verstehen, die immer wieder diese Gesichtspunkte hervorkehrt und natürlich die Augen von der deutschen zur schleswig-holsteinischen Frage abzulenken bemüht ist.²⁾ Doch will sie auf den Antrag eingehen, anscheinend aber nur in der Hoffnung, dem deutschen Volke zu zeigen, daß Bismarck es gar nicht Ernst meine und ihm gegenüber daher die Worte: „Timeo Danaos . . .“ sehr angebracht seien. Seine Verfassungspolitik leide ebensowenig wie seine auswärtige an Monotonie; die „exemplarische Prinzipienlosigkeit“, die er offen und sogar mit Stolz zur Schau trage, könne bei niemand Vertrauen erwecken zu diesem „merkwürdig konstruierten Staatsmann“, diesem Junker, der sich nun, da sein Fleisch schwach geworden, mit der Politik vergnüge. Gerade er habe die Notwendigkeit des Parlamentarismus aufs neue erwiesen, denn be-

¹⁾ Am 28. Mai 66 äußert sich die K. Z. relativ zustimmend, wenn ihr auch der Plan nicht ganz einleuchtend erscheint; sie willigt in einen „Bund“ als ewige Defensivallianz für das gesamte Bundesgebiet — allenfalls mit Erweiterung auf das außerdeutsche Donaugebiet. Doch erklärt die K. Z. Venetien für verloren.

²⁾ Im Nachstehenden sind besonders die Artikel der „Pr.“ vom 9., 10., 11., 12., 24. April 66 verwertet. Die preußischen Zeitungen führen in diesen Wochen aus preßgesetzlichen Gründen nur selten Zitate ihrer österreichischen Kolleginnen an.*

ständen verfassungsmäßige Institutionen und ein Verantwortlichkeitsgesetz, so würden „dergleichen Komödianten von der politischen Bühne unter Hohngelächter hinausgezischt“ werden. Der preußische Minister wolle überhaupt nur Zeit gewinnen, um Deutschlands Zustände vollkommen zu verwirren und dann im Trüben zu fischen. Deshalb muß Österreich den Antrag prüfen, aber die schleswig-holsteinische Frage selbständig lösen, d. h. vor den Bund bringen. Jedoch verlangt die P. Einstellung der Rüstungen — natürlich der preußischen! — als Vorbedingung für die Behandlung der Vorschläge; ja sie schmeichelt sich mit der Hoffnung, Bismarck wolle gerade dies erreichen; sie rät daher, dem Gegner goldene Brücken zu bauen. Weigere er sich indessen, diesem Wunsche nachzukommen, so habe man genügende Klarheit über seine wahren Absichten.

Doch läßt sich gelegentlich auch eine Stimme hören, die überhaupt nichts vom Feinde annehmen will: Fleisch und Brot, von Bismarcks Händen bereitet, bringen den Tod. „Wehe dem Volke, das die Freiheit kosten möchte, die dieser Koch ihm bereitet hat.“

Indessen erschöpfte die P. sich nicht ganz in persönlichen Angriffen; sie beschäftigte sich auch sachlich, vor allem mit dem Stimmrecht. Obgleich, wenigstens ihrer Behauptung nach, liberal, erklärte sie sich dagegen, da es sich nicht um einen Fortschritt, sondern um einen jähen Sprung handle, der viel wahrscheinlicher in den Abgrund als auf festen Boden führen würde. Natürlich sind die besonderen Verhältnisse in Österreich für diese Politik der P. bestimmend, aber auch das Beispiel Frankreichs, wo die Massen durchaus am Gängelbände der Regierung wandelten, schreckte die P. Ihr ist die ganze Sache nicht geheuer.

Bemerkenswert ist auch hier wieder, daß von der Trennung Österreichs und Deutschlands nicht die Rede war. Die k. k. Regierung fürchtete vielleicht die Wirkung solcher Erörterungen auf die nicht-deutschen Bestandteile des Staates, die gerade die Ablösung wünschten, um dadurch ihre Herrschaft zu begründen. Doch steht demgegenüber die Kriegslust der Völker, die doch wohl durch solche Aussicht kaum eingeschränkt worden wäre.

Die übrigen Wiener Blätter, soweit ich deren Äußerungen kenne — „Ostdeutsche Post“, „Debatte“, „Wanderer“, „Abendpost“ — sprechen sich in ähnlicher Weise abfällig über den Reformantrag aus; wir brauchen uns daher nicht weiter mit ihnen zu beschäftigen; in der Hamb. Z. (12. u. 13. April) sind eine Anzahl österreichischer Preßstimmen wiedergegeben.

Fassen wir noch einmal zusammen, so ergibt sich, daß außer der offiziellen N. A. Z. nicht ein einziges Blatt dem Antrage Beifall spendet, es sei denn die V. Z., die ihren Hauptwunsch der Erfüllung nahe sieht und darum auf kurze Zeit ihre grundsätzliche Opposition aufgibt. Charakteristisch ist aber doch für sie der Ausspruch, daß die Unterstützung der Bundesreform ihr selbst weder im Falle des Ge-

lingens noch des Scheiterns etwas schaden könne; ganz ist also auch hier das Mißtrauen gegen Bismarck, das im Norden Deutschlands sicher ebenso groß, vielleicht noch größer war als der Haß auf ihn, nicht erloschen. Bei den übrigen Zeitungen tritt gerade dies Moment aus der Fülle der Erscheinungen kräftig und unzweideutig hervor. Aber ebenso deutlich ist zu bemerken, um wieviel sich sämtliche liberalen Organe von den Preußischen Jahrbüchern bis zur Vossischen Zeitung, von den Grenzboten bis zu den Hamburger Nachrichten, kühler verhalten als die demokratischen Blätter, wie Volkszeitung und selbst die „Reform“. Nicht nur die Überraschung, die ja auf alle Zeitungen gleichmäßig wirkte, sondern auch die Abneigung gegen das allgemeine Wahlrecht und die zu erwartenden Konsequenzen waren es, die diese Scheidung bewirkten; durch die liberalen Prinzipien wurde das allgemeine Stimmrecht ja keineswegs gefordert. Man darf nicht meinen, daß diejenigen Redaktionen, die den Reformplan nicht als Schlag gegen die Liberalen bezeichneten, dies nicht doch merkten und wußten; sie hüteten sich wohl, gegen die populäre Forderung aufzutreten. Jedoch darf nicht vergessen werden, daß diese Absicht Bismarcks mehr empfunden als wirklich erkannt oder gefürchtet wurde; die Verhältnisse im Jahre 1866 waren von den heutigen noch so himmelweit verschieden, daß kaum jemand, selbst der Geber nicht, die Entwicklung voraussehen, ja nur ahnen konnte, die dann tatsächlich eingetreten ist. Wurde somit dieser Punkt in der Diskussion wohl oft berührt, so doch eben nur gestreift; er fand keineswegs die Aufmerksamkeit, die er verdiente, wobei, wie immer wieder zu betonen ist, beachtet werden muß, daß Bismarck weder das gleiche noch das geheime Wahlrecht in seinen Antrag aufgenommen hatte.

Trotzdem aber kann festgestellt werden, daß so gut wie alle nord-deutschen Zeitungen sich für Annahme des Antrages erklärten, teils freiwillig, teils unter dem Einflusse der Regierung; zweifelhaft bleibt nur das Fremdenblatt, das sich zu wenig über die Frage ausläßt; doch dürfte hier eher eine Ablehnung unter überlegenem Hinweis auf die preußischen Verfassungsverhältnisse zu konstatieren sein. In der Hervorhebung des unzweifelhaft vorhandenen Gegensatzes zwischen den Taten des Ministerpräsidenten und seinen Worten im Antrage vom 9. April 1866, ist sich die gesamte Presse im ganzen Gebiete des deutschen Bundes einig; selbst die konservativen Preßtrabanten Bismarcks können nicht umhin, dies einzugestehen. Verschieden ist lediglich die Art, wie sie den Kontrast herauskehren. Wider Erwarten geschieht das in recht scharfer Weise bei der N. Z., aber auch die Pr. Jb. und die Grzb. drücken sich keineswegs milde aus; es sind also gerade die der Regierung am nächsten stehenden Organe der Opposition. Bei ihnen zeigt sich eben jetzt die Kehrseite ihrer früher hervorgehobenen Ehrlichkeit im Kampfe gegen das Ministerium; hatten sie sich ehemals nicht gescheut, seine Erfolge anzuerkennen und Verkehrtheiten in der Politik des Abgeordnetenhauses zu tadeln, so waren

sie jetzt in ihrem sittlichen Empfinden verletzt durch die plötzliche Abwendung Bismarcks von seinen bisherigen Grundsätzen. Unausgesprochen lag in ihren Worten der Vorwurf der Prinzipienlosigkeit, den die Wiener „Presse“, durch keinerlei Rücksicht gebunden, ihm offen machen durfte. — Die übrigen norddeutschen Blätter kehrten diesen Punkt nicht so scharf hervor; auch wurde auffallend wenig die Hoffnung laut, das elendeste Wahlsystem in das allgemeine direkte Stimmrecht verwandelt zu sehen; angesichts der augenblicklichen guten Resultate schienen die Liberalen, der früheren Not nicht gedenkend, keinen Anlaß zu einer Veränderung zu sehen. Nirgendwo ist indessen die schwierige Lage zu verkennen, in die Bismarck seine Gegner gebracht hatte. Eine unbewußte Annäherung trat wenigstens im Norden — meist wider Willen — ein; im Süden dagegen bewirkte der preußische Antrag nur die heftigsten Ausbrüche des Zornes und Spottes; eine Versammlung in Stuttgart erklärte den Reformvorschlag „geradezu für einen Hohn“; die Abneigung gegen Preußen wurde ins Unendliche verstärkt. In der süddeutschen Presse wenigstens ist kaum etwas von einem ersten Auftreten von Symptomen eines Umschlages der öffentlichen Meinung zu erkennen, wie Sybel behauptet¹⁾; höchstens die H. P. Bl. ahnen die Nähe der Erfüllung und widersetzen sich ihr nicht. Aber sonst auf der ganzen Linie eifrige Ablehnung des Bismarckschen Planes; lieber ein Zusammengehen mit der verhaßten und angefeindeten Wiener Diplomatie; teilweise Aufstellung von Gegenforderungen, die durch Österreich und den Bund verwirklicht werden sollen; dazu heftige persönliche Angriffe auf den Urheber des Entwurfs — dies ist die Signatur, die der Kampf hier zeigt. Furcht und Mißtrauen vor Preußen, vor Österreich, vor Frankreich beherrschten alle Gemüter; in Württemberg und wohl auch in Baden wollte man Bayern keineswegs die Rolle zugestehen, die ihm von Preußen zugedacht war. Es gab nur einen festen Punkt noch in dem gefährlichen Gewirre der deutschen, der schleswig-holsteinischen, der Kriegs-Frage: es war der gemeinsame Haß auf Bismarck!

¹⁾ Sybel 4, 362f.

Ergebnisse.

Die Jahre 1864—66 bedeuten nicht nur zeitlich die Mitte jener großen staatbildenden Epoche in Deutschland, die mit der März-Revolution begann und mit der Abwendung des Reichskanzlers Bismarck vom Freihandel zum Schutzzoll, von den Nationalliberalen zu den Konservativen hin schloß; jene drei Jahre stellen zugleich und vor allem den Höhepunkt des Kampfes um die Neugestaltung Deutschlands dar. Noch einmal versuchten alle jene minderen Gewalten, die den Träumen des Partikularismus nicht entsagen mochten oder konnten, und die durch den Verlauf des dänischen Krieges um die letzte Möglichkeit gebracht waren, ihr nur durch die Zahl gewichtig erscheinendes Wort in die Wagschale zu werfen, mit Hilfe der allzeit bereiten Hofburg den gefürchteten und verhaßten Feind in kühnem Anlaufe in den Sand zu strecken; noch einmal ertönte laut der Schlachtruf: wider Preußen! Aber hatte er auch seine Zauberkraft nicht ganz verloren — die Macht besaß er längst nicht mehr, den Gegner aus dem Sattel zu werfen. Denn der darin saß, war derjenige, von dem Ranke sagte, die glänzendste Periode des gewaltigen Lebens des ersten deutschen Reichskanzlers war die „in der Geschichte einzig dastehende Konfliktzeit“. Bismarck zwang, mit dem Vorrechte des handelnden Menschen, jedermann, Stellung zu nehmen zu ihm, zu dem durch ihn verkörperten Staate Preußen; er nötigte, gewiß eine der merkwürdigsten Erscheinungen in dieser an Seltsamkeiten reichen Zeit, einem österreichischen Blatte die Aufforderung ab, er, der preußische Ministerpräsident, solle die Reform der deutschen Verhältnisse in die Hand nehmen. Dies eine Beispiel zeigt, welch großen Einfluß er schon damals auf die von ihm — zu Zeiten — so sehr verachtete öffentliche Meinung ausübte; vielleicht war es deren bewußte oder unbewußte Reaktion auf den von ihm ausgehenden Druck, die dem Kampfe die erbitterte Form gab. Denn aus seinem Auftreten gegen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, aus dem oft unglaublich rohen Ton, den die Kreuzztg. anschlug, konnten alle großen und kleinen Politiker schon damals entnehmen, daß nach seiner Anschauung „der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien und nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse oder bei der Barrikade“ läge.

Aber wer möchte darum die Kenntnis der Publizistik missen, weil ihr Bismarck, durchaus mit Recht, nur den zweiten Platz zuschreibt?

Genug, daß sie diesen würdig ausfüllte. Denn es liegt im Wesen der Presse, daß sie über eine ganz anders geartete Macht verfügt als der Staatsmann, dem die Realität der Dinge zur Seite steht. Die Presse ruht nie gänzlich auf fest gegründetem Boden; immer schwebt sie ein wenig in der Luft. Ihr Symbol ist der Buchstabe, ist das Wort, von dem sie nie weiß, welche Wirkung es ausüben kann, sondern immer nur, welche es ausüben soll. Der Staatsmann aber wirkt durch die Tat, denn auch sein Wort ist Tat. Er weiß, sofern er seinen Namen verdient, genau, welches Resultat er erreichen wird, denn er hat es im allgemeinen nur mit relativ wenigen, ihm bekannten Faktoren zu tun; er kann zu seinem Ziele, zum Erfolge, durch die verschiedensten Mittel gelangen. Die Presse hingegen verfügt immer nur über das unabänderliche Wort, das sie, will sie nicht zur Fruchtlosigkeit verurteilt sein, zum Diamanten schleifen und mit kraftvoller Virtuosität verwenden lernen muß. Daher auch rührt unvermeidlich die große Überschätzung des Wortes, ja der Phrase, der wir auf Schritt und Tritt begegnen und die gerade in der Mitte der 60er Jahre üppig wucherte. Wenn der Vergleich mit der Gegenwart zu ihren Gunsten ausfällt, so beruht das darauf, daß bei jenem Geschlechte die Zuchtlosigkeit der Gedanken, die sich oft ganz grotesk kundgab, nie gestraft wurde durch staatsmännische oder kriegerische Erfolge, die dem selbständigen Denken neuen Anstoß und neue Richtung gaben. Äußerst charakteristisch ist die Mahnung Runkels im Hamb. Corresp., die zwar nur an die liberale Partei gerichtet, aber auch für die Presse galt, daß nun, nach Beendigung des dänischen Krieges, dem Übergewicht der Tat über das Wort Rechnung zu tragen sei. Damals ging diese Warnung fast ungehört vorbei; erst die Kriege von 1866 und 70 und der fernere Einfluß der Bismarckschen Realpolitik auf den geistigen Habitus unseres Volkes verursachten einen heilsamen Umschwung.

Was die Jahre 1864—66 aber wiederum und vor allem vor der Gegenwart auszeichnet, ist das Vorwiegen politischer Momente. Gewiß blieben die wirtschaftlichen Probleme nicht unbeachtet; die Hamb. Nachr. z. B. besprachen den Zollanschluß der Hansestadt an Preußen; in den übrigen deutschen Blättern wurde mehr oder minder zustimmend über den Zollverein diskutiert, auch die Vorzüge der verschiedenen Zollsysteme wurden gelegentlich eifrig erörtert; ja auch die soziale Frage begann bereits, ihren Einfluß auf die Gestaltung der Preßverhältnisse zu üben; der „Social-Demokrat“ warf diesen Erisapfel in das ohnehin schon überlaute Gezänk der Parteien; eine wütende Auseinandersetzung zwischen ihm und der Volkszeitung, die mit allen Künsten Bernsteinscher Dialektik und Anmaßung operierte, war die Folge. Aber im ganzen standen all diese Dinge noch recht weit im Hintergrund; die rein politischen Fragen harhten so dringend der Lösung, daß niemand Lust verspürte, das unübersehbare Durcheinander, dem der Name des Deutschen Bundes noch immer anhaftete, weiter

zu verwirren. Da sich nun das Interesse hauptsächlich auf die politischen Angelegenheiten richtete, war es kein Wunder, daß hier eine Mannigfaltigkeit zutage trat, die selbst in Deutschland, dem gelobten Lande der Meinungsverschiedenheiten, jedem auffallen mußte. Eine Einheitlichkeit der öffentlichen Meinung, die im Durchschnitt nur eine Folge hervorragender Ereignisse ist, gab es schlechterdings nicht; an eine straffe Zusammenfassung konnte daher auch nicht gedacht werden. Es scheint im Gegenteile fast, als ob die Presse jener Zeit ihre Hauptaufgabe darin gesehen hätte, rasch noch einmal, bevor die endgültige Entscheidung sie zur Gedankendisziplin zwang, die ganze Reichhaltigkeit ihrer „Überzeugungen“ und „Standpunkte“ dem Publikum zur Auswahl vorzulegen. Denn man darf kühn behaupten, daß nicht viel mehr als die notdürftigsten Grundlagen für ein gemeinsames Wirken der Blätter jeder Partei vorhanden waren. Das zeigt sich ganz besonders in der liberalen Presse, als deren vereinigenden Zug man nur das geistige Element des Liberalismus bezeichnen kann. Auf diesem einheitlichen Boden erwachsen die verschiedensten Pflanzen, aber nicht eine gleich der anderen, manche entbehrten fast der Ähnlichkeit. Jede Zeitung hat, genau wie jedes Individuum, eine „Seele“, die bedingt ist durch den Ort des Erscheinens, durch einen bedeutenden Redakteur oder durch einen einflußreichen Verleger; Verschiedenheiten sind daher genau so unausbleiblich wie bei Menschen; aber vergleicht man etwa die Haltung der Preuß. Jahrb. mit der der ihnen ganz nahe stehenden Köln. Z. gegenüber dem drohenden „Bürgerkriege“ — in diesem einen Wort liegt schon der ganze Unterschied! —, betrachtet man auf der katholischen Gegenseite etwa die Hist.-Pol. und die Köln. Bl. bei ihrer Stellungnahme zur preußischen Bundesreform, so hat man die krassesten Beispiele für die unglaubliche Zersplitterung der Presse und der öffentlichen Meinung.

Ganz sicher war — neben dem Fehlen einer Parteidisziplin — einer der Hauptgründe für diese wichtige Erscheinung, wie schon oben erwähnt, die starke Dezentralisation der Presse. Vorbei waren die Zeiten des Rheinischen Merkurs, der von Koblenz aus seine Diktatur über Deutschland ausübte, verschwunden waren die Isis und die Nemesis in Jena, auch die Bedeutung, die die Pfalz einst nach der Juli-Revolution gewonnen, war wieder dahin, die Poesie der 40er Jahre war nur noch eine Erinnerung. Die im Sturmjahr 1848 erkungene und fast überall leidlich bewahrte Preßfreiheit hatte das Aufkommen der Zeitungen in ungeahntem Maße begünstigt; war auch eine große Anzahl davon bald wieder eingegangen, so waren doch genug übrig geblieben: die beiden konservativen Organe, die Preußischen Jahrbücher, National- und Volkszeitung, Grenzboten, Reform, Nessel, Kieler und Frankfurter Zeitung, Köln. Blätter und Presse — alle waren sie Produkte des tollen Jahres oder der nachrevolutionären Zeit. Gerade sie waren entschieden im Aufblühen, z. T. schon auf der Höhe ihres Einflusses angelangt, während manche der älteren

Zeitungen bereits im Niedergange begriffen waren, so die Spenersche Zeitung, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der Vossischen in edlem Eifer um die Krone der Langweiligkeit gestritten hatte und nun bald einging, ferner der Hamburgische Correspondent, die Augsburger Allgem. Z., die „Presse“, auch wohl die Hbg. Nachrichten, die in den 90er Jahren dank Bismarck noch eine Art Nachblüte erlebten, wenn man das sagen darf, da gerade sie aus Eigenem nie eine höhere Bedeutung gewannen.

So breitete sich die Presse ziemlich gleichmäßig über Deutschland aus, wenn auch Berlin naturgemäß etwas bevorzugt wurde. Aber daneben machte sich schon die zweite Hauptstadt des Deutschen Reiches bemerkbar: Hamburg. Trotzdem es nur 3—400 000 Einwohner zählte, besaß es mehr als ein halbes Dutzend nicht unansehnlicher Blätter, wozu noch die Schleswig-Holsteinische Zeitung und der Merkur im benachbarten Altona traten. Und in grellem Gegensatz zu diesem aufblühenden Gemeinwesen, das still seiner Wege ging, immer emsig schaffend und dem nationalen Handel neue Gebiete eröffnend, stand das Königreich Sachsen, dessen Bevölkerung nicht minder fleißig, dessen politische Leitung aber an einen Bramarbas gefallen war, an den Grafen Beust, dem die Befriedigung seines Ehrgeizes über alles ging. Ihr mußten auch die beiden Blätter dienen, die miteinander an Bedeutungslosigkeit konkurrierten, nämlich die Leipziger Zeitung und das Dresdner Journal. Da sie von niemand gelesen wurden, der es nicht mußte, so teilten sie sich in die Arbeit, die getreuen Landeskinder über die Großtaten des Leiters der sächsischen Politik zu informieren und schrieben einander wechselseitig ab, fügten wohl auch gar ein bescheidenes Lob hinzu. Eine irgendwie bedeutende Zeitung besitzt Sachsen bis auf den heutigen Tag nicht; dies Ziel scheint unerreichbar zu sein.

Aber nicht nur die glückliche Dezentralisation der deutschen Presse hatte sich in jenen Jahren endgültig vollzogen, auch der geistige Habitus hatte ein bestimmtes Gepräge angenommen. Die Mannigfaltigkeit und Zerrissenheit, deren wir oben gedachten, hatten doch auch ihr Gutes: sie bewahrten das deutsche Volk vor zu leicht eintretendem Marasmus, erhielten frisches Leben wach und arbeiteten zu ihrem Teil an der Gestaltung einer besseren Zukunft mit. Einst, in den 30er Jahren, bestand die ganze preußische Presse von Bedeutung aus zwei konservativen Organen, aus dem „Politischen Wochenblatt“ und aus Rankes „Historisch-Politischer Zeitschrift“, die noch dazu bald wieder einging; die kümmerlichen Ansätze zu einer liberalen Presse, die hier und da vorhanden waren, zählten nicht mit, selbst wenn sie ein so würdiges Alter aufwiesen wie Tante Voß und Onkel Spener. Nun aber, seit 1848, dann in immer steigendem Maße, hatten sich teils aus Lokalblättern, teils auf ungerodetem Boden bauend, Parteiblätter entwickelt, mit allen Vorzügen und allen Nachteilen, die ihnen eigen sind. Wenn diese gelegentlich jene in den Schatten stellten,

so geschah das, weil man in Deutschland noch zu keiner festen Parteikonstellation gekommen war, weil die Presse wohl keinen sicheren Grund unter den Füßen hatte und sich nicht genügend gegen die häufig willkürlichen Maßregeln der Regierungen wenden konnte. Aber der große Umschwung, der seit der Märzrevolution eingetreten, zeigte sich in dem ungeheuren Übergewicht der liberalen Presse — alle Schattierungen zusammen genommen — über die konservative, eine Erscheinung, die bis auf den heutigen Tag bestehen geblieben ist und deren Ursachen offen zutage liegen. Nicht nur die weit höhere Auflage der liberalen Organe beweist das — man vergleiche nur die in der Beilage gegebenen Ziffern —, auch die Anzahl der Blätter selbst ist ein hinlänglicher Beleg für unsere Behauptung. Bedeutung unter den konservativen Preßerzeugnissen hatte lediglich die Kreuzzeitung, während die Nordd. Allgem. Z. nur gelesen wurde, weil sie offiziösen Charakter trug, wobei noch der Hilarisschen Worte (S. 189) zu gedenken ist, daß niemand die N. A. Z. auch nur gratis annehmen wollte. Ganz entgegengesetzt standen die Dinge auf der anderen Seite. Während jene fast immer eiferten und hetzten, ihre Gemeinplätze in ermüdendem Gleichmaß wiederholten und niemals eine neue Idee freiwillig aufnahmen, sondern sie sofort, fast unbesehen, bekämpften, gingen von der oppositionellen Presse die wahrhaft befreienden, die positiven Gedanken aus. Hier stritt man für große Ziele: für die Einheit und Freiheit Deutschlands; dort war das höchste Streben, den Partikularismus, den man bei den Gegnern heftig befandete, im eigenen Heim künstlich am Leben zu erhalten. Die Not und Verwirrung der Zeit brachte den konservativen Blättern keine Erkenntnis der Lage und der nächsten Ziele; die liberalen hingegen wurden durch die überragende Persönlichkeit Bismarcks früh zur Entsagung gezwungen; manchen Blühtraum der Jugend mußten sie dahinfahren lassen. Machte die Vossische Zeitung mit ihrem ewigen *ceterum censeo pacem esse servandam* auch gewiß nicht den Eindruck eines modernen Cato, so gebietet doch die Gerechtigkeit anzuerkennen, daß sie um des Vaterlandes Größe willen ein bedeutendes Opfer brachte. Ähnlich war es mit den Preuß. Jahrb., den Grenzbl., dem Hamb. Fremdenblatt u. a. Dieser freiwillige Verzicht auf manche lieb gewordene Hoffnung hielt die gesamte Diskussion, so ermüdend sie oft war, da das Gewicht auf dem Bericht, nicht auf der Nachricht lag, im ganzen genommen auf einer erfreulichen Höhe; gewiß war dies einer der Gründe, weshalb das bedenklich große, furchterregende und unheilvolle Mißtrauen, das vor dem deutschen Kriege gegen Preußen und dessen leitenden Staatsmann herrschte, bald nachher verschwand und sich ins Gegenteil verkehrte. Aber gewiß nicht der einzige Grund! Denn auch das Fehlen einer Spekulationspresse, die sich nur von geschäftlichen oder noch schlimmeren Motiven leiten läßt, verhinderte es, daß sich der notwendige und erfrischende Kampf der Zeitungen auf ein zu tiefes Niveau hinabsenkte. Freilich, ganz ver-

schont blieb Deutschland von diesem Auswuchse doch nicht; die Wiener „Presse“ machte den unrühmlichen Anfang, soll doch ihr Besitzer August Zang gesagt haben: „Bei mir muß selbst die Königin von England ihre Thronrede inserieren lassen!“ Aber im allgemeinen hielten die Blätter doch treu zur Fahne der Partei, ohne sich ihr sklavisch zu verschreiben. Noch galt die „Forderung des Tages“, die nur schwache Seelen zufrieden stellen kann, nicht als das lohnende Ziel aller Mühen und Kämpfe; noch waren die größten Aufgaben, vor die unsere Nation im 19. Jahrhundert gestellt wurde, nicht gelöst; noch hielt man den Blick fest in die Zukunft gerichtet, unbeirrt durch die Ereignisse des Augenblicks; man stand eben auf der Zinne der Partei und sah hoffnungsfreudig ins Land hinaus; noch verstopften sich nur beschränkte Geister mit papiernen Programmen die Ohren, um nicht den Schritt der Zeit zu vernehmen; der unselige, enge Parteigeist übte noch nicht seine verhängnisvolle Wirkung aus. Keine schöneren Beispiele lassen sich dafür finden als in den Preuß. Jahrbüchern und den Historisch-Politischen Blättern. In ihren geistigen Anschauungen waren sie himmelweit voneinander entfernt und erstrebten gänzlich verschiedene Ziele, aber beide waren Revuen, an denen der Lärm der Stunde ungehört vorüberging; beiden war gemeinsam tiefe, erprobte Liebe zum Vaterlande und vereint damit der Kampf gegen alles Undeutsche, alles Fremde. Beide gehörten großen Parteien an, die fast ständig in der Opposition und trotz numerischer Stärke in der Minderheit blieben. Schon das machte es ihnen leichter als den Regierungsblättern, die fast nie eine dissentierende Ansicht verraten dürfen, ihrer abweichenden Meinung ungeschert Ausdruck zu geben und die eigenen Gesinnungsgenossen mit edlem Gradsinn wegen ihrer Fehler zu tadeln. Gewichtige Unterschiede sind trotzdem vorhanden: die Pr. Jb. waren ganz erfüllt von dem Gedanken an den Beruf Preußens, das Deutschland von dem Fluche der Verbindung mit Österreich erlösen soll; die H. P. Bl., wegen ihrer katholischen Tendenzen zum Kaiserstaate hinneigend, suchten ihn vor Unheil zu bewahren und seine Verbindung mit dem großen Vaterlande zu erhalten, aber sie sahen doch klar die Notwendigkeit der Trennung, der Auflösung des bisherigen Verhältnisses ein und riefen die Hofburg zu dieser befreienden Tat auf. Die Wege, auf denen die beiden Zeitschriften wandelten, waren zwar verschieden, aber sie liefen nebeneinander auf ein gemeinsames, fernher winkendes großes Ziel zu.

Eine Presse, die solche Vertreter aufzuweisen hatte, durfte stolz sein auf sich, wie man auf sie stolz sein darf: redlich bemüht in heißer Fehde, schnell versöhnt in beglückendem Frieden, arbeitete sie erfolgreich mit an Deutschlands Wiedergeburt und neu erstrahlender Herrlichkeit. Für jene wie für alle Zeiten ist dies das höchste Lob.

Anhang.

1. Bismarck in der Presse von 1864–66.

Es besteht kein Zweifel, daß ein großer Teil der Presse nicht alle Fragen und diese nicht in ihrer ganzen Tiefe erkannte, der Abschnitt über den deutschen Krieg hat dafür umfassenden Beweis geliefert. Auch das eine Problem Bismarck, das uns heute besonders interessiert, ist nirgendwo erschöpfend gelöst worden. Aber wieviel schwerer ist es auch, das Wesen einer Person wahrhaft zu erfassen, als das einer Sache, einer politischen Angelegenheit! Für deren Beurteilung sind immer konstante Faktoren vorhanden, deren Dasein einen festen Boden liefert; es handelt sich „nur“ darum, die beweglichen Faktoren, die Imponderabilien, richtig zu berechnen oder mehr noch, ihre voraussichtliche Wirkung zu erraten auf Grund eines feinen und daher nur wenigen gegebenen politischen Gefühls. Fehlschlüsse sind hier ebenso unvermeidlich wie bei jeder menschlichen Tätigkeit; sie kommen im Grunde genommen auf demselben Wege zustande. Wie verschiedenen dagegen, sobald es sich um die Beurteilung einer noch lebenden und wirkenden politischen Persönlichkeit handelt! Wie wenig ist von ihr der Allgemeinheit bekannt in dem Stadium, das unsere Jahre umfassen. Heute hat nicht nur der Tod seinen unverkennbaren großen Einfluß ausgeübt, nicht nur Bismarcks Sturz hat dem freieren Urteil neuen Raum geschaffen; wir kennen ihn heute auch aus zahlreichen Gesamt- und Einzeldarstellungen, die uns seine Taten und Interessen, seine Gaben und Mängel, soweit jetzt überhaupt schon möglich, erschöpfend darlegen. Damals indessen waren alle diese Voraussetzungen noch nicht erfüllt, man wußte von dem preußischen Ministerpräsidenten doch nicht viel mehr, als was sein Auftreten im Vereinigten Landtag und in der Zweiten Kammer (1847/49) jedem verraten hatte. Was daran zu einem vollständigen Charakterbilde fehlte, ergänzte man sich fast nach Belieben: er war preußischer Edelnann — also Junker; er war konservativ — also reaktionär; er schob die wirklichen Machtverhältnisse in den Vordergrund und basierte darauf seine Politik — also verachtete er jede sittliche Idee. Wie oberflächlich das geurteilt ist, zeigt der erste Blick; das allgemeine Mißtrauen, das sich schon nach den ersten Tagen seiner Ministerherrlichkeit bildete, verhinderte selbst den Versuch zu einem tieferen Eindringen in das Wesen und

Werden seiner Persönlichkeit. Ja eben dies war der Kardinalfehler, daß man ihn nicht als Persönlichkeit gelten ließ oder gelten lassen wollte. Keineswegs wurde übersehen, daß er von anderer Art war als seine Vorgänger; schnell genug erkannte die öffentliche Meinung den Unterschied, sie konstruierte daraus einen spezifischen Hochmut, nannte Bismarck rücksichtslos, draufgängerisch, verwegen. Aber daß er im Innersten von den Durchschnittskonservativen durch eine Welt getrennt, daß gerade diese Abweichung vom Mittelmaß die Vorbedingung seiner Erfolge war, das sah die öffentliche Meinung nicht und konnte sie auch nicht sehen, denn ihr war seine Entwicklung in den 50er Jahren fremd geblieben. Darum darf man auch die Presse nicht tadeln, daß sie das Genie nicht gleich erkannte. Das Lob kann ihr nicht abgesprochen werden, daß sie sich intensiv mit Bismarck beschäftigte, ja daß dies Interesse für ihn nahezu von Monat zu Monat wuchs und seinen Höhepunkt in den gefährlichen Wochen der Krisis erreichte; deshalb ist dieser Ort am besten geeignet, die Urteile der Organe der öffentlichen Meinung wiederzugeben; damit wird zugleich eine wichtige Ergänzung des bisher Gesagten geboten. Durchaus lückenhaft und subjektiv muß das Folgende naturgemäß sein; ich habe es, wo ich konnte, unter dem einen Gesichtspunkte ausgewählt, dadurch die früheren Äußerungen über die preußische Politik vor und nach Gastein in gewissem Sinne zu vervollständigen. —

„Woher du kommst, willkommen immer sollst du sein,
Ob du, ein Bettler, mitternachts geschlichen kommst:
Ich kenne dich! Dich kennen lehret mich mein Herz,
Und auf den Thron an meine Seite setz ich dich!“

Worte der Germania sind es, die sie in Prutzens bekannter Komödie „Die politische Wochenstube“ an den erwarteten, verheißenen, freundlichen Boten zukünftiger Zeit richtet; aber wie anders war die Aufnahme, die der „pfeilbewaffnete, rächende Gott“ fand, als er den Platz des preußischen Ministerpräsidenten einnahm. War die Kritik an seiner Person um die Zeit seiner Ernennung naturgemäß noch sehr zurückhaltend, so setzte sie bald recht scharf ein und erreichte in den Jahren 1864—66 eine Höhe, die Bismarcks Worte, er sei der bestgehaßte Mann in Deutschland, nur gerechtfertigt erscheinen lassen. Natürlich machten die konservativen preußischen Organe die erste bedeutende Ausnahme; für sie war er wirklich der rettende Gott. Es hat keinen Sinn, die Charakteristiken aus der Norddeutschen Allgemeinen, der Neuen Preussischen Zeitung und der Berliner Revue wiederzugeben; sie stehen meist auf dem niedrigen Niveau der Schmeichelei und des kritiklosen Lobes¹⁾; besonders in der zuletzt genannten Wochenschrift macht sich das zu-

¹⁾ Vgl. auch „Politik“ S. 329 ff.

weilen unangenehm bemerkbar. Doch enthält die Berl. Rev. daneben auch durchaus richtige und feinfühlende Urteile. So schreibt ein mit G. Unterzeichneter u. a. folgendes¹⁾: „Das Ministerium Bismarck ist der personifizierte Gedanke: Preußen muß groß werden.“²⁾ — Graf Bismarck nahm eine Sache in Angriff, die zu den verschlepptesten gehörte, welche jemals spielten, und dieser Angriff gehört sicher zu den kühnsten, die in der Weltgeschichte unternommen wurden (!). Gelingt er, so war er ein unsterblich Unternehmen. Sein Ziel ist, ein gutes Stück kompaktes Deutschland zu bilden, auf daß niemals wieder eine Olmützer Schmach und Schande³⁾ zustande kommen könne und der Habsburger zerstörende Eifersucht unter Schloß und Riegel gelegt werde. Aber mit welchen Schwierigkeiten hat Graf Bismarck nicht zu kämpfen, wie muß er nicht nach allen Seiten hin Front machen! Front gegen verjährte Vorurteile der Konservativen, Front gegen vornehme und mächtige Traditionen, Front gegen den verwilderten Nationalverein, Front gegen allerlei Gedränge und, was die Hauptsache ist: Front gegen die Habsburger Erbitterung, diese ist bitterer als Quassia und Absinth (!), sie ist ein Habacuc capable de tout, um mit Voltaire zu reden . . .“

Ähnlich die Kreuzzeitung, die ständig ihre Hymnen auf Bismarck wiederholt, ohne dabei jemals besondere oder auch nur neue Gedanken zutage zu fördern. Nach dem Attentat des jungen Blind (7. Mai 1866) schreibt sie, es gereiche Bismarck zur höchsten Ehre, „daß auch jetzt noch die deutsche Revolution in ihm ihren Bändiger sieht, der sie niederzuhalten den Willen und die Kraft hat.“⁴⁾ Ohne den Einfluß aus dem Ministerium hätte die N. P. Z. es nie fertig gebracht, für die Idee des Parlaments und des allgemeinen direkten Wahlrechts einzutreten; nur gewaltsam konnte sie aus den alten Geleisen herausgestoßen werden.

Wir haben des öfteren gesehen, wie unbefangen und ehrlich die Preußischen Jahrbücher die Erfolge Bismarcks anerkannten und ihn gegen seine Verkleinerer verteidigten. Sie nannten ihn 1864, beim Friedensschluß⁵⁾, „die Kraft des preußischen Staates, des Souveräns, der Armee, der Diplomatie, durch welche dem widerwilligen Europa“ ein großes Resultat abgezwungen wurde. Die Pr. Jb. ge-

¹⁾ B. R. 66 II 123 (24. April).

²⁾ Kladd. brachte ein Bild, das Bismarck als Triumphator auf dem Brandenburger Tor darstellte; die Unterschrift lautete: „Einer auf seinem Eroberungszuge durch den Norden Deutschlands bis an die Mainlinie.“ Ähnlich Schles. Z. 2. und 6. September 65; s. auch 25. Juli 65.

³⁾ Ein bemerkenswerter Ausdruck, der erklärlich wird angesichts des Krieges. Vorher hatten die konservativen Organe stets Olmütz verteidigt.

⁴⁾ N. P. Z. 10. Mai 66. Manche Blätter hielten den Mordanfall zuerst für ein abgekartetes Spiel, mußten sich indessen durch die Selbstentlebung Blinds eines Besseren belehren lassen. S. auch Bismarck, Reden Bd. 10, S. 105f.

⁵⁾ Pr. Jb. XIV 454.

standen im August 1865¹⁾, daß „zähes Ausharren bei einem gesteckten Ziele, die Kunst, die Dinge zu beherrschen, indem man ihnen scheinbar untätig zusieht“, die Vorzüge waren, „die man vor drei Jahren dem soeben ans Ruder gekommenen preußischen Ministerpräsidenten am wenigsten zutraute, — dem Manne, der mit so un-diplomatischer Offenheit seine innersten Gedanken nicht stets in der ernstesten Weise darlegte, der Pläne entwickelte, deren anscheinende Vermessenheit die Heiterkeit anreizte. Und dennoch sind es grade diese Eigenschaften, die ihm jetzt einen unerwarteten Sieg verschaffen . . .“

Auch Treitschke hält in dem Aufsatz „Der Krieg und die Bundesreform“ mit seinem Urteil nicht zurück.²⁾ Nach seiner Meinung besitzt Bismarck „bei aller Kühnheit und Beweglichkeit seines Geistes ein sehr geringes Verständnis für die sittlichen Kräfte des Völkerlebens. Diese Mißachtung der Ideen ist ihm gekräftigt worden durch die Verirrungen der öffentlichen Meinung in den letzten Jahren, da der Idealismus der Nation sich in Phrasen verflüchtigte. Heute wird dem Berliner Kabinet die Erfahrung, daß ein ganzes Volk den jähen Sprüngen eines geistreichen Kopfes nicht zu folgen vermag und tief eingewurzeltes, auf Tatsachen begründetes Mißtrauen nicht über Nacht aufgibt.“ Aber trotzdem hält Treitschke (Roon und) Bismarck für augenblicklich unentbehrlich, da er sich als tüchtigste diplomatische Kraft Preußens erwiesen habe. „Er ist, wenn wir unbefangen vergleichen, außer Napoleon III. der einzige Staatslenker der Gegenwart, der große positive Pläne in der auswärtigen Politik verfolgt.“³⁾ Wissen die Liberalen einen Mann, ihn zu ersetzen? Gewiß hat er den Staat in die gegenwärtige schwierige Lage gebracht, doch nur, weil er seine Pflicht als preußischer Minister erfüllte, weil er Preußens Nacken nicht unter das Machtgebot der Hofburg beugen wollte.“ Jeder andere Minister, meint der Freiburger Professor, hätte ebenso handeln müssen, und er stellt die selbstverständliche Frage, ob es denn ein schlechtes Lob für einen preußischen Minister sei, daß die Feinde ihn hassen wie den Gottseibeius? Alles Böse traue man ihm zu, ja in Dresden (und anderswo) sogar ein abgekartetes Attentat.

Licht und Schatten sind bei Treitschke gerecht verteilt, soweit es ihm eben möglich war, unter den gegebenen Verhältnissen zu einem abschließenden Urteil zu gelangen. Erst jetzt (1866) entfaltete ja der Genius die vollen Schwingen seiner Kraft, zeigte er dem preußischen Aar das ferne Ziel, das nur in gewaltigen Schlägen zu er-

¹⁾ Pr. Jb. XVI S. 295.

²⁾ Treitschke S. 78f., weiterhin S. 85 und 86. S. o. S. 134 u. 139.

³⁾ Ähnlich Schles. Z. (1. September 65), die sich überhaupt sehr anerkennend für Bismarck ausspricht. Überall sei er der Depositär seiner Gedanken, dem Ministerium und Partei willenlos folgen (22. April 66). Ihm sei es gelungen, die Parteien einflußlos zu machen (2. Mai, s. auch 1. Mai 66).

reichen war; jetzt erst offenbarte er das Geheimnis seiner Politik: das tiefe Vertrauen zur Stärke seines Staates, das so vielen andren verloren gegangen war, wenn sie es überhaupt je besessen hatten. Aber eben weil der Erfolg noch nicht Kopf und Herz blendete und zu byzantinischen Lohhudeleien verleitete, denen auch Bismarck nicht entging, haben alle diese Äußerungen einen besonderen Reiz; sie zeigen auch den Kontrast, der bald nach 1866 und 70 zum Vorschein kam, und so erinnern sie daran, wie schwer sich der Einiger des Reiches ohne sein Zutun die öffentliche Meinung gewann.

In den Jahren 1864—66 erwarb er sie sich nur in sehr bedingtem Maße. Man hob einige gute Seiten seines Charakters hervor, wie man das bei jedem Menschen tun kann; man lobte ihn wegen dieser oder jener Kleinigkeit, aber man fing mit dem Preisen an und hörte mit dem Tadeln auf. So konnte die National-Z. gegenüber dem Reformantrag nicht umhin, die Fruchtbarkeit Bismarcks an den verschiedenartigsten Projekten hervorzuheben, um die ihn mancher seiner diplomatischen Kollegen beneiden möge. Aber leider bemerken wir nicht, fügt sie hinzu, „daß das eine Pensum gelöst wäre, bevor das andere in Angriff genommen. Ohne daß wir bis jetzt eine einzige positive Errungenschaft in der Hand haben, werden die alten Aufgaben nur mit neuen, immer verwickelteren durchsetzt, und wie der Knäuel sich zuletzt entwirren soll, das ist kaum mehr abzusehen.“ Die N.-Z. scheint den alten Aberglauben geteilt zu haben, daß die Politik eine einfache Sache sei oder doch sein müsse; vor jeder Schwierigkeit bangt ihr. Wenn es auch nicht grade die Aufgabe des Staatsmannes ist, Schwierigkeiten herbeizuführen oder zu suchen, so ist es doch sicher seines Amtes, sie zu lösen in der ihm am besten geeignet erscheinenden Weise. Daß aber die Umwandlung der schleswig-holsteinischen in die deutsche Frage, daß der Antrag vom 9. April 1866 auf Reform des Bundes ein, ja fast das Mittel war, der Schwierigkeiten Herr zu werden, das leuchtete der N.-Z. nicht ein; sie erkannte weder das Wesen des Reformvorschlags noch das Bismarcks, sie verfiel in den alten, so häufigen Fehler, Mittel und Zweck zu verwechseln.

Am deutlichsten geht ja die Einschätzung Bismarcks durch die liberalen Organe aus der Forderung seines Rücktritts, die fast alle erhoben, hervor. Ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, wäre töricht. Bismarck selbst urteilt zehn Jahre später über die zweite Kammer und damit auch über die Presse: „Ich habe Objektivität genug, um mich in den Ideengang des Abgeordnetenhauses von 1862—66 vollständig einleben zu können, und habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damalige preußische Volksvertretung das, was sie für Recht hielt, vertreten hat. Daraus mache ich niemand einen Vorwurf . . .“¹⁾ Weder die Abgeordneten noch

¹⁾ Bismarck Reden 6, 378f.

die Zeitungen konnten wissen oder auch nur ahnen, daß er ihrem heißesten Wunsche Erfüllung gewähren würde; er hatte sich immer schärfer und immer bewußter in Gegensatz zu ihnen gebracht, das Abgeordnetenhaus in verletzender Weise brüskiert, die Verfassung mindestens durch Erlaß der Preßverordnung von 1863 und durch die einfache Einverleibung Lauenburgs verletzt, von seiner Lückentheorie gar nicht zu reden; er hatte ferner zahlreichen liberalen Beamten die Bestätigung verweigert, andere ihres Amtes entsetzt; unter ihm war der Obertribunalbeschluß gegen die Redefreiheit der Abgeordneten ergangen, von ihm das schleswigsche Zuchthausgesetz gegengezeichnet. Unter solchen Umständen hätte es nur Engeln gelingen können, ihren Zorn, ihren Abscheu zu überwinden und den zu loben, den sie nach menschlichen Gesetzen von Herzen hassten mußten. Denn wer konnte nach liberaler Auffassung größere Sünden auf sich laden, als dieser Verächter ihrer Ideen, der vom Deutschtum nichts, nur vom Preußentum etwas wissen wollte? War er doch der Vertreter des preußischen Egoismus, der von moralischen Eroberungen nicht allzu hoch dachte — ganz verworfen hat er sie keineswegs —; ihm gegenüber standen die Liberalen, die Preußen in Deutschland aufgehen lassen wollten, die eine Neugestaltung aller Verhältnisse erstrebten auf friedlichem Wege. Sie hatten einen Krieg kaum in den Bereich der Möglichkeit gezogen; zu fest vertrauten sie der überwindenden Stärke der Idee, die ihnen zum politischen Evangelium geworden. 1864 erkannte noch mancher unter ihnen an, daß Bismarck auf anderem Wege zwar, als sie erhofft, ein großes Resultat erreicht hätte; jetzt, nach weiteren zwei Jahren erbitterten Kampfes, war ihnen nicht die Kraft und das Vertrauen gegeben, in ihm den Retter aus der Not zu sehen. Die Liberalen gewahrten nur, in welche Schwierigkeiten dieser Mann Preußen gebracht, daß er ihm alle Sympathien entfremdet hatte¹⁾, und nun, da er keinen Ausweg mehr wußte, in höchster Gefahr nach ihrem Schatzkästlein griff und den schönsten Edelstein, die Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund des allgemeinen, direkten Wahlrechts, herausbrach. Verwirrung mußte sie ergreifen, sein ganzes Tun lähmend auf sie wirken. „Es ist nicht bloß das bisherige innere Parteiwesen und die politische Theorie, die durch Herrn v. Bismarck zerrüttet zu werden droht, sondern auch die auswärtige Politik und ganz Deutschland“, so drückte sich die Kölnische Z. aus, und energisch forderte sie immer und immer wieder den Rücktritt des Ministeriums, gegen das das ganze deutsche Volk wie Ein Mann die tiefste Abneigung empfinde.²⁾

An die Worte der „France“ aus einer Schilderung Bismarcks: „Sa vie est constamment occupée, et comme il n'a pas de confidants politiques, les projets accumulés dans son cerveau y entretiennent les

¹⁾ K. Z. 6. April 66.

²⁾ 16. April und 17. Mai. Ferner 11. Februar, 8. April und 10. Mai 66.

soucis les plus graves, sans trêve ni repos“, knüpft die K. Z. die Befürchtung, daß Deutschland aus den schwersten Sorgen nicht herauskommen werde, solange Bismarck in Preußen das Staatsruder führe. „Was soll aus Preußen werden bei jenen aufgehäuften Projekten?“¹⁾

Ein viel unbefangeneres Urteil fällt der Sozialdemokrat, der trotz den vielen Verfolgungen, denen er ausgesetzt war — am 1. August 1865 machte er ironisch Meldung davon, daß er am vergangenen Tage nicht konfisziert worden wäre! — von Anfang an sehr günstig über Bismarck spricht. Als ein wesentliches Verdienst der preußischen Politik seit seiner Berufung erkennt der S.-D. die Tatsache, daß es ihm gelungen sei, das blinde Vertrauen der deutschen Regierungen zu Österreich stark zu erschüttern.²⁾ „Es ist eine bedeutende Politik, die jetzt in Preußen gemacht wird.“ Bismarcks Fähigkeiten wird Anerkennung nicht versagt; der S.-D. gesteht ihm zu, daß er den Kaiserstaat, den zu bekämpfen er sich anschicke, nicht unterschätze; „er hat gewußt, daß es gilt, nicht nur mit preußischen Armeen, sondern auch mit den Ideen der Zeit gegen Österreich zu kämpfen“. Wenn die Zeitung dann aber meint, daß der Minister nicht aus freiem Willen, sondern gezwungen durch die Lage, Parlament und allgemeines Wahlrecht beantrage, so verfällt sie allerdings in den gleichen Fehler, den manche der verhaßten „Bourgeoisblätter“ begingen. Überhaupt erklärt sich ja die skizzierte Haltung des S.-D. aus der Feindschaft gegen die Liberalen; er unterstützte Bismarck nur als seiner Gegner größten Gegner, nicht als seinen eigenen Freund. Immerhin spielen wahrscheinlich die Erinnerungen an Lassalles Verhältnis zu Bismarck eine wichtige Rolle bei dieser Stellungnahme des Blattes, doch ist es nicht möglich, darüber sicheres auszusagen.

In die schwierigste Lage wurden bei dem sich steigernden Konflikt die Liberalen außerhalb Preußens gebracht, die für dessen Führerschaft in einem neuen Deutschland kämpften. Nicht nur die konservative Presse mit ihren beständigen Drohungen gegen den Nationalverein und gegen alles Außerpreußische erschwerten jenen die wirkungsvolle Verfechtung ihrer Ideen ungemein, sondern auch Bismarck selbst, wie wir z. B. aus Overbecks Briefen an Treitschke ersehen. Da schreibt jener am 23. Oktober 1865: „Ich denke, Du wirst auch selbst wiederholt empfunden haben, welchen harten Prüfungen der Freund der preußischen Sache durch ihren Leiter ausgesetzt ist“. Nach einem Tadel der Liberalen fährt Overbeck fort: „Schlimm genug

¹⁾ France 5. April, K. Z. 8. April 66. Als weiteres hierher gehöriges Zeugnis des Auslandes sei die deutsche St. Petersburger Z. (900 Abonnenten, Chefred. Dr. C. F. Meyer, lebte von 1824—99, Prof. in Heidelberg) genannt, die in Bismarck „überall Energie und Konsequenz, gepaart mit einer guten Dosis persönlicher Suffisance, Klugheit und national-preußischen Bewußtseins“ findet, „er hört sich nicht schlecht an, es klingt, wie wenn ein Mann spricht“ (19. Januar 65, Eichhorn S. 214).

²⁾ Soc.-Dem. 8. Januar, weiterhin 8. März 65 und 20. Mai 66.

aber, daß unsere Hoffnung auf Bismarck beruht. Nicht immer kann ich mich des Eindrucks erwehren, daß auch seine Politik trotz allem Geschick bornierte und höchst gefährliche Parteipolitik ist. Mag sein, daß zur Beilegung des inneren Konflikts der König ein unüberwindliches Hindernis ist. Dieses Fortbestehen des Konflikts aber gibt ganz besonders der Politik den Charakter des Abenteuerlichen, und man hört doch so gar nichts von dem Versuche, ihm seine Schärfe zu nehmen, gerade vexatorischer kleinlicher Maßregeln sich zu enthalten . . . Solange die schleswig-holsteinische Sache noch schwebt, ist Bismarck freilich ein ganz unentbehrlicher Mann; doch scheint er mir freilich durch die Art, wie er die Sache führt, auch in dem Falle, daß sie ein gutes Ende hat, d. h. daß die Annexion gelingt, einen guten Teil des Dankes, den er sonst verdient hätte, verwirkt zu haben . . .¹⁾

Solcher Äußerungen eingedenk, verstehen wir die Kritik, die Gustav Freytag in den Grenzboten an Bismarck übte. Er nannte ihn einen geistvollen Mann „von unübertrefflicher Elastizität, um Auskunft nicht verlegen, bereit, sich persönlich einzusetzen, kurz entschlossen, dem Vernehmen nach im persönlichen Verkehr wie in seinem Privatleben von großer Liebenswürdigkeit. Aber diese Vorzüge werden überwogen durch einen Mangel, der verhängnisvoll für ihn selbst und ein Unglück für Preußen zu werden droht, ihm fehlt eine unbefangene Auffassung der Dinge; die Eindrücke, die die Welt in seine Seele sendet, werden ihm zu schnell verzogen, was der gemeine gesunde Menschenverstand leicht findet, entzieht sich ihm. Auch seinem Entschluß, wie energisch er erscheine, fehlt die nüchterne Stetigkeit.“ Außer anderen, für einen Staatsmann unentbehrlichen Eigenschaften vermißt Freytag die Gabe in ihm, sicher das richtige Mittel für ein gutes Ziel zu verwenden und sich nicht über Schwierigkeiten und Hilfsmittel zu täuschen. „Die innere Freiheit, mit der er die Personen beurteilt, und die Flüchtigkeit, mit der er Tatsachen behandelt, die Behendigkeit, mit der er sich aus der Befangenheit des Moments heraushebt, und der Eigenwille, der sich eine Sachlage einbildet, Verachtung der Gegner und Ungeduld bei Hindernissen, das Selbstgefühl adliger Ehre gegenüber bürgerlicher Gewissenhaftigkeit, sind Eigenschaften eines Politikers, der aus dem preußischen Junkertum heraufkam. Es ist ein blendendes, vielleicht fesselndes Wesen, es sind einige von den höchsten Eigenschaften eines preußischen Ministers darin, aber ihr Segen wird in das Gegenteil verkehrt durch dilettierende Unproduktivität und durch den Mangel an festen inneren Schranken, die ihm die Willkür bändigen.“²⁾

Unzweifelhaft liegt hier der Versuch zu einer tiefer gehenden Charakteristik vor, aber sie ist eben ein Versuch geblieben. Freytag

¹⁾ Bernoulli I S. 14f.

²⁾ Grzb. 66 II 66f. S. auch Lindau S. 260ff. und 410—432.

haftet zumindest bei Hervorhebung der guten Eigenschaften reichlich stark an der Oberfläche. Von dem preußischen Machtbewußtsein, das in Bismarck lebt, ist nicht, von dem Vertrauen auf die eigne Kraft, das — ohne Überhebung — ihn von jeher ausgezeichnet hat, nur einseitig, in der Hervorhebung des Gegensatzes zwischen adliger und bürgerlicher Herkunft, die Rede. Von der gewaltigen Energie gar, die in dem Manne steckte, ahnte Freytag überhaupt nichts, ja er behauptete im Gegenteil, ihm fehle „die nüchterne Stetigkeit“. Den Hauptfehler sah der Verfasser im Mangel einer unbefangenen Auffassung der Dinge, und gerade das dünkt uns weniger ein Kardinalfehler Bismarcks als vielmehr Freytags zu sein. Eben die klare, ruhige Abwägung aller Faktoren, der Ponderabilien und Imponderabilien, das Ergreifen des richtigen Moments, die vorsichtige Freihaltung mehrerer Wege, die genaue Abgrenzung eines Zieles, die gleichzeitige oder abwechselnde Benutzung verschiedener Mittel zum gleichen Zwecke, dies alles sind Vorzüge, die zu leugnen niemand einfallen kann; sie alle beweisen, einzeln wie zusammen, zweifelsohne, daß dem Minister eine unbefangene Auffassung der Dinge in hohem Maße eigen war; ohne sie hätte er gewiß nicht die großen Erfolge seiner Politik errungen.

Jedenfalls ersehen wir so viel, daß die Grzb. sich um eine freie und ernste Würdigung der Persönlichkeit des preußischen Ministerpräsidenten gewissenhaft bemühten; daß sie nicht unserer heutigen Ansicht entspricht, hat seinen Grund vorzugsweise in den Schwierigkeiten, mit denen die Liberalen damals zu kämpfen hatten.

Erheblich feindseliger klingen wieder von vornherein die Urteile der süddeutschen Blätter, insbesondere des Beobachters, der sich kaum die Mühe gibt, Bismarcks Persönlichkeit zu studieren. Für ihn ist er nur der Junker, der die Freiheit vernichten, der deutsches Land an seinen Lehrmeister Napoleon abtreten, der die Mainlinie herstellen will. Bismarck ist ihm der Feind; nach ihm orientiert der Beob. seine Politik; schnell entschlossen stellt er sich auf die Seite der Gegner des preußischen Ministerpräsidenten — nicht des Staates: kämpfen will er gegen den Brecher des Friedens, den Mörder des Rechts, den Verräter deutschen Landes, den Tyrannen Preußens, den Henker Schleswig-Holsteins! — Blinds Selbstentleibung nennt er einen Opfertod und verteidigt den Mordanfall unzweideutig. „Das Attentat gegen diesen, von einem ganzen Volke einmütig verdamnten Attentäter hat nichts Überraschendes, und es wird sich niemand getrauen, den jungen Mann für einen schlechten Menschen zu erklären, der sein Leben daran gegeben hat, um das Vaterland von einem solchen Unhold zu befreien.“¹⁾

¹⁾ B. 10. Mai 66, S. o. S. 111. Der „Volksbote für den Bürger und Landmann“ in München sagte am 9. Mai 66: „Schad um die Kugel! Das Sprichwort sagt: wer gehängt werden soll, ersäuft nicht.“ (N. A. Z. 15. Mai). Ganz ähnlich die Pr. (nach N. A. Z. 13. Mai); nach der

Viel gemäßigter drücken sich immerhin die Neue Frankf. Z. und der Schwäb. Merkur aus, doch selbst das letztgenannte sehr ruhige Blatt scheint im März 1866 nicht ungern das Gerücht zu vernehmen, Bismarck habe, ein neuer Curtius, seinem Leben ein Ende gemacht, um sich und seinen Staat „aus der Verlegenheit, Krieg führen zu müssen, zu erretten“ (23. März).

Lebhafter und ausführlicher beschäftigt sich das Frankfurter Blatt, das etwa die Mitte hielt zwischen Merkur und Beob., mit dem preußischen Ministerpräsidenten. Auch hier tritt uns der weit verbreitete Glaube entgegen, Bismarck habe die Politik „nach der napoleonischen Methode“ studiert, und natürlich wird ihm das Talent dazu abgesprochen. „Die groß geschwungene markige Korsenschrift“ verhalte sich zur „zuckenden und gackelnden Handschrift (!) des pommerischen Barons (!) wie ein Schwerthieb zum Messerritz“. ¹⁾ Es ist schwer zu glauben, daß dies die feste Überzeugung der N. F. Z. war, sie wollte wohl Bismarck nur einen Stich versetzen, der ihm die Freude über die Präliminarien vergällen sollte. Denn wenn „Er“ auch noch immer sehr gefürchtet war, so hatte sein Ansehn doch durch seine mexikanischen Abenteuer und die schlechte innere Politik schon recht sehr gelitten; aber natürlich ist es schwer, darüber heute entscheiden zu wollen. — Die N. F. Z. meinte ferner, gerade das habe der Minister nicht vom Imperator gelernt, unausführbare Absichten unausgesprochen zu lassen. Natürlich gesteht die Zeitung Bismarck keinerlei Erfolge zu. ²⁾ Es sei ihm nicht gelungen, im ganzen Lande auch nur eine einzige Stimme für sich zu gewinnen, er stütze sich nur auf den alternden König; „wenn die Zusammenstimmung von Volk und Regierung, das Zusammenleben in gleichen Ideen die Stärke einer Regierung ausmacht, so ist die preußische nie so schwach gewesen wie unter Herrn v. Bismarck“. Die N. F. Z. bestritt nicht nur das Vorhandensein von Erfolgen in der innern, sondern auch in der äußern Politik, wo der Premier ganz von Wien abhängig sei. „Wenn Österreich will, werden die Bismarckschen Ideen, die so hoch fliegen, wie Spreu im Winde zerfliegen.“ Alles, was der Minister erreicht habe, sei höchstens darin zu finden, daß seine Junker Zeit hatten, übermütig zu werden, und daß Preußen nicht nur nicht gefürchteter, sondern gar noch unbefreundeter sei als vorher. Wir finden hier den auch heute noch spukenden Gedanken, daß ein Staat bestrebt sein müsse, sich „beliebt“ zu machen; wie verkehrt eine

Voss. Z. (12. Mai, 1. Beil.) hätten „Wanderer“ und „Württ. Staatsanzeiger“ Blind verteidigt. Die Hessischen Bl. sollen Bismarck „Raubvogel und Aasgeier“ titulierte haben. Nach Penzler S. 160 wurde „dem Fürsten B. gegenüber im offenen Druck die Hoffnung ausgesprochen, ihn ‚zum Vorteil des Staates Wolle spinnen zu sehen‘.“ Die N. A. Z. äußert sich übers Attentat am 9. Mai; am 19. Mai bringt sie die Ansicht des Londoner Anarchistenblattes „Herrmann“. Solche Verirrungen, wie oben wiedergegeben, kann selbst die Hitze des Kampfes nicht entschuldigen.

¹⁾ N. F. Z. 6. August 64.

²⁾ 22. und 23. Februar 65.

solche Anschauung ist, haben gerade Bismarcks Erfolge bewiesen. Ganz sicher hätte er nicht das Deutsche Reich gründen und, was schwerer, ihm eine solche Machtstellung verschaffen können, wenn er nicht die Geltendmachung der realen Interessen Preußens und dann Deutschlands dem Bemühen, sich „beliebt“ zu machen, vorgezogen hätte. Die Politik der moralischen Eroberungen gegenüber dem Auslande führt, wenn nicht gar zu eigener Schwäche, so doch leicht zu einer Einbuße an Ansehen. Und auch diese Frage, so trivial sie ist, muß erhoben werden: wo ist die große Nation, die bei andern Völkern beliebt ist?

Denselben Gedanken wie oben sprach die N. F. Z. dann noch einmal aus, als sich die ersten Anzeichen einer kriegerischen Verwicklung bemerkbar machten.¹⁾ Bismarcks Hasardspiel neige sich seinem Ende zu, die letzten Mittel eines waghalsigen Spielers seien erschöpft und für ihn keine Aussicht mehr vorhanden, sein System im Innern zu retten, wenn nicht durch äußere Erfolge. Aber an eine solche Möglichkeit glaubte die N. F. Z. nicht; sie hielt im Gegenteil Österreichs Sieg schon für gesichert. Sie mußte aber bald erkennen, daß der gefürchtete und gehaßte Minister mehr Pfeile im Köcher hatte als sie ahnte; der Reformantrag in Frankfurt brachte ihm von ihr den Beinamen des „erfindungsreichen Odysseus“ ein. Möglicher Weise trug gerade die Überraschung, die Bismarcks Vorschläge überall hervorriefen, dazu bei, den Glauben an eine Verschwörung des preußischen Ministers mit dem französischen Kaiser, an eine Einwilligung in die Abtretung deutschen Landes, zu verstärken; vom 9. April 1866 an traute man Bismarck alles zu.

Solche Gedanken tauchten auch in den Hist.-Pol. Blättern auf, in denen die Angst vor Napoleon niemals auch nur einen Augenblick schlummerte. Immerhin muß es uns wundern, daß gerade sie, die einzigen Fürsprecher der preußischen Politik im Süden Deutschlands, sich recht scharf gegen Bismarck vernehmen lassen, und das, trotzdem sie ihn 1862 mit einem Jubelhymnus begrüßt hatten.²⁾ Sie sagen von ihm, daß er mit dem Schicksale Preußens *va banque* spiele. Jetzt könne „auch der dämonische Hochmut und die eiskalte Menschenverachtung jenes blauen Blutes, als dessen rücksichtslosester Repräsentant der Minister vor der Welt dasteht, sich nicht mehr verleugnen. Will er aber als neuer Curtius sich selbst zum Opfer bringen — dann freilich wird der unergründliche Schlund des Parlamentsgedankens für andere gefährlicher werden als für Preußen.“ Auch hier, soweit es die Charakteristik Bismarcks angeht, mehr ein Geklapper mit leeren Worten als wirkliches Bemühen um die Erfassung seiner Persönlichkeit.

Obleich ich in der Augsburg. Allg. Z. nichts Besonderes über Bismarck gefunden habe, sei doch wenigstens erwähnt, daß einer ihrer Berliner

¹⁾ N. F. Z. 20. Februar, s. auch 13. April und 2. Mai 66.

²⁾ H. P. Bl. 57, 667 (1866). Nirrnheim S. 66ff.

Mitarbeiter ihn energisch in Schutz nimmt gegen die Verleumdung, er beabsichtige die Abtretung deutschen oder belgischen Gebietes an Frankreich.¹⁾ Trotzdem die A. A. Z. Preußen und seinem leitenden Minister keineswegs günstig gesinnt ist, kann sie nicht umhin einzugestehen, daß er „Kühnheit und Originalität vor allen seinen blasierten Kollegen in Deutschland“ voraus habe. Diese Worte mögen den Diplomaten in München, Dresden und in der Hofburg schön in den Ohren geklungen haben!

Wenden wir uns gleich zu den österreichischen Blättern, so begegnen wir in der Presse auffallend häufig dem Namen Bismarck. Schon gleich nach Abschluß der Präliminarien von Wien (1864) hatte sie an ihn die Aufforderung gerichtet, seine Hand zur endlichen Herstellung der deutschen Einheit zu bieten, damit diese Frage nicht ungelöst einem nachfolgenden Geschlechte hinterlassen werden müßte. Die Pr. glaubte, daß Deutschland nicht länger politisch versumpfen könnte, da Bismarck, „dieser bedeutende Staatsmann, den seine Partei alle Ursache zu verehren hat, weil er etwas für sie leistet, jene verwickelte Frage endlich in vollen Fluß gebracht hätte“; dafür müßten ihm auch seine Feinde dankbar sein. Falls Herrn v. B. kein entschlossenerer Widerstand geleistet würde als bisher, so wäre die Frage in wenigen Jahren gelöst²⁾; auch diese Prophezeiung traf richtig ein.

Richtig erkennt die P., daß Bismarck das Recht der Nation über das der Dynastien setze, daß er nicht prätendierte, seine Größe in der skrupulösen Achtung der Rechte der deutschen Fürsten zu suchen. Wie er Österreich durch Anerkennung Italiens geärgert habe, so werde er unbedenklich nach dem allgemeinen Stimmrecht greifen, wenn das preußische Bürgertum stets wieder eine oppositionelle Majorität in das Abgeordnetenhaus schicken sollte.³⁾ Diese richtige Voraussage, deren Eintreffen ja schließlich von andern, tieferen Motiven bewirkt wurde, ist recht charakteristisch; sie verrät, wieviel man Bismarck in Österreich schon damals (Januar 1865) zutraute und daß demnach dort der Reformantrag von 1866 nicht so sehr hätte überraschen dürfen. Aber wahrscheinlich handelt es sich hier mehr um ein Kokettieren mit der Gefahr — als solche faßte die P. es auf — denn um eine ernstliche Sorge; man konnte und mochte nicht recht an eine so unerhörte „Prinzipienlosigkeit“ des preußischen Ministerpräsidenten glauben.

Über seine persönlichen Eigenschaften sprach sich die Pr. zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden aus. Betonte sie einmal, daß er gewiß kein Heuchler sei, so schrieb sie ihm ein andermal eine außerordentlich versteckte Natur zu⁴⁾; die offenen Angriffe und die ab-

¹⁾ A. A. Z. 65 S. 4576, ferner 13. April 66 im Art. „der Ernst im Parlamentsscherz“.

²⁾ P. 5. März, 20. Juni 65. S. auch o. S. 20.

³⁾ P. 24. Januar 65.

⁴⁾ 5. März—20. Juli. S. auch 20. Juni 65.

sichtlich hervorgekehrte Feindschaft gegen Wien seien nur neue Mittel, seine geheimen Pläne und Aktionen besser zu verhüllen. „Vielleicht hatte Österreich seit Friedrich II. keinen gefährlicheren rücksichtsloseren Gegner als den gegenwärtigen preußischen Ministerpräsidenten . . .“ Ganz verkannte die Pr. den Sieger von Nikolsburg also nicht; aber völlig falsch war sie doch unterrichtet, wenn sie ihn für unselbständig, für einen bedingungslosen Anhänger der neu-preußischen Partei hielt, mit deren Hilfe er seine Ziele erreichen wolle. Gerade aus den Reihen der konservativen Partei — und natürlich auch aus den geschichtlichen Vorgängen — haben wir das Zeugnis, daß dem nicht so war. „Bismarck ist stets seinen eigenen Weg gegangen; wir hatten immer nur das Nachsehen.“ — Aber interessant bleiben trotz diesem Irrtum die weiteren Äußerungen der P. doch. Sie nennt Bismarck, der ohne höhere Bildung sei und sie deshalb gering schätze — ob die P. nie von seinem Studium gehört hatte? — einen politischen Naturalisten und reinen Praktiker, der die Unkenntnis der amtlichen politischen Aktion, wie sie die Professoren-Abgeordneten bewiesen, verspottete; er sei ohne Rechtssinn und verachte die juridische Peinlichkeit und Gewissenhaftigkeit der Kreisrichter-Abgeordneten; der reizbare selbstbewußte Minister halte schließlich mit dem vollen Hochmut eines echten Junkers „diese Fülle von Tüchtigkeit, Ehrlichkeit und Loyalität im Hause der Abgeordneten, die ihm bei jedem Versuch, den gesetzlichen Weg zu verlassen, Widerstand leistete, nur für philisterhafte, bürgerliche Beschränktheit“, und er habe sich allmählich gegenüber dem Volke und seinen Vertretern in eine Lage hineingebracht, aus der es keinen Ausweg gäbe als den Sturz.

Standen schon diese Worte unverkennbar unter der Einwirkung der zunehmenden Spannung zwischen Österreich und Preußen im Juli 1865, so noch mehr die des folgenden Jahres, besonders, seitdem die Kriegsfrage akut und der Reformantrag eingereicht worden war. Da weist die P. den häufig vorkommenden Vergleich Bismarcks mit Cavour zurück: man tue dem Preußen dadurch zuviel Ehre an! Er sei der „Macchiavelli unserer Tage“.¹⁾ Natürlich traut sie ihm schon seit langem eine Abtretung der Rheinlande oder doch eine Kompensation für Napoleon am Rheine zu, ja schließlich bringt sie sogar, in den üblen Ton anderer minderwertiger österreichischer Blätter verfallend, einen Aufsatz „Bismarck und sein Wahnsinn“²⁾ und schreibt ihm nach der „Allg. Mediz. Ztg.“ „Manie mit Größenwahn“ zu. Ein Eingehen darauf ist wohl überflüssig!³⁾

¹⁾ P. 7. und 12. April 66.

²⁾ 13. Juni, vorher auch 9. August und 30. November 65. Sollte dieser letzte Artikel die Antwort auf die scharfen Angriffe der N. P. Z. von Mitte November sein?

³⁾ Ähnlich der Beob. in einer Zuschrift vom 27. April 66 und die (Constit.?) Österr. Ztg., in der ein Arzt die Seelentätigkeit des preußischen Minsters

Das Bild, das sich vor uns entrollt hat, ist gewiß in manchen Teilen nicht schön zu nennen, aber wenn man sich in die Erregung der Zeit hineinversetzt, wenn man die öffentliche Kritik an Bismarcks Person als Reaktion auf seine Politik, deren Verständnis erst der nachfolgende deutsche Krieg eröffnete, auffaßt — und eben das ist erforderlich —, dann wird man den richtigen Gesichtspunkt finden, von dem aus die Stellung der deutschen Presse beurteilt zu werden verdient. Und bedingt dürfen wir das ein wenig sentimentale, viel mißbrauchte und nicht immer richtige Wort gelten lassen: *Tout comprendre c'est tout pardonner!*

infolge geistiger Überanstrengung für gestört erklärte und zu einer ärztlichen Untersuchung aufforderte. Aus der in der Pr. veröffentlichten Auslobung von 100 fl. für die Ergreifung Bismarcks spricht ein unglaublicher Haß. S. Kohl, Regesten 1, 283. Die Wut auf B. soll in Wien so groß gewesen sein, daß man den Mörder Blind in den Blättern mit Sand und Staps verglich. S. o. S. 111.

Beilage.

Hier mögen die Nachrichten, die ich über die Verhältnisse der Zeitungen gesammelt habe, Platz finden, ohne daß sie indessen einen Anspruch auf Vollständigkeit zu machen berechtigt sind.

Im Jahre 1866, noch zur Zeit des alten Bundes, waren in Deutschland durch die Post zu beziehen: 1525 Zeitungen, davon 30, die mehr als einmal täglich, 55, die einmal täglich, und 210, die wöchentlich sechsmal erschienen (Wuttke S. 220).

In Österreich erschienen 1864: 431 (davon 141 politische), 1865: 474 (156), 1866: 473 (160) Zeitungen (Winckler S. 110 und 124).

In Sachsen erschienen 1866: 109 politische Tages- und Lokalblätter und Zeitschriften. Von den amtlichen Organen hatte die Leipz. Ztg. eine Auflage von 6500, das Dresdner Journal von 2 bis 6000 Expl. (wegen des Krieges stark wechselnd). — An außersächsischen Blättern wurden durch die Post 12—13 000 Exemplare befördert. Am meisten wurde bezeichnender Weise der Kladderadatsch mit 753—923 Expl. bezogen, dann die Nat.-Z. (durchschnittlich 450 Expl.), die Volks-Z. (256—525), die N. Fr. Z. (100), N. A. Z. und Voss. Z. (50—100). Aus Hamburg kamen 300—350, aus Frankfurt a. M. 3—400, aus Stuttgart 400—550, aus Augsburg 220—340, aus München 180—220, aus Wien ca. 300 Exemplare. Doch ist hierbei zu bemerken, daß die Zahlen wegen der im Kriege unterbrochenen Postverbindung nur bedingt vergleichbar sind. — Vgl. Zeitschrift.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen, allerdings nach einer Berechnung für 1862, in Österreich 0,98 Zeitungen, in Preußen 3,73, in Sachsen 3,15, Württemberg 4,49, Bayern 8,12 (?), Baden 3,66, Hannover 2,94, Mecklenburg-Schwerin 3,00, Strelitz 1,3. Zum Vergleich seien auch die Zahlen fürs Ausland angeführt: Frankreich 5,65, England 20,82, Schweiz 9,85. —

1. Die Augsburger Allgemeine Zeitung wurde 1798 von Cotta gegründet und ging am 1. April 1908 als Tageszeitung ein. Die Redakteure waren Dr. Kolb († 1865) und (seitdem allein) Dr. Altenhöfer. Infolge ihrer Verbreitung, namentlich in Süddeutschland, und ihrer konservativen Tendenzen war sie allmählich zum Werkzeug der Regierungen geworden, so der bayrischen und preußischen, vornehmlich aber der österreichischen, die die A. Z. mit den

besten Nachrichten versah. Die Artikel des Berliner offiziösen Korrespondenten wurden hingegen mit Widerwillen aufgenommen. — Bei den Korrespondenzen „aus Schleswig-Holstein“ lag entschieden ein geographisches Manko im Hirn des Redakteurs vor, denn manche weisen deutlich genug nach Wien. — Vgl. Heyck, der aber diese Jahre kaum noch berührt, Giehne, Nirnheim S. 43 Anm., Treitschke V 192f. und Wuttke.

2. Der Stuttgarter Beobachter, „ein Volksblatt aus Schwaben“, wurde 1830 (33) begründet und erscheint noch heute. Herausgeber und Redakteur war Carl Mayer (1819—99, Mitglied des Rumpfparlaments, seit 1868 wiederholt im württ. Landtag, 1882—87 M. d. R.). Es war ein Demokrat vom reinsten Wasser, mit einer Art von idealem Haß auf Preußen, das er gar nicht kannte, mit dem starken landschaftlichen Vorurteil des Schwaben, in steter Hoffnung auf Revolution, worin ihn eine lange Verbannungszeit in der Schweiz nur bestärkt hatte. Der B. war das Organ der Volks- (preuß. Fortschritts-) Partei. Mitarbeiter waren vor allem Julius Haußmann (1816—81) und Ludwig Pfau (1821—94). — Vgl. Pr. Jb. 14, 352 ff. und Schmidt-Buhl.

2a. Beobachter an der Elbe s. unter „Nessel“.

3. Die Berliner Revue, 1855 von Frhn. v. Hertefeld gegründet, war eine höfisch-feudal-antisemitische Wochenschrift, die von J. v. Moerner redigiert wurde. Sie ist das enfant terrible der konservativen Presse, deren intimste Herzensgeheimnisse sie häufig ausplaudert. Mit der Regierung scheint sie sich sehr gut „verstanden“ zu haben.

4. Die Deutsche Vierteljahrsschrift wurde 1837 durch Cotta begründet. Zu den Mitarbeitern zählten W. H. Riehl, C. Frantz, Laband, Dr. Faber u. a. m.

5. Der Hamburger Freischütz, gegründet 1827, ging 1878 ein. Dieses radikale Blatt erschien dreimal wöchentlich unter der Redaktion von Dr. Ludwig Lenz (1813—96), der es von 1841—73 leitete (daneben von 1859—72 das illustr. Wochenblatt „Omnibus“). — Vgl. Schröder 4, 431 ff.

6. Die Grenzboten wurden 1841 von Kuranda (1811—84; 1861—84 österr. Landtags- und Reichsratsmitglied) gegründet. Seit 1857 war Moritz Busch (1821—99) Redakteur bis 1866, anscheinend mit Unterbrechung i. J. 1864/65. Von 1866—70 leitete Gustav Freytag (1816—95) diese Wochenschrift, deren Auflage etwa 900 Exemplare betrug. Mitarbeiter waren Treitschke, Mommsen, Bodenstedt; Mitredakteur und Mitbesitzer Jordan.

Vgl. Busch, Tagebuchblätter 3, 451 und „Fünfzig Jahre“. — Über Busch s. Freytag-Treitschke S. 43 f. u. 60, über seinen nicht ganz freiwilligen Abgang S. 92 u. 97 f.; ferner Jansen-Samwer 434 f. u. 703 f.

7. Das „Hamburger Fremdenblatt“ wurde 1828 von Menck als Hamburger Fremdenliste begründet, seit 1863/64 unter obigem

Namen. Chefred. war Friedrich Menck. Die Leitartikel, die zeitweilig aufhörten, schrieb der Schleswiger Johannes Nootbaar (1836/92), die politisch angehauchten Federzeichnungen L. Ziegelsdorff (1821—81). Die Auflage war noch sehr gering (1/2000).

Vgl. Obst S. 85. — Herrn Dr. Obst bin ich für manche Mitteilung dankbar.

8. Über die „Hamburger Nachrichten“ (gegr. 1792) war nichts mehr zu erfahren. Die Auflage soll 16000 (?) Expl. betragen haben, während sie sich heute nur auf 7000 beläuft.

Vgl. Grzb. 65 II 46f. (nicht unparteiisch!): Die H. N. „sind etwas konsequenter (als die „beinahe völlig gesinnungslose“ Hbg. Börsenhalle) und neigten stets mehr nach preußischer Seite hin, ließen aber in der schleswig-holsteinischen Frage aus Geschäftsrücksichten eine Zeitlang gelegentlich auch dem gelinderen Partikularismus die Tür offen. Jetzt und schon seit einigen Monaten stehen sie der Partei des engen Anschlusses an Preußen sehr nahe und selbst annexionistischen Artikeln ist die Aufnahme nicht verwehrt . . .“ — Die H. N. waren preußisch-offiziös; der Gesandte von Richthofen bediente sich ihrer, doch scheint es, als ob auch Senatsmitglieder — die Minorität von 1866 — ihnen nicht ferngestanden hätten.

9. Die „Hamburger Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“ erschien von 1862—66 und vertrat einen zünftlerisch-konservativen Standpunkt. Ende 1863 wurde sie augustinburgisch und vertrat die allerextremste Richtung; in dieser Zeit schrieb der alte Herzog für sie. Bedeutung gewann sie nicht. Im Nov. 65 wurde sie für Schleswig, im Juli 66 für Holstein verboten, wodurch ihr Eingehen bewirkt wurde.

10. Der Hamburgische Unpartheiische Correspondent (gegründet 1731) war schon damals im Niedergange begriffen, trotzdem er Amtsblatt war. Zunächst brachte er konservative, aber recht unparteiische und referierende Leitartikel von Dr. Achilles Runkel (1802/66, Redakteur seit 1828); mit Übergang in andere Hände, der aus finanziellen Gründen erfolgte, wurde der H. C. liberaler und augustinburgischer; es wird von einer Reise Runkels nach Kiel berichtet. Die Chefredaktion ging an Dr. Bonfort über (1. April 1866), der vorher (1861—65) „das Neue Hamburg“ redigiert hatte, doch schrieb Runkel die Leitartikel weiter bis an seinen Tod (8. Mai 1866, vgl. Schröder 6, 429). — Das Archiv dieser ehrwürdigen Zeitung ist bei den letzten Besitzwechseln ganz verschwunden, so daß über Auflage, Mitarbeiter usw. nichts mehr zu erfahren war.

Vgl. Grzb. 65 II 46f.

11. Die „Historisch-Politischen Blätter“ wurden 1838 von Jareke, Phillips und Guido Görres begründet. Redakteure waren Dr. Edmund Jörg (1819—1901; Mitgl. d. Bayr. Kammer, 1870 Referent des Ausschusses für die Bundesverträge; 1874—79 M. d. R.; Redakteur von 1852/91) und Franz Binder (seit 1858 bis zur

Gegenwart). Die politischen Artikel stammen von Jörg, dessen Ideal die großdeutsche Kaiseridee war. Infolge ihrer konservativen Neigungen wurden die H. P. Bl. von den K. Bl. häufig bekämpft, z. B. am 30. Nov. 1864. — Vgl. H. P. Bl. 118, 11. Heft S. 773 ff.

12. Die Kieler Z., die Nachfolgerin der Schl.-Holst. Blätter, wurde 1864 von Dr. Wilh. Ahlmann gegründet, ohne Mitwirkung der augustenburgischen Partei als solcher; demgemäß hielt sich das Blatt von den Ultras fern, die vor allem in der Schl.-Holst. Ztg. in Altona zu Worte gekommen sein sollen. Von 1864—69 war Redakteur Ernst Hinsching (1827—81), doch übte der Herausgeber Ahlmann einen großen Einfluß aus. „Beziehungen zum augustenburgischen Preßbureau bestanden nicht, wohl aber haben in außerordentlichen Fällen einzelne Ratgeber des Herzogs, wie Helm, Karl Lorenzen, Otto Jensen, Artikel für die Kieler Z. geschrieben.“ Die Auflage betrug 1865: 1100 Expl. (Mitteilungen der Zeitung an den Verf.). Eine Beeinflussung von seiten des österreichischen Statthalters — auf den vielmehr die Zeitung Einfluß gewann — scheint nur in geringem Maße stattgefunden zu haben. Von einem Artikel über die Flaggenfrage, um dessen Abdruck aus der Schl.-Holst. Z. gebeten wird, ist in einem Briefe des österreichischen Generalkonsulats an Ahlmann vom 3. Mai 1865 die Rede.

Am 16. Nov. 1865 wurde die Zeitung in Schleswig verboten (s. o. S. 68). Am 10. Juni 1866 mußte sie, nachdem sie eben erst, am 6. Juni, von Gablenz konzessioniert worden war, auf Grund einer Proklamation Manteuffels mit Nr. 600 ihr Erscheinen einstellen; Nr. 601 kam indessen schon am 26. Juni 1866 heraus. (Schreiben des Kieler Polizeiamts vom 12. Juni; Ahlmanns Antwort 13. u. 20., Scheel-Plessens Mitteilungen 23., 25., 28. Juni 1866.

13. Der Kladderadatsch, gegr. 1848, war — nach der Gartenlaube mit 150 000 Exemplaren — wohl das verbreitetste Blatt Deutschlands; seine Auflage betrug 40 000 Expl., der Gewinn angeblich 55 000 Taler. — Die „Gelehrten des Kl.“ waren D. Kalisch (1820—72, Verfasser von Berliner Possen), Wilh. Scholz (1824—93, der Zeichner des Blattes), Ernst Dohm (1819—83) und R. Löwenstein (1819—91). Zu ihnen gesellte sich 1862 der jetzige Leiter des Kl., Johannes Trojan (geb. 1837).

Vgl. „Der Kladd. und seine Leute“, Mainzer Journal 1865 Nr. 15 und Bismarck-Jb. 5, 247 f.

14. Die Kölnischen Blätter waren das Hauptorgan der preußischen Katholiken. Gegründet 1860, nahmen sie 1869 den jetzigen Namen „Köln. Volks-Z.“ an. Ihre Vorgänger waren die „Rheinische Volkshalle“ (1848—49) und die „Deutsche Volkshalle“ (1849—55). Der Chefredakteur war Fridolin Hoffmann, sein Stellvertreter Rob. Bachem, die Auflagenhöhe 5200—5400, doch war sie vielleicht etwas kleiner (Bachem an Prof. Janssen 25. Okt. 1865); die Hauptverbreitung hatten die K. Bl. in Preußen. — Der „hervorragendste Mitarbeiter und

zuverlässigste Ratgeber“ war der später exkommunizierte Prof. Reusch in Bonn; den norddeutschen Teil der Wochenrundschau schrieb Oberl. Stumpt in Koblenz, den süddeutsch-österreichischen Dr. Bumüller in Ravensberg (Württ.). Aus der großen Zahl der übrigen Mitarbeiter seien genannt: F. X. Kraus, Prof. Vering und Dr. Bissing (Heidelberg), Prof. Katzenberger (Bayern, schrieb unter dem Zeichen $\pi\pi$), Dr. Brühl (Wien), Dr. Binder und Dr. Ludw. Lang (München); Frh. v. Ketteler; Dr. H. Kuhn, Dr. A. Sommen und Dr. H. Hersch (Berlin); Prof. Hüffer (Bonn). Nach Verzeichnis v. 14. Juni 1866. — Herrn Justizrat Dr. Carl Bachem bin ich zu außerordentlichem Danke verpflichtet.

15. Die Kölnische Z. (gegr. 1802) leitete von 1855—72 Dr. H. Kruse (1815—1902), dessen Vertreter R. Arndt (1821—65), der Sohn des Dichters, war. Die Artikel, in denen verfassungsrechtliche Fragen erörtert wurden, schrieb Brüggemann (1810—87; vgl. Treitschke 5, 211f.). Andere Redakteure waren Grieben und Karl Bölsche (Red. v. 1851—89), die wie Kruse und Brüggemann glänzende Stilisten waren. Als Ersatz für den 1865 verstorbenen Arndt trat im Febr. 1866 Dr. A. Schmits ein. — Mitarbeiter waren u. a. Sybel, Bamberger, Rößler, vor allem wohl Max Duncker, der überhaupt einen großen Einfluß auf die Presse ausübte (cf. Wuttke S. 146). Die K. Z., deren Auflage 17 000 (?) Exemplare betrug, hatte außer Frensdorff einen offiziellen Korrespondenten in Berlin (auch in Schleswig-Holstein?), woraus sich eine gewisse Unklarheit ergab. — Nach Jansen-Samwer (476) soll Hohenlohe-Ingelfingen 1865 schleswig-holst. Korrespondent für die K. Z. gewesen sein, aber wohl nur zeitweilig. — Den Herren Dr. J. Neven Dumont und Dr. A. Schmits danke ich auch an dieser Stelle für mannigfache Mitteilungen und Berichtigungen.

16. Die Leipziger Zeitung (gegr. 1660) war die eine Posaune, mit der Herr v. Beust aller Welt zum Trotz seine erhabenen Gedanken kundgab (die andere war das Dresdner Journal). Von allen Blättern, die ich durchgesehen, gebührt der L. Z. die Krone der Langweiligkeit wegen ihrer ewigen Rechtsdeduktionen und unendlichen Exzerpte „aus anerkannten Rechtslehrern“. Nach Treitschke (V 195) nannte man sie den „sächsischen Kinderfreund“. Infolge dieser Eigenschaften und ihrer gänzlichen Bedeutungslosigkeit habe ich die L. Z. nur zum Teil und oberflächlich durchgesehen. — Redakteure waren Dr. A. Kaiser und Komm.-Rat v. Wilcke.

17. Die Magdeburgische Z. (gegr. Anfang des 17. Jahrh. [1626]) stand seit 1851 unter der Redaktion von Dr. Julius Hoppe (1817—83; 1865—67 und 73—76 M. d. preuß. Abg.-Hauses). Am 21. Nov. 1864 entlassen, weil er ständig radikaler wurde, gründete er die bald eingegangene „Magd. Presse“. Sein Nachfolger an der M. Z. war Prof. Dr. Retslag, der das Blatt jedoch wegen Kränklichkeit nur von 1865—66 leitete und schon 1867 starb. Ihm zur Seite stand der gegenwärtige Chefredakteur Herr Wilh. Splittgerber, dem ich für

manche Mitteilung danke. Mitarbeiter des Blattes waren viele preuß. Abgeordnete. — Vgl. Faber S. 182 und Buchholz S. 166.

18. Die National-Z. (gegr. 1848, jetzt im Sterben begriffen) wurde von Dr. Friedr. Zabel (1802/75) redigiert, der neben Lasker, Twesten, Matthäi und Boretius die Leitartikel schrieb. Die Abonnentenzahl betrug ca. 6000. Die N.-Z. war das „Blatt für den demokratischen Teil der höheren Bourgeoisie und namentlich der Handelswelt“ (Hilaris S. 11). — Vgl. das Urteil Kuhns, das von Logenfurcht beeinflußt ist, im kathol. Mainzer Journal 1865 Nr. 13. — Den Herren Prof. Dr. Frenzel und Dr. Osborn schulde ich vielen Dank.

19. Die „Nessel“, begründet am 22. Nov. 1863 (eine Woche nach des dänischen Königs Tod!) hieß vom 1. Okt. 1865 an „Tagespost“. Vom 6. Febr. 1864 ab stand dies zwei- bis dreimal wöchentlich erscheinende Blatt unter der Verantwortlichkeit von Wilh. Marr (1819/1904), dem Sohne des berühmten Schauspielers Heinrich M. W. M. spielte in den 40er Jahren unter den deutschen Flüchtlingen in der Schweiz eine wenig rühmliche Rolle. Seine Gesinnung wechselte er schneller als sein Hemd (vgl. Adler S. 54 ff.). Er, der die Ehe aufs heftigste verdamnte, schrieb 1844: „Jetzt 100 000 Frs., eine kleine Frau, und ich wäre glücklich!“ Voß nannte ihn mit Recht eine Krämerseele. Marr gab 1844/45 eine Monatsschrift „Blätter der Gegenwart für soziales Leben“ heraus, wurde aus dem Kanton Waadt, dann auch aus Deutschland ausgewiesen. 1848 war er Mitglied der Hamb. Constituante, 1861 M. d. Bürgerschaft, verfaßte auch viele Broschüren. Am 31. März 1865 trat M. aus der Redaktion der Nessel aus, womit diese alle Bedeutung verlor. Er übernahm nun den „Beobachter an der Elbe“ (eingegangen 21. Juli 1866), der also als geistiger Nachfolger der N. zu gelten hat. Zeitweilig redigierte Otto de Grahl dies Blatt, das zwischen Hamburg und Altona hin und her wanderte. Die Auflage soll etwa 900 Expl. betragen haben (K. Bl. 14. April 1866). Es ist wohl zweifellos, daß Marr der Verfasser jenes seltsamen republikanischen Manifestes war, das am 6. April 1866 in der K. Z. veröffentlicht wurde (vgl. N. P. Z. 13. April und H. Z. 9. April). Damit wäre auch erwiesen, daß M. mit Bismarck in Verbindung gestanden hat. Später wurde er — „einem on dit zufolge“ — aus dem Welfenfonds besoldet. — Über die N. sagt die N. P. Z. am 11. Juli 1865: „Es ist ein eigentümliches Blatt . . .; radikal, aber oft von abnorm politischen Verstande für wichtige Zeitfragen; mit dem einen Fuße auf dem Boden des demokratischen Prinzips, mit dem andern auf dem Wege der gesunden geschichtlichen Entwicklung, zugleich deutschnational und entschieden preußisch bei unserer schleswig-holsteinischen Frage, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß nach Kräften zusammenreimend, so verfißt das gewandt geschriebene Blatt mehr als eins in Preußen selbst die „Politik der Annexion“, wobei sie der augustinburgischen Partei als echte Nessel brennende Stiche versetzt“. — Sagt dies Lob

der Krzz. für eine republikanische Zeitung nicht genug? — Das Archiv der Freien und Hansestadt Hamburg hat mir die Einsicht in die dort aufbewahrten Memoiren Marrs verweigert, ebensowenig konnte ich über M. etwas vom preuß. Ministerium des Innern erfahren. — Vgl. Grzb. 65 II 46f., Schröder V, 33ff., Treitschke V 514 und Adler (s. Register).

20. Die Neue Frankfurter Z., die heutige Frankf. Z., wurde 1856 von Leop. Sonnemann (1831—1909) begründet als Frankf. Geschäftsbericht, nahm aber bald obigen Namen an. Ende März 1866 hatte sie 7000, 2 Monate später 8000 Abonnenten. Seit 1859 waren G. Fr. Kolb (1808—84; ehemaliges Mitgl. des Frankf. Parlaments) und Dr. Braunfels (1810—85) politische Redakteure. — Die N. F. Z. wurde „mehr und mehr das Organ der Minorität des Nationalvereins, die sich gegen den herrschenden Gothaismus stellte, der einen engeren Bundesstaat unter Preußens Führung erstrebte“. (S. Geschichte S. 66.) — Über ihr Verhältnis zu Österreich wird a. a. O. S. 123 berichtet: „Ein direkter Einfluß oder eine Subventionierung von seiten der österreichischen Regierung hat nicht bestanden, wohl aber ist sicher, daß öfters wertvolle Mitteilungen aus Wien der Redaktion auf den Tisch flogen. Es waren meist anonyme Korrespondenzen, die nur von wohl unterrichteter Seite stammen konnten, deren Verfasser man aber nicht einmal in der Zeitung kannte . . .“ — In Preußen wurde die N. F. Z. am 16. Okt. 1865 verboten. — Vgl. die schon genannte prachtvolle „Geschichte der Fr. Z.“ und Handwörterbuch 5, 134f.

21. Die Neue Freie Presse (in Wien, nicht von mir eingesehen) wurde 1864 im Gegensatz zur (alten) Presse gegründet von deren früheren Redakteuren Etienne (1827—79), Friedländer (1829—72) und Werthner. Sie brachte es schnell auf eine sehr hohe Auflage (35 000 Expl.).

22. Die „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung“ (gegr. 1848) wurde von Dr. Th. Beutner, einem ehemaligen Theologen (1816—82) 20 Jahre hindurch geleitet (1853—72). Ihre Hauptaufgabe war Anfang der 60er Jahre der Kampf mit den liberal-demokratischen Organen, besonders mit der Volkszeitung. Sie „würde mehr Verbreitung haben, wenn sie sich nicht serviler Phrasen bediente und orthodox-kirchlich gesinnt wäre“ (Hilaris S. 13). Und Kuhn im Mainzer Journal Nr. 12 sagt u. a.: „Das Königtum ist der Krzz. nicht bloß die fast einzige, berechtigte göttliche Einrichtung, sondern auch das Musterbild der Staatsallmacht, welches übel klingende Wort in ihrer Sprache freilich durch königliche Machtfülle ersetzt wird.“ . . . „Die Krzz. ist ebenso gut eine die Freiheit des Gewissens und der Kirche hassende Staatspolizei- und Staatsschergenseele, wie es die ganze liberale und fortschrittliche Partei ist.“ . . . Sie „bekämpft nun freilich ihre fortschrittlichen Gegner mit Geschick und Schärfe, oft auch mit Geist, fast öfter aber noch mit Verbissenheit (am häufig-

sten jedoch mit Grobheiten. Anm. d. Verf.). Aber dabei verhält sie sich insofern bloß negativ, als sie sich z. B. bis jetzt noch niemals für bestimmte öffentliche Einrichtungen oder für gewisse Verbesserungen ausgesprochen hat, obgleich sie manchmal von einer ständischen Gliederung des Volkes spricht. Freilich sollte ihre Partei dergleichen durch Vereine usw. anbahnen, da dies nicht Sache einer Zeitung sein kann. Aber hier tritt nun eben die merkwürdige und beachtenswerte Erscheinung ein, daß das einzige Band und das einzige allgemeine Kennzeichen der betreffenden Partei eben nur die Krzz. ist. Nehmt Wagener, den Redner und unsichtbaren Leiter der Partei und Gründer der Krzz. und diese letztere weg —, was bleibt dann von der ganzen Partei, seitdem Stahl heimgegangen? Deshalb hat der Name Kreuzzeitungspartei nicht bloß seine vollkommene Berechtigung, sondern er ist auch der einzig richtige.“

Nach der gleichen Quelle betrug die Auflage 8500 Exemplare, darunter $\frac{1}{3}$ Freixemplare, doch ist die Zahl zweifellos zu hoch gegriffen. Mitarbeiter waren Hesekei, Adami, Dr. Langbein, Goedsche (der auch die Prov.-Korr. schrieb), außerdem höhere Beamte, vor allem Wagener und, aber nur noch sehr selten, der Präsident Gerlach.

23. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (gegr. 1861). Ihr Redakteur war August Braß, ein ehemaliger Republikaner, der das schöne „Lied auf das rote Banner“ auf dem Gewissen hat: „Wir färbens echt, wir färbens gut, — Wir färbens mit Tyrannenblut!“ — Das Blatt hatte zuerst großdeutsch-demokratische Tendenz; Liebknecht zählte zu den Mitarbeitern. (Vgl. N. A. Z. 18. März 1866.) Dann aber entdeckte Braß plötzlich sein konservatives preußisches Herz, brachte die Zeitung in völlige Abhängigkeit von der Regierung, aber zugleich auch in Verruf. Sie war am wenigsten verbreitet (1863: 2000, 1864: 4500 (?) Exemplare, von denen gewiß die Mehrzahl von den Ministerien bezogen wurde.) „Sie steht beim Publikum in solchem Mißkredit, daß man sie nicht einmal gratis annehmen will“, urteilt Hilaris (S. 16). Der Grund war das Mißtrauen gegen Braß. Kuhn (Mainzer Journal 65 Nr. 13) urteilt milder, weil die Zeitung katolikenfreundlicher war als die übrigen. — „Daß in den Jahren 1864—66 mancher Zeitungsartikel auf Bismarck zurückgeht, ist sicher; aber selbst geschrieben hat er wohl nur ganz wenige. Er selbst hat mir versichert, daß er dazu keine Zeit gehabt habe.“ Mitteilung des Herrn Dr. Horst Kohl an den Verf. — Vgl. Nirrnheim S. 58 Anm.

24. Die Presse (in Wien) wurde 1848 von August Zang (1807 bis 88) begründet und ging 1894 wieder ein. Verantwortlicher Redakteur war Joseph Mitter. Die P. war das verbreitetste deutsche Blatt in Österreich, sie hatte ungefähr 30 000 Abonnenten. — Auch die P. ist nicht unabhängig gewesen vom Preßbureau. Sie war zeitweise in Preußen verboten.

Die N. P. Z. (1864 Nr. 181) behauptete, daß mit Ausnahme des „Vaterlands“, des „Wanderers“ und der „Ostd. Post“ alle Blätter dem mot d'ordre des Herrn v. Schmerling gehorchten. — Vgl. Wuttke S. 30.

25. Die „Preußischen Jahrbücher“ wurden 1858 vom gothaischen Preßverein begründet (vgl. Haym, Aus meinem Leben, S. 258). Leiter war zuerst Rudolf Haym, seit 1866 Treitschke. Die Auflage betrug ca. 800 Exemplare. — Zu den Mitarbeitern zählten Waitz, Bernhardt, Häußner, Baumgarten, Sybel, Droysen und Aegidi. An der politischen Korrespondenz arbeiteten vor allem der Historiker Karl Neumann, Wehrenpfennig und Max Duncker. — Vgl. Schiemann.

26. Die „Reform“ in Hamburg (1848 von Richter begründet, eingegangen 1892) stand während der ersten 20 Jahre ihres Daseins (bis 1868) unter der Leitung Moritz Reichenbachs (1804—70), eines beliebten hamburgischen Schriftstellers. (Vgl. Schröder VI 188f.) — Sie hatte eine Auflage von 24 000 Exemplaren (nach eigener Angabe), war somit die verbreitetste Zeitung der Hansestadt. Joh. Heinr. Christ. Förster (1825—1902) versorgte die R. 40 Jahre hindurch mit oft vorzüglichen Holzschnitten.

Eine „Geschichte der Reform bis 1863“ von Reichenbach befindet sich in den Händen des Herrn Dr. J. Heckscher (Hamburg), dem ich auch hier für manche Auskunft herzlichen Dank sage.

27. Die „Schlesische Ztg.“ (gegr. 1741) leitete Redakteur Julius Moecke; Besitzer war H. Korn. Auflage 1864: 5351, 1865: 7300—7600, 1866: 7600—10 000 Expl. Vgl. Müller.

28. Der „Schwäbische Merkur“ (gegr. 1785) wurde seit 1847(54) von Dr. Otto Elben (1823—99, Mitgl. d. württ. Landtags 1868—82, 1871—76 M. d. R.) redigiert, seit 1860 unter Mitarbeiterschaft von Dr. Otto Rommel (1836—1909) und Dr. Wilhelm Lang (geb. 1832; 1904 trat er in den Ruhestand). Berichterstatter in Schleswig-Holstein war Dr. Eugen Rommel, Bruder des Redakteurs († 1881 als Rechtsanwalt in Flensburg). Die Auflage betrug ungefähr 10 000 Expl. (?)

Herrn Chefredakteur Dr. Karl Elben bin ich für viele Mitteilungen über den Schw. M. und die württembergischen Verhältnisse und für freundliche Unterstützung außerordentlich dankbar.

Vgl. die Bücher Elbens und Rommels, Dr. Rapps Aufsatz und den Nekrolog über O. Rommel im Schw. M. 21. April 1909 (Mittagsblatt).

29. Der Sozial-Demokrat erschien seit 1865 (Probenummern schon im Dezember 64), ging 1871 ein, wurde aber fortgesetzt vom „Neuen Sozialdemokraten“, der bis 1876 lebte. — Der S.-D. wurde von J. B. von Hofstetten und Dr. J. B. v. Schweitzer, einem Frankfurter Patrizier, (1833—75, Mitgl. d. Nordd. Reichstags) redigiert (sofern sie nicht einzeln oder zusammen im Gefängnis saßen). Als Mitarbeiter werden Becker, Engels, Herwegh, Liebknecht, Marx, Wuttke u. a. genannt, doch kündigten Marx und Engels schon am 1. März

1865 ihre Mitarbeiterschaft auf, weil der S.-D. mehr die Fortschrittler als die Feudalen angriff (S. Geschichte S. 83). Vgl. auch Adler über Schweitzer u. Hofstetten (Register). Der S.-D. ist trotz allem national, wie denn auch Lassalles Geist bestimmend auf ihn eingewirkt hat.

Dem Archiv der sozialdemokratischen Partei in Berlin bin ich für die Erlaubnis zur Durchsicht dieser Zeitung zu Dank verpflichtet.

30. Die „Volkszeitung“ in Berlin (gegr. 1849 als Urwähler-Z., seit 1863 unter obigem Namen, jetzt „Berl. V.-Z.“) leiteten A. Bernstein, Dr. h. c. (1812—84), und Holdheim. Seit 1861 war sie Organ der Fortschrittspartei. „Von allen Blättern hatte sie den größten Leserkreis“ (Nirrnheim S. 41), nämlich ca. 36 000 Abonnenten. Infolge ihrer Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage soll sie aber viele verloren haben. Mitarbeiter waren verschiedene fortschrittliche Abgeordnete, so Schulze-Delitzsch, F. Duncker u. a. — Nach Hilaris (S. 9), der hier kein klassischer Zeuge ist, wird die V.-Z. „am schlechtesten redigiert“. Bernstein habe Talent für Erfindung von Phrasen und Schlagwörtern für die große Masse. Die V.-Z. sei eine Ablagerung von Angriffen und Verdächtigungen gegen die Regierung geworden. Sie habe viele Prozesse, die ihr neue Abonnenten brächten. Das Mainzer J. 65 Nr. 14 sagt: „... Dem Einfluß der V.-Z. und des Kladd. ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß Napoleon III. in Berlin mehr Verehrer und Parteigänger besitzt und populärer ist als in Paris“ (?). — Herrn Chefred. K. Vollrath besten Dank!

31. Die „Vossische Zeitung“ (gegr. 1721) stand unter der Leitung Dr. Otto Lindners (gest. 1867). Die Leitartikel schrieben außer ihm Dr. Guido Weiß und Ziegler, Oberbürgermeister a. D. von Brandenburg. Die Auflagenhöhe war 16—20 000 Exemplare. Die Voss. Z. war (und ist) das Organ des Berliner Bürgerstandes. „Die Redaktion besitzt ein besonderes Geschick, den jedesmaligen Umschlag der öffentlichen Meinung im Bereiche des Berliner Bürgertums kurze Zeit zuvor zu wittern, und setzt dann sofort alle Segel oder alle Dampfkraft, um diesen, der Zeit im Blute liegenden Umschlag zum Ausdruck zu bringen. Hat sie dies einmal versäumt, so holt sie es nachher nur mit desto volleren Segeln resp. Hoch- und Nachdruck ein“ (Hilaris S. 8).

Vgl. Buchholz, Friedjung S. 183 u. Mainzer Journal 65 Nr. 14.

32. Die „Wochenschrift des Nationalvereins“ (Mai 1860 in Koburg gegr.) wurde von Prof. A. L. von Rochau (1810—73, M. d. R. 1871—73), in Heidelberg herausgegeben. Vom April 1863 erschienen sie in Frankfurt a. M. als „Wochenblatt des Nationalvereins“. — Mir stand nur ein sehr unvollständiges Exemplar zur Verfügung (in Leipzig). Vgl. Schwab S. 97 u. 99.

Register der Presse 1864—66.

(A = Anmerkung.)

- Allgemeine Medizinische Ztg.** 180.
Altonaer Merkur 165.
Augsburger Post-Ztg. 155 A.
Augsburger Allgemeine Ztg. 4, 11,
 20, 38, 48, 75 f., 97, 107, 109 A,
 117 f., 152, 154 ff., 165, 178 f., 182 f.
- Beobachter** 17, 33 ff., 48 A, 70 A,
 71 f., 110 ff., 151 f., 176, 180 A, 183.
Beobachter an der Elbe (Nessel) 67,
 103, 105 f., 111 A, 144 f. A, 183, 187.
Berliner Montagsztg. 145.
Berliner Revue 12, 24, 44 A, 54 A,
 90 A, 133 f., 169 f., 183.
Botschafter 7, 21, 38 A, 39, 44.
Breslauer Ztg. 12 A, 29 A, 30 A,
 46 A, 59 A, 99 A.
Bund 5.
- Coburger Ztg.** 85 A.
Constitutionelle Österreichische Ztg.
 180 A f.
- Debatte** 80 f., 159.
Deutsche Vierteljahrsschrift 48, 183.
Dresdner Journal 165, 182, 186.
- Frankfurter Laterne** 5.
Freischütz 14 A, 16, 66 A, 183.
- Gartenlaube** 5, 185.
General-Correspondenz 4, 78.
Gradaus 34 A, 112 f.
Grenzboten 14 A, 16 A, 21, 27 A,
 29 A, 46 A, 63 f., 101 ff., 121, 143 f.,
 146, 160 f., 164, 166, 175 f., 183.
- Hamburger Fremdenblatt** 16, 31,
 46 A, 65 ff., 103, 105, 121 A, 144 f.,
 160, 166, 183 f.
- Hamburger Nachrichten** 5, 31, 46 A,
 67, 103 ff., 145 f., 160, 163, 165,
 184.
- Hamburger Zeitung** 3, 15 A, 16, 31,
 32, 67 f., 105, 147 A, 159, 184.
- Hamburgische Börsenhalle** 5, 184.
Hamburgischer Correspondent 3, 16,
 31, 64 f., 103, 105, 144 A, 145 A,
 146 f., 163, 165, 184.
Hannoversche Ztg. 5.
Hermann 5, 177 A.
Hessische Blätter 177 A.
Historisch-Politische Blätter 14, 20 A,
 36, 40, 43, 49, 74 f., 81, 90 A,
 115 ff., 154, 156 ff., 161, 164, 167,
 178, 184 f.
- Itzehoer Nachrichten** 68.
- Kieler Ztg.** 3, 7, 18 f., 26, 27 A,
 32 f., 46, 67 f., 144, 148, 164, 185.
Kladderadatsch 5, 11 A, 13 A, 30 A,
 46, 61 f., 142 f., 170 A, 182, 185.
Kölnische Blätter 7, 19 f., 36 ff., 40,
 48 f., 73 f., 90, 113 ff., 118, 154 f.,
 158, 164, 185 f.
- Kölnische Ztg.** 2, 14 f., 27 f., 29 A,
 38, 56, 57 f., 60, 80, 90, 95—98,
 101, 107 A, 136 ff., 142, 143, 155,
 158 A, 164, 173 f., 186, 187.
- Kolokol** 5.
Kritik 111 A.
- Leipziger Abendpost** 120 A.
Leipziger Ztg. 15 A, 35 A, 71 A,
 165, 182, 186.
- Magdeburger Presse** 186.
Magdeburgische Ztg. 3, 14 f., 26 A,
 51 A, 56 f., 82, 91 A, 104 A, 139 f.,
 142, 186 f.
- Militärische Blätter** 5.
Münchener Volksbote 155 A.
- National-Ztg.** 13 f., 26, 45, 55 f., 59,
 80, 85 A, 93, 100, 135 ff., 139,
 160 f., 164, 172, 182, 187.
- Nessel** (s. auch **Beob. a. d. Elbe**)
 31 f., 67, 103, 105, 164, 187 f.

- Neue Frankfurter Ztg. 5, 6 A, 17, 26 A, 33 ff., 46 ff., 49, 69 ff., 90, 107 ff., 112, 127, 148 ff., 152, 164, 177 f., 182, 188.
 Neue Freie Presse 5, 7, 80, 121, 188.
 Neue Münchener Ztg. 20 A.
 Neue Preußische (Kreuz-)Ztg. 6, 11, 12, 23 f., 26, 32, 44, 53 f., 65, 74, 82, 83, 85–90, 94, 96 A, 104 A, 107 A, 129–33, 136 A, 137, 143, 148 A, 162, 166, 169 f., 180 A, 187 ff.
 Norddeutsche Allgem. Ztg. 6, 11 A, 12, 21, 23, 26, 32, 44, 52 f., 65, 74, 83, 86, 87, 89 A, 90, 97 A, 123, 127–133, 140, 142, 154, 159, 166, 169, 177 A, 182, 189.
 Norddeutsche Ztg. 23 A.
 Nürnberger Korrespondent 26 A.
 Ostdeutsche Post 39 A, 49 A, 80, 120, 159, 190.
 Ostpreußische Ztg. 127 A.
Pesti Naplo 80 A.
 Petersburger Ztg. 174 A.
 Presse 5, 6 A, 20, 38 f., 48 f., 78 ff., 118 ff., 136, 158 f., 161, 164 f., 167, 176 A, 179 ff., 188, 189.
 Preußische Jahrbücher 2, 12 f., 24 ff., 54 f., 90–93, 100, 102, 121, 134 f., 138 f., 143, 160 f., 164, 166 f., 170 ff., 190.
 Preußischer Staatsanzeiger 6 A, 12.
 Provinzial-Correspondenz 5, 6, 11, 24, 53, 86 A, 123, 129, 189.
Reform 5, 31, 64, 105, 147 f., 160, 164, 190.
 Rheinische Ztg. 17, 142, 148.
Schlesische „ 11 A, 12 A, 14 f., 29 A, 46 A, 59 A, 60, 91 A, 101 A, 104 A, 139 f., 170 f. A, 190.
 Schleswig-Holsteinische Ztg. 3, 68, 165, 185.
 Schwäbischer Merkur 17 f., 33 ff., 48 A, 72 f., 76, 108–112, 121, 152 ff., 177, 190.
 Schwäbische Volksztg. 113 A.
 Sozialdemokrat 35, 48 A, 62 f., 100 A, 142, 145 A, 163, 174, 190 f.
 Spenersche Ztg. 165.
Tagespost 187.
 Tiroler Stimmen 121.
Ulmer Schnellpost 111 A.
Vaterland 42, 144 A, 190.
 Volksblatt 127 A.
 Volksbote 176 A.
 Volksztg. 14 f., 17, 29 f., 46 f., 58, 60 f., 63, 72, 94, 100 f., 140 ff., 148, 159, 160, 163, 164, 182, 188, 191.
 Vossische Ztg. 14, 28 f., 30 A, 45 f., 50 A, 58 ff., 99 ff., 109 A, 121, 139 f., 142, 160, 165, 166, 182, 191.
Wanderer 159, 177 A, 190.
 Weserztg. 3 A, 5, 58 A, 85 A, 134 A.
 Westfälischer Hausfreund 127 A.
 Wiener Abendpost 21, 86 A, 159.
 Wiener Fremdenblatt 49 A.
 Wochenblatt d. New Yorker Staatsztg. 5.
 Wochenblatt d. Nationalvereins 191.
 Wochenschrift des Nationalvereins 5, 18, 19, 27 A, 35 A, 85 A, 148, 191.
 Württemb. Staatsanzeiger 21 A, 107, 109, 177 A.
Zeidlersche Correspondenz 154.
 Zeitung für Norddeutschland 3, 5.

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig.

Aus den Tagen Bismarcks

Politische Essays

von

Otto Gildemeister

Herausgegeben von der literarischen Gesellschaft des Künstlervereins Bremen

Gr. 8°. 232 Seiten mit einem Porträt Gildemeisters.

In Originalleinenband Mark 4.80.

„Die Herausgeber haben durch ihre Veröffentlichung damit Gildemeisters Bedeutung als der eines führenden deutschen Prosaisten auf eine noch breitere Grundlage gestellt, ihr eine größere Tragweite verschafft. Aber es ist gleichwohl nicht die Form, die zumeist an diesen Artikel fesselt. Das Gewicht ihres Inhalts überwiegt durchaus. Sie begleiten die wichtigsten Hergänge in einer an großen Ereignissen so überreichen Zeit. **Kaum eine der Fragen, deren Lösung über Wohl und Wehe unseres Volkes entscheiden sollte, bleibt unberührt, und von den Persönlichkeiten, die handelnd eingreifen, wird eine ganze Reihe wieder vor unseren Augen lebendig . . .** Wir wüßten kein Buch gleichen Umfanges, das so geeignet wäre, ohne Systematik politisch zu bilden und zu erziehen . . . Sie reden zum Bürger, aber noch mehr zum Menschen; sie spenden staatsmännische Lehre, aber noch mehr Lebensweisheit. Sie holen ihre Vergleiche und ihre Belege aus all den weiten Gebieten der Bildung, die ihr Verfasser beherrscht. So spannen sie jeden, der für reiches und feines Geistesleben empfänglich ist.“

Prof. Dietrich Schäfer. Kölnische Zeitung. 16. Oktober 1908.

„Sollen wir uns nicht freuen, daß uns in solcher Weise jene große Zeit mit ihren hohen Gestalten in lebendige Gegenwart gestellt wird, und werden wir nicht dem Buche, das uns solches gewährt, einen Platz **in jedem deutschen Hause** wünschen?“

Geh. Rat Prof. Dr. Rud. Eucken. Deutsche Rundschau. Heft 2. 1908.

Ausführliche Prospekte unentgeltlich und postfrei.